

Antwort auf eine Große Anfrage

– Drucksache 14/3891 –

Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. November 2002

Situation der Justiz in Niedersachsen

Das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes beinhaltet die Garantie umfassenden und effektiven Rechtsschutzes durch unabhängige Gerichte. Der Staat ist also von Verfassungs wegen gehalten, die Justiz in die Lage zu versetzen, diese grundgesetzliche Garantie umsetzen zu können. Zudem gehört zu einer zukunftsfähigen Infrastruktur eines Landes als wichtiger Standortfaktor auch eine gut funktionierende Justiz.

Seit dem Amtsantritt der SPD-geführten Landesregierung im Jahr 1990 hat sich die Situation der Justiz in Niedersachsen verschlechtert. So ist die Situation der Justiz in Niedersachsen durch eine hohe, in wichtigen Bereichen tendenziell weiter zunehmende Arbeitsbelastung geprägt. In Anbetracht dieser Entwicklung bedarf die personelle und materielle Ausstattung der Justiz in Niedersachsen der Klärung.

Wir fragen die Landesregierung:

A. Gerichte und Staatsanwaltschaften**I. Stand der Geschäftsbelastung:**

1. Wie hat sich die Geschäftsbelastung der niedersächsischen Gerichte seit 1990 bis heute jährlich entwickelt? Wie hoch ist die Zahl der jährlichen Eingänge und Erledigungen, und auf welche Art erfolgen sie
 - a) in den einzelnen Gerichtszweigen der
 - ordentlichen Gerichtsbarkeit (aufgegliedert in Zivil- und Strafverfahren),
 - Verwaltungsgerichtsbarkeit,
 - Sozialgerichtsbarkeit,
 - Finanzgerichtsbarkeit,
 - Arbeitsgerichtsbarkeit,
 - in Zwangsvollstreckungssachen,
 - in Ordnungswidrigkeitsverfahren,
 - b) bei den Staatsanwaltschaften?
2. Wie hat sich die Zahl der tatsächlich besetzten Stellen für Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, Geschäftsstellenmitarbeiter, Wachtmeister, Schreibkräfte seit 1990 bis heute jährlich entwickelt, und wie stellt sich die durchschnittliche Belastung bei den vorgenannten Personengruppen und der Pensenschlüssel seit 1990 dar
 - a) bei den einzelnen Gerichtszweigen,
 - b) bei den Staatsanwaltschaften?

3. Wie hat sich die durchschnittliche Verfahrensdauer in den einzelnen Gerichtszweigen im Vergleich zu den anderen Bundesländern entwickelt?
4. Wie stellt sich der durchschnittliche Zeitaufwand der staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren in Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern dar?
5. Wie hoch war die Stundenzahl in Hauptverhandlungssitzungen seit 1990 bei den Staatsanwaltschaften und den Amtsanwaltschaften in Niedersachsen insgesamt, und wie hoch war insoweit die prozentuale Zu- bzw. Abnahme in dem genannten Zeitraum?
6. Wie viele Strafverfahren an den niedersächsischen Amtsgerichten sind als sogenannte beschleunigte Verfahren gemäß § 417 ff. StPO durchgeführt worden?
7. Wie beurteilt die Landesregierung die Einschätzung des Vorsitzenden des Niedersächsischen Richterbundes Arenhövel, dass aufgrund der Überlastung verschiedener Amtsgerichte „beängstigend viele Straftäter frei herumlaufen“, insbesondere weil „trotz einer sinkenden Zahl von Anklagen die Zahl der Verhandlungstage bei Strafprozessen explodiert ist“ (vgl. NWZ vom 28.09.2002)?
8. Wie viele Anträge in
 - a) Grundbuchsachen,
 - b) Mahnsachen und
 - c) Vollstreckungssachenwurden seit 1990 jeweils gestellt, und wie lang war die durchschnittliche Verfahrensdauer im Vergleich zu den anderen Bundesländern?

II. Personalsituation

1. Wie hat sich jährlich seit 1990 bis heute die Personalstärke (Ist-Stärke) der einzelnen Gerichte und Staatsanwaltschaften, unterteilt in Richterschaft und Staatsanwaltschaft, in Niedersachsen entwickelt?
2. Wie hat sich die nach den Haushaltsplänen vorgesehene Personalstärke (Soll-Stärke) in den zu Frage 1 genannten Bereichen in den Jahren 1990 bis heute entwickelt?
3. Wie viele Planstellen wurden seit 1990 bis heute im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums nicht besetzt, und aus welchen Gründen wurden diese Stellen nicht besetzt?
4. Wie hoch war nach den Geschäftszahlen seit 1990 bis heute jährlich der Personalbedarf an Gerichten und Staatsanwaltschaften im Einzelnen für
 - a) Rechtsprechungsaufgaben,
 - b) Verwaltungsarbeit,
 - c) Referendarausbildung,
 - d) Einarbeitung neuer Richter,
 - e) Ausfallzeiten,
 - f) Fortbildung,
 - g) mehr als zehntägige Hauptverhandlungen?
5. In wie vielen Fällen wurden an Gerichten und Staatsanwaltschaften seit 1990 bis heute Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse begründet, und wie hoch ist der

- prozentuale Anteil der Teilzeitbeschäftigten gegenüber den insgesamt in Richterschaft bzw. Staatsanwaltschaft Beschäftigten?
6. Wie stellt sich die Besoldungsstruktur in der Richterschaft seit 1990 bis heute dar?
 7. Wie stellt sich die Besoldungs- und Beförderungssituation seit 1990 bis heute für den
 - a) gehobenen,
 - b) mittleren und
 - c) einfachen Dienstin der Justiz unter Berücksichtigung der Beförderungszeiten dar?
 8. Wie viele Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wurden in den Jahren seit 1990 bis heute in Niedersachsen eingestellt?
 9. In welchem Umfang sollen Mittel im Justizbereich ab 2003 eingespart werden?
 10. Inwieweit sind Auswirkungen in personeller und rechtlicher Hinsicht wegen möglicher Einsparungen im Justizhaushalt zu erwarten?
 11. Welche Auswirkungen sind wegen der Einsparungen ab 2003 zu erwarten für
 - a) Richterinnen und Richter,
 - b) Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger,
 - c) den mittleren Dienst,
 - d) den einfachen Dienst,
 - e) den Kanzleidienst?
 12. Welche Aufgaben sollen künftig von den Rechtspflegern wahrgenommen werden, und inwieweit werden Aufgabenübertragungen insbesondere aus dem Zuständigkeitsbereich der Richterschaft für sinnvoll erachtet?
 13. Welche Maßnahmen werden seitens der Landesregierung unternommen, um die personellen Überlastungen an den niedersächsischen Gerichten, insbesondere bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, zu beseitigen und aufgelaufene Rückstände, insbesondere in den Aufgabenbereichen Grundbuch und Vergütungsfestsetzungen, abzubauen?
 14. Wie stellt sich die Zahl der Nachlasspfleger und Betreuer in den Amtsgerichtsbezirken im Vergleich zu 1990 dar?
 15. Wie stellt sich der Anstieg der Nachlassfälle und Betreuungsverhältnisse seit 1990 jährlich pro Nachlasspfleger/Betreuer dar
 - a) durchschnittlich,
 - b) verteilt auf die einzelnen Nachlasspfleger/Betreuer,
 - c) unter Angabe der prozentualen Verteilung pro Nachlasspfleger/Betreuer?
 16. Wie hoch ist die durchschnittliche Vergütung
 - a) pro Nachlasspflegschaft/Betreuungsverhältnis
 - b) und deren Anstieg pro Nachlasspflegschaft/Betreuungsverhältnis seit 1990,
 - c) prozentual verteilt bezogen auf die einzelnen bestellten Nachlasspfleger/Betreuer?

III. Maßnahmen zur Geschäftsentlastung

1. Welche Maßnahmen zur Entlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sind aus Sicht der Landesregierung erforderlich?
2. In welchem Umfang werden in Strafverfahren die Möglichkeiten außergerichtlicher Streitschlichtungen, wie z. B. Täter-Opfer-Ausgleich oder Adhäsionsverfahren, genutzt und gefördert, und wie stellen sich seit 1990 bis heute jährlich die konkreten Zahlen für außergerichtliche Verfahren in Niedersachsen dar?
3. Inwieweit sieht die Landesregierung zusätzlichen Bedarf an EDV-Einrichtungen für die Justiz in Niedersachsen, und welche konkreten Planungen gibt es bezüglich weiterer Investitionen in diesem Bereich?
4. Wie weit ist die Einführung des elektronischen Grundbuchs in Niedersachsen, und zu welchem Zeitpunkt rechnet die Landesregierung mit der flächendeckenden Einführung des Systems?
5. In wie viel Verfahren wurden seit 1990 bis heute Verfahren von den Schiedsfrauen und Schiedsmännern in Niedersachsen durchgeführt?
6. Inwieweit werden Verfahren, die den sachlichen Zuständigkeitsbereich der Schiedsleute betreffen, vom Verein WAAGE e. V. und weiteren freien Trägern durchgeführt?
7. Unter welchen Voraussetzungen wird seitens der Staatsanwaltschaft Hannover die Durchführung von Schlichtungsverfahren dem Verein WAAGE e. V. bzw. weiteren freien Trägern übertragen?
8. Welche Auswirkungen sind mit der seitens der Landesregierung vorgesehenen Durchführung von Mediationsverfahren für die Schiedsleute in Niedersachsen zu erwarten?
9. Welche Entwicklungs- und Zukunftsperspektiven bestehen aus Sicht der Landesregierung für die Schiedsleute in Niedersachsen?
10. Ist seitens der Landesregierung eine Umsetzung des § 15 a EGZPO in Niedersachsen vorgesehen? Wenn ja, wann ist mit einer Änderung der Rechtslage zu rechnen?

IV. Zukunft der kleinen und mittleren Amtsgerichte

1. Wird seitens der Landesregierung der gegenwärtige Bestand der kleinen und mittleren Amtsgerichte in Niedersachsen erhalten?
2. Inwieweit sind seitens der Landesregierung Umstrukturierungen und Kompetenzverteilungen zwischen kleineren und mittleren Amtsgerichten geplant, und inwieweit ist ein Abbau von Zuständigkeiten vorgesehen?

B. Strafvollzug

I. Personalsituation

1. Wie hoch war bzw. ist der Personalbestand in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten, aufgeteilt nach den einzelnen Vollzugsanstalten, den Laufbahngruppen und Verwendungsbereichen (AVD, Juristen, Psychologen, Pädagogen, gehobener und Vollzugs- und Verwaltungsdienst, Sozialarbeiter, Betriebswirte pp.) im Jahr 1990 und 2002?
2. Wie hoch war bzw. ist der Personalbedarf in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten, aufgeteilt nach den einzelnen Justizvollzugsanstalten, den Laufbahngruppen und Verwendungsbereichen (AVD, Juristen, Psychologen, Päd-

gogen, gehobener und Vollzugs- und Verwaltungsdienst, Sozialarbeiter, Betriebswirte pp.) im Jahr 1990 und 2002?

3. Wie wird sich der Personalbedarf in den nächsten Jahren aufgrund der vorgesehenen baulichen und organisatorischen Maßnahmen im Strafvollzug, den Laufbahngruppen und Verwendungsbereichen (AVD, Juristen, Psychologen, Pädagogen, gehobener und Vollzugs- und Verwaltungsdienst, Sozialarbeiter, Betriebswirte pp.) im Vergleich zu 1990 und 2002 entwickeln?
4. Wie viele Mehrarbeitsstunden werden zurzeit monatlich von den Mitarbeitern in den Justizvollzugsanstalten geleistet?
5. Welche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden den Justizvollzugsbediensteten angeboten, und in welchem Umfang werden diese wahrgenommen? Werden die an der FH gezielt für den Strafvollzug ausgebildeten Beamten dementsprechend eingesetzt oder nehmen diese Aufgaben Bedienstete anderer Laufbahngruppen ohne diese Ausbildung wahr, und in welchen Justizvollzugsanstalten und in welcher Funktion?
6. Warum werden vermehrt Schulabgänger und nicht wie früher berufserfahrene Bewerber eingestellt?
7. Wie viele Arbeitsplätze in Unternehmer- und Eigenbetrieben waren und sind nach Justizvollzugsanstalten gegliedert 1990 und 2002 vorhanden?
8. Wie hat sich die Beschäftigungszahl der Gefangenen nach der Erhöhung der Gefangenenentlohnung entwickelt?
9. Wie viel Millionen Euro an anteiligen Personal- und Sachkosten wurden von der ZAV weniger an den Landeshaushalt abgeführt?
10. Wie haben sich die Gewinne der ZAV in den letzten 12 Jahren entwickelt?
11. Ist es nach Auffassung des Justizministers sachgerecht, wenn Betriebsmittel der ZAV (Landesbetrieb nach § 26 LHO) für die Führungsakademie des Justizvollzuges eingesetzt werden?

II. Einrichtungen des Justizvollzuges und Situation der Strafgefangenen

1. Wie viele Haftplätze für männliche und weibliche
 - a) Untersuchungsgefangene,
 - b) Strafgefangene,
 - c) Jugendstrafgefangene und
 - d) Abschiebehäftlingestehen zurzeit in welchen niedersächsischen Vollzugseinrichtungen zur Verfügung?
2. Inwieweit werden die Verhältnisse in den Hafträumen der Justizvollzugsanstalten der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Problematik der Mehrfachbelegung gerecht?
3. Wie viele männliche und weibliche
 - a) Untersuchungsgefangene,
 - b) Strafgefangene,
 - c) Jugendstrafgefangene und
 - d) Abschiebehäftlinge

- befinden sich derzeit in welchen niedersächsischen Vollzugseinrichtungen jeweils im offenen und geschlossenen Vollzug?
4. Wie hat sich die Gewaltbereitschaft der Gefangenen gegenüber Bediensteten und gegenüber Mitgefangenen zahlenmäßig seit 1990 entwickelt, und wie wird seitens der Landesregierung auf diese Entwicklung reagiert?
 5. Wie hat sich der Anteil der ausländischen Gefangenen seit 1990 entwickelt, und wie wird seitens der Landesregierung auf diese Entwicklung reagiert?
 6. Wie viele schulische oder berufliche Abschlüsse wurden von den Gefangenen in den einzelnen Justizvollzugsanstalten seit 1990 erzielt?
 7. Wie viele Gefangene sind in den Justizvollzugsanstalten beschäftigt im Verhältnis zur Gesamtzahl der Gefangenen von 1990 bis 2002 in der zeitlichen Entwicklung?
 8. Wie viele Gefangene suchen aus den geschlossenen Vollzugsanstalten heraus Arbeitsstellen der Anstalten auf?
 9. Inwieweit sind Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation der Gefangenen geplant? Wie viele neue Arbeitsplätze wurden im Jahr 2001 und 2002, gegliedert nach Justizvollzugsanstalten, geschaffen?
 10. Welche Auswirkungen hat die seitens der Landesregierung beabsichtigte Ausweitung der Arbeitsmöglichkeiten in den Justizvollzugsanstalten für Unternehmen, die vergleichbare Dienstleistungen auf dem Markt anbieten?
 11. Inwieweit hat in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten die Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Gefangenenentlohnung und der Novellierung des Strafvollzugsgesetzes aus dem Jahre 2000 stattgefunden?
 12. Wie viele Gefangene befinden sich im offenen Vollzug, und wie viele dieser Personen gehen einem freien Beschäftigungsverhältnis nach?
 13. Wie stellt sich die Missbrauchsquote im offenen Vollzug seit 1990 im Verhältnis der Missbräuche zur Personenzahl dar?
 14. Wie viele der entwichenen Strafgefangenen begingen im gesamten Zeitraum der Flucht wie viele (nach Deliktgruppen aufgegliedert) und welche Straftaten?
 15. Wie viele Straftaten von Gefangenen wurden in den Jahren 1990 bis heute in den Vollzugseinrichtungen Niedersachsens begangen, und welchen Deliktgruppen sind diese Straftaten zuzuordnen?
 16. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der ausländischen Gefangenen bei der Begehung von Straftaten in Justizvollzugsanstalten, und wie stellt sich die Entwicklung seit 1990 dar?
 17. In wie vielen Fällen wurde in Niedersachsen seit 1998 Abschiebehaft angeordnet?
 18. In wie vielen Fällen wurde die Abschiebehaft vollzogen?
 19. Wie lang ist die durchschnittliche Verweildauer der Abschiebehäftlinge in den Einrichtungen?
 20. Wie viele Abschiebehäftlinge wurden aus der Abschiebehaft entlassen, ohne dass eine Abschiebung erfolgt ist, und wie hoch fällt der Anteil dieser Fälle gegenüber der Gesamtzahl der Abschiebehäftlinge aus?

III. Baulicher Bestand der Justizvollzugsanstalten und Haftplätzebedarf

1. Wie stellt sich der aktuelle Bedarf an Haftplätzen in Niedersachsen dar, insbesondere unter Berücksichtigung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 27.02.2002 (Az.: 2 BVR 553/01)?
2. Wie ist aktuell die tatsächliche Belegung der vorhandenen Hafträume in den einzelnen Justizvollzugsanstalten?
 - a) Wie viele Einzelhafträume haben die einzelnen Anstalten?
 - b) Wie viele Einzelhafträume sind mehrfach belegt?
 - c) Wie viele Hafträume mit Mehrfachbelegung haben die Justizvollzugsanstalten?
3. Welche Vorhaben zur Erhöhung der Haftplatzkapazität sind bereits im Bau oder im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung in Vorbereitung, und inwieweit deckt sich die bisherige Finanzplanung mit dem tatsächlichen Finanzbedarf?

C. Gerichtshelfer/Bewährungshelfer/Gerichtsvollzieher

I. Gerichtshilfe

1. Wie viele Gerichtshelfer sind seit 1990 bis heute in Niedersachsen insgesamt beschäftigt, und wie verteilen sich diese auf die einzelnen Staatsanwaltschaften?
2. In wie vielen Ermittlungsverfahren haben sich die Staatsanwaltschaften jeweils in den Jahren 1990 bis heute der Gerichtshilfe bedient, und wie verteilen sich diese auf die einzelnen Staatsanwaltschaften?
3. Wie viele Gutachten haben die Gerichtshelfer insgesamt bei den einzelnen Staatsanwaltschaften in den Jahren 1990 bis heute jeweils erstellt?
4. Wie wird die Arbeitsbelastung der Gerichtshelfer seitens der Landesregierung beurteilt?
5. Welche Fortbildungsmaßnahmen für Gerichtshelfer werden seit 1990 bis heute angeboten, und in welchem Umfang werden diese in Anspruch genommen?

II. Bewährungshilfe

1. Wie viele Bewährungshelfer sind jeweils in den Jahren 1990 bis heute in Niedersachsen beschäftigt, und wie verteilen sich diese auf die einzelnen Landgerichte?
2. Wie viele Probanden sind jeweils in den Jahren 1990 bis heute in Niedersachsen von den Bewährungshelfern betreut worden, und wie stellt sich die Verteilung auf die bei den einzelnen Landgerichten angesiedelten Bewährungshilfen dar?
3. Wie hoch ist die durchschnittliche Probandenzahl der einzelnen Bewährungshelfer jeweils in den Jahren 1990 bis heute insgesamt, aufgeteilt nach den einzelnen Landgerichten?
4. Wie wird die Arbeitsbelastung der Bewährungshelfer seitens der Landesregierung beurteilt?
5. Welche Fortbildungsmaßnahmen für Bewährungshelfer werden seit 1990 bis heute angeboten, und in welchem Umfang werden sie in Anspruch genommen?

6. Inwieweit sind personelle und/oder organisatorische Veränderungen zur Verringerung der Arbeitsbelastung der Gerichts- und Bewährungshelfer vorgesehen?
7. Welches Konzept wird seitens der Landesregierung bezüglich der Einrichtung von speziellen Jugendbewährungshilfen verfolgt?
8. Welche personellen und materiellen Auswirkungen wird die Einführung einer Jugendbewährungshilfe haben?

III. Gerichtsvollzieher

1. Wie viele Gerichtsvollzieher sind seit 1990 bis heute in Niedersachsen beschäftigt?
2. Inwieweit ist mit der Übertragung der Aufgaben zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung auf die Gerichtsvollzieher ein zusätzlicher Stellenbedarf entstanden?
3. Inwieweit wird den Gerichtsvollziehern in Niedersachsen als Ausgleich für den mit der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der eidesstattlichen Versicherung verbundene Aufwand eine Entschädigung gezahlt?
4. Wie viele Verfahren wurden in den Jahren 1990 bis heute von den Gerichtsvollziehern durchgeführt, und wie stellt sich die Verteilung auf die einzelnen Gerichtsvollzieher dar? Wie viele Verfahren sind bisher unerledigt geblieben?
5. Wie hat sich die Gehalts-, Vergütungs- und Entschädigungssituation der Gerichtsvollzieher in Niedersachsen seit 1990 bis heute entwickelt?
6. Inwieweit bestehen seitens der Landesregierung Überlegungen zur Reform der Gerichtsvollzieherausbildung, wie dies beispielsweise auf der 70. Konferenz der Justizminister vom 07. bis 09.06.1999 in Baden-Baden erörtert wurde?
7. Welche Maßnahmen werden seitens der Landesregierung unternommen, um Nachwuchskräfte für den Beruf des Gerichtsvollziehers zu gewinnen?
8. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Beruf des Gerichtsvollziehers angesichts der gestiegenen Anforderungen zu einem freien, selbständigen Beruf zu machen?
9. Welche Einsparungen könnten erzielt werden, wenn Gerichtsvollzieher künftig statt als Beamte im mittleren Justizdienst als Freiberufler tätig sind und ihnen die vereinnahmten Gebühren anstelle einer Gehaltszahlung zukommen würden?

D. Juristenausbildung

1. Wie lange dauerten seit 1990 jährlich bis heute durchschnittlich die Prüfungsverfahren zur ersten juristischen Staatsprüfung und zur großen juristischen Staatsprüfung?
2. Wie viele Kandidaten haben seit Einführung der so genannten Freichussregelung von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und anschließend die Prüfung zum Zweck der Notenverbesserung wiederholt?
3. Wie stellt sich seit 1990 bis heute die durchschnittliche Wartezeit der geprüften Rechtskandidaten auf einen Referendarplatz in Niedersachsen dar?
4. Wie viele Stellen sollen im Jahr 2004 für den juristischen Vorbereitungsdienst in den Haushaltsplänen ausgewiesen werden?

5. Wie wird sich die durchschnittliche Wartezeit in den nächsten vier Jahren unter Berücksichtigung der Studentenzahlen in Niedersachsen, der Bewerbungen aus anderen Bundesländern und der Stellenbegrenzung durch den Haushaltsplan voraussichtlich entwickeln?
6. Wie viele Referendare wurden bei den Einstellungsterminen seit 1990 bis heute jeweils eingestellt?
7. Wie viele Richter waren seit 1990 bis heute jährlich an den einzelnen Landgerichten jeweils in der Ausbildung der Referendare tätig, und wie hoch war die den einzelnen Richtern durchschnittlich zugewiesene Zahl an Referendaren an den einzelnen Landgerichten?
8. Mit welchen Auswirkungen für die Richterschaft rechnet die Landesregierung durch die jüngsten Änderungen der Juristenausbildungsgesetze auf Bundes- und Landesebene?
9. Stehen für die Ableistung der praktischen Studienzeiten Praktikantenstellen an niedersächsischen Gerichten in ausreichender Zahl zur Verfügung?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Justizministerium
- 5112 I - 104.409 -

Hannover, den 2. Dezember 2002

A. Gerichte und Staatsanwaltschaften

I. Stand der Geschäftsbelastung:

Zu 1:

Die Geschäftszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften haben sich in dem erfragten Zeitraum unterschiedlich entwickelt. Beachtlichen Anstiegen der Eingangszahlen in einigen Bereichen stehen rückläufige Eingangszahlen in anderen Bereichen gegenüber. Insgesamt sind die Eingänge angestiegen. Die Entwicklung der Erledigungen verläuft ähnlich, sie haben, insgesamt betrachtet, jedoch zugenommen.

Die Einzelergebnisse zu a) und b) sind in den Anlagen A.I.1.a - b. (Eingänge und Erledigungen) und A.I.1.a - b.II (einzelne Erledigungsarten) zusammengestellt. Sie beruhen - wie anderes in den Antworten aufgeführtes statistisches Material auch - auf den jährlichen Angaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften (Zählkartenerhebung), die vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik zusammengetragen und ausgewertet werden. In Zwangsvollstreckungssachen werden statistisch bundesweit nur die Zahl der Eingänge erfasst (vgl. auch Frage A.I.8).

Zu 2:

Hinsichtlich der Beantwortung der Fragen zu a) und b) wird auf die Übersichten in den Anlagen A.I.2.1 und A.I.2.2 verwiesen. Die in der Anlage A I.2.1 angegebenen Zahlen (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) sind jeweils am 31.12. eines jeden Jahres erhoben worden. Der durchschnittliche Personaleinsatz in jedem Jahr kann davon abweichen.

Eine Personalbedarfsberechnung für alle Laufbahnen (ausgenommen der einfache Dienst) erfolgt nur für die ordentlichen Gerichte und die Staatsanwaltschaften.

In den Fachgerichtsbarkeiten (mit Ausnahme der Finanzgerichtsbarkeit) wird eine Personalbedarfsberechnung nur für den richterlichen Dienst durchgeführt.

Zu 3:

Die durchschnittliche Verfahrensdauer der gerichtlichen Verfahren ist in der Anlage A.I.3 dargestellt.

Soweit die Verfahrensdauer auf Bundesebene ermittelt wird, stehen die niedersächsischen Gerichte in der Regel gut da. In Zivil- und Straf- sowie Verwaltungsgerichtsverfahren liegen sie im Bundesvergleich im vorderen Bereich.

Zu 4:

Die bundeseinheitlichen Zählkartenerhebungen weisen die durchschnittliche Dauer der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren erst seit der Überarbeitung der Erhebung im Jahre 1998 aus. Seither hat sich die Dauer der Ermittlungsverfahren wie folgt entwickelt:

Jahr	Durchschnittliche Dauer der Ermittlungsverfahren in Monaten	
	Land Nieders.	Alle Länder
1998	1,0	2,1
1999	1,5	2,1
2000	1,0	2,0
2001	1,5	2,0

Im Jahr 2000 lagen die niedersächsischen Staatsanwaltschaften damit an 1. Stelle aller Bundesländer und im Jahr 2001 an 2. Stelle.

Zu 5:

Jahr	Wahrgenommene Sitzungsstunden in Hauptverhandlungen	
	durch den Staatsanwalt	durch den Amtsanwalt
1990	85 324	22 397
1991	85 639	18 017
1992	84 220	17 237
1993	86 766	16 864
1994	83 209	16 655
1995	78 582	18 388
1996	79 784	19 294
1997	81 208	19 397
1998	82 076	18 501
1999	82 124	18 026
2000	83 608	16 357
2001	80 595	16 214
Veränderung 1990/2001	-5,54%	-27,61%

Vorstehend sind die reinen Sitzungsstunden ausgewiesen. Bei der Wahrnehmung von Terminen außerhalb des Sitzes der Staatsanwaltschaft kommen noch Fahrtzeiten hinzu.

Zu 6:

Jahr	Erledigte Strafverfahren, die mit einem Antrag nach §§ 417 ff. StPO eingeleitet worden sind:
1990	4 174
1991	3 645
1992	3 527
1993	2 722
1994	1 608
1995	1 629
1996	1 608
1997	1 955
1998	2 302
1999	2 997
2000	3 023
2001	2 759

Zu 7:

Abgesehen davon, dass die Äußerungen des Vorsitzenden des Niedersächsischen Richterbundes Arenhövel unvollständig, aus dem Zusammenhang gerissen und daher nicht zutreffend wiedergegeben worden sind, ist die Zahl der Anklagen der Staatsanwaltschaften nicht gesunken, sondern nach einem Rückgang in den Jahren 1994 und 1998 in den Folgejahren stets wieder angestiegen. Gleichwohl ist es bei den Amtsgerichten weder zu einem überproportionalen Anstieg der Hauptverhandlungen noch der Hauptverhandlungstage gekommen. Korrespondierend zu der Anzahl der Anklagen haben die Amtsgerichte eine entsprechend hohe Zahl an Strafverfahren erledigt. Die Einzelheiten sind der Anlage A.I.7 zu entnehmen.

Zu 8:

Jahr	Grundbuchsachen		Mahnsachen (Amtsgerichte)	Vollstreckungssachen	
	Eintragungen von Eigentumsveränderungen	Eintragungen und Löschungen in Abteilung II und III		Vollstreckungen in das bewegliche Vermögen	Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen
1990	209 536	1 004 400	423 599	387 045	6 062
1991	196 099	974 095	438 922	368 117	5 241
1992	227 365	1 216 669	492 663	366 418	5 686
1993	251 252	1 347 899	555 805	370 809	5 931
1994	293 930	1 409 865	564 913	385 456	6 549
1995	286 008	1 317 261	516 629	397 619	7 373
1996	273 824	1 403 430	541 878	415 917	7 562
1997	253 396	1 234 292	513 309	422 761	7 317
1998	260 738	1 253 813	505 369	428 390	8 312
1999	277 154	1 262 825	482 044	302 147	8 767
2000	258 856	1 125 612	494 583	311 615	10 077
2001	235 795	1 050 451	531 229	317 034	10 848

Die vorstehenden Verfahren werden bundesweit statistisch lediglich nach der Zahl der Eingänge erfasst. Eine durchschnittliche Verfahrensdauer kann daher nicht angegeben werden. Auch ein Bundesvergleich ist daher nicht möglich.

Seit der Einführung des automatisierten Mahnverfahrens im Jahre 1999 konnte die durchschnittliche Verfahrensdauer in Mahnsachen deutlich reduziert werden. Im Jahre 2001 konnten schon 54 % der insgesamt 167 918 maschinell bearbeiteten Mahnbescheidanträge am ersten Werktag, weitere 32 % bis zum 2. Werktag und die restlichen 14 % bis zum 5. Werktag abgewickelt werden. Damit steht Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern an der Spitze.

Die Eingangszahlen der Mahnverfahren vor den Arbeitsgerichten haben sich wie folgt entwickelt:

1990	4 415
1991	4 468
1992	4 649
1993	4 584
1994	4 793
1995	4 517
1996	4 411
1997	4 192
1998	4 197
1999	4 271
2000	4 391
2001	4 205

Die Verfahrensdauer wird nicht erhoben.

II. Personalsituation

Zu 1:

Es wird auf die Übersichten in der Anlage A.II.1 verwiesen.

Erfasst worden ist nicht die durchschnittliche Ist-Stärke, sondern die Ist-Stärke jeweils am Stichtag (31.12. des jeweiligen Jahres). Die durchschnittliche Ist-Stärke kann höher oder tiefer liegen.

Zu 2:

In der Anlage A.II.2 sind die nach den Haushaltsplänen besetzbaren Stellen dargestellt. Unberücksichtigt sind solche Stellen geblieben, die zwar im Haushalt ausgebracht, von der niedersächsischen Justiz jedoch nicht genutzt werden konnten. Dies sind insbesondere die Anfang der 90er-Jahre für die Aufbauhilfe in Sachsen-Anhalt geschaffenen Stellen, gesperrte und zur Einsparung vorgesehene Stellen usw.

Eine Zuordnung zu den einzelnen Gerichten und Staatsanwaltschaften erfolgt durch die Stellenpläne nicht und ist damit für die letzten 12 Jahre nicht möglich. Die aktuelle Verteilung der Stellen für das Jahr 2002 auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften ist aus der Anlage A.II.2.a ersichtlich.

Zu 3:

Die Zahl der nicht besetzten Planstellen kann für den abgefragten Zeitraum nicht ermittelt werden.

Das den Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Verfügung stehende Stellenkontingent ist aber stets weitestgehend genutzt worden. Dies wird für die letzten Jahre in dem Bereich der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften auch durch die nahezu vollständige

dige Ausschöpfung des im Rahmen der Personalkostenbudgetierung bereit gestellten Beschäftigungsvolumens belegt:

Im Jahr 2000 betrug das Soll-Beschäftigungsvolumen in Kapitel 11 04 9 021,48 Vollzeiteinheiten (VZE). Das jahresdurchschnittliche Ist-Beschäftigungsvolumen lag unter Berücksichtigung der Sperrungen für die Altersteilzeit bei 8 979,97 VZE. Dies ergibt eine Auslastung von 99,54 %. Im Jahr 2001 stand einem Soll-Beschäftigungsvolumen von 9 011,79 VZE unter Berücksichtigung der Altersteilzeitsperrungen ein jahresdurchschnittliches Ist-Beschäftigungsvolumen von 8 942,10 VZE gegenüber, d. h. das Beschäftigungsvolumen wurde in Höhe von 99,23 % ausgeschöpft. Eine höhere Ausschöpfung ist aus Gründen einer flexiblen Personalbewirtschaftung nicht möglich.

Zu 4:

Es wird auf die Übersichten in der Anlage A.II.4 verwiesen.

Zu 5:

Es wird auf die Übersichten in der Anlage A.II.5 verwiesen.

Bezogen auf alle Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten sowohl nach der Zahl der Personen als auch nach den Arbeitskraftanteilen von 1990 bis 2001 erheblich gestiegen. Innerhalb der verschiedenen Laufbahnen stellt sich die Situation erheblich unterschiedlich dar. Dies dürfte einerseits daran liegen dass Aufgaben wie z. B. die des Gerichtsvollziehers nur schwer eine Teilzeitbeschäftigung zulassen, andererseits lassen die geringen Verdienstmöglichkeiten z. B. im einfachen Dienst eine Reduzierung der Arbeitszeit nur in Ausnahmefällen zu.

Zu 6:

Die Besoldungsstruktur in der Richterschaft und bei den Staatsanwaltschaften ergibt sich aus den zugewiesenen Stellen, die in Anlage II.6 aufgeführt sind.

Zu 7:

Die Besoldungssituation im gehobenen, mittleren und einfachen Dienst ergibt sich aus der Anlage A II 7.

Die Beförderungszeiten konnten in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht für den gesamten Zeitraum ermittelt werden. Die aktuelle Beförderungssituation (2002) ist nachfolgend dargestellt:

Beförderung im gehobenen, mittleren und einfachen Justizdienst *	
Durchschnittliche Wartezeit seit Plananstellung:	
Gehobener Justizdienst:	
Justizoberinspektor/ -in	2 Jahre
Justizamtmann/ -frau	16 Jahre 2 Monate
Justizamtsrat/ -rätin	23 Jahre 9 Monate
Justizoberamtsrat/ -rätin	27 Jahre 3 Monate
Justizoberamtsrat/ -rätin mit Zulage	30 Jahre 5 Monate
Regierungsrat/ -rätin	29 Jahre 1 Monat
Oberregierungsrat/ -rätin	
Regierungsdirektor/ -in	31 Jahre 8 Monate
Amtsanwalt/ Amtsanwältin:	
Oberamtsanwalt/ -anwältin	16 Jahre 1 Monat **
Mittlerer Justizdienst:	
Justizobersekretär/ -in	4 Jahre 11 Monate
Justizhauptsekretär/ -in	13 Jahre
Justizamtsinspektor/ -in	18 Jahre 1 Monat
Justizamtsinspektor/ -in mit Zulage	25 Jahre 2 Monate
Gerichtsvollzieherdienst:	
Obergerichtsvollzieher/ -in	8 Jahre 7 Monate ***
Obergerichtsvollzieher/ -in mit Zulage	24 Jahre 2 Monate ***
Einfacher Justizdienst:	
Justizhauptwachtmeister/ -in	1 Jahr
Erste/ -r Justizhauptwachtmeister/- in (A 5)	2 Jahre
Erste/ -r Justizhauptwachtmeister/ -in (A 6)	14 Jahre
* ohne Arbeitsgerichtsbarkeit	
** Durchschnittliche Wartezeit seit Ernennung zur Amtsanwältin/ zum Amtsanwalt	
*** Durchschnittliche Wartezeit seit Ernennung zur Gerichtsvollzieherin/ zum Gerichtsvollzieher	

Grundsätzlich werden alle freiwerdenden Beförderungsstellen ausgeschrieben und nach Durchführung der Auswahlverfahren besetzt.

Zu 8:

In dem Zeitraum vom 01.01.1990 bis 25.11.2002 wurden insgesamt 1 137 Richterinnen und Richter in den niedersächsischen Justizdienst eingestellt:

Ordentliche Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft	947
Verwaltungsgerichte	70
Sozialgerichte	47
Finanzgericht	33
Arbeitsgerichte	40

Die Einstellung in die ordentliche Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaft erfolgt einheitlich in das Richter Verhältnis auf Probe.

Zu 9 bis 11:

Konkrete Personaleinsparungen ab 2003 ergeben sich aus der Anlage A.II.9 - 11. Sie stehen jeweils in unmittelbarem Zusammenhang mit

- Modernisierungsmaßnahmen (Rationalisierungsgewinne aus den Projekten SolumSTAR sowie automatisiertes Mahnverfahren - Stufe 1 und 2 -)
- Reorganisationsmaßnahmen (Auflösung der Bezügestellen im Jahr 1997; Auflösung der auswärtigen Kammer des Verwaltungsgerichts Hannover)
- zeitlich befristeten Projekten
 - a) Ausweitung des Modellversuchs zur verstärkten Bekämpfung der Geldwäsche, der organisierten Kriminalität und anderer Straftaten der mittleren und schweren Kriminalität durch die Abschöpfung von Verbrechen Gewinnen (kurz: Einziehung und Verfall)
 - b) Aussteigerprogramm für rechtsextremistische Straftäter
- befristeten Stellenzulegungen
 - a) aus Anlass der Insolvenzrechtsreform
 - b) Bereitstellung von Projektpersonal für SolumSTAR
 - c) Bereitstellung von Personal für die Grundbuchumstellungszentren (GUZe)
 - d) Einrichtung eines zusätzlichen Senats beim Nieders. Finanzgericht.

Die Verwaltungsgerichte sind 1990 und 1992 im richterlichen und nichtrichterlichen Dienst personell verstärkt worden, um der damals ständig steigenden Zahl an Asylverfahren in angemessener Zeit begegnen zu können. Nachdem sich der Geschäftsanfall in diesem Bereich wieder normalisiert hat, werden die hierfür zusätzlich bereitgestellten Stellen nach einem mit dem Nieders. Oberverwaltungsgericht vereinbarten Stellenabbaukonzept schrittweise wieder zurückgeführt.

Zu 12:

- a) Mit Ausnahme der folgend aufgezählten Aufgaben, für die eine Übertragung auf die mittlere Beschäftigungsebene (Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes sowie Justizfachangestellte) vorgesehen ist, sollen Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger ihre bisherigen Aufgaben behalten:
 - Ausfertigung weiterer vollstreckbarer Titel,
 - Inverwahrnahme letztwilliger Verfügungen,

- Geldstrafenvollstreckung,
 - ggf. Vergütungsfestsetzung für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus der Staatskasse,
 - nach Vereinfachung des Kostenrechts durch den Bundesgesetzgeber auch die Kostenfestsetzung.
- b) Die Übertragung folgender Aufgaben auf Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger wird - nach der notwendigen Änderung von Bundesrecht - für sinnvoll erachtet:
- Führung des Handelsregisters B,
 - Erbscheinsverfahren insgesamt, jedenfalls, wenn das Erbrecht nicht bestritten wird,
 - abhängig von den Ergebnissen der im Frühjahr 2001 eingesetzten Bund-Länder Arbeitsgruppe evtl. weitere Zuständigkeiten im Betreuungsrecht,
 - abhängig von den Erfahrungen mit der seit 26.10.2001 geänderten Insolvenzordnung evtl. weitere Zuständigkeiten im Insolvenzverfahren,
 - sämtliche den Staatsanwaltschaften obliegenden Aufgaben der Strafvollstreckung durch Aufhebung der Begrenzungsverordnung (des Bundes), die einen Teil der Strafvollstreckungstätigkeiten den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten vorbehält.
- c) Durch das Gesetz zur Übertragung von Rechtspflegeraufgaben auf den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle vom 16. Juni 2002 (BGBl. I S. 1810) ist § 36 b Rechtspflegergesetz (RPfLG) eingefügt worden. In der Arbeitsgerichtsbarkeit fallen die in § 36 b Abs. 1 Nrn. 2, 3 und 4 RPfLG aufgeführten Rechtspflegertätigkeiten an. Die Verordnung zur Übertragung dieser Aufgaben auf den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wird zurzeit vorbereitet.

Eine Übertragung von Richteraufgaben auf die Rechtspfleger kommt für die Arbeitsgerichtsbarkeit nicht in Betracht.

Zu 13:

Die Landesregierung weist darauf hin, dass es keine flächendeckenden Rückstände in bestimmten Verfahrensarten gibt. Auf eine gleichmäßige Personalausstattung der Behörden entsprechend ihrer Verfahrenszahlen wird hingewirkt. Die Geschäftsverteilung und damit die Personalzuweisung innerhalb der Gerichte und Staatsanwaltschaften obliegt den einzelnen Behörden, einschließlich der Bereiche Grundbuch und Vergütungsfestsetzung. Soweit es bei einzelnen Gerichten in bestimmten Bereichen zu höheren Rückständen gekommen ist, hat die Landesregierung die jeweils individuell notwendigen Maßnahmen ergriffen. Sie reichen von Geschäftsprüfungen und Organisationsuntersuchen bis zu kurzfristigen personellen Verstärkungen. Zu nennen ist auch der Einsatz von Organisationsberaterinnen und Organisationsberatern zum Erkennen und Unterbreiten von Lösungsvorschlägen an die Behördenleitung bei etwaigen strukturellen Mängeln, wenn die tatsächliche Belastung des Personals derjenigen von anderen Behörden entspricht.

Tendenziell längere Bearbeitungszeiten in Grundbuchsachen können derzeit mit der sukzessiven Einführung der IT-unterstützten Bearbeitung mit dem Programm SolumSTAR zusammenhängen, weil es zur Umstellung notwendig ist, den bisherigen Grundbuchinhalt an zentraler Stelle einzuscannen und die Grundbücher deshalb nicht stets in den Ortsbehörden vorliegen. Nach der flächendeckenden Einführung von SolumSTAR ist mit einer gegenüber dem bisherigen Verfahren schnelleren und effizienteren Bearbeitung zu rechnen.

Insgesamt setzt die Landesregierung den Prozess des effektiven Ressourceneinsatzes durch Optimierung der Organisationsabläufe und intensiven Einsatz der IuK fort. Aufgaben werden überall dort delegiert, wo dies ohne Qualitätsverlust möglich ist. Diese Maß-

nahmen gewährleisten insbesondere im Zusammenhang mit der weiter vorangetriebenen möglichst ganzheitlichen Bearbeitung den organisatorisch optimalen Personaleinsatz, der Überlastungen und Rückständen entgegenwirkt. Die Landesregierung hat gerade für den Bereich der Vergütungsfestsetzung einen flexiblen Personaleinsatz ermöglicht, indem sie die Rechtsgrundlage geschaffen hat, dass die Behörden neben Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern auch Kräfte der mittleren Beschäftigungsebene mit diesen Aufgaben betrauen können. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung ist beabsichtigt, dafür die stellenmäßigen Voraussetzungen zu schaffen. Durch die Einführung des automatisierten Mahnverfahrens (vgl. zu A.III.3) konnte die Erledigungsdauer für Mahnsachen deutlich reduziert werden (vgl. zu A.I.8).

Die Arbeitsgerichtsbarkeit hat seit 1990 neue Stellen bekommen (vgl. zu A.II.1, 6 und 7). Außerdem können die Arbeitsgerichte und das Landesarbeitsgericht durch die flächendeckende Ausstattung mit IuK-Technik die effektivere Organisationsform der Serviceeinheiten anstelle von Geschäftsstelle, Protokollführung und Schreibdienst anwenden. Mit der Einführung der Serviceeinheiten sind die dafür erforderlichen Stellen nach Vergütungsgruppe VI b BAT angehoben worden.

Außerdem sind mit Wirkung ab 1. Januar 1996 die auswärtigen Gerichtstage der Arbeitsgerichtsbarkeit abgeschafft worden.

Zu 14:

Die Frage lässt sich nicht beantworten, weil es kein statistisches Material über die Zahl der Nachlasspfleger und Betreuer gibt. Die Justizstatistik ist nicht personen-, sondern verfahrensbezogen aufgebaut (siehe Antwort zu Frage 15). Anzumerken ist noch, dass es in den Jahren 1990 und 1991 noch keine Betreuer gab. Erst seit In-Kraft-Treten des Betreuungsgesetzes am 1. Januar 1992 ist die rechtliche Betreuung an die Stelle der Vormundschaft über Volljährige und auch der Gebrechlichkeitspflegschaft getreten.

Zu 15:

Die Zahl der Nachlassfälle sowie der Betreuungsverhältnisse je Nachlasspfleger/Betreuer lässt sich nicht feststellen. Die Statistik nimmt lediglich eine Verfahrenszählung vor. Nachlasspflegschaften lassen sich dabei von den sonstigen in das Erbrechtsregister eingetragenen Verfahren nicht unterscheiden. Die Betreuungsverfahren haben sich seit der Einführung des Betreuungsrechts zum 01.01.1992 wie folgt entwickelt:

Betreuungsverfahren in Niedersachsen

Jahr	im Laufe des Jahres neu eingegangen	Am Jahresende anhängig geblieben
1992	17.081	66.335 *
1993	17.920	55.696
1994	17.827	60.235
1995	19.721	64.903
1996	23.027	70.411
1997	22.923	76.624
1998	24.829	83.912
1999	27.906	92.823
2000	31.006	102.747
2001	34.622	108.036

*) Einschließlich der am 01.01.1992 in ein Betreuungsverfahren übergegangenen bisherigen Vormundschafts- und Pflegschaftsverfahren

Die Zahl der eingesetzten Betreuer wird nicht festgehalten.

Zu 16:

Eine Beantwortung ist weder für den Bereich der Betreuungen noch für den der Nachlasspflegschaften möglich.

Sowohl für den Bereich der Betreuungsverfahren als auch der Nachlasspflegschaften wären Erkenntnisse darüber erforderlich, wie lange und mit welcher Vergütung Betreuungen und Nachlasspflegschaften geführt wurden. Statistische Angaben werden für Betreuer bundesweit erstmals seit Beginn dieses Jahres erhoben. Sie lassen sich zudem nicht einzelnen, möglicherweise über Jahre laufenden, Betreuungsverfahren zuordnen.

III. Maßnahmen zur Geschäftsentlastung

Zu 1:

- a) Die Landesregierung führt eine konsequente Aufgabenkritik durch, um
- die Verfahrenszahlen zu reduzieren,
 - anhängige Verfahren mit weniger Aufwand zu erledigen,
 - Aufgaben so weit wie möglich zu delegieren und
 - Aufgaben dort aus der Justiz auszulagern, wo ihre Wahrnehmung nicht rechtsstaatlich geboten ist.

Dazu wird die Landesregierung vorrangig die folgenden 20 Vorschläge weiterverfolgen und gemeinsam mit dem BMJ und anderen Bundesländern eine Initiative für ein Modernisierungsgesetz auf den Weg bringen:

- Förderung mediativer Streitkultur mit der Folge eines Rückgangs kontradiktorischer Gerichtsverfahren,
- Einführung eines obligatorischen Mahnverfahrens,
- Einführung einer Berufungsbegründungspflicht in Strafsachen, um die Zahl der von vornherein keinen Erfolg versprechenden Berufungen zu reduzieren,
- Abschaffung der Revision gegen Strafurteile der Amtsgerichte, um den unverhältnismäßig aufwändigen zweiteiligen Instanzenzug gegen diese Urteile zu vermeiden,
- Ausweitung des Adhäsionsverfahrens zur Stärkung des Opferschutzes und Vermeidung nachfolgender Zivilverfahren über den gleichen Lebenssachverhalt,
- Erweiterung der Einstellungsmöglichkeiten im Bußgeldverfahren,
- Änderung von § 29 StVG; um das Interesse von Betroffenen an Verfahrensverzögerungen zu beseitigen, soll es für die Tilgung im Verkehrszentralregister nicht mehr darauf ankommen, ob innerhalb von 2 Jahren nach einer vorangegangenen Verurteilung ein neues letztes tatrichterliches Urteil vorliegt. Entscheidend soll vielmehr sein, ob innerhalb dieser Frist eine neue Tat begangen ist,
- Einschränkung der Zulassung von Rechtsbeschwerden in Ordnungswidrigkeitenverfahren (§ 80 OWiG). Dieses Rechtsmittel soll nur noch zur Sicherung der einheitlichen Rechtsprechung zur Fortbildung des materiellen Rechts oder wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs zulässig sein,
- Einführung einer Eintragung in das Verkehrszentralregister, wenn bei Ordnungswidrigkeiten das Bußgeld nicht innerhalb eines Monats nach Eintritt der Fälligkeit gezahlt ist und der Betroffene keine Zahlungsunfähigkeit darlegt,
- zeitgleiche Festsetzung von gerichtlich verhängten Geldbußen und Dauer der Erzwingungshaft, um Doppelbefassungen zu vermeiden,

- Reform des § 229 StPO mit der eine längere Unterbrechung von Hauptverhandlungen als 10 Tage ermöglicht werden soll, um kostenintensive Abbrüche von Hauptverhandlungen oder allein fristmotivierte, aber inhaltsleere so genannte „Sprungtermine“ zu vermeiden,
 - Reform des § 273 StPO mit dem Ziel, zur Protokollführung auf den Einsatz von Urkundsbeamten der Geschäftsstelle und auf das Erstellen von Inhaltsprotokollen zu verzichten. Statt dessen sollen Richterinnen und Richter das Protokoll (wie im Zivilrecht) mit technischen Hilfsmitteln erstellen,
 - Änderung der Besetzung von Kollegialgerichten, in denen statt drei nur noch zwei Richterinnen und Richter zuständig sein sollen,
 - Reform des Betreuungsrechts,
 - Übertragung sämtlicher noch vom höheren Dienst vorgenommene Tätigkeiten der Vollstreckung bei den Staatsanwaltschaften auf den gehobenen Dienst durch Aufhebung der sog. Begrenzungsverordnung,
 - Übertragung der Bearbeitung der Kostensachen auf die mittlere Beschäftigungsebene (Beamtinnen und Beamte des mittleren Dienstes sowie Justizfachangestellte) nach der für das nächste Jahr zu erwartenden grundlegenden Vereinfachung des Kostenrechts,
 - Abbau von Richtervorbehalten in der freiwilligen Gerichtsbarkeit, insbesondere Führung des Handelsregisters B und in Nachlasssachen (s. o., lit.b der Antwort zu Frage 12),
 - Übertragung der Notarprüfung auf die Notarkammern,
 - Steigerung der Anzahl einvernehmlicher Scheidungen durch Verkürzung der Trennungsfrist,
 - Übertragung des Versorgungsausgleichs auf die Versicherungsträger.
- b) Wie bereits ausgeführt (Antwort zu II 12 und 13) ergreift die Landesregierung alle Möglichkeiten, sinnvolle Aufgabendelegationen insbesondere verknüpft mit einer ganzheitlichen Bearbeitung aller zusammenhängenden Arbeitsschritte konsequent weiterzuvollziehen. Zur Effizienzsteigerung initiiert und unterstützt sie Benchmarking-Projekte, innerhalb derer die beteiligten Behörden nach dem Prinzip „vom Besten zu lernen“ durch innerbehördliche Vergleiche ihre Verfahrensabläufe gegenseitig optimieren.
- Daneben hält es die Landesregierung für erforderlich, durch weitere Unterstützung von Arbeitsabläufen mit IT die Behörden vor Ort zu entlasten. Als nächste Schritte sind insoweit eine automatisierte Bearbeitung aller Mahnverfahren und die Einführung einer elektronischen Führung der Handelsregister vorgesehen.
- c) Mit Wirkung ab 1. Mai 2000 ist das Gesetz zur Vereinfachung und Beschleunigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens vom 30. März 2000 (BGBl. I S. 333) in Kraft getreten.
- Weitere Maßnahmen werden zurzeit geprüft, z. B. ein einheitlicher Rechtsweg zur Entscheidung über die Wirksamkeit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines schwerbehinderten Menschen und der darauf bezogenen Entscheidung des Integrationsamts nach §§ 85, 88 SGB IX.
- Zusätzlich wird die IuK-Ausstattung ständig verbessert (siehe A.III.3).

Zu 2:

- a) Wenngleich Strafverfahren nicht der Streitschlichtung im eigentlichen Sinn dienen, bietet der Täter-Opfer-Ausgleich doch die Möglichkeit, Konflikte, die entweder zu der Straftat geführt haben oder durch diese erst begründet wurden, befriedigend bei-

zulegen. Der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA), der in den 80er-Jahren zunächst als Modellversuch zur Konfliktschlichtung zwischen Tätern und Opfern von Straftaten entstanden ist, bietet Opfern und Tätern die Gelegenheit, ihre Konflikte außergerichtlich unter Beteiligung eines unparteiischen Dritten beizulegen.

Schadenswiedergutmachung, Konfliktausgleich sowie im Idealfall auch die dauerhafte Versöhnung zwischen den Beteiligten gehören zu den Elementen, die für den Täter-Opfer-Ausgleich kennzeichnend sind. Den Kernbereich des Täter-Opfer-Ausgleichs bildet die Auseinandersetzung zwischen Täter und Opfer im Rahmen einer persönlichen und unter Umständen auch wiederholten Begegnung. Die unmittelbare Konfrontation im Gespräch hilft den Beteiligten, die Straftat aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten, und ermöglicht damit auch eine beiderseitige Aufarbeitung der emotionalen Probleme. Der Täter soll darüber hinaus für die beim Opfer hervorgerufenen Folgen seiner Straftat sensibilisiert werden. Die aus dieser Sensibilisierung resultierende persönliche Betroffenheit des Täters soll ihn nicht zuletzt von der Begehung weiterer Straftaten abhalten.

Für die Strafrechtspflege bedeutet der Täter-Opfer-Ausgleich eine neue Form des Umgangs mit Kriminalität, weil dieses Konzept nicht vorrangig an die Person des Täters bzw. an die Straftat anknüpft, sondern der Autonomie der Parteien mehr Raum bietet.

Der Täter-Opfer-Ausgleich kommt in Niedersachsen überwiegend bei Körperverletzungsdelikten, Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Nötigungen und Beleidigungen zum Einsatz. Um dem Täter-Opfer-Ausgleich einen breiteren Anwendungsbereich zu verschaffen, hat der Gesetzgeber das Instrumentarium Mitte der 90er-Jahre straf- und strafverfahrensrechtlich verankert. Nach Einführung des § 46 a StGB kann nunmehr das Bemühen des Täters um Schadenswiedergutmachung durch Strafmilderung oder sogar durch das Absehen von Strafe honoriert werden. In § 155 a StPO hat der Gesetzgeber einen Appell an Staatsanwaltschaften und Gerichte aufgenommen, in jedem Stadium des Verfahrens die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen dem Beschuldigten und dem Opfer einer Straftat auszuloten und in geeigneten Fällen aktiv auf einen solchen Ausgleich hinzuwirken.

Bereits seit 1983 wird in Niedersachsen der Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendstrafverfahren praktiziert. Mit dem Ziel einer Einführung der Konfliktschlichtung auch im allgemeinen Strafrecht wurde 1992 der Verein „WAAGE Hannover e. V.“ gegründet, der inzwischen zum führenden Projekt des Täter-Opfer-Ausgleichs in Strafverfahren für Erwachsene geworden ist. Nach dem Projektbeginn am 01.07.1992 arbeitete die „WAAGE“ drei Jahre im Modellversuch mit umfassender wissenschaftlicher Begleitung durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen. Die Finanzierung für die praktische Durchführung wurde durch das Land Niedersachsen sichergestellt; für die Begleitforschung stellte seinerzeit die VW-Stiftung Mittel zur Verfügung.

Nach der dreijährigen Erprobung konnte festgestellt werden, dass der Täter-Opfer-Ausgleich auch im allgemeinen Strafrecht die an ihn gestellten Anforderungen erfüllt. Um die flächendeckende Anwendung des Verfahrens zu ermöglichen, sind in Niedersachsen im Jahr 1996 weitere Schlichtungsstellen eingerichtet worden. Diese Schlichtungsstellen sind bei zehn von insgesamt elf der den jeweiligen Staatsanwaltschaften zugeordneten niedersächsischen Gerichtshilfestellen, nämlich in Aurich, Bückeburg, Braunschweig, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osna-brück, Stade und Verden angesiedelt. Im Zuständigkeitsbereich der Staatsanwaltschaft Hannover führt nach wie vor der Verein „WAAGE e. V.“ sämtliche Täter-Opfer-Ausgleichsverfahren im allgemeinen Strafrecht durch. Daneben unterhalten inzwischen vier weitere freie Träger Schlichtungsstellen in Emden, Lingen, Oldenburg und Wittmund (Volkshochschule Emden e. V., SKM Lingen e. V., Konfliktschlichtung Oldenburg e. V., Präventionsrat Harlingerland e. V. Wittmund).

Dass das Schlichtungsverfahren inzwischen fest etabliert und auch seine Bedeutung im Strafverfahren stetig gestiegen ist, belegt die kontinuierlich positive Entwicklung der - verfahrensbezogen ermittelten - Anzahl der TOA-Aufträge: In der Modellphase der Jahre 1992 bis 1995 bearbeitete nur der Verein „WAAGE Hannover e. V.“ Fälle des Täter-Opfer-Ausgleichs (1992: 45 Fälle, 1993: 202 Fälle, 1994: 236 Fälle, 1995: 279 Fälle). Nach Einrichtung weiterer Konfliktschlichtungsstellen im Jahr 1996 wurden landesweit insgesamt 903 TOA-Aufträge erteilt.

Seit 1998 berichten die Träger der Konfliktschlichtungsstellen regelmäßig über die Entwicklung ihrer Tätigkeit in Strafverfahren für Erwachsene. Die Berichte belegen ein stetiges Ansteigen der Fallzahlen: Nach 753 Fällen im Jahre 1998, 948 Fällen im Jahre 1999 und 1 750 Fällen im Jahre 2000 sind den niedersächsischen Konfliktschlichtungsstellen im Jahre 2001 2 276 Fälle zur Erledigung überwiesen worden (davon entfielen 1 237 Verfahren auf die Gerichtshilfestellen, die übrigen 1 039 Fälle auf die freien Träger). Zwischen 1998 und 2001 hat sich die Anzahl der Täter-Opfer-Ausgleichsverfahren im allgemeinen Strafrecht somit mehr als verdreifacht. Darüber hinaus ist Erhebungen des Vereins „WAAGE Hannover e. V.“ zufolge die Akzeptanz des Konfliktschlichtungsverfahrens unter den Beteiligten vergleichsweise hoch. Nur rund 13 % der Opfer und ca. 6,5 % der Täter lehnen einen Täter-Opfer-Ausgleich ab. Auch liegt die Rückfallquote der Täter deutlich niedriger als bei anderen strafrechtlichen Sanktionen.

Nicht zuletzt aufgrund dieser positiven Entwicklungen wird die Landesregierung - wie schon in der Vergangenheit - weiterhin bemüht sein, den Täter-Opfer-Ausgleich im allgemeinen Strafrecht auszuweiten. Eine Steigerung der Fallzahlen steht auch in den kommenden Jahren zu erwarten.

Erheblich zum Anwachsen der Fallzahlen beigetragen hat die am 01.05.2000 in Kraft getretene, in enger Kooperation mit der Praxis entwickelte TOA-Richtlinie, ein gemeinsamer Runderlass des Niedersächsischen Justizministeriums und des Niedersächsischen Innenministeriums. Diese Richtlinie regelt u. a. Einzelheiten des Verfahrens und hat die Akzeptanz des Täter-Opfer-Ausgleichs bei Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichten und der Anwaltschaft deutlich erhöhen können.

Mit dem Ziel, ein flächendeckendes Angebot an Konfliktschlichtungsstellen für den Täter-Opfer-Ausgleich im allgemeinen Strafrecht sicherzustellen, sind neben dem Verein „WAAGE e. V.“ in Hannover im Jahre 2001 erstmals auch die oben bereits genannten vier weiteren freien Träger aus Haushaltsmitteln des Niedersächsischen Justizministeriums in erheblichem Umfang finanziell gefördert worden. Die Gesamtzuwendungssumme für die freien Träger belief sich auf 700 000 DM. Zur weiteren Förderung dieser freien Träger stehen auch in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 erhebliche Mittel, nämlich jeweils 358 000 Euro, zur Verfügung.

Bis heute haben überdies 26 Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer eine vom Niedersächsischen Justizministerium finanzierte, berufsbegleitende Fortbildung absolviert und eine Zusatzqualifikation als Konfliktberaterin bzw. Konfliktberater erlangt. Die Einhaltung eines hohen fachlichen Standards ist damit gewährleistet, zumal auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der freien Träger über eine entsprechende Qualifikation verfügen.

Schließlich organisiert und finanziert das Niedersächsische Justizministerium seit mehreren Jahren so genannte TOA-Coaching-Veranstaltungen für Bedienstete der Staatsanwaltschaften und für die bei den Gerichtshilfestellen sowie den freien Trägern tätigen Konfliktschlichterinnen und Konfliktschlichter. Derartige Fortbildungsveranstaltungen sind z. B. im Jahre 2001 vom renommierten Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung mit jeweils rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Göttingen, Hannover und Oldenburg durchgeführt worden. Auch in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 fanden und finden entsprechende Coaching-Veranstaltungen - u. a. in Braunschweig, Hildesheim und Osnabrück - statt und werden zur weiteren Erhöhung der Akzeptanz des Täter-Opfer-Ausgleichsverfahrens

und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Personen führen.

Die bisherige Entwicklung des Täter-Opfer-Ausgleichsverfahrens in Niedersachsen ist also insgesamt als ausgesprochen positiv zu bewerten.

- b) Die Förderung der Anwendung des Adhäsionsverfahrens - bei dem es sich nicht um ein außergerichtliches Verfahren handelt - ist bereits seit längerem ein Anliegen der Niedersächsischen Landesregierung.

So enthielt bereits der Gesetzesantrag des Landes Niedersachsen für ein 2. Opferchutzgesetz Vorschläge zur Verbesserung der Möglichkeiten für Geschädigte, vermögensrechtliche Ansprüche bereits im Strafverfahren geltend zu machen (BR-Drs. 709/96). Der Gesetzesantrag wurde in Form des Beschlusses des Bundesrates vom 19.12.1996 vom Bundesrat angenommen, ist aber letztlich nicht Gesetz geworden. Der Beschluss des Bundesrates sah unter anderem vor:

- eine Beschränkung der strafgerichtlichen Befugnis, im Adhäsionsverfahren von der Entscheidung über Schadensersatz und Schmerzensgeld abzusehen, soweit vorsätzliche Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, gegen das Leben sowie gegen die persönliche Freiheit vorliegen,
- eine Einführung eines sofort vollstreckbaren strafgerichtlichen Wiedergutmachungsvergleichs.

Beide Vorschläge sind auch enthalten im Beschluss des Bundesrates vom 29.09.2000, mit dem der Bundesrat den Hamburger Gesetzesantrag eines Entwurfs zur Stärkung der Verletztenrechte angenommen hat. Auch dieser Entwurf ist von Niedersachsen unterstützt worden, allerdings ist auch darüber vom Bundestag nicht mehr abschließend beraten worden.

Für die neue Legislaturperiode wird derzeit seitens des Justizministeriums geklärt, ob Hamburg seinen Gesetzentwurf erneut einbringt. Sofern dies nicht der Fall sein sollte, wird Niedersachsen diese Initiative aufgreifen.

Die Förderung des Adhäsionsverfahrens erfolgt vor dem Hintergrund, dass das Adhäsionsverfahren in Niedersachsen derzeit - wie im gesamten Bundesgebiet - kaum genutzt wird. Bundesweit liegt die Anwendungshäufigkeit bei ca. 0,2 % der erledigten Strafverfahren. Die Zahlen für Niedersachsen seit 1990 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle. Dabei liegen für das Jahr 2001 aufgrund eines statistischen Erfassungsfehlers keine aussagekräftigen Zahlen vor. Es ist jedoch zu vermuten, dass die Zahlen im Jahre 2001 angestiegen sind.

Adhäsionsverfahren in Niedersachsen						
	Erledigte Strafverfahren mit Adhäsionsverfahren, erledigt durch					
	Amtsgerichte		Landgerichte		AG'e und LG'e zusammen	
	Endurteile	Grundurteile	Endurteile	Grundurteile	Endurteile	Grundurteile
1990	24	5	0	0	24	5
1991	10	3	7	1	17	4
1992	39	4	1	0	40	4
1993	17	3	8	1	25	4
1994	44	1	8	1	52	2
1995	15	1	3	3	18	4
1996	8	2	2	1	10	3
1997	40	6	1	0	41	6
1998	24	12	0	0	24	12
1999	24	5	1	0	25	5
2000	49	3	1	0	50	3
2001	248	4	9	3	257	7

Zu 3:

Die Justiz ist inzwischen mit EDV-Anlagen voll ausgestattet. 14 000 Bildschirmarbeitsplätze sind eingerichtet. Folgende Planungen bestehen:

Projekt eJustice

Die Niedersächsische Landesregierung hat im Mai 2001 beschlossen, die niedersächsische Verwaltung zu einem leistungsfähigen Electronic Government fortzuentwickeln. Sie verknüpft diesen Schritt mit den Zielen, die niedersächsische Verwaltung und Justiz insgesamt kunden- und bürgernäher auszurichten, die Wirtschaftlichkeit weiter zu erhöhen und den Multimedia-Standort Niedersachsen zu stärken. Dem E-Government entspricht im Bereich der Justiz der elektronische Rechtsverkehr (eJustice). Der Einführung von E-Government- und eJustice-Anwendungen wird eine dreijährige Erprobungsphase mit Pilotprojekten vorangestellt. Im Anschluss sollen diese Verfahren in allen hierfür geeigneten Bereichen systematisch eingeführt werden. Mit sehr intensiven Vorarbeiten werden derzeit in einem von der Multimediainitiative Niedersachsen geförderten Pilotprojekt gemeinsam mit den Partnern, der Deutschen Telekom AG und der T-Systems GEI GmbH, die Voraussetzungen geschaffen, eJustice bis Ende 2004 exemplarisch in einem Kernbereich der Justiz, nämlich im Familiengericht zu erproben. Die konsequente Einführung eines eJustice und Übertragung der Erkenntnisse des Pilotprojektes auf grundsätzlich alle Verfahrensbereiche verlangt sicherlich einen erheblichen technischen, organisatorischen und finanziellen Aufwand, der aber erst zum Ende der Pilotphase konkreter quantifiziert werden kann. Das Justizministerium wird den Niedersächsischen Landtag entsprechend seiner EntschlieÙung vom 24. Oktober 2002 - Drs. 14/3820 - über den Fortgang des Projektes unterrichten.

Juristisches Informationsangebot

Zur Verbesserung des juristischen Informationsangebots am Arbeitsplatz soll neben der schon bestehenden Vollausrüstung hinsichtlich der juris-Online-Datenbanken und der VORIS-Datenbank voraussichtlich ab 2003 auch der Online-Zugriff auf die juristischen Datenbanken des Verlages C.H. Beck ermöglicht werden. Damit kann das Spektrum der im Internet erreichbaren Informationen um die Zeitschriften und bestimmte Kommentare des Verlages erweitert werden.

Automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren

Das automatisierte gerichtliche Mahnverfahren wird schon seit 1999 beim Amtsgericht Hannover landesweit für Großkunden betrieben. Damit werden zurzeit etwa 200 000 Verfahren jährlich abgewickelt. Bis 2005 soll das maschinelle Verfahren auch für alle Antragsteller in ganz Niedersachsen eingeführt werden, womit dann insgesamt alle 500 000 Verfahren jährlich von der maschinellen Bearbeitung erfasst werden. Den Anfang machen ab 15.01.2003 die Gerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Braunschweig. Ab 01.09.2003 folgt der Landgerichtsbezirk Hannover, ein Jahr später die übrigen Gerichte des Bezirks Celle und ab 01.09.2005 schließlich der Bezirk des Oberlandesgerichts Oldenburg. Das automatisierte Verfahren läuft praktisch ohne Eingriffe durch die Rechtspflegerin oder den Rechtspfleger ab. Nachdem die Anträge in Form von zur Belegung geeigneten Formularen oder als elektronische Daten beim Mahngericht erfasst worden sind, werden die Mahn- und Vollstreckungsbescheide zentral für alle Gerichte maschinell erlassen und beim Informatikzentrum Niedersachsen in Hannover gedruckt, kuvertiert, frankiert und versandt.

Elektronische Registerführung

Die Justiz erbringt durch die von den Amtsgerichten zu führenden öffentlichen Register (Handels-, Genossenschafts-, Güterrechts-, Partnerschafts- und Vereinsregister) wichtige Dienstleistungen für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Die Arbeit der Registergerichte wird bislang durch eine relativ flache Automationslösung unterstützt. Ende des Jahres 2001 wurde daher mit den Vorarbeiten zur Einführung der elektronischen Registerführung in Niedersachsen begonnen, um unter anderem die für die Bürgerinnen und Bür-

ger erbrachte Qualität der Dienstleistung steigern zu können. Dieses Ziel wird insbesondere dadurch erreicht, dass durch die elektronische Registerführung jedermann die Möglichkeit erhält, durch die Online-Auskunft schnell und ohne großen Aufwand zu jeder Zeit Einsicht in die Register zu nehmen, da die Registerdaten in der Registerzentrale auch nach Büroschluss der Registergerichte ständig verfügbar sind. Des Weiteren wird durch die elektronische Führung die Produktivität der Registerabteilungen erhöht und somit das Registerverfahren insgesamt beschleunigt, da das zeitintensive Eintragen in das Register inklusive das „Gegenlesen“ sowie der arbeitsaufwendige Auskunftsbetrieb entfallen. Zurzeit wird eine Projektuntersuchung erarbeitet, welche ein Sollkonzept sowie die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung enthält. Die notwendigen Haushaltsmittel zur Realisierung des Projektes sollen mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 eingeworben werden, um mit der Einführung der elektronischen Registerführung in Niedersachsen Mitte 2004 beginnen zu können.

Arbeitsgerichtsbarkeit

Alle 16 niedersächsischen Gerichte für Arbeitssachen sind mit IuK-Technik ausgestattet. Die Programme sind auf UNIX-Rechner ausgerichtet. Die Systembetreuung erfolgt durch das Informatikzentrum Niedersachsen (izn) in Zusammenarbeit mit dem beim LAG eingerichteten IuK-Referat.

Zurzeit wird eine web-orientierte Oberfläche erarbeitet. Außerdem nimmt die Arbeitsgerichtsbarkeit mit einem Pilotprojekt an E-Government teil.

Zu 4:

Das elektronische Grundbuch mit dem Programmsystem SolumSTAR wird innerhalb von 4 Jahren bis Mitte des Jahres 2005 flächendeckend bei allen 80 Amtsgerichten eingeführt. Bis Dezember 2002 wurden bereits 25 Amtsgerichte mit einem Grundbuchblattbestand von rd. 34 % der Gesamtmenge umgestellt.

Zu 5:

Den Schiedsämtern sind folgende Aufgaben zugewiesen:

- Nach § 13 Nds. SchÄmtG sind die Schiedsämter zuständig für bürgerliche Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche, soweit nicht die Arbeitsgerichte zuständig sind.
- Nach § 37 Nds. SchÄmtG ist das Schiedsamt als Vergleichsbehörde im Sinne des § 380 Abs. 1 StPO zuständig für die Durchführung eines Sühneversuchs bei Vorliegen eines Privatklagedelikts.

Die Zahl der Sühneversuche nach § 380 StPO ist seit längerer Zeit bundesweit rückläufig. Während im Jahr 1980 im damaligen Bundesgebiet 28 576 Verfahren durchgeführt worden waren, waren es im Jahr 1990 lediglich 16 364. Die Zahl ging bis zum Jahr 2000 - in den alten Bundesländern - auf 7 785 zurück. Bei den bürgerlichen Streitigkeiten ist hingegen eine steigende Tendenz festzustellen.

Die Fallzahlen in Niedersachsen entsprechen dem Bundestrend.

Geschäftsergebnisse der Schiedsleute in Niedersachsen

	Zahl der Schiedsleute	Verfahren nach § 380 StPO	Sühneversuch erfolgreich	Bürgerliche Streitigkeiten	Zahl der Einigungen
1980	753	2 497	1 263 (50,6 %)	181	103 (56,9 %)
1990	701	1 126	574 (51,0 %)	259	149 (57,5 %)
1991	693	994	487 (49,0 %)	263	158 (60,1 %)
1992	679	1 086	535 (49,3 %)	298	182 (61,1 %)
1993	658	889	458 (51,5 %)	352	210 (59,7 %)
1994	650	907	466 (51,4 %)	421	255 (60,6 %)
1995	651	864	424 (49,1 %)	523	298 (57,0 %)
1996	646	779	420 (53,9 %)	498	303 (60,8 %)
1997	680	831	405 (48,7 %)	588	309 (52,6 %)
1998	631	691	347 (50,2 %)	609	368 (60,4 %)
1999	634	565	283 (50,1 %)	655	410 (62,6 %)
2000	631	533	304 (57,0 %)	709	440 (62,1 %)
2001	631	513	276 (53,8 %)	793	526 (66,3 %)

Zu 6:

Die geltenden Vorschriften grenzen die Tätigkeit der Schiedsleute (im Bereich des Sühneversuchs nach § 380 StPO) und diejenige des Vereins WAAGE e. V. und anderer freier Träger (im Bereich des TOA) deutlich von einander ab:

Nach § 37 Nds. SchÄmtG in Verbindung mit § 380 StPO ist ein Sühneversuch vor dem Schiedsamt durchzuführen, wenn die Staatsanwaltschaft das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung einer in § 380 StPO genannten Straftat verneint und den Verletzten auf den Privatklageweg verweist.

Dem gegenüber kommt ein Täter-Opfer-Ausgleich vor allem dann in Betracht, wenn es sich um ein sog. Offizialdelikt handelt, also um eine Straftat, die von Amts wegen zu verfolgen ist. Nach § 155 a StPO ist in jedem Stadium des Verfahrens die Möglichkeit eines Täter-Opfer-Ausgleichs zu prüfen und ggf. auf dessen Durchführung hinzuwirken. Ein erfolgreicher Täter-Opfer-Ausgleich kann dann eine Einstellung des Verfahrens rechtfertigen, eine Strafmilderung begründen oder dazu führen, dass von einer Strafe abgesehen werden kann (vgl. § 46 a StGB).

Der Täter-Opfer-Ausgleich wird in Niedersachsen grundsätzlich bei den Gerichtshilfestellen durchgeführt. Im Zuständigkeitsbereich der Staatsanwaltschaft Hannover wird der Täter-Opfer-Ausgleich im Erwachsenenstrafrecht - zurückgehend auf ein Modellprojekt - von dem Verein WAAGE e. V. bearbeitet. Darüber hinaus unterhalten vier weitere freie Träger Schlichtungsstellen in Emden und Lingen, Oldenburg und Wittmund.

Bejaht die Staatsanwaltschaft bei einem Privatklagedelikt das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung, ist das Verfahren fortzuführen wie bei einem Offizialdelikt. Daraus folgt, dass auch in diesen Fällen bei entsprechender Eignung gemäß § 155 a StPO ein Täter-Opfer-Ausgleich anzustreben ist.

Eine Überschneidung der gesetzlichen Zuständigkeiten zwischen den Schiedsämtern und den freien Trägern des Täter-Opfer-Ausgleichs ist mithin nicht gegeben.

Eine faktische Berührung der Tätigkeitsbereiche kann sich ergeben, wenn im Zuge des Täter-Opfer-Ausgleichs auch Konflikte der Beteiligten angesprochen werden, die nicht Gegenstand des Strafverfahrens sind, der Straftat aber zu Grunde liegen oder mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Im Rahmen einer möglichst grundlegenden Aufarbeitung eines Konflikts ist dies aber im Hinblick auf eine nachhaltige Konfliktschlichtung durchaus sinnvoll.

Zu 7:

Im Bezirk der Staatsanwaltschaft Hannover führt im allgemeinen Strafrecht ausschließlich der Verein „WAAGE Hannover e. V.“ Täter-Opfer-Ausgleichsverfahren durch. Die Staatsanwaltschaft Hannover erteilt entsprechende Aufträge nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften (s. insbesondere § 153 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, §§ 155 a, 155 b StPO sowie die Niedersächsische TOA-Richtlinie vom 10.03.2000).

Ziff. II.5 der Richtlinie für den Täter-Opfer-Ausgleich im allgemeinen Strafrecht (Gem. RdErl. d. MJ u. d. MI vom 10. März 2000) lautet wie folgt:

„5. Geeignete Fälle

- (1) Die Voraussetzungen des TOA sind in jeder Lage des Verfahrens zu prüfen.
- (2) Ein TOA kommt insbesondere in Betracht, wenn
 - a) die beschuldigte Person die schädigende Handlung einräumt oder ihre Verantwortlichkeit sonst durch die Umstände genügend belegt ist,
 - b) auf der Opferseite eine natürliche Person betroffen ist und
 - c) geschädigte und beschuldigte Person zu einem Ausgleichsversuch bereit sind.
- (3) Geeignet sind vor allem Fälle der mittleren Kriminalität. In einzelnen Fällen können auch Taten aus dem Bereich der schweren Kriminalität oder der Kleinkriminalität in Betracht kommen. Besonders geeignet sind Fälle der Gewaltanwendung gegen Personen sowie Vermögens- und Eigentumsdelikte.
- (4) Mit Rücksicht auf das aufwändige Verfahren der Konfliktschlichtung scheidet Fälle der Kleinkriminalität aus, in denen eine sanktionslose Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Betracht kommt.“

Zu 8:

Im Bereich der gerichtlichen Verfahren fördert die Landesregierung die Streitschlichtung durch Mediation mit dem Projekt „gerichtsnahe Mediation in Niedersachsen“. Mit dem durch wissenschaftliche Forschung begleiteten Projekt wird an sechs Gerichten (den Amtsgerichten Hildesheim und Oldenburg, den Landgerichten Göttingen und Hannover, dem Verwaltungsgericht Hannover und dem Sozialgericht Hannover) die Einbindung von Mediation in laufende gerichtliche Verfahren erprobt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen eine fundierte Entscheidung darüber ermöglichen, ob die Justiz auch Mediation anbieten oder entsprechende Angebote unterstützen soll und wie sich gegebenenfalls ein solches Angebot effektiv organisieren lässt.

Zu diesem Zweck sind an den Modellgerichten einzelne Richter zu Mediatoren ausgebildet worden. In geeigneten Verfahren schlägt das Gericht den Parteien eine Aussetzung des Verfahrens und die Durchführung einer Schlichtung mit Hilfe eines dieser (Richter-)Mediatoren vor.

Im weiteren Verlauf des Projektes sollen die Parteien aber auch auf andere qualifizierte Mediatoren - außerhalb des Gerichts - hingewiesen werden. Ziel ist es insoweit, eine Liste von ortsnahen qualifizierten Mediationsangeboten zu erstellen. Die Projektleitung hat zu diesem Zweck auch mit dem Landesverband des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen Kontakt aufgenommen, um sich über eine mögliche Einbeziehung der Schiedsleute auch in diesem Bereich auszutauschen.

Unmittelbare Auswirkungen der Förderung der Mediation auf die Tätigkeit der Schiedsleute können vor diesem Hintergrund gegenwärtig nicht beschrieben werden. Alle Maßnahmen der Landesregierung, die auf eine Förderung der außergerichtliche Streitbeilegung gerichtet sind, dürften sich allerdings mittelbar auch auf die Tätigkeit der Schiedsfrauen und -männer auswirken: Wenn es gelingt, die außergerichtliche Streitschlichtung als eine Alternative zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung im Bewusstsein der Bür-

gerinnen und Bürger zu etablieren, ist zu erwarten, dass auch die Zahl der von den Schiedsleuten durchgeführten Verfahren steigen wird.

Zu 9:

Die Schiedsämter sind traditionelle Träger der außergerichtlichen Streitbeilegung. Sie sind flächendeckend vorhanden und bieten eine zügige und kostengünstige Schlichtung an. Die Schiedsleute geben ein Beispiel für eine erfolgreiche ehrenamtliche Tätigkeit. Daher sind die Schiedsämter Teil des Konzeptes der Landesregierung, der außergerichtlichen Streitschlichtung größere Bedeutung zu geben. Einen Aufgabenzuwachs werden die Schiedsämter bei einer Umsetzung von § 15 a EGZPO erfahren. Die obligatorischen Schlichtungsverfahren werden in erheblichem Umfang vor den Schiedsämtern durchgeführt werden (vgl. unten Antwort zu Frage A.III.10). Im Austausch mit dem Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen soll zudem geklärt werden, ob und in welcher Weise eine Tätigkeit der Schiedsleute auch im Bereich der Mediation möglich ist.

Zu 10:

Die Landesregierung beabsichtigt eine Umsetzung des § 15 a EGZPO durch Einbringung eines Schlichtungsgesetzes zu Beginn der neuen Legislaturperiode. Ein Referentenentwurf wird noch in dieser Legislaturperiode dem Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen zu einer ersten Meinungsbildung zugeleitet. Dabei können die ersten Erfahrungen aus anderen Bundesländern berücksichtigt werden.

In Umsetzung des § 15 a EGZPO soll die Zulässigkeit einer Zivilklage in bestimmten Bereichen von der Durchführung eines Güteverfahrens abhängig gemacht werden. Die obligatorische Schlichtung kann betreffen:

- vermögensrechtliche Streitigkeiten bis zu einem Streitwert von 750 Euro,
- bestimmte Nachbarrechtsstreitigkeiten, sofern Einwirkungen nicht von einem Gewerbebetrieb ausgehen,
- Ansprüche wegen Verletzung der persönlichen Ehre (außerhalb von Presse und Rundfunk).

Ausgenommen sind insbesondere Familiensachen, Klagen im Urkunds- und Wechselprozess sowie im Rahmen der Zwangsvollstreckung, ferner das Mahnverfahren.

In einem niedersächsischen Schlichtungsgesetz wäre in den genannten Grenzen ein Güteversuch vor Erhebung der Klage vorzuschreiben. Als (Regel-)Gütestellen kommen die - flächendeckend vorhandenen - kommunalen Schiedsämter in Betracht. Den Parteien bleibt es aber nach § 15 a Abs. 3 EGZPO unbenommen, einvernehmlich einen Einigungsversuch vor einer sonstigen Gütestelle zu unternehmen. Insoweit sind insbesondere die von der Landesjustizverwaltung nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO anerkannten Gütestellen zu nennen, aber auch andere Schlichtungsstellen, z. B. der Berufsverbände. Mit dem Schlichtungsgesetz sollen daher auch die Voraussetzungen und das Verfahren einer Anerkennung nach § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO gesetzlich geregelt werden.

Ziel eines Schlichtungsgesetzes ist es, den Parteien in den Fällen, in denen in der Sache gestritten wird, zunächst den Weg der außergerichtlichen Schlichtung zu weisen, bevor eine gerichtliche Streitentscheidung gesucht wird.

Verbunden mit der Förderung anerkannter Gütestellen sowie der Mediation als Konfliktlösungsansatz dient die Umsetzung von § 15 a EGZPO der Entwicklung einer „neuen Streitkultur“. Eine solche ist - neben einer leistungsfähigen Justiz - wünschenswert. Sie dient dem Rechtsfrieden und dem sozialen „Klima“ in Niedersachsen. Eine erhebliche Steigerung der Fallzahlen im Bereich der außergerichtlichen Streitbeilegung führt zudem zu einer Entlastung der Gerichte und damit auch des Landeshaushalts.

IV. Zukunft der kleinen und mittleren Amtsgerichte

Zu 1:

Eine Schließung von Amtsgerichten ist derzeit nicht beabsichtigt.

Zu 2:

Vor dem Hintergrund einer möglichst optimalen Nutzung der zur Verfügung stehenden personellen und sächlichen Ressourcen sollen die bisherigen Strukturen und Aufgaben der Amtsgerichte kritisch hinterfragt werden. Ausgangspunkt ist das Bestreben, durch Spezialisierung eine weitere Qualitätssteigerung zu ermöglichen. Den Aspekten der Bürgerfreundlichkeit und der Stärkung des ländlichen Raumes kommt bei den Überlegungen eine besondere Bedeutung zu. Die vielen denkbaren Möglichkeiten werden zunächst zusammengetragen, derzeit mit Vertretern der gerichtlichen Praxis ausführlich diskutiert und anschließend bewertet.

Zu welchem Ergebnis dieser Prozess letztlich führen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen.

Im Zuge der Ausweitung der maschinellen Bearbeitung im automatisierten Mahnverfahren müssen Mahnsachen landesweit bei einem zentralen Mahngericht (zurzeit. das Amtsgericht Hannover) konzentriert werden, womit die Amtsgerichte bis zum Jahr 2005 sukzessive ihre Zuständigkeit für Mahnsachen verlieren werden.

B. Strafvollzug

I. Personalsituation

Zu 1:

Im Kapitel 11 05 (Justizvollzugseinrichtungen) waren im Haushaltsjahr 1990 insgesamt 2 953 Stellen veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2002 beträgt die Gesamtzahl 3 874 Stellen. Aufgrund der Personalkostenbudgetierung stehen allerdings ca. 120 Stellen weniger zur Bewirtschaftung zur Verfügung. Dies entspricht trotzdem noch einer Steigerung um 27 %.

Zugleich ist die Jahresdurchschnittsbelegung der Justizvollzugseinrichtungen von 4 939 Gefangenen im Jahr 1990 auf 6 630 Gefangene (incl. Jugendarrest) im Jahr 2001 gestiegen (Steigerung um 34,2 %).

Zur Verteilung der nach den Haushaltsplänen veranschlagten Stellen auf die einzelnen Justizvollzugseinrichtungen, die einzelnen Laufbahngruppen und Verwendungsbereiche siehe die Anlage B.I.1.

Zu 2 und 3:

Von punktuellen Planungen abgesehen hat eine konkrete, auf die einzelnen Justizvollzugseinrichtungen und die einzelnen Laufbahngruppen und Verwendungsbereiche bezogene Personalbedarfsplanung vor 1990 nicht bestanden. Diese war im Hinblick auf die Sparbeschlüsse der damaligen Landesregierung, wonach im Vollzug insgesamt 154 Stellen eingespart werden mussten, im Übrigen nicht angezeigt. Ein Vergleich des Personalbedarfs des Jahres 1990 mit dem des Jahres 2002 ist deshalb nicht möglich.

Im Zusammenhang mit den Haushaltsplanungen ab 1990 ist für den Zeitraum von 1991 bis 1994 ein Bedarf von insgesamt 215 zusätzlichen Stellen festgestellt und in den Haushaltsplänen ausgebracht worden. Im Einzelnen handelte es sich um folgende Stellen:

- 21 Stellen verschiedener Fachrichtungen für allgemeine vollzugliche Verbesserungen bei den Justizvollzugseinrichtungen,

- 6 Stellen des Psychologischen Dienstes und des allgemeinen Vollzugsdienstes für die Jugendanstalt Hameln und die Justizvollzugsanstalten Hannover und Celle zur Verbesserung von Behandlungsmaßnahmen für Gefangene,
- 3 Stellen des ärztlichen Dienstes und
- 4 Stellen für Krankenpflegekräfte für die JVA Hannover und für die arbeitsmedizinische Versorgung der Vollzugsanstalten,
- 5 Stellen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Justizvollzugskrankenhaus,
- 2 Stellen für die JVA für Frauen in Vechta,
- 3 Stellen für Sicherheitsingenieure (Verbesserung der Arbeitssicherheit),
- 99 Stellen verschiedener Fachrichtungen zur Verbesserung der allgemeinen Personalsituation insbesondere im Hinblick auf die Betreuung ausländischer Gefangener und die Verbesserung der Sicherheit,
- 9 Stellen zur Verbesserung der Begutachtung langstrafiger Gefangener,
- 29 Stellen zur Einrichtung von Sicherheitsstationen,
- 16 Stellen aus Anlass der Umwidmung offener Abteilungen in Abteilungen des geschlossenen Vollzuges und
- 18 Stellen zur Wiederinbetriebnahme des Roten Hauses in Wolfenbüttel.

Darüber hinaus ist ein Bedarf von insgesamt 100 zusätzlichen Anwärter-Stellen des mittleren Dienstes und 10 zusätzlichen Anwärter-Stellen des gehobenen Dienstes zur zeitgerechten Einstellung von Nachwuchskräften dieser Laufbahngruppen errechnet worden, die ebenfalls in den Haushaltsplänen ausgebracht worden sind.

Ein weiterer Bedarf hat sich seit 1998 namentlich durch die neuen Anstalten in Oldenburg und Langenhagen, die Einrichtung zusätzlicher Haftplätze in Hameln, Lingen und Meppen, die Schaffung zusätzlicher Plätze in der Sozialtherapie und die in Bau befindlichen neuen Anstalten in Sehnde und Rosdorf ergeben.

Für das Jahr 2002 ergibt sich insgesamt der in der Anlage zu Frage B.I.1 für die einzelnen Anstalten und Fachrichtungen dargestellte Stellenbestand, der im Ergebnis dem Bedarf entspricht.

Zu 4:

Eine Statistik über die Zahl der Mehrarbeitsstunden wird nur für den allgemeinen mittleren Justizvollzugsdienst (AVD) und den Werkdienst geführt. Die Zahl nicht abgegotener Mehrarbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Laufbahnen betrug am 01.10.2001 insgesamt 68 239 Stunden. Diese Zahl konnte zum 01.10.2002 auf 52 340 Stunden gesenkt werden. Das bedeutet, dass zurzeit landesweit keine Überstunden geleistet werden. Für einzelne Bedienstete in bestimmten Funktionen kann es gleichwohl vorkommen, dass Überstunden angeordnet werden müssen. Diese können jedoch in der Regel zeitnah abgegolten werden.

Mehrarbeitsstunden fallen in allen anderen Laufbahnen des Justizvollzuges nicht an, weil diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der gleitenden Arbeitszeit teilnehmen und evtl. entstehende Zeitguthaben variabel durch Freizeit ausgleichen können.

Zu 5:

Die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für die Justizvollzugsbediensteten des Landes Niedersachsen werden seit 1976 in einem Jahresprogramm zusammengefasst, das allen Justizvollzugsbediensteten zur Verfügung gestellt wird. Erstmals für das Jahr 2002 ist ein gemeinsames Programm für die Justizvollzugsbediensteten in Niedersachsen und Bremen veröffentlicht worden.

Neben den nach den Ausbildungsvorschriften obligatorischen Veranstaltungen (Grund- und Fachlehrgänge für die Nachwuchskräfte des allgemeinen mittleren Justizvollzugsdienstes im Bildungsinstitut, berufspraktische Ausbildung und theoretische Studien an der Fachhochschule für Rechtspflege - Fachbereich Strafvollzug - in Bad Münstereifel) sind im niedersächsischen Teil des Aus- und Fortbildungsprogramms für das Jahr 2002 insbesondere folgende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu folgenden Themenschwerpunkten vorgesehen:

- Aus- und Fortbildung von Ausbilderinnen und Ausbildern (5 Veranstaltungen),
- Organisations- und Personalentwicklung (9 Veranstaltungen),
- Gesundheitsförderung (24 Veranstaltungen),
- Teamseminare im Rahmen einer anstaltsgebundenen integrativen Fortbildung (41 Veranstaltungen),
- Gruppen- und Einzelsupervision (mehrere Maßnahmen je nach Bedarf),
- Qualifizierende Weiterbildung für den mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienst (6 Veranstaltungen),
- Aus- und Fortbildung von Funktionskräften (36 Veranstaltungen),
- Therapie und Behandlung im Justizvollzug (5 Veranstaltungen),
- Aus- und Fortbildung in der Informations- und Kommunikationstechnik (16 Veranstaltungen).

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an Arbeitstagungen und Fachkonferenzen auch anderer Institutionen sowie zur Teilnahme an den Fortbildungsmaßnahmen des Studieninstituts des Landes Niedersachsen in Bad Münden und an den vom Bremer Justizvollzug angebotenen Veranstaltungen.

Im Jahr 2001 haben an den im Jahresprogramm vorgesehenen Veranstaltungen mehr als 1 500 Vollzugsbedienstete teilgenommen.

Die an der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen - Fachbereich Strafvollzug - studierenden Beamtinnen und Beamten werden im niedersächsischen Justizvollzug ausnahmslos ihrer Ausbildung entsprechend eingesetzt.

Zu ihren Aufgaben gehört insbesondere die Leitung der Vollzugs- und der Verwaltungsabteilungen oder der Fachbereiche in den Justizvollzugseinrichtungen des Landes. Vollzugsabteilungen werden aber in nahezu allen Justizvollzugseinrichtungen auch von sozialpädagogischen oder anderen Fachkräften geleitet, die - bevor sie in dieser Führungsfunktion eingesetzt werden - in der Regel über eine mehrjährige Berufserfahrung im Justizvollzug verfügen.

Für die Leitung der Fachbereiche Wirtschafts- oder Arbeitsverwaltung sind bei den Justizvollzugsanstalten Celle, Hannover, Wolfenbüttel und Oldenburg Betriebswirte eingestellt worden.

Die Entscheidungen über den konkreten Personaleinsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gehobenen Dienstes obliegt den jeweiligen Anstaltsleitungen.

Zu 6:

In die Laufbahn des mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienstes können Bewerberinnen und Bewerber eingestellt werden, die einen Hauptschulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Real- oder höheren Schulabschluss nachweisen. Sie müssen darüber hinaus mindestens das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Innerhalb der letzten 6 Jahre sind 1 007 Nachwuchskräfte in die genannte Laufbahn eingestellt worden. Lediglich 68 Personen (6,75 %) verfügten nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Im Jahr 2002 sind insgesamt 162 Einstellungen erfolgt, davon ver-

fügten 8 Bewerberinnen und Bewerber (4,94 %) nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Eine vermehrte Einstellung von Schulabgängern ist damit nicht zu verzeichnen.

Zu 7:

Dem Landesbetrieb waren 1990 nur 12 Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten als Teilbetriebe zugeordnet. Die anderen 12 Justizvollzugs- und die Jugendarrestanstalten wurden kameralistisch bewirtschaftet. Der Anschluss dieser Anstalten erfolgte am 01.01.1993.

Erhebungen über die Anzahl der Arbeitsplätze in Unternehmer und Eigenbetrieben sind erst seit Gründung des Landesbetriebes angestellt worden. Eine Gesamtübersicht ab 1993 stellt sich wie folgt dar:

	1993	2002
	Anzahl Arbeitsplätze	Anzahl Arbeitsplätze
Bad Gandersheim	13	25
Braunschweig	55	71
Bückerburg	22	38
Burgdorf	47	80
Celle	165	106
Göttingen	40	50
Gö.-Leineberg	0	0
Hamel	57	109
Hannover	156	224
Hildesheim	26	20
Lingen	150	115
Lingen-Damaschke	keine selbständige Anstalt	42
Lüneburg	24	23
Meppen	140	200
Oldenburg	14	154
Osnabrück	2	0
Salinenmoor	keine selbständige Anstalt	100
Stade	5	9
Uelzen	91	106
Vechta-Frauen	keine selbständige Anstalt	40
Vechta	87	92
Vechta-Verden	39	20
Wilhelmshaven	38	52
Wolfenbüttel	155	212
Summe	1 326	1 888

Dies bedeutet eine Steigerung der vorhandenen Arbeitsplätze um 42 %.

Zu 8:

Höhere Gefangenenentlohnung wird gezahlt in Umsetzung des Fünften Strafvollzugsänderungsgesetzes vom 27.12.2000. Im Bereich der Unternehmerarbeiten ist es aufgrund der höheren Löhne und der darauf beruhenden Kalkulationen zu Auftragsrückgängen in Höhe von 1,3 % gekommen.

Die Beschäftigtenanzahl hat sich im Jahr 2001 um 47 Gefangene vermindert.

Zu 9:

Im Jahr 2001 wurden an Personal- und Sachkosten 5 008 269 Euro an den Landeshaushalt abgeführt.

Das Arbeitsentgelt für die beschäftigten Gefangenen wurde nach dem Fünften Strafvollzugsänderungsgesetz vom 27.12.2000 von 5 % auf 9 % der Bezugsgröße angehoben.

Gegenüber dem Erfolgsplan 2001 bedeutet dies eine Minderabführung von 335 765 Euro, die auf der 80%igen Anhebung des Arbeitsentgeltes beruht.

Zu 10:

Die Betriebe haben im Zeitverlauf folgende Gewinne erwirtschaftet:

1990	=	1 314 363,24 Euro
1991	=	2 430 264,07 Euro
1992	=	1 482 920,96 Euro
1993	=	1 731 412,59 Euro
1994	=	1 693 246,24 Euro
1995	=	1 100 673,23 Euro
1996	=	1 851 541,29 Euro
1997	=	2 035 838,25 Euro
1998	=	1 897 005,14 Euro
1999	=	1 938 539,04 Euro
2000	=	1 677 090,65 Euro
2001	=	1 074 994,81 Euro.

Die Zahlen sind im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes nachgewiesen, der als Anlage im Haushaltsplan geführt wird.

Die Schwankungen im Trend resultieren aus Investitionen und konjunkturellen Veränderungen.

In den Jahren 2000 bzw. 2001 sind beispielsweise Investitionen in Höhe von 1 036 490 Euro bzw. 1 260 027 Euro getätigt worden.

Zu 11:

Angesichts der angespannten Haushaltslage haben Justiz- und Finanzministerium nach Finanzierungsmöglichkeiten für die sehr sinnvolle Einrichtung einer Führungsakademie für den Justizvollzug gesucht.

Im Ergebnis wurde eine Mischfinanzierung aus Mitteln des Justizvollzugs und der Justizvollzugsarbeitsverwaltung gefunden.

Diese Lösung ist sachgerecht, da die Justizvollzugsarbeitsverwaltung als Träger des Gefangenenarbeitswesens, dem mit Abstand größtem Einnahmeposten des Justizvollzugs,

von der stärkeren ökonomischen Ausrichtung und fachlichen Versiertheit der Führungskräfte des Justizvollzugs profitieren wird.

II. Einrichtungen des Justizvollzuges und Situation der Strafgefangenen

Zu 1:

Am 30. September standen (einschließlich der zur Strafhaft gezählten Sicherungsverwahrung) folgende Haftplätze zur Verfügung:

Anstalt	U-Haft		Strafhaft		Jugendstrafe		Abschiebehaft		insgesamt	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Braunschweig	173	0	99	0	0	0	0	0	272	0
Bückeburg	0	0	76	0	0	0	0	0	76	0
Burgdorf	0	0	165	0	0	0	0	0	165	0
Celle	0	0	115	0	0	0	0	0	115	0
Bad Gandersheim	0	0	24	11	0	0	0	0	24	11
Göttingen	58	0	93	0	0	0	0	0	151	0
Göttingen-Leineberg	0	0	0	0	125	0	0	0	125	0
Hamel	90	0	0	0	572	0	6	0	668	0
Hannover	150	40	590	15	0	0	144	45	884	100
Hildesheim	82	0	0	0	0	0	0	0	82	0
Lingen	160	0	480	0	0	0	0	0	640	0
Lingen-Damaschke	0	0	371	0	0	0	0	0	371	0
Meppen	0	0	581	0	0	0	0	0	581	0
Oldenburg	230	0	218	6	0	0	0	0	448	6
Salinenmoor	20	0	208	0	0	0	0	0	228	0
Uelzen	98	2	303	0	0	0	0	0	401	2
Vechta (Männer)	110	0	329	0	0	0	0	0	439	0
Vechta (Frauen)	0	14	0	140	0	34	0	0	0	188
Wolfenbüttel	0	0	458	0	0	0	0	0	458	0
insgesamt	1.171	56	4.110	172	697	34	150	45	6.128	307

Zu 2:

Von den rund 6 800 Gefangenen in Niedersachsen sind zurzeit noch rund 1 000 Gefangene in geschlossenen Anstalten, in Hafträumen ohne räumlich abgetrennte Toilette (also unter Geräusch- und Geruchsbelästigung) zusammen mit Mitgefangenen untergebracht. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um doppelt belegte Einzelhafträume. Landesweit sind demnach rund 500 zusätzliche Hafträume erforderlich, um der in der Entscheidung des BVerfG aufgezeigten, noch mit der Menschenwürde der Gefangenen zu vereinbarenden Haftsituation zu entsprechen. Diese Zahl berücksichtigt nicht die notwendige Reserve für Belegungsschwankungen und für Differenzierungsnotwendigkeiten von ca. 10 % der Belegung (s. auch B.III.1 u. 3).

Ein Umbau vorhandener Hafträume mit dem Ziel, die Toiletten abzutrennen, ist kurzfristig nur in geringem Umfang und zu hohen Kosten möglich, er würde zudem die Belegungssituation zunächst noch verschärfen. Die Landesregierung hat daher den betroffenen Anstalten aufgegeben, nach Möglichkeit entlastende Maßnahmen wie zusätzliche Aufschlusszeiten, Freistunden und Freizeitangebote zu gewähren.

Zu 3:

Am 30. September befanden sich (einschließlich der zur Strafhaft gezählten Sicherungsverwahrten, sonstigen Gefangenen und vorübergehend Abwesenden) 6 822 Gefangene im geschlossenen und im offenen Vollzug:

Anstalt	Vollzugs- form (g/o)	U-Haft		Strafhaft		Jugendstrafe		Abschiebehaft		insgesamt	
		m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Braunschweig	g	183	0	30	0	0	0	0	0	213	0
	o	0	0	44	0	0	0	0	0	44	0
Bückeburg	g	0	0	91	0	0	0	0	0	91	0
Burgdorf	o	0	0	149	0	0	0	0	0	149	0
Celle	g	0	0	117	0	0	0	0	0	117	0
Bad Gandersheim	g	0	0	23	11	0	0	0	0	23	11
Göttingen	g	58	0	6	0	0	0	0	0	64	0
	o	0	0	84	0	0	0	0	0	84	0
Göttingen-Leineberg	o	0	0	0	0	96	0	0	0	96	0
Hameln	g	89	0	0	0	469	0	4	0	562	0
	o	0	0	15	0	40	0	0	0	55	0
Hannover	g	210	25	544	19	4	0	164	36	922	80
	o	0	0	55	14	0	0	0	0	55	14
Hildesheim	g	55	0	17	0	0	0	0	0	72	0
Lingen	g	140	0	465	0	2	0	3	0	610	0
	o	0	0	31	0	0	0	0	0	31	0
Lingen-Damaschke	o	0	0	477	0	0	0	0	0	477	0
Meppen	g	1	0	578	0	0	0	0	0	579	0
	o	0	0	34	0	0	0	0	0	34	0
Oldenburg	g	228	0	194	0	0	0	0	0	422	0
	o	0	0	84	4	0	0	0	0	84	4
Salinenmoor	g	22	0	194	0	1	0	0	0	217	0
	o	0	0	26	0	0	0	0	0	26	0
Uelzen	g	103	0	315	0	1	0	0	0	419	0
	o	0	0	49	0	0	0	0	0	49	0
Vechta (Männer)	g	113	0	308	0	1	0	0	0	422	0
	o	0	0	46	0	0	0	0	0	46	0
Vechta (Frauen)	g	0	14	0	101	0	35	0	0	0	150
	o	0	0	0	45	0	0	0	0	0	45
Wolfenbüttel	g	1	0	524	0	0	0	0	0	525	0
	o	0	0	30	0	0	0	0	0	30	0
insgesamt	g	1.203	39	3.406	131	478	35	171	36	5.258	241
	o	0	0	1.124	63	136	0	0	0	1.260	63

Zu 4:

Innerhalb des geschlossenen Vollzuges kommt es leider immer wieder zu Widersetzlichkeiten der Gefangenen gegenüber Bediensteten. Hierauf reagiert der Vollzug nachdrücklich und konsequent.

Aufgrund der Vermutung, dass die Gewaltbereitschaft der Gefangenen infolge der hohen Gefangenenzahl und des Belegungsdruckes ab 1998 zuzunehmen schien, wurden derartige Vorfälle im nds. Justizvollzug ab 1999 statistisch erfasst.

Nach den Berichten der Justizvollzugseinrichtungen waren zu verzeichnen:

Jahr	Tätliche Angriffe auf Bedienstete	Körperliche Misshandlungen unter Gefangenen
1999	12	24
2000	11	14
2001	10	30

Die Landesregierung begegnet diesem Gefährdungspotenzial mit vielfältigen Maßnahmen, die die Bereiche der instrumentellen, administrativen und sozialen Sicherheit betreffen, z. B.:

- Aus dem Bereich der instrumentellen Sicherheit:
 - Einrichtung von Sicherheitsstationen,
 - Beschaffung von Personen-Notsignal-Anlagen,
 - Einsatz von Video-Überwachungsanlagen,
 - Bereitstellung geeigneter Kontrollgeräte u. a.
- Aus dem Bereich der administrativen Sicherheit:
 - klare Strukturen und Vorgaben z. B. im Kontrollbereich,
 - Ausstattung der Hafträume,
 - Regelung des persönlichen Besitzes der Gefangenen,
 - klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Bediensteten u. a.
- Aus dem Bereich der sozialen Sicherheit:
 - Ausstattung der Justizvollzugseinrichtungen mit genügend Personal,
 - kleine und überschaubare Vollzugsgruppen mit einem festen Personalbestand,
 - Intensivierung der Behandlungsmaßnahmen.

Besondere Bedeutung misst die Landesregierung der intensivierten Schulung der Bediensteten aus Einrichtungen des geschlossenen Vollzuges bei, insbesondere der verpflichtenden Teilnahme der Bediensteten an dem BKS-Training (Berufsspezifische Konfliktbewältigung und Selbstverteidigung). Hierdurch werden die Bediensteten befähigt,

- auf kognitiver Ebene Situationen einzuschätzen,
- auf kommunikativer Ebene konfliktmindernd aufzutreten und zu argumentieren,
- auf verhaltensorientierter Ebene deeskalierende Selbstverteidigung bis hin zum unmittelbaren Zwang anzuwenden.

Daneben hat sich gezeigt, dass die Dienstfähigkeit betroffener Bediensteter dadurch schneller wieder hergestellt werden kann, dass die durch belastende Situationen entstandenen Ängste und Spannungen durch fach- und sachkundige Beratung und Betreuung des im Jahr 2001 für den Justizvollzug geschaffenen Gesundheitszentrums abgebaut werden können.

Zu 5:

Im Jahr 1990 belief sich der Anteil ausländischer Gefangener im Jahresdurchschnitt auf insgesamt 15 %, verdoppelte sich innerhalb von fünf Jahren auf 29 % bis 30 % (1995 bis 1999) und ist seither auf etwa 25 % zurückgegangen. Besonders deutlich war diese Entwicklung in der Untersuchungshaft, in der der Anteil der Ausländer 1990 bei 25 % lag, Mitte der 90er-Jahre fast 50 % erreichte und seit 1998 kontinuierlich abgenommen hat (auf 38 % im ersten Halbjahr 2002). Bei den erwachsenen Strafgefangenen war die Entwicklung weniger stark ausgeprägt (1990 11 % Ausländer, 1998 22 %, im ersten Halbjahr 2002 noch 20 %), weil dort seit 1995 gleichzeitig ein erheblicher Anstieg der Zahl der deutschen Gefangenen zu verzeichnen war. Im Jugendstrafvollzug schließlich (1990 12 % Ausländer, 1998 34 % und im ersten Halbjahr 2002 21 %) änderte sich der Anteil der ausländischen Gefangenen besonders durch die gegenläufige Entwicklung der Zahl der deutschen Gefangenen, die zwischen 1990 und 1996 um rund 30 % abnahm, seither aber um 61 % zugenommen hat.

Zur Beratung ausländischer Insassen in ausländerrechtlichen Fragen wurde eine sog. Aufsuchende Sozialarbeit eingerichtet, die durch externe Träger ausgeführt wird. Diese findet in den JVAen Braunschweig, Lingen, Meppen, Vechta und in der JA Hameln statt. Die Arbeit wird aus Landesmitteln bezuschusst. Für die Jahre 2002 und 2003 beträgt der jährliche Zuschuss 271 000 Euro.

Zur Verbesserung der sprachlichen Verständigung mit ausländischen Gefangenen wurden 50 Bedienstete aus Zuwandererfamilien eingestellt. Diese stammen aus den Ländern Polen (14), Russland (14), Türkei (5), Großbritannien (3), Jugoslawien (3), Griechenland (2), und je eine/ein Bedienstete(r) aus den Ländern Indien, Israel, Kroatien, den Niederlanden, Österreich, Rumänien, Syrien, Tschechien und dem Tschad.

Zentrale Sprachkurse für Bedienstete werden nicht angeboten. Den Justizvollzugseinrichtungen stehen jedoch im Titel „Aus- u. Fortbildung der Bediensteten“ Mittel hierfür zur Verfügung.

Bei der notwendigen Überwachung von Besuchen und Telefongesprächen sowie zur gelegentlichen Übersetzung von Eingaben werden in den Justizvollzugseinrichtungen Dolmetscher eingesetzt, für die im Titel „Dienstleistungen für Außenstehende“ Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Zu 6:

In den Justizvollzugsanstalten haben die Gefangenen in den Jahren 1990 bis 2002 (Januar bis Oktober) insgesamt 1 818 schulische und 2 000 berufliche Abschlüsse erzielt. Die Angaben zu den einzelnen Anstalten ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle. Erwartungsgemäß konzentriert sich die Zahl der Abschlüsse auf den Jugendstrafvollzug (985 schulische und 812 berufliche Abschlüsse), den Jungtätervollzug in Vechta (157 schulische und 550 berufliche Abschlüsse) und die JVA Hannover mit der dortigen Bildungsstätte (283 schulische und 398 berufliche Abschlüsse).

Schulische Abschlüsse (sA) und berufliche Abschlüsse (bA) von 1990 bis 2002 (Januar bis Oktober)

Anstalt und Abschlüsse seit 1990 (sA/bA)	1990		1991		1992		1993		1994		1995		1996		1997		1998		1999		2000		2001		2002	
	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA	sA	bA
Braunschweig (0/1)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bückeberg (0/0)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Burgdorf (0/8)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	3	
Celle (109/20)	22	0	0	0	6	0	0	0	17	1	8	2	18	2	7	4	4	7	7	0	13	2	0	1	7	1
Bad Gandersheim (6/8)	0	1	0	1	1	0	0	0	2	2	1	0	0	1	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0	1
Göttingen (0/0)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Göttingen-Lb. (245/31)	14	2	13	1	12	0	12	3	11	2	22	2	19	1	22	3	33	5	22	4	27	3	20	2	18	3
Hamel (740/781)	37	49	33	74	39	57	35	68	49	62	42	63	44	72	62	36	76	62	68	59	91	45	85	53	79	81
Hannover (283/398)	20	24	7	37	18	12	27	36	23	32	18	31	25	39	28	28	23	24	27	36	25	37	24	32	18	30
Hildesheim (0/0)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Lingen (4/32)	0	0	4	10	0	1	0	8	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	3	0	0	0
Lingen-D. (13/38)	0	4	0	4	0	4	0	8	0	3	0	1	0	2	0	2	0	3	0	3	0	1	8	2	5	1
Meppen (68/34)	5	1	7	8	5	4	3	6	6	4	5	4	5	1	6	0	8	0	5	0	0	2	0	0	13	4
Oldenburg (0/11)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	4	0	2	0	1	0	1	0	0
Salinenmoor (96/18)	13	0	9	6	5	1	6	1	5	5	9	0	6	4	7	1	6	0	6	0	8	0	7	0	9	0
Uelzen (110/0)	9	0	5	0	8	0	10	0	4	0	9	0	8	0	10	0	11	0	10	0	8	0	8	0	10	0
Vechta-M. (157/550)	12	30	13	29	8	34	11	26	11	26	12	36	12	45	10	36	12	71	14	57	15	52	13	57	14	41
Vechta-F. (5/68)	0	1	0	6	0	2	0	8	1	6	1	6	1	2	0	4	1	1	0	9	0	12	0	10	1	1
Wolfenbüttel (85/2)	8	0	9	0	7	0	8	0	12	0	6	0	6	0	4	0	4	0	3	0	3	0	7	2	8	0
Insgesamt (1 818/2 000)	140	112	100	176	109	115	112	164	141	143	133	150	144	172	156	114	178	179	163	176	191	155	172	168	182	166

Nicht enthalten ist in diesen Angaben die wachsende Zahl von vorbereitenden Maßnahmen ohne förmlichen Abschluss, die sowohl quantitativ als auch von ihrem pädagogischen Stellenwert her zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dazu zählen neben Alphabetisierungskursen und Deutschkursen für Ausländer auch berufsvorbereitende Maßnahmen und solche zur Förderung sozialer und lebenspraktischer Kompetenzen. Insgesamt nehmen an solchen Maßnahmen etwa ebenso viele Gefangene teil wie an den oben dargestellten qualifizierenden Maßnahmen.

Der Anteil der jugendlichen und erwachsenen Strafgefangenen sowie der jugendlichen Untersuchungsgefangenen, die in dem für die Statistik ausschlaggebenden Monat Mai insgesamt an Bildungsmaßnahmen teilnahmen, lag in den letzten sieben Jahren im Durchschnitt bei 20,7 %.

Zu 7:

	Durchschnittsbelegung der Justizvollzugsanstalten	durchschnittlich beschäftigte Gefangene	
1990	4 944	2 141	43,3 %
1991	5 022	2 254	44,9 %
1992	5 284	2 533	47,9 %
1993	5 480	2 779	50,7 %
1994	5 467	2 814	50,9 %
1995	5 595	2 814	50,3 %
1996	5 825	2 946	50,6 %
1997	6 151	3 309	53,8 %
1998	6 514	3 619	55,5 %
1999	6 506	3 498	53,8 %
2000	6 549	3 528	53,9 %
2001	6 594	3 481	52,8 %
2002	6 566	3 481	53,0 %

Die Quote der durchschnittlich beschäftigten Gefangenen ist hier lediglich um 6,7 % gestiegen. Ursache hierfür ist, dass die durchschnittliche Gefangenenbelegung von 1990 bis 2002 um 32,8 % gestiegen ist. Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Gefangenen wurde um 62 % erhöht. Die baulichen Gegebenheiten ließen eine weitere Erhöhung der Beschäftigungsquote nicht zu und konnten mit dem Anstieg der Belegungszahlen nicht Schritt halten (s. im Übrigen Frage 9).

Zu 8:

Außerhalb der Justizvollzugsanstalten gibt es keine anstaltseigenen Arbeitsplätze.

Zu 9:

Im Jahr 2001 sind durch den Neubau der Justizvollzugsanstalt Oldenburg 224 neue Arbeitsplätze und in der JVA Vechta weitere 50 Arbeitsplätze geschaffen worden.

Im Jahr 2002 sind 173 Arbeitsplätze eingerichtet worden:

- JVA Burgdorf (5 Arbeitsplätze)
- Jugendanstalt Hameln (45 Arbeitsplätze)
- JVA Lingen (5 Arbeitsplätze)
- JVA Lingen-Damaschke (20 Arbeitsplätze)
- JVA Meppen (35 Arbeitsplätze)
- JVA Oldenburg (8 Arbeitsplätze)
- JVA Uelzen (25 Arbeitsplätze)
- JVA Wilhelmshaven (30 Arbeitsplätze).

Bis zum 31.12.2004 werden durch die Neubauten der Justizvollzugsanstalten Göttingen-Rostorf und Sehnde 590 weitere Arbeitsplätze entstehen. Darüber hinaus ist geplant, durch bauliche Maßnahmen in Hannover (110 Arbeitsplätze), Lingen (100 Arbeitsplätze), Lingen-Damaschke (100 Arbeitsplätze), Meppen (40 Arbeitsplätze) und Salinenmoor (40 Arbeitsplätze) weitere 390 Arbeitsplätze einzurichten.

Angestrebt ist es, bis zum 31.12.2004 eine Beschäftigungsquote von 75 % der Gefangenen zu erreichen. Diese Quote wäre einer Vollbeschäftigung gleichzusetzen, da ca. 25 % der Gefangenen dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt der Anstalten aus verschiedenen Gründen nicht zur Verfügung stehen.

Zu 10:

Die Ausweitung der Arbeitsmöglichkeiten in den Justizvollzugsanstalten hat keine negativen Auswirkungen auf Unternehmen der freien Wirtschaft, da die Gefangenarbeit nach den gesetzlichen Regelungen im Lohnsegment der Behindertenwerkstätten und der Heimarbeit anzusiedeln ist. Die Lohnkosten entsprechen damit denen der sog. Billig-Lohn-Länder, die für viele Unternehmen interessant sind. Sie brauchen nicht auf andere Länder auszuweichen, sondern nutzen örtliche Qualitäts- und Logistikvorteile. Die Produktion bleibt also in Deutschland.

Die Eigenbetriebe des Justizvollzugs - wie Schlossereien oder Tischlereien - produzieren durchweg nur Einzelfertigungen oder geringe Stückzahlen.

Viele Unternehmen in der Region profitieren von den Justizvollzugs-Arbeitsbetrieben, da alle Rohstoffe, Zutaten und Maschinen hier beschafft werden.

Die gute Ausstattung in den Betrieben empfiehlt eine Kooperation, da Unternehmen dem Justizvollzug bei Auftragspitzen ohne eigene Investitionen flexibel Aufträge erteilen können.

Zu 11:

Die Neuregelung des Fünften Strafvollzugsänderungsgesetzes vom 27.12.2000 wird in den Justizvollzugseinrichtungen in vollem Umfang umgesetzt.

Zu 12:

Im Jahr 2001 befanden sich durchschnittlich 1 178 Gefangene im offenen Vollzug (ohne vorübergehend Abwesende). Wegen der hohen Fluktuation in dieser Vollzugsform ist allerdings mit etwa der fünffachen Zahl von Personen zu rechnen, die die Einrichtungen des offenen Vollzuges während dieses Jahres durchlaufen haben. Von diesen etwa 6 000 Personen sind 1 264 im Laufe des Jahres einem freien Beschäftigungsverhältnis nachgegangen.

Zu 13:

Als Missbrauch des offenen Vollzuges ist einerseits die Entweichung und andererseits das Begehen neuer Straftaten aus dem offenen Vollzug heraus anzusehen (vgl. § 10 [1] StVollzG).

Die absolute Zahl der Entweichungen wird gewöhnlich auf die Durchschnittsbelegung bezogen, um Vergleiche zwischen verschiedenen Jahren oder zwischen verschiedenen Anstalten zu ermöglichen. Wegen der nicht eindeutig festgelegten Zählweise in verschiedenen Bundesländern sind länderübergreifende Vergleiche nur sinnvoll, wenn unterschiedliche Erhebungsarten ausgeschlossen werden können.

Die Zahl der Entweichungen kann aber auch auf die Zahl der Personen bezogen werden, die im Laufe eines Jahres die Einrichtungen des offenen Vollzuges durchlaufen, da nach einer Entweichung in der Regel die Ablösung aus dem offenen Vollzug erfolgt und daher kaum ein Gefangener die Gelegenheit hat, im Laufe eines Jahres zweimal aus dem offenen Vollzug zu entweichen. Diese Personenzahl wird allerdings statistisch nicht erfasst, sondern nur die Zahl der Aufnahmen in einer offenen Vollzugseinrichtung. Bei Verlegung eines Gefangenen zwischen zwei solcher Einrichtungen kommt es daher zu Mehrfachzählungen in unbekanntem Umfang. Als Schätzung der Zahl der im Laufe eines Jahres im offenen Vollzug befindlichen Personen dürfte diese Größe aber hinreichend genau sein.

Jahr	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Entweichungen absolut	157	192	220	246	148	152	149	135	134	105	83	93
je 1 000 Gefangene Durchschnittsbelegung	156	189	202	228	141	137	132	114	112	88	77	79
je 1 000 Aufnahmen (geschätzte Personenzahl)	36	41	50	52	34	35	35	28	30	25	19	19

Der Missbrauch des offenen Vollzuges in Form des Begehens neuer Straftaten wird statistisch nicht erfasst. Zur Beantwortung dieses Teils der Frage müssten sehr aufwändige Erhebungen angestellt werden, um alle Anzeigen gegen Gefangene des offenen Vollzuges auf eine rechtskräftige Entscheidung zu überprüfen. Dies war in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht leistbar.

Zu 14:

Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu unterscheiden zwischen den Zahlen für die Zeit von 1990 bis 1998 und denen von 1999 bis 2001.

– Zeitraum von 1990 bis 1998:

Nach der Ermordung von zwei Polizeibeamten am 23.10.1987 durch zwei in Lockerungen befindliche Strafgefangene wurde jeder Verdacht einer Straftat eines in Lockerungen befindlichen Gefangenen statistisch erfasst, überprüft und bewertet. Die Überprüfungszeiträume bezogen sich zunächst - wegen des Vorfalles - nicht auf ein Kalenderjahr, sondern anlassbezogen bis 1994 auf die jeweiligen Zeiträume vom 01.09. bis 31.08. des folgenden Jahres.

Dies vorausgeschickt, ist festzustellen, dass nach Wiederergreifen der Gefangenen

- vom 01.09.1989 bis 31.8.1990 zunächst in 174 Fällen,
- vom 01.09.1990 bis 31.8.1991 zunächst in 192 Fällen,
- vom 01.09.1991 bis 31.8.1992 zunächst in 173 Fällen,
- vom 01.09.1992 bis 31.8.1993 zunächst in 138 Fällen,
- vom 01.09.1993 bis 31.8.1994 zunächst in 90 Fällen,
- vom 01.09.1994 bis 31.8.1995 zunächst in 23 Fällen,
- vom 01.01.1995 bis 31.12.1995 (geänderte Zählweise) zunächst in 42 Fällen,
- vom 01.01.1996 bis 31.12.1996 zunächst in 56 Fällen,
- vom 01.01.1997 bis 31.12.1997 zunächst in 73 Fällen und
- vom 01.01.1998 bis 31.12.1998 zunächst in 66 Fällen

der Verdacht, dass neue Straftaten verübt worden sind, bestand.

Es handelte sich dabei vor allem um Tatvorwürfe aus den Bereichen Diebstahl, Körperverletzung, Einbruch-Diebstahl und Betrug.

Anmerkung:

Die Zahlen wurden nach Prüfung der im Justizministerium vorhandenen Materialien ermittelt. Wegen des hohen Verwaltungsaufwandes und der damit verbundenen zeit-

lichen Beanspruchung wurde davon abgesehen, den Justizvollzugseinrichtungen die Durchsicht der Einzelvorgänge bzw. Generalakten aufzugeben.

- Zeitraum von 1999 bis 2001:

Ab 1999 wurde die statistische Zählweise im MJ umgestellt. Von den entwichenen Strafgefangenen wurden während des Zeitraums ihrer Flucht folgende Ermittlungsverfahren bekannt:

Delikte	Jahre Anzahl der Gefangenen		
	1999	2000	2001
Verstoß gegen das BtMG	2	-	3
Diebstahl	12	18	7
Verkehrsdelikte	3	5	-
Körperverletzung	4	2	-
Raub/schwerer räuberischer Diebstahl	3	1	2
Einbruch-Diebstahl	2	2	2
Betrug	5	3	1
Sachbeschädigung	1	-	1
Bedrohung	-	1	1
Brandstiftung	-	1	-
Urkundenfälschung	1	-	-
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	1	1	-
unerlaubter Waffenbesitz	1	-	-
Geiselnahme	-	-	1
Leistungserschleichung	-	1	-
Tötungsdelikte	1 (2 Opfer)	-	-

In der überwiegenden Anzahl der Fälle haben sich Verdachtsmomente nicht bestätigt bzw. wurden die Verfahren gemäß § 154, 170 Abs. 2, 153 ff. StPO sowie gemäß § 37 Abs. 2 BtMG eingestellt.

Lediglich in ca. 30 % der eingeleiteten Ermittlungsverfahren kam es zu einer neuen Verurteilung.

Zu 15:

Die Anzahl der in den Justizvollzugseinrichtungen straffällig gewordenen Gefangenen, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht.

Die Antwort bezieht sich auf die Jahre 1999 bis 2001, da in den Vorjahren (von 1990 bis 1998) eine Zählung in der Aufsichtsbehörde nicht stattfand und die Zahlen nur mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand in den Justizvollzugseinrichtungen durch Auswertung der Einzelvorgänge sowie Überprüfung der Generalakten möglich gewesen wäre.

Delikte	Jahre Anzahl der Gefangenen		
	1999	2000	2001
Mord (an zwei Bediensteten)	1	-	-
Brände	12	8	12
Tätliche Angriffe	12	11	10
Misshandlung unter Gefangenen	24	14	30
räuberische Erpressung	-	-	1
Vergehen gegen das BtMG	1	-	1
Einbruch	-	-	1
Siegelbruch	-	1	-
Beleidigung	-	1	-
Bedrohung	1	-	-
Diebstahl	1	-	-

Zu 16:

Hinsichtlich des Zeitraums von 1990 bis 1998 gilt das zu Frage 15 Gesagte.

Die Beteiligung ausländischer Gefangener, gegen die der Verdacht einer Straftat in den Justizvollzugseinrichtungen Niedersachsens für die Jahre 1999 bis 2001 bekannt geworden ist, ergibt sich aus nachfolgender Übersicht:

Delikte	Jahre Anzahl der ausländischen Gefangenen/ prozentualer Anteil an den gesamten Straftaten		
	1999 = %	2000 = %	2001 = %
Brände	5 = 41,7	5 = 62,5	2 = 16,7
Tätliche Angriffe auf Bedienstete	5 = 41,7	5 = 45,5	2 = 20,0
Körperliche Misshandlungen unter Gef.	8 = 33,3	6 = 42,8	19 = 63,3
Raub/räuberische Erpressung	-	-	1 = 100

Der prozentuale Anteil der ausländischen Gefangenen, gemessen an den beteiligten Gefangenen an den Straftaten in Justizvollzugsanstalten - insgesamt -, stellt sich wie folgt dar:

Gefangene	1999	2000	2001
Gefangene	52	35	55
ausländische Gef.	18	16	24
somit prozentualer Anteil	34,6	45,7	43,6

Zu 17:

Statistische Angaben hierzu liegen nicht vor.

Zu 18:

Statistische Angaben hierzu liegen nicht vor.

Zu 19:

Statistische Angaben liegen nur zur durchschnittlichen Haftdauer der aus der Abschiebungshaft abgeschobenen Personen vor. Diese Haftdauer betrug

1998:	31,8 Tage
1999:	33,9 Tage
2000:	32,8 Tage
2001:	37,8 Tage
2002 (von Januar bis Oktober):	37,4 Tage.

Zu 20:

Statistische Angaben über die Zahl der Entlassungen aus der Abschiebungshaft liegen nicht vor, sodass ein Vergleich nicht möglich ist. Es kann lediglich angegeben werden, wie viele Personen aus der Abschiebungshaft heraus abgeschoben worden sind. Das waren im Jahr 1998 1 703 Personen, im Jahr 1999 1 425 Personen, im Jahr 2000 1 593 Personen, im Jahr 2001 1 321 Personen und in der Zeit von Januar bis Oktober 2002 1 111 Personen.

III. Baulicher Bestand der Justizvollzugsanstalten und Haftplätzebedarf

Zu 1:

Am 30.09.2002 waren im geschlossenen Männervollzug 4 225 Haftplätze vorhanden, die Zahl der Gefangenen belief sich auf 4 696 (einschließlich vorübergehend Abwesender). Zum Auffangen kurzfristiger Schwankungen der Belegung und zur Differenzierung der Gefangenen wird gewöhnlich eine Haftplatzreserve von 10 % für erforderlich angesehen, sodass aus vollzuglicher Sicht zur Unterbringung der o. g. Gefangenen 5 166 Haftplätze oder 941 mehr als vorhanden benötigt wurden. Diese Zahl beinhaltet auch die zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts in der Antwort zu Frage B.II.2 genannten von 500 Haftplätzen.

Im geschlossenen Jugendvollzug waren am 30.09.2002 596 Haftplätze vorhanden, die Zahl der Gefangenen belief sich auf 562. Im geschlossenen Jugendvollzug, in dem in einer Anstalt alle Haftarten vollzogen werden, ist allerdings eine größere Differenzierung notwendig, sodass hier eine Haftplatzreserve von 15 % erforderlich ist. Daraus ergibt sich ein Bedarf von 50 Plätzen. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts kommt hier nicht zum Tragen, weil alle Hafträume mit abgetrennten Toiletten versehen sind.

Im geschlossenen Frauenvollzug standen am 30.09.2002 235 Haftplätze zur Verfügung, 241 Gefangene waren unterzubringen. Je nach Einschätzung der Differenzierungsanfordernisse ergibt sich hier ein Haftplatzbedarf zwischen 30 und 42 Plätzen.

Im offenen Männervollzug sind die Zahlen der Gefangenen (1 109) und der Haftplätze (1 110) insgesamt ausgeglichen, wenngleich es erhebliche regionale Unterschiede in der Auslastung gibt, die aber durch Verlegungen aufgefangen werden. In diesen Einrichtungen befinden sich die Toiletten meistens nicht auf dem Haftraum, sodass der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts hier keine Rolle spielt.

Im offenen Jugendvollzug sind von den vorhandenen 197 Plätzen 151 belegt, im offenen Frauenvollzug 63 von 72. Hier besteht kein weiterer Bedarf an Haftplätzen.

Zu 2:

Mehrfach belegte Einzelhafträume werden statistisch nicht erfasst, wohl aber die Zahl der vorhandenen Einzelhafträume und die Zahl der einzeln untergebrachten Gefangenen. Hafträume mit Mehrfachbelegung werden ebenfalls nicht erfasst, wohl aber die Zahl der Haftplätze in Hafträumen mit Mehrfachbelegung. Aus der Differenz zwischen der Zahl der vorhandenen Einzelhafträume und der Zahl der (in einer überbelegten Anstalt) ein-

zeln untergebrachten Gefangenen lässt sich die Zahl der mehrfach belegten Einzelhaftsräume schätzen.

Anstalt	Einzelhaftsräume am 30. 9. 2002		mehrfach belegte Einzelhaftsräume		Plätze in Hafträumen mit Mehrfachbelegung	
	m	w	m	w	m	w
Braunschweig	117	0	44	0	155	0
Bückeberg	52	0	1	0	24	0
Burgdorf	45	0	0	0	120	0
Celle	109	0	0	0	6	0
Bad Gandersheim	16	7	0	0	8	4
Göttingen	12	0	1	0	139	0
Göttingen-Leineberg	125	0	0	0	0	0
Hameln	668	0	44	0	0	0
Hannover	566	24	169	1	318	76
Hildesheim	54	0	0	0	28	0
Lingen	282	0	8	0	358	0
Lingen-Damaschke	130	0	0	0	241	0
Meppen	331	0	0	0	250	0
Oldenburg	300	2	4	0	148	4
Salinenmoor	155	0	3	0	73	0
Uelzen	315	0	39	0	86	2
Vechta (Männer)	324	0	0	0	115	0
Vechta (Frauen)	0	128	0	32	0	60
Wolfenbüttel	413	0	108	0	45	0
insgesamt	4014	161	421	33	2114	146

Zu 3:

Im Jahr 2003 werden durch die Fertigstellung der beiden sozialtherapeutischen Abteilungen in Vechta (Frühjahr 2003) und Lingen (November 2003) 41 neue Haftplätze eingerichtet werden, nach Abschluss der Sanierung in Aurich und in Wilhelmshaven stehen 90 Plätze wieder zur Verfügung und im Rahmen des Umbaus der Küche der JVA Hannover werden 39 neue Plätze entstehen, zusammen 170. Im Jahr 2004 werden nach Abschluss der Bauarbeiten in der JVA Celle 109 Plätze wieder zur Verfügung stehen und mit der Inbetriebnahme des Anstaltsneubaus in Sehnde 528 zusätzliche Plätze. Im Anschluss an die Belegung der neuen Anstalt wird allerdings die JVA Hildesheim mit 82 Plätzen für Sanierungsarbeiten geschlossen und - wenn es die Belegungssituation im Lande erlaubt - die 70 Plätze der alten JVA Oldenburg aufgegeben werden, sodass im Jahr 2004 insgesamt zusätzlich 585 Plätze im geschlossenen Männervollzug zur Verfügung stehen werden, dazu eventuell weitere 40 neue Plätze in der JVA für Frauen in Vechta. Spätestens Anfang des Jahres 2005 schließlich wird der Anstaltsneubau in Rosdorf mit 318 Plätzen in Betrieb gehen, gleichzeitig wird die alte JVA Göttingen mit 58 Plätzen geschlossen, sodass in diesem Jahr 260 neue Plätze geschaffen werden.

Bis zum Jahre 2005 stehen damit insgesamt 1 015 Haftplätze zusätzlich zur Verfügung.

Der Finanzbedarf für diese Baumaßnahmen ist etatisiert.

C. Gerichtshelfer/Bewährungshelfer/Gerichtsvollzieher

I. Gerichtshilfe

Zu 1:

Der Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen bei dem Sozialdienst der Staatsanwaltschaften (Gerichtshilfe) in den Jahren von 1990 bis 2001 (Stichtagserhebung zum 31.12. eines jeden Jahres) ist der Übersicht in der Anlage C.I.1 zu entnehmen.

Zu 2:

Die Gerichtshilfe wird nicht nur in Ermittlungsverfahren, sondern auch in Vollstreckungs-, Bewährungs- und Gnadenverfahren tätig. Das verfügbare statistische Material ermöglicht keine differenzierten Angaben zur Häufigkeit der Beauftragung der Gerichtshilfe durch die Staatsanwaltschaften in Ermittlungsverfahren.

Erfasst werden lediglich die Gesamtzahlen der an die Gerichtshilfe gelangten Aufträge zur Vermittlung in gemeinnützige Arbeit und die Gesamtzahlen der übrigen Beauftragungen.

Die Anzahl der Aufträge an die niedersächsischen Gerichtshilfestellen in den Jahren 1990 bis 2001 ist den Übersichten in den Anlagen C.I.2 a (Anzahl der Beauftragungen ohne Vermittlung in gemeinnützige Arbeit) und C.I.2 b (Anzahl der Beauftragungen zur Vermittlung in gemeinnützige Arbeit) zu entnehmen.

Zu 3:

Die Aufgabenbereiche der Gerichtshilfe sind Berichterstattung (Berichterstattung im Ermittlungsverfahren; Haftentscheidungshilfe; Opferberichte; Berichterstattung im Vollstreckungs-, Bewährungs- und Gnadenverfahren), Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs und Vermittlung gemeinnütziger Arbeit (als Auflage bei Verfahrenseinstellungen; zur Abwendung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen; als Bewährungsaufgabe, wenn keine Bewährungshelferin oder kein Bewährungshelfer bestellt ist). Die Gesamtzahl der den Gerichtshilfestellen erteilten Aufträge in diesen Aufgabenbereichen ist den Übersichten in den Anlagen C.I.2 a und C.I.2 b (vgl. dazu die Beantwortung der Frage C.I.2) zu entnehmen.

„Gutachten“ erstellen die Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer nicht.

Zu 4:

Die durchschnittliche monatliche Belastung aller Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer in Niedersachsen hat sich in den Jahren 1990 bis 2001 wie folgt entwickelt:

1990:	12,1 Aufträge
1991:	15,7 Aufträge
1992:	16,8 Aufträge
1993:	21,1 Aufträge
1994:	22,7 Aufträge
1995:	22,7 Aufträge
1996:	26,1 Aufträge
1997:	29,3 Aufträge
1998:	27,6 Aufträge
1999:	24,9 Aufträge
2000:	25,4 Aufträge
2001:	26,4 Aufträge.

Im Jahre 1997 ist - nicht zuletzt infolge der Einrichtung von Schlichtungsstellen für den Täter-Opfer-Ausgleich im Jahre 1996 - eine vorübergehende Belastungsspitze bei der Gerichtshilfe in Niedersachsen eingetreten. Jede Gerichtshelferin und jeder Gerichtshelfer hatten seinerzeit durchschnittlich 29,3 Aufträge pro Monat zu bearbeiten. Die Grenze der zumutbaren Belastung dürfte damit erreicht worden sein; Qualitätseinbußen in der Arbeit der Gerichtshilfe sind allerdings auch in dieser Zeit nicht eingetreten.

Im Jahre 2001 hatten die Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer in Niedersachsen aufgrund einer Verbesserung der Personalausstattung monatlich noch 26,4 Aufträge zu bearbeiten. Eine solche Belastung erscheint der Landesregierung vertretbar.

Zu 5:

Eine Aufstellung sämtlicher überregionaler und regionaler Fortbildungsveranstaltungen für Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer, die seit 1990 angeboten worden sind, hätte einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordert und konnte wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Bearbeitungszeit nicht erstellt werden. Nur die wichtigsten überregionalen Veranstaltungen der letzten Jahre sollen an dieser Stelle erwähnt werden:

Die Landesregierung hat vor allem die landesweite Implementierung des Täter-Opfer-Ausgleichs im Erwachsenenbereich durch berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen für Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer unterstützt.

Bis heute haben insgesamt 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichtshilfe eine vom Justizministerium finanzierte, berufsbegleitende Fortbildung absolviert und eine Zusatzqualifikation als Konfliktberaterin bzw. als Konfliktberater erlangt. Entsprechende Qualifikationsmaßnahmen für neu eingestellte Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer werden auch künftig angeboten werden.

Im Zeitraum von September 1996 bis Dezember 1997 ist die Einführung des Täter-Opfer-Ausgleichs im Bereich der Staatsanwaltschaften Stade, Göttingen und Braunschweig durch ein Supervisionsmodell seitens der WAAGE Hannover e. V. professionell begleitet worden; an diesen Fortbildungsmaßnahmen haben auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichtshilfestellen teilgenommen.

Seit 1999 finden regelmäßig so genannte „TOA-Coaching“-Veranstaltungen für Beamtinnen der Staatsanwaltschaften und für die bei den Gerichtshilfestellen sowie den freien Trägern tätigen Konfliktschlichterinnen und Konfliktschlichter statt, um die praktische

Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs weiter zu optimieren. Die Einzelheiten, insbesondere die jeweilige Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Gerichtshilfe (gehobener Sozialdienst), sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

Termin	Teilnehmende Staatsanwaltschaften	Thema	Durchführung	Teilnehmer aus dem gehobenen Sozialdienst
14.-15.12.1999	Aurich, Osnabrück, Lüneburg, Verden	Täter-Opfer-Ausgleich	WAAGE Hannover e. V.	5
02.-03.05.2000	Braunschweig, Göttingen, Stade, Bückeburg, Hildesheim	Täter-Opfer-Ausgleich	WAAGE Hannover e. V.	8
20.-21.11.2000	Oldenburg	Erstveranstaltung Täter-Opfer-Ausgleich	Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung in Köln	3
05.-06.11.2001	Göttingen	Erstveranstaltung Täter-Opfer-Ausgleich	Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung in Köln	2
27.11.2001	Oldenburg	Folgeveranstaltung Täter-Opfer-Ausgleich	Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung in Köln	3
05.09.2002	Göttingen	Folgeveranstaltung Täter-Opfer-Ausgleich	Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung in Köln	2
08.-09.09.2002	Hildesheim	Erstveranstaltung Täter-Opfer-Ausgleich	Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung in Köln	3
18.-19.09.2002	Braunschweig	Erstveranstaltung Täter-Opfer-Ausgleich	Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung in Köln	5

Im Jahr 2003 werden bei den Staatsanwaltschaften Braunschweig und Hildesheim jeweils Folgeseminare stattfinden. Bei der Staatsanwaltschaft Osnabrück wird eine „TOA-Coaching“-Erstveranstaltung durchgeführt werden.

Zudem fanden im Zusammenhang mit der Qualitätsentwicklung im Bereich der Gerichtshilfe zahlreiche Workshops und Fortbildungsveranstaltungen statt, die zum einen zur Erarbeitung von Standards der Gerichtshilfe und zum anderen zur Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dienten:

Dezember 1998: „Qualitätsmanagement in den sozialen Diensten der Strafrechtspflege“

März, August und Oktober 2000: Mehrtägige Workshops zur Erarbeitung von Qualitätsstandards

Januar 2001: Eintagesveranstaltung zu persönlicher Zeitplanung und Stressmanagement.

Das Interesse an diesen Veranstaltungen war hoch.

II. Bewährungshilfe

Zu 1:

Der Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen bei der Bewährungshilfe der Landgerichte in Niedersachsen in den Jahren von 1990 bis 2001 (Stichtagserhebung zum 31.12. eines jeden Jahres) ist der Übersicht in der Anlage C.II.1 zu entnehmen.

Zu 2:

Die Anzahl der Probanden der Bewährungshilfe in Niedersachsen zwischen 1990 und 2001 (aufgeschlüsselt nach Landgerichtsbezirken; Stichtagserhebung zum 31.12. eines jeden Jahres) ergibt sich aus der Übersicht in der Anlage C.II.2.

Zu 3:

Die durchschnittlichen Probandenzahlen der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer in Niedersachsen zwischen 1990 und 2001 (aufgeschlüsselt nach Landgerichtsbezirken; Stichtagserhebung zum 31.12. eines jeden Jahres) sind der Übersicht in der Anlage C.II.3 zu entnehmen.

Zu 4:

Der Antwort zur Frage C.II.3. ist zu entnehmen, dass die Fallzahlbelastung der Bewährungshelferinnen und -helfer in Niedersachsen seit 1996 kontinuierlich zugenommen hat. Mussten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bewährungshilfe am 31.12.1996 durchschnittlich 60,4 Probanden betreuen, so waren es am 31.12.2001 durchschnittlich 69 Probanden. Die Qualität der Arbeit hat darunter allerdings erkennbar nicht gelitten.

Neben den gestiegenen Fallzahlen haben auch die häufig erschwerten Lebenslagen der Klientel sowie veränderte Erscheinungsformen der Kriminalität dazu beigetragen, dass die Arbeitsbelastung der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer insgesamt deutlich gestiegen ist.

Gleichwohl hält die Landesregierung die derzeitige Belastung, insbesondere mit Blick auf die anderen Bundesländer, in denen überwiegend eine höhere Arbeitsbelastung zu verzeichnen ist, noch für vertretbar.

Damit die Bewährungshilfe in Niedersachsen den gestiegenen Anforderungen auch künftig ohne Qualitätseinbußen gerecht werden kann, haben die Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer in einem durch die Staatskanzlei finanziell geförderten und vom Justizministerium fachlich und organisatorisch betreuten Projekt Standards entwickelt, die die Tätigkeit der Bewährungshilfe beschreiben, ihr Leistungsprofil nach außen verdeutlichen und nach innen Maßstäbe setzen. Diese Standards sind nach einer eineinhalbjährigen Umsetzungs- und Erprobungsphase im Frühjahr 2002 zur verbindlichen Arbeitsgrundlage für die Bewährungshilfe in Niedersachsen erklärt worden und führen infolge einer Vereinheitlichung und Straffung der Arbeitsabläufe zu einer spürbaren Entlastung der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer.

Ferner trägt die Einrichtung der spezialisierten Jugendbewährungshilfe zu einer Bündelung der Ressourcen innerhalb der Bewährungshilfe bei, die sich ebenfalls entlastend auswirkt (vgl. dazu C.II.7 und C.II.8). Eine weitere Spezialisierung auf die Betreuung von Sexualstraftätern ist geplant.

Ergänzend sei angemerkt, dass die Oberlandesgerichte im Sommer 2002 auf Veranlassung des Justizministeriums wegen der seit vielen Jahren unterschiedlichen Belastung der Bewährungshilfe in den 3 Oberlandesgerichtsbezirken eine Stellenverlagerung zugunsten des Oberlandesgerichts Oldenburg vereinbart haben. Die Belastung der Bewährungshilfe in den 3 Oberlandesgerichtsbezirken wird deshalb in Kürze annähernd gleich hoch sein.

Zu 5:

Eine Aufstellung sämtlicher überregionaler und regionaler Fortbildungsveranstaltungen für Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, die seit 1990 in großem Umfang an-

geboten worden sind, hätte einen unverhältnismäßigen Aufwand mit sich gebracht und konnte wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Bearbeitungszeit nicht erstellt werden. Nur die wichtigsten überregionalen Veranstaltungen seit 1998 sollen an dieser Stelle erwähnt werden:

1998/1999: Fortbildungsreihe über fachliche Leitung in der Bewährungshilfe (drei Teilnehmer aus Niedersachsen)

November 1999: „Mitarbeiterführung, Kommunikation und Konfliktbewältigung für Führungskräfte in der Bewährungshilfe (Koordinatoren)“ Modul 1

Dezember 1999: „Mitarbeiterführung, Kommunikation und Konfliktbewältigung für Führungskräfte in der Bewährungshilfe (Koordinatoren)“ Modul 2

Mai 2000: „Mitarbeiterführung, Kommunikation und Konfliktbewältigung für Führungskräfte in der Bewährungshilfe (Koordinatoren)“ Modul 3

August 2000: 3 Workshops zur Implementierung des Mitarbeitergespräches

Oktober 2001: Fortbildungsveranstaltung zur Thematik „Aussiedler in der Bewährungshilfe“

November 2001: Fortbildungsveranstaltung zur Betreuung von Sexualstraftätern

Mai und Juni 2002: 3 Fortbildungsveranstaltungen zur Qualifizierung der spezialisierten Jugendbewährungshelferinnen und -helfer

August 2002: Fortbildung zur Führungsaufsicht

September 2002: Fortbildung für Supervisorinnen und Supervisoren in der Bewährungshilfe

1. Halbjahr 2002: Fortbildungsveranstaltung zur Betreuung von Sexualstraftätern (3 Module).

Zudem fanden im Zusammenhang mit der Qualitätsentwicklung im Bereich der Bewährungshilfe zahlreiche Workshops und Fortbildungsveranstaltungen statt, die zum einen zur Erarbeitung der Standards der Bewährungshilfe und zum anderen zur Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dienten:

September 1998: „Qualitätsmanagement in den sozialen Diensten der Strafrechtspflege“ (für Koordinatoren)

Oktober 1998: „Qualitätsmanagement in den sozialen Diensten der Strafrechtspflege“ (für Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer)

April 1999: Informationsveranstaltung zur Erarbeitung von Qualitätsstandards

September 1999: Schulung der Qualitätszirkelsprecherinnen/-sprecher

November/Dezember 1999: Externe Beratung der Qualitätszirkel

Dezember 1999, Februar 2000: Mehrtägige Workshops zur Erarbeitung von Qualitätsstandards

August/September 2001: Auswertungsseminare zur Umsetzungs- und Erprobungsphase.

Das Interesse an den Veranstaltungen war hoch (bis zu 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer).

Zu 6:

a) Gerichtshilfe

Im Haushalt für das Jahr 2002 sind 6 neue Gerichtshelferstellen ausgebracht worden, die vor allem der Ausweitung des Täter-Opfer-Ausgleichs dienen sollen, aber auch zur Sen-

kung der allgemeinen Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst führen werden.

Die Justizverwaltung bietet für die sozialen Dienste in der Strafrechtspflege in erheblichem Umfang interne Einzel- und Gruppensupervision an. Supervision als bedeutsames Arbeitsmittel zur Reflexion des beruflichen Handelns in der Sozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer professionellen Rollenidentität und trägt damit zu einer effektiveren Arbeit in den sozialen Diensten der Justiz bei.

Das Justizministerium wird auch in Zukunft vielfältige Fortbildungsangebote unterbreiten, um den Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfern eine Erweiterung ihrer spezifischen Fachkenntnisse zu ermöglichen und damit zur Erleichterung der Arbeitsabläufe beitragen.

Auch die Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer in Niedersachsen haben in einem von der Niedersächsischen Staatskanzlei finanziell geförderten und vom Niedersächsischen Justizministerium fachlich und organisatorisch betreuten Projekt Standards erarbeitet, die die Leistungen und Schwerpunkte der Gerichtshilfe nach außen verdeutlichen und Qualitätsmaßstäbe nach innen setzen. Diese Standards sind im Sommer 2002 zur verbindlichen Arbeitsgrundlage für die Gerichtshilfe in Niedersachsen erklärt worden und führen infolge einer Vereinheitlichung und Straffung der Arbeitsabläufe zu einer spürbaren Entlastung der Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer.

b) Bewährungshilfe

Wie die Standards im Bereich der Gerichtshilfe tragen die bereits erwähnten Standards der Bewährungshilfe (vgl. dazu C.II.4) erheblich zur Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei. Interne Supervision und umfangreiche Fortbildungsangebote werden die Arbeit auch der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer erleichtern.

Die Einführung der spezialisierten Jugendbewährungshilfe führt zu einer Bündelung der Ressourcen innerhalb der Bewährungshilfe, die sich entlastend auswirkt (vgl. dazu C.II.7 und C.II.8). Die geplante Spezialisierung auf die Betreuung von Sexualstraftätern wird diesen Effekt verstärken.

Niedersachsen ist schließlich in einer Arbeitsgruppe, an der insgesamt 10 Landesjustizverwaltungen beteiligt sind, vertreten, die die Anforderungen an ein länderübergreifend einsetzbares EDV-Programm für den Bereich der Sozialen Dienste erarbeitet. Ein entsprechendes EDV-Programm wird die Rationalisierung der Arbeitsabläufe in der Bewährungshilfe weiter voran treiben.

Das Pflichtenheft wird voraussichtlich im Frühjahr 2003 vorliegen. Anschließend soll im Rahmen der nächsten Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz (BLK), die Anfang Mai 2003 stattfinden wird, über die Ausschreibung und deren Organisation entschieden werden.

Zu 7:

Eine spezialisierte Jugendbewährungshilfe ist in Niedersachsen bereits zum 1. August 2002 eingerichtet worden. Das Justizministerium hat damit einen Vorschlag umgesetzt, den die Arbeitsgruppen 2 und 5 der „Kommission Jugend“ des Landespräventionsrates Niedersachsen im Abschlussbericht vom März 2000 unterbreitet haben.

Aufgrund der Spezialisierung können die Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer den spezifischen Problemstellungen bei der Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden künftig noch besser als bisher gerecht werden. Zudem ist ein „Gleichklang“ mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten hergestellt worden, wo - aus guten Gründen - bereits seit langem die Einrichtung entsprechender Spezialdezernate gesetzlich bzw. behördenintern vorgeschrieben ist.

Der Einrichtung der Jugendbewährungshilfe hat namentlich die Erkenntnis zugrunde gelegen, dass Bewährungshilfearbeit mit Jugendlichen und Heranwachsenden besondere fachliche Anforderungen stellt und einen erhöhten Betreuungsaufwand mit sich bringt,

nicht zuletzt vor dem Hintergrund sich häufender Schwierigkeiten in familiärer, privater und beruflicher Hinsicht, denen die betroffenen jungen Probandinnen und Probanden der Bewährungshilfe heute in der Regel gegenüber stehen. Um Jugendlichen und Heranwachsenden im Rahmen der Bewährungshilfe die notwendige Unterstützung gewähren zu können, sind hoher zeitlicher Einsatz, gute Kenntnisse über die Jugendkultur, großes Einfühlungsvermögen, besondere erzieherische Erfahrungen und Fähigkeiten sowie nicht zuletzt eine umfassende Orientierung über die vor Ort verfügbaren spezifischen Hilfeangebote erforderlich. Ein infolge der Spezialisierung leichter herzustellender enger Kontakt zu allen anderen beteiligten Institutionen und Personen („Vernetzung“ mit Jugendgerichtshilfe, Jugendstaatsanwältinnen und -staatsanwälten, Jugendrichterinnen und -richtern, Jugendsachbearbeiterinnen und -sachbearbeitern bei der Polizei, mit den Schulen und Arbeitsämtern sowie mit den Trägern von Jugendhilfeangeboten) erhöht die Chancen für eine erfolgreiche Arbeit mit den jungen Probandinnen und Probanden zudem erheblich. Eine solche „Vernetzung“ hilft ferner, eine uneffektive Mehrfachbetreuung einzelner Probandinnen und Probanden zu vermeiden.

Die Einrichtung einer spezialisierten Jugendbewährungshilfe und die spezifische Fortbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trägt also dazu bei, die Bewährungshilfearbeit mit jungen Menschen weiter deutlich zu verbessern. Auf der anderen Seite werden diejenigen Bewährungshelferinnen und -helfer, die nur noch für „erwachsene“ Probandinnen und Probanden zuständig sind, in die Lage versetzt, sich ebenso konzentriert den insoweit auftretenden besonderen Problemlagen zu widmen. Fortbildungsmaßnahmen können auch hier gezielter und mit größerem Effekt durchgeführt werden.

Die Jugendbewährungshilfe in Niedersachsen arbeitet seit dem 1. August 2002 unter folgenden organisatorischen Rahmenbedingungen:

- In den Büros der Bewährungshilfe wird die Betreuung von nach Jugendrecht (neu) unterstellten Probandinnen und Probanden, die zum Zeitpunkt der Unterstellung nicht älter als 25 Jahre sind, bestimmten Jugendbewährungshelferinnen und Jugendbewährungshelfern übertragen.

Soweit die Fallzahlen ausreichen und soweit es die örtlichen Gegebenheiten erlauben, werden diese Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer ausschließlich mit der Betreuung Jugendlicher und Heranwachsender betraut. Vor allem in städtischen Bezirken ist dies die Regel. In ländlichen Bezirken wird die Arbeit mit jugendlichen und heranwachsenden Probandinnen und Probanden unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse, z. B. der räumlichen Ausdehnung des betroffenen Bezirks, auf eine möglichst geringe Zahl von Jugendbewährungshelferinnen und Jugendbewährungshelfern konzentriert. Ineffiziente Regelungen der Geschäftsverteilung werden dabei vermieden. So wird insbesondere dafür Sorge getragen, dass die Betreuungskapazitäten der betroffenen Jugendbewährungshelferinnen und Jugendbewährungshelfer in ländlichen Bezirken nicht infolge eines erhöhten Dienstoffkommens in unvermeidbarer Weise eingeschränkt werden.

Einige Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer nehmen folglich neben der Betreuung von Jugendlichen und Heranwachsenden auch weiterhin die Betreuung von erwachsenen Probandinnen und Probanden wahr.

- Dem erhöhten Betreuungsaufwand für jugendliche sowie heranwachsende Probandinnen und Probanden der Jugendbewährungshilfe wird Rechnung getragen. Die Betreuung Jugendlicher oder Heranwachsender wird bei der internen Fallzuweisung rechnerisch mit einem Faktor von 1,3 angesetzt, während der Ausgangsfaktor 1,0 (weiterhin) für erwachsene Probandinnen und Probanden gilt.

Hat eine Bewährungshelferin oder ein Bewährungshelfer also beispielsweise 70 erwachsene Probandinnen und Probanden zu betreuen, so beläuft sich die entsprechende Fallzahl für die Jugendbewährungshelferin oder den Jugendbewährungshelfer auf ca. 54 ($70 : 1,3 = 53,85$).

Im Sommer 2004 werden die nach Einrichtung der Jugendbewährungshilfe gesammelten Erfahrungen ausgewertet und durch das Justizministerium einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Namentlich der interne Fallverteilungsschlüssel wird sodann ggf. den Erfahrungen angepasst werden.

Zu 8:

Die Einführung der spezialisierten Jugendbewährungshilfe in Niedersachsen zieht keine personellen Auswirkungen nach sich. Sie führt als rein organisatorische Veränderung innerhalb der Bewährungshilfe namentlich nicht zu einem höheren Arbeitsaufkommen und damit auch nicht zu einem höheren Personalbedarf. Vielmehr wird die vorhandene Arbeitsbelastung lediglich „umverteilt“, wobei die mit dieser Umverteilung einhergehende Spezialisierung in der Arbeit der Bewährungshilfe letztlich zu einer höheren Effektivität führt. Spezialisierte Bewährungshelferinnen und -helfer können sich gezielt jugendspezifischen Fragestellungen widmen und intensivere Kontakte zu den anderen eingebundenen Personen und Institutionen pflegen, während in der „Erwachsenenbewährungshilfe“ mehr Raum bleibt für eine Konzentration auf das dortige, in vielen Bereichen anders gelagerte Aufgabenspektrum. Die Spezialisierung ruft somit nicht etwa eine höhere Arbeitsbelastung hervor, sondern schafft infolge einer sinnvollen Schwerpunktsetzung neue Freiräume und damit sogar Möglichkeiten zu einer wirksameren Bewährungshilfearbeit.

Nennenswerte materielle Auswirkungen sind infolge der Einführung der Jugendbewährungshilfe ebenfalls nicht zu erwarten. Die bisherige Organisationsstruktur der rd. 50 Bewährungshilfebüros in Niedersachsen bleibt erhalten; neue Büros müssen nicht eingerichtet werden. Auch die Fahrtkosten für die Bewährungshelferinnen und -helfer werden nicht steigen. Allenfalls verstärkte Fortbildungsangebote werden zu geringfügigen Mehraufwendungen führen, denen jedoch eine weitere spürbare Verbesserung der Qualität in der Bewährungshilfearbeit gegenübersteht.

III. Gerichtsvollzieher

Zu 1:

Die Zahl der tatsächlich eingesetzten Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, sowie die Belastung (vgl. A.I.2 der Anfrage) in der Zeit seit 1990 bis 2001 ergibt sich aus Buchstabe B. bzw. Buchstabe C. Nr. 2 der Anlage zu C.III.1, 4, 5 „Geschäftstätigkeit und Einnahmen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Niedersachsen“. Die Zahlen für das Jahr 2002 werden erst nach Durchführung der Jahresabrechnung im Frühjahr kommenden Jahres vorliegen.

Zu 2:

Die Stellenentwicklung stellt sich in den Jahren 1998 bis 2001 wie folgt dar:

	A 9 + Z	A 9	A 8	Gesamt
1998	84	196	118	398
1999	83	194	117	394
2000	83	194	117	394
2001	83	194	143	420

Zunächst wurde davon ausgegangen, dass die Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens zum 1. Januar 1999 zu einer Entlastung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher führen würde. Im Rahmen der Überlegungen zur Umsetzung der Insolvenzordnung ist angenommen worden, dass je gerichtliches Verbraucherinsolvenzverfahren ca. fünf Einzelzwangsvollstreckungen und Verfahren auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung entfallen werden und eine erhebliche Mehrbelastung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher durch Übernahme der Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung nicht entstehen werde. Diese Annahme hat sich in dem erwarteten Umfang nicht bewahrheitet. Durch die Übertragung der Abnahme der eides-

stattlichen Versicherung im Jahre 1999 vom Rechtspflegerdienst auf den Gerichtsvollzieherdienst ist ein zusätzlicher Bedarf von 37 Gerichtsvollzieherstellen entstanden. Daher wurden für das Haushaltsjahr 2001/26 und für das Haushaltsjahr 2002 weitere 11 Stellen zur Verfügung gestellt. Der Belastungssituation konnte daher erst für die Jahre 2001/2002 ein entsprechender Stellenzuwachs gegenübergestellt werden. Die mit der Stellenvermehrung verbundene Personalverstärkung kann sich wegen des erforderlichen Ausbildungsvorlaufs aber erst entlastend auswirken, wenn die zunächst auszubildenden Nachwuchskräfte tatsächlich zusätzlich zur Verfügung stehen.

Zu 3:

Im Zuge der Übertragung der eidesstattlichen Versicherung auf den Gerichtsvollzieherdienst Anfang des Jahres 1999 ist der Jahreskostenbetrag (= Entschädigungsbetrag, bestehend aus Personal- und Sachkostenanteil, der zur Einrichtung und Unterhaltung eines Gerichtsvollzieherbüros bei einer Belastung von 100 % erforderlich ist), auf dessen Grundlage der Gebührenanteil und der Jahreshöchstbetrag der Bürokostenentschädigung der Gerichtsvollzieher festgelegt wird, um 8 000 DM erhöht worden. Die Entwicklung des Jahreskostenbetrages seit 1995 ergibt sich aus nachfolgender Tabelle:

	Jahreskostenbetrag
1995	37 300 DM
1996	37 700 DM
1997	38 000 DM
1998	38 390 DM
1999	47 131 DM (incl. Tarifierfassung)
2000	47 652 DM
2001	47 652 DM

Im Rahmen einer bundesweiten Erhebung der tatsächlichen Bürokosten bei 298 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern im Jahr 2000 wurde festgestellt, dass der Jahreskostenbetrag im Verhältnis zu den tatsächlichen Bürokosten der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher erheblich übersetzt war. Da die Bürokostenentschädigung eine Entschädigung für tatsächlich entstandene notwendige Kosten ist, wurde der Jahreskostenbetrag ab dem Jahr 2002 um 8 000 DM gekürzt.

Zu 4:

Die Geschäftszahlen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher aus den Jahren 1990 bis 2001 ergeben sich aus Buchstabe A Nr. 1 bis 6 der Anlage zu C.III.1, 4, 5 „Geschäftstätigkeit und Einnahmen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Niedersachsen“. Die Verteilung der Verfahren auf die einzelnen Gerichtsvollzieher kann über den Zeitraum von zwölf Jahren nicht binnen kurzer Zeit ermittelt werden, da eine Einzelabfrage bei allen Amtsgerichten erforderlich wäre. Die durchschnittlich von einem Gerichtsvollzieher zu erledigenden Verfahren ergeben sich aus Buchstabe A Nr. 9 der o. g. Anlage.

Angaben über die noch nicht erledigten Verfahren werden nicht erhoben und wären nur mit zeit- und arbeitsintensiven Ermittlungen durch die einzelnen - ohnehin teilweise erheblich überlasteten - Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher zu erlangen. Zwischen Antragseingang und erstmaliger Kontaktaufnahme des Gerichtsvollziehers mit dem Schuldner vergehen durchschnittlich ein bis zwei Monate. Bis zur vollständigen Erledigung eines Vollstreckungsauftrages vergehen im Landesdurchschnitt drei bis sechs Monate.

Zu 5:

Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher erhalten eine Besoldung nach dem Bundesbesoldungsgesetz. Einstiegsamt ist A 8, eine Besoldung bis zu A 9 mit Amtszulage ist

möglich. Eine Fortschreibung der Besoldung ist seit 1990 mit den regelmäßigen Besoldungsanpassungen erfolgt.

Die im Außendienst tätigen Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher erhalten eine Vergütung nach der Verordnung über die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst in Höhe von 15 vom Hundert der eingenommenen Gebühren. Zu berücksichtigen ist dabei der Jahreshöchstbetrag von derzeit 4 680 DM = 2 392,85 Euro, sowie der Höchstbetrag für den einzelnen Auftrag von derzeit 117 DM = 59,82 Euro. Von den die Jahreshöchstbeträge übersteigenden Beträge erhalten die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher einen Anteil von 40 vom Hundert. Dieser Satz ist seit 1990 unverändert geblieben.

Zur Abgeltung der für die Einrichtung und Unterhaltung des Gerichtsvollzieherbüros entstehenden Kosten erhalten die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher eine Entschädigung nach der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst. Mit dieser Verordnung wird jährlich ein Gebührenanteil und ein Höchstbetrag festgesetzt, auf deren Grundlage die abschließende Abrechnung der Bürokostenentschädigung durchgeführt wird. Der Jahreshöchstbetrag dient der Begrenzung der Gebührenanteile; hierbei handelt sich jedoch nicht um einen absoluten Höchstbetrag, da die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher von dem über den Höchstbetrag hinausgehenden Betrag bis 1997 40 vom Hundert, ab 1998 50 vom Hundert erhalten.

Weiter behalten die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher die Schreibauslagen ein, die sie für die Fertigung von Kopien erheben (für die ersten 50 Seiten derzeit 0,50 Euro je Kopie; für jede weitere Seite 0,15 Euro), sowie die von ihnen eingezogenen Wegegelder und Auslagenpauschalen.

Eine Übersicht der Entwicklung der Vollstreckungsvergütung, der Bürokostenentschädigung und der Schreibauslagen seit 1990 ist als Anlage zu C.III.5 „Einkünfte der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Niedersachsen“ beigefügt.

Unter D. Nr. 5 der genannten Anlage ist beispielhaft die Einkommens- und Entschädigungssituation eines Gerichtsvollziehers in der Endstufe der Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage im Jahr 2001 dargestellt. Berücksichtigung haben dabei die Besoldung nach dem Bundesbesoldungsgesetz nebst Zulagen, die Vollstreckungsvergütung, die Bürokostenentschädigung, die Wegegelder und die Schreibauslagen (jetzt Dokumentenpauschalen) gefunden.

Zu 6:

Die Landesregierung beabsichtigt derzeit nicht, die Gerichtsvollzieherausbildung erneut zu reformieren.

In diesem Jahr wurde die Gerichtsvollzieherausbildung in wesentlichen Bereichen geändert, insbesondere der Zugang für externe Bewerberinnen und Bewerber geöffnet (siehe hierzu unter C.III.7). Auch wurden die Ausbildungsinhalte den geänderten Anforderungen des Berufs angepasst. So sind das Steuerrecht sowie Kommunikation und Konfliktbewältigung in den Lehrstoff aufgenommen und die Themenbereiche Arbeitsrecht und Büroorganisation verstärkt worden.

Der Vorstoß von Baden-Württemberg im Vorfeld der 70. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister im Herbst 1999, die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher künftig an Fachhochschulen auszubilden, fand bei den anderen Bundesländern keine Zustimmung. Baden-Württemberg hat daher das Thema seinerzeit von der Tagesordnung genommen. Da auch jetzt nicht erkennbar ist, dass die derzeitige 18-monatige Fortbildung quantitativ und qualitativ derart aufgewertet werden müsste, dass ein dreijähriges Fachhochschulstudium erforderlich und der damit verbundene Aufwand zu rechtfertigen wäre, bestehen auch derzeit bei der Landesregierung keine konkreten Überlegungen in dieser Richtung. Unabhängig hiervon ist auch nicht erkennbar, dass sich die Haltung der anderen Bundesländer hierzu geändert hat. So hat das Bayerische Staatsministerium der Justiz im Oktober 2002 noch einmal bekräftigt, dass eine Fachhochschulausbildung für

Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher fachlich weder erforderlich noch angemessen sei.

Zu 7:

Durch die Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Laufbahnverordnung vom 26. Juni 2002 (Nds. GVBl. S. 200) i. V. m. der Fortbildungs- und Prüfungsordnung für die Fortbildung zum Gerichtsvollzieherdienst (AV d. MJ v. 02.07.2002, Nds. Rpfl. S. 226) ist der Zugang zu dem Beruf der Gerichtsvollzieherin bzw. des Gerichtsvollziehers für außerhalb der Justiz Beschäftigte geöffnet worden. Diese externen Bewerberinnen und Bewerber müssen u. a. eine dem Gerichtsvollzieherdienst förderliche Berufsausbildung, insbesondere im juristischen oder kaufmännischen Bereich, abgeschlossen haben und über eine einschlägige dreijährige Berufserfahrung verfügen. Vor dem eigentlichen Fortbildungslehrgang absolvieren die externen Bewerberinnen und Bewerber einen sechsmonatigen Vorbereitungslehrgang, der Einblicke in die verschiedenen Bereiche der Justiz unter besonderer Berücksichtigung der späteren Tätigkeit im Gerichtsvollzieherdienst vermittelt.

Mit dieser Änderung ist erstmals ermöglicht worden, nicht nur - wie bisher - die Beamtinnen und Beamten des mittleren Justizdienstes zu Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern auszubilden, sondern auch z. B. Bankkaufleute, Rechtsanwalts- und Steuerfachgehilfinnen und -gehilfen sowie Justizfachangestellte oder Beamtinnen und Beamte anderer mittlerer Dienste. Als Folge dieser Maßnahme haben sich für dieses und auch schon für das nächste Jahr erheblich mehr geeignete Interessentinnen und Interessenten beworben als Plätze zur Verfügung stehen. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig genügend qualifizierte Nachwuchskräfte für diesen Beruf zur Verfügung stehen werden.

Zu 8:

Bislang ist der Gerichtsvollzieher ein Beamter des mittleren Dienstes, der dieses Amt auf dem Wege einer Sonderlaufbahn erreicht (vgl. § 1 der Gerichtsvollzieherordnung [GVO]). Die Dienst- und Geschäftsverhältnisse werden gemäß § 154 GVG durch die Justizverwaltung bestimmt. Dabei handelt es sich vorrangig um die - bundeseinheitlichen - Regelungen der GVO und der Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (GVGA). Nach § 2 Abs. 2 GVO ist unmittelbarer Dienstvorgesetzter des Gerichtsvollziehers der aufsichtführende Richter des Amtsgerichts. In Teilbereichen, etwa der Führung des Geschäftsbetriebes (vgl. § 45 GVO) und der Erledigung von Vollstreckungsmaßnahmen (vgl. § 6 GVGA) handelt der Gerichtsvollzieher eigenverantwortlich. Die Dienstaufsicht des Dienstvorgesetzten erstreckt sich allerdings nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwGE 65, 260, 265 f.) - jedenfalls in bestimmten Bereichen - auch auf die Prüfung der (un-)richtigen Sachbehandlung. Neben der gerichtlichen Überprüfung nach § 766 Abs. 2 ZPO besteht danach die Möglichkeit, dass der Dienstvorgesetzte bereits im Vorfeld einer Maßnahme Weisungen ausspricht.

Bereits zu Beginn der 70er-Jahre hat es eine allgemeine Diskussion unter dem Stichwort „Neuberger-Modell“ zu einer Einführung eines freiberuflich tätigen Gerichtsvollziehers gegeben. Aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken ist sie damals nicht weitergeführt worden. Die Landesregierung steht der Umwandlung der Gerichtsvollziehertätigkeit in einen freien, selbständigen Beruf insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung in den europäischen Nachbarländern grundsätzlich positiv gegenüber, weil sie sich auch für Deutschland als ein zukunftsweisendes Konzept darstellen könnte. Allerdings bedarf es einer eingehenden Prüfung, in welcher Weise eine solche Neukonzeption der Tätigkeit des Gerichtsvollziehers in Deutschland verfassungskonform ausgestaltet werden kann. Nach Artikel 33 Abs. 4 GG ist die Ausübung hoheitlicher Tätigkeit als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Treueverhältnis stehen. Die Ausübung (staatlicher) Zwangsgewalt im Rahmen der Zwangsvollstreckung ist daher einer Übertragung grundsätzlich nicht zugänglich. Schließlich sind Ausbildungs-, Vergütungs- und Haftungsfragen zu klären.

Gegenwärtig wird in den Landesjustizverwaltungen an einer Neuregelung der Bürokostenentschädigung gearbeitet. Nach Erledigung dieses akuten Regelungsbedarfs sollen die Vorschläge einer Neukonzeption des Gerichtsvollzieherberufs erneut aufgegriffen werden.

Zu 9:

Ein konkretes Modell für einen freien und selbständigen Beruf für die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher liegt noch nicht vor. Berechnungen zu möglichen Einsparungen können daher noch nicht angestellt werden.

Eine Entlassung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in die Selbständigkeit wird aber unvermeidlich mit einer Anhebung der Gerichtsvollziehergebühren verbunden sein, da sich die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher dann allein über die Gebühreneinnahmen finanzieren müssten. Die erhöhten Gebühren würden Schuldnerinnen und Schuldner und nicht zuletzt Gläubigerinnen und Gläubiger belasten.

D. Juristenausbildung

Zu 1:

a) Erste juristische Staatsprüfung

Die durchschnittliche Prüfungsdauer umfasst die Zeiten der Anfertigung von vier Klausuren an je einem Tag innerhalb von zwei Wochen, der Anfertigung einer sechswöchigen Hausarbeit, der Korrektur der Aufsichtsarbeiten und der Hausarbeit sowie die der Durchführung der mündlichen Prüfung. Sie betrug ohne vom Prüfling verursachte Verzögerungen wie Erkrankung, Rückgabe der Hausarbeit u. a.:

1990	6 Monate	5 Tage
1991	6 Monate	19 Tage
1992	6 Monate	21 Tage
1993	6 Monate	8 Tage
1994	6 Monate	22 Tage
1995	6 Monate	26 Tage
1996	6 Monate	12 Tage
1997	5 Monate	24 Tage
1998	5 Monate	27 Tage
1999	5 Monate	23 Tage
2000	5 Monate	28 Tage
2001	5 Monate	14 Tage.

b) Zweite juristische Staatsprüfung

Die nachfolgende Aufstellung gibt die durchschnittliche Dauer der mit der mündlichen Prüfung abgeschlossenen Prüfungsverfahren wieder. Es sind jeweils nur solche Verfahren berücksichtigt, die nicht durch außergewöhnliche Umstände, etwa durch eine längere Erkrankung des Prüflings, durch die Rückgabe der unbearbeiteten Hausarbeit - solange sie Bestandteil der Prüfung war - oder verspätete Anfertigung der Aufsichtsarbeiten verzögert worden sind. Auch die Wiederholungen sind bei den Prüfungen nach dem NJAG nicht erfasst, da diese zeitlich anders verlaufen als die Erstprüfungen (s. u.)

Jahr		durchschnittliche Prüfungsdauer in Tagen	Zahl der geprüften Referen- darinnen Referendare
1990		131	525
1991		141	631
1992		139	633
1993		143	720
1994		140	695
1995	a) NJAO:	141	a) 623
	b) NJAG 1993:	50	b) 366
1996	a) NJAO:	160	a) 135
	b) NJAG 1993:	55	b) 608
1997	a) NJAG 1993:	66	a) 550
	b) NJAG 1993/1996:	41	b) 312
1998	a) NJAG 1993:	60	a) 55
	b) NJAG 1993/1996:	36	b) 523
	c) NJAG 1996:	31	c) 144
1999	a) NJAG 1993/1996:	31	a) 54
	b) NJAG 1996:	26	b) 578
2000	NJAG 1996:	26	690
2001	NJAG 1996:	26	727
2002 (bis 31.10.)	NJAG 1996:	22	574

Zur Erläuterung ist darauf hinzuweisen, dass in den Jahren 1990 bis 1994, sowie im Rahmen von Übergangsregelungen auch in den Folgejahren, die vierwöchige Hausarbeit in der zweiten juristischen Staatsprüfung entsprechend der seinerzeit geltenden Niedersächsischen Ausbildungsordnung für Juristen - NJAO - nach Beendigung der gesamten Referendarausbildung ausgegeben, angefertigt und bewertet wurde. Die mündliche Prüfung konnte erst danach angesetzt werden.

Ab 1995 wurde die Hausarbeit nach dem Niedersächsischen Gesetz zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen vom 22.10.1993 (GVBl. S. 449) - NJAG 1993 - und nach der Verordnung zum Niedersächsischen Gesetz zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen vom 02.11.1993 (GVBl. S. 561 f.) - NJAVO 1993 - in dem Monat zwischen den Pflichtstationen und der Wahlstation geschrieben und während der Wahlstation bewertet, sodass nach dem Ende der Wahlstation die mündliche Prüfung erfolgen konnte.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen vom 16.10.1996 (GVBl. S. 430) - NJAG 1996 - und der zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Niedersächsischen Gesetz zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen vom 22.10.1996 (GVBl. S. 433) - NJAVO 1996 - ist die Hausarbeit als Bestandteil der zweiten juristischen Staatsprüfung entfallen. Seither werden acht statt vorher vier Aufsichtsarbeiten geschrieben. Ferner ist der vormalige „Langvortrag“ mit einer Vorbereitungszeit von drei Tagen durch

den „Kurzvortrag“ mit einer Vorbereitungszeit von einer Stunde ersetzt worden. Im Hinblick auf Übergangsregelungen im Bereich der Aufsichtsarbeiten ist nach NJAG 1993/1996 (Übergangsregelung) und NJAG 1996 (uneingeschränkt neues Recht) differenziert worden.

Bei der Betrachtung der Daten unter der Geltung des NJAG 1993 muss bedacht werden, dass die Unterbrechung der Ausbildung zwischen den Pflichtstationen und der Wahlstation einen vorweggenommenen Prüfungszeitraum darstellte, der bei einem Vergleich der Daten dem Zeitraum für die mündliche Prüfung hinzugerechnet werden muss.

Die Prüfungszeit betrug unter der Geltung der NJAO im gewichteten Durchschnitt 140 Tage. Sie wurde unter der Anwendung des NJAG 1993 auf durchschnittlich knapp 58 Tage (unter Berücksichtigung des „Hausarbeitsmonats“ knapp 88 Tage) verkürzt. Sie schrumpfte bereits in der Übergangszeit von NJAG 1993 zu 1996 auf zuletzt 31 Tage. Im laufenden Prüfungsjahr beträgt die durchschnittliche Zeit zwischen Ende der Wahlstation und dem Tage der mündlichen Prüfung - nach 26 Tagen im Jahr 2001 - noch 22 Tage.

Bei Prüflingen, die die Prüfung wiederholen, dauert das Verfahren durchschnittlich etwa 90 bis 120 Tage. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die zu wiederholenden Aufsichtsarbeiten erst am Ende des Ergänzungsvorbereitungsdienstes angefertigt und danach bewertet werden können. Diese Klausuren sollen ebenso wie die von Prüflingen, die die Klausuren wegen Krankheit o. ä. persönlichen Gründen oder wegen Anrechnung von Ausbildungsabschnitten erst am Ende der Ausbildung schreiben können, bevorzugt bewertet werden, es dauert aber durchschnittlich drei bis vier Monate, bis alle Aufsichtsarbeiten vorliegen, sodass erst dann jeweils die mündliche Prüfung stattfinden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Prüferinnen und Prüfer diese Arbeiten auch nicht losgelöst von den übrigen bewerten können, sondern nur in der Zusammenschau mit diesen.

Zu 2:

Durch die Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Ausbildungsordnung für Juristen vom 13. April 1992 (Nds. GVBl. S. 99) wurde in § 21 a der so genannte Freischuss und in § 22 a die Wiederholung der Prüfung zur Notenverbesserung eingeführt. Seit 1. Januar 1995 können auch die Prüflinge, die beim ersten Versuch nicht die Freischussregelung gewählt haben, die Prüfung zur Notenverbesserung wiederholen (§ 22 Abs. 3 NJAG vom 22. Oktober 1993 - Nds. GVBl. S. 449).

In der Zahl der Wiederholer zur Notenverbesserung sind ohne Differenzierung sowohl so genannte Freischützen (F) als auch so genannte Reguläre enthalten. Eine Aufschlüsselung wäre nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand möglich. Die Prozentzahlen der Wiederholer zur Notenverbesserung (N) beziehen sich daher auf die Zahl der insgesamt Geprüften ohne Wiederholer, da für diese eine Wiederholung zur Notenverbesserung ausgeschlossen ist.

1993	F	263 = 27,68 %	N	3 = 0,31 %
1994	F	355 = 35,15 %	N	11 = 1,08 %
1995	F	549 = 47,25 %	N	19 = 1,63 %
1996	F	693 = 50,47 %	N	42 = 2,96 %
1997	F	495 = 36,21 %	N	81 = 5,92 %
1998	F	430 = 37,29 %	N	88 = 7,09 %
1999	F	418 = 41,51 %	N	87 = 7,86 %
2000	F	376 = 33,60 %	N	78 = 6,47 %
2001	F	279 = 30,43 %	N	72 = 7,26 %

Zu 3:

Einleitend sei bemerkt, dass unter Wartezeit nach der Legaldefinition in § 5 des Gesetzes über die Beschränkung der Zulassung zum Vorbereitungsdienst vom 22. Oktober 1977 (Nds. GVBl. S. 537) die Zeit zwischen dem Termin, auf den sich die erste Bewerbung bezog, und dem Einstellungstermin verstanden wird. Weiter ist vorab zu erläutern, dass in Niedersachsen bis zu 10 % der jeweils freien Stellen an Bewerberinnen und Bewerber vergeben werden, für die die Ablehnung der Bewerbung eine besondere Härte darstellen würde. Von den verbleibenden Stellen werden 60 % nach Leistungskriterien (Note der ersten Staatsprüfung) und 40 % nach Wartezeit (derzeit bis zu 12 Monate) vergeben. Die nachfolgende Tabelle gibt die vor diesem Hintergrund berechnete durchschnittliche Wartezeit wieder. Die Angaben ab dem Jahr 2000 sind insoweit von vergleichsweise nur beschränkter Aussagekraft als seither die Bewerberinnen und Bewerber nach Ablehnung einer Bewerbung im Interesse größerer Planungssicherheit die Möglichkeit haben, für einen selbst bestimmten Zeitraum bis zu insgesamt zwei Jahren das Ruhen des Bewerbungsverfahrens zu erklären. Dies führt dazu, dass Bewerberinnen und Bewerber, die etwa ihre Promotion abschließen oder ein befristetes Arbeitsverhältnis eingehen, freiwillig länger warten als eigentlich erforderlich wäre.

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Durchschnittliche Wartezeit in Monaten	0	0,67	0,48	0,24	1,36	3,17	2,97

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Durchschnittliche Wartezeit in Monaten	3,66	4,20	4,16	3,89	3,37	3,91

Zu 4:

Für das Jahr 2004 ist nach jetzigem Stand eine Änderung der derzeitigen Stellenzahl (1 600) nicht beabsichtigt.

Zu 5:

Die Zahl der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen der ersten Staatsprüfung in Niedersachsen wird sich gegenüber den bestehenden Verhältnissen (jährlich etwa 815 im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre) in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich nicht wesentlich verändern. Ebenso stabil ist derzeit die Zahl der Bewerbungen aus anderen Bundesländern. Deshalb kann mit der gebotenen Vorsicht davon ausgegangen werden, dass die Wartezeitsituation sich in den nächsten Jahren gegenüber dem status quo nicht wesentlich ändern wird. Etwa ab Ende des Jahres 2005 wird es allerdings infolge einer bundesrechtlich vorgegebenen Ausschlussfrist für die Anmeldung zur ersten Staatsprüfung, die im Zuge der aktuellen Reform der Juristenausbildung als solche entfallen wird, zu einem punktuellen Anstieg der Fallzahlen in der ersten Staatsprüfung und damit zu einer Steigerung der Nachfrage nach Plätzen im Vorbereitungsdienst kommen. Dieser Entwicklung wird bei der Umsetzung der Reform Rechnung getragen werden. Ebenfalls als Folge der aktuellen Reform wird es mittelfristig, ab etwa dem Jahr 2009, zu einer Absenkung der Fallzahlen in der (zukünftigen) ersten Prüfung um etwa 20 % kommen, womit sich eine Entspannung der Warte-problematik einstellen wird.

Zu 6:

Die Zahl der Einstellungen je Quartal einschließlich der Jahressummen ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
01.02.	180	194	215	194	182	226	179
01.05.	173	218	215	150	147	226	155
01.08.	202	65	205	145	117	226	115
01.11.	188	170	193	163	185	226	185
insgesamt	743	647	828	652	631	904	634

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
01.02.	183	207	183	199	154	165
01.05.	156	202	206	185	190	160
01.08.	150	172	187	230	161	161
01.11.	171	152	178	222	140	148
insgesamt	660	733	754	836	645	634

Zu 7:

Es wird auf die Übersicht in Anlage D.7 verwiesen.

Zu 8:

Es wird davon ausgegangen, dass mit den Auswirkungen auf die Richterschaft die in der vorhergehenden Frage angesprochene Ausbildungstätigkeiten gemeint sind. Weder für die Ausbildung am Arbeitsplatz noch für die Leitung der Arbeitsgemeinschaften wird sich für die Richterinnen und Richter eine Mehrbelastung mit Ausbildungstätigkeit ergeben. Inwieweit sich eine (geringfügige) Entlastung einstellen wird, bedarf noch der näheren Abstimmung.

Zu 9:

An den niedersächsischen Gerichten stehen in ausreichender Zahl Plätze für die praktische Studienzeit zur Verfügung. Nur in Hannover müssen gelegentlich Anfragen von Studierenden abgelehnt werden, wenn die Kapazitäten dort erschöpft sind. Diese Studierenden bekommen Plätze an anderen Gerichten.

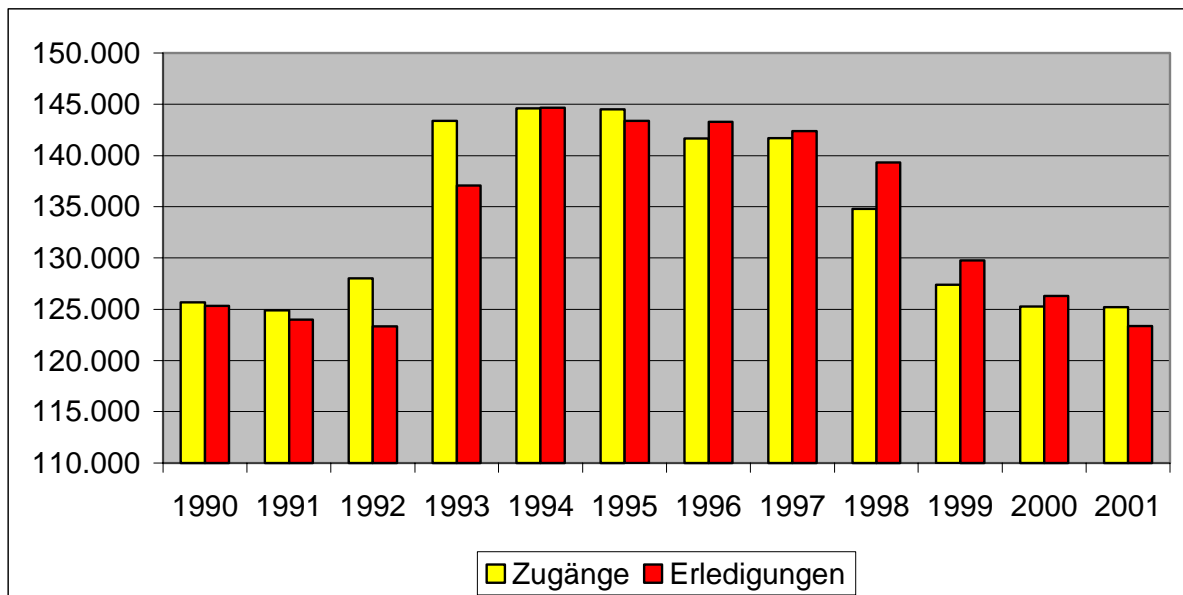
Prof. Dr. Pfeiffer

Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Amtsgerichte

Zivilsachen (ohne Mahnsachen)

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	125.648			125.305		
1991	124.910	-0,6		123.963	-1,1	
1992	128.033	2,4		123.327	-0,5	
1993	143.400	10,7		137.070	10,0	
1994	144.589	0,8		144.646	5,2	
1995	144.501	-0,1		143.396	-0,9	
1996	141.637	-2,0		143.262	-0,1	
1997	141.708	0,1		142.378	-0,6	
1998	134.809	-5,1		139.314	-2,2	
1999	127.393	-5,8		129.765	-7,4	
2000	125.248	-1,7		126.303	-2,7	
2001	125.209	0,0	-0,4	123.374	-2,4	-1,6

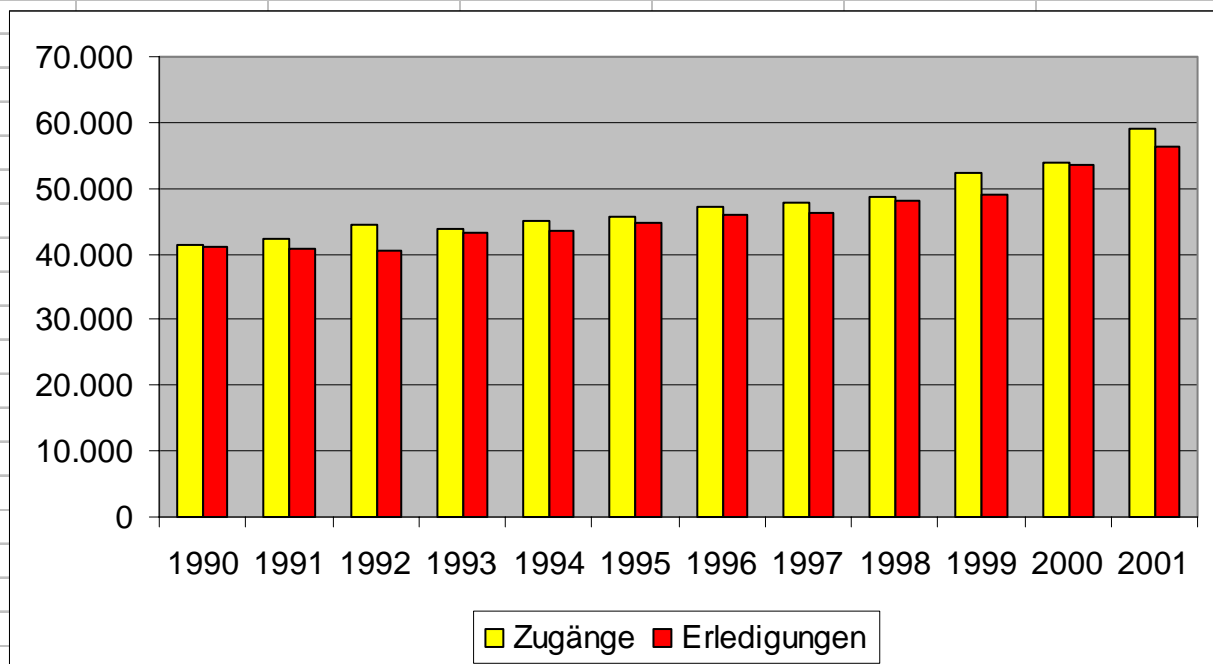


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Amtsgerichte

Familiensachen

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	41.280			40.957		
1991	42.349	2,5		40.800	-0,4	
1992	44.368	4,6		40.434	-0,9	
1993	43.748	-1,4		43.307	6,6	
1994	45.191	3,2		43.624	0,7	
1995	45.784	1,3		44.797	2,6	
1996	47.078	2,7		45.947	2,5	
1997	47.754	1,4		46.209	0,6	
1998	48.786	2,1		48.042	3,8	
1999	52.234	6,6		49.076	2,1	
2000	53.817	2,9		53.584	8,4	
2001	58.942	8,7	30,0	56.203	4,7	27,1



**Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften
in Niedersachsen**

Amtsgerichte

**Vollstreckungssachen
in das bewegliche Vermögen**

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	387.045		
1991	368.117	-5,1	
1992	366.418	-0,5	
1993	370.809	1,2	
1994	385.456	3,8	
1995	397.619	3,1	
1996	415.917	4,4	
1997	422.761	1,6	
1998	428.390	1,3	
1999	302.147	-41,8	
2000	311.615	3,0	
2001	317.034	1,7	-22,1

**Zwangsversteigerungen und
Zwangsverwaltungen**

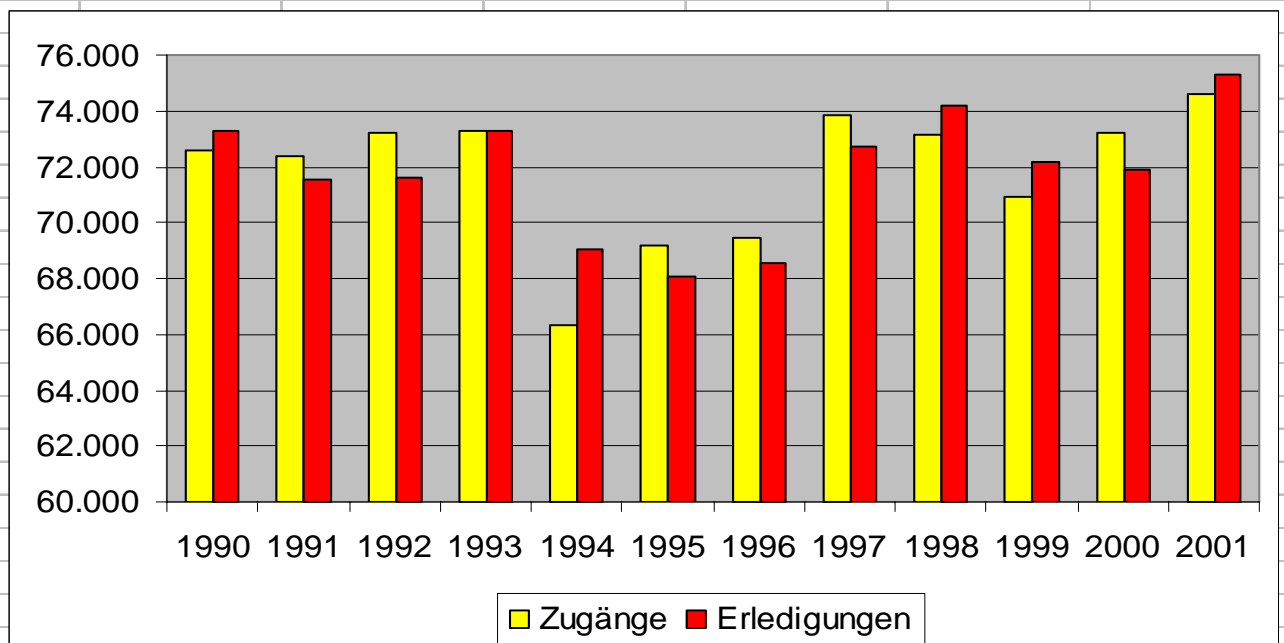
Jahr	Zugänge	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	6.062		
1991	5.241	-15,7	
1992	5.686	7,8	
1993	5.931	4,1	
1994	6.549	9,4	
1995	7.373	11,2	
1996	7.562	2,5	
1997	7.317	-3,3	
1998	8.312	12,0	
1999	8.767	5,2	
2000	10.077	13,0	
2001	10.848	7,1	44,1

Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Amtsgerichte

Strafsachen

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	72.584			73.274		
1991	72.388	-0,3		71.521	-2,5	
1992	73.222	1,1		71.593	0,1	
1993	73.298	0,1		73.303	2,3	
1994	66.327	-10,5		69.042	-6,2	
1995	69.176	4,1		68.046	-1,5	
1996	69.492	0,5		68.556	0,7	
1997	73.828	5,9		72.734	5,7	
1998	73.136	-0,9		74.192	2,0	
1999	70.924	-3,1		72.150	-2,8	
2000	73.184	3,1		71.902	-0,3	
2001	74.599	1,9	2,7	75.278	4,5	2,7

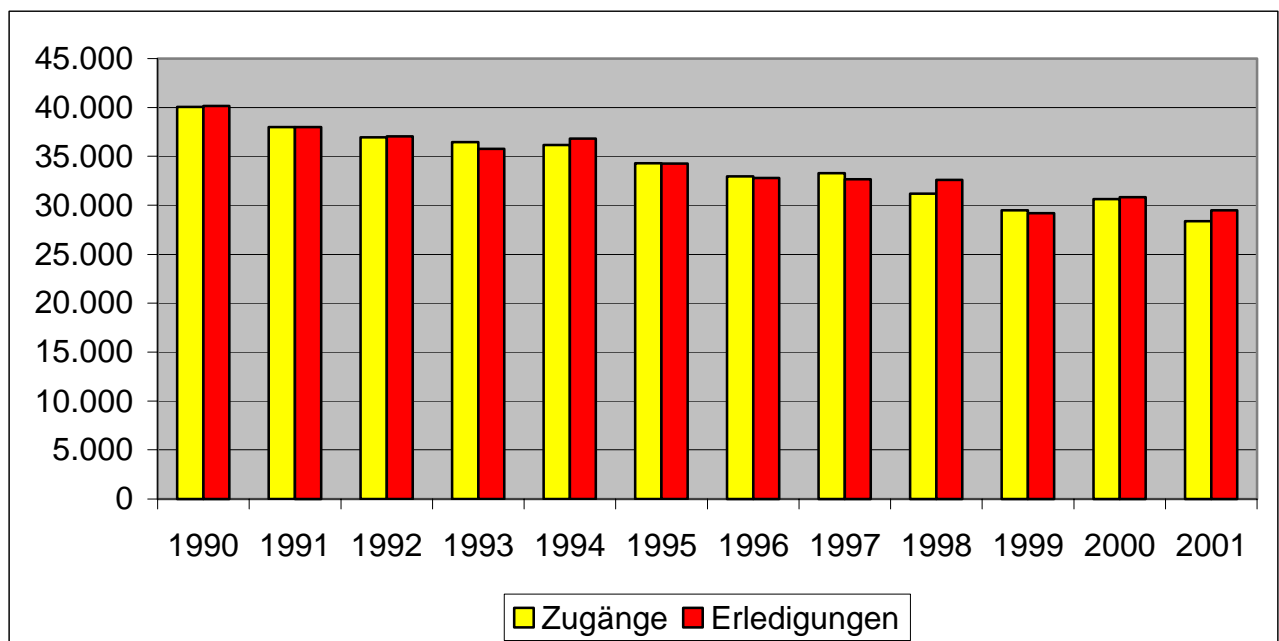


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Amtsgerichte

Bußgeldsachen (Einsprüche gegen Bußgeldbescheide)

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	40.042			40.137		
1991	37.985	-5,4		37.998	-5,6	
1992	36.957	-2,8		37.046	-2,6	
1993	36.450	-1,4		35.756	-3,6	
1994	36.169	-0,8		36.808	2,9	
1995	34.283	-5,5		34.247	-7,5	
1996	32.943	-4,1		32.787	-4,5	
1997	33.288	1,0		32.647	-0,4	
1998	31.195	-6,7		32.578	-0,2	
1999	29.464	-5,9		29.186	-11,6	
2000	30.615	3,8		30.804	5,3	
2001	28.359	-8,0	-41,2	29.490	-4,5	-36,1

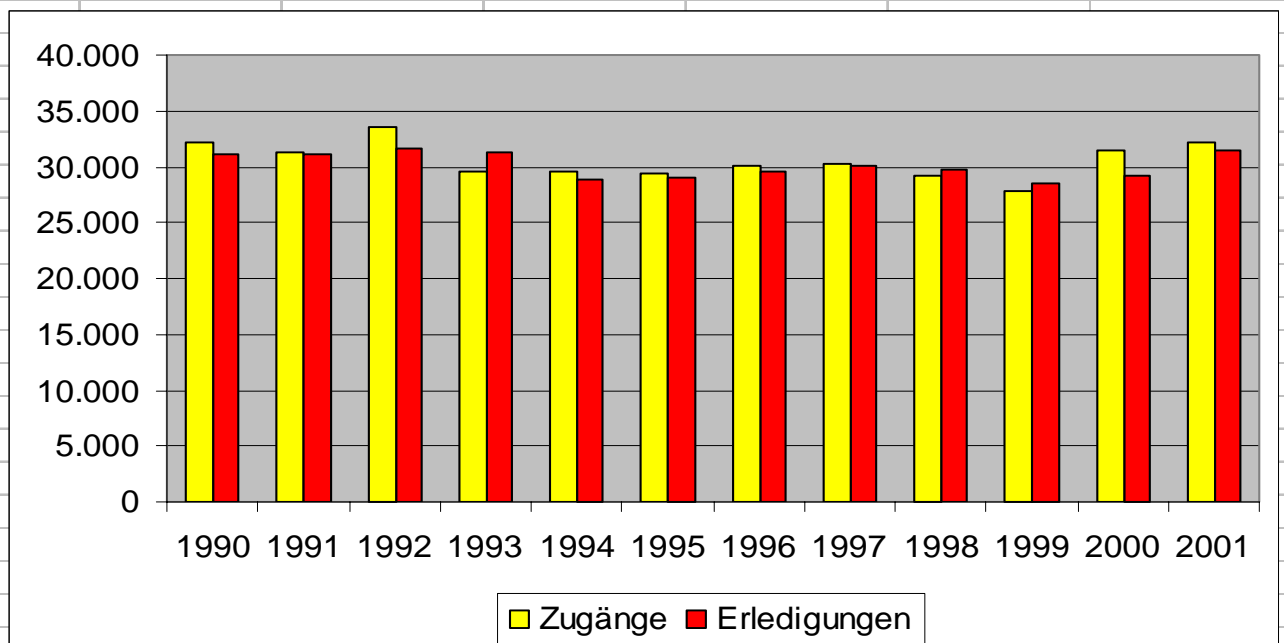


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Landgerichte

Zivilsachen I. Instanz

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	32.222			31.046		
1991	31.303	-2,9		31.162	0,4	
1992	33.628	6,9		31.619	1,4	
1993	29.567	-13,7		31.244	-1,2	
1994	29.622	0,2		28.924	-8,0	
1995	29.454	-0,6		29.029	0,4	
1996	30.101	2,1		29.506	1,6	
1997	30.236	0,4		30.032	1,8	
1998	29.157	-3,7		29.727	-1,0	
1999	27.797	-4,9		28.509	-4,3	
2000	31.497	11,7		29.255	2,5	
2001	32.118	1,9	-0,3	31.548	7,3	1,6

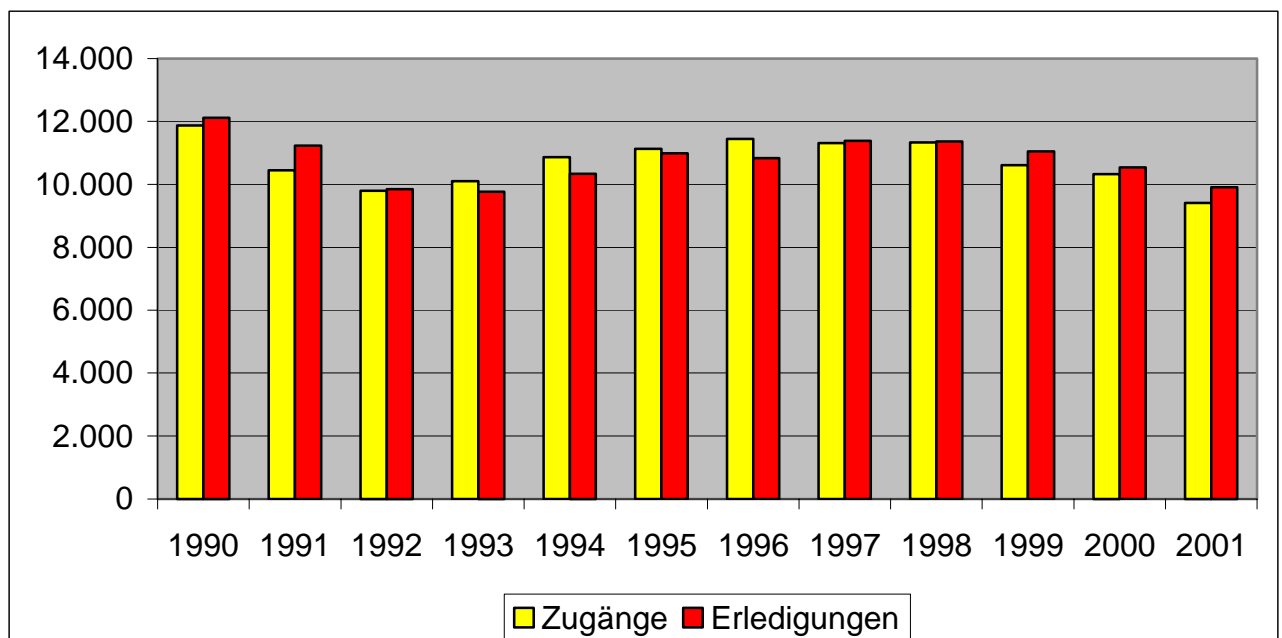


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Landgerichte

Zivilsachen Berufungsinstanz

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	11.867			12.119		
1991	10.440	-13,7		11.232	-7,9	
1992	9.787	-6,7		9.846	-14,1	
1993	10.101	3,1		9.759	-0,9	
1994	10.858	7,0		10.333	5,6	
1995	11.128	2,4		10.988	6,0	
1996	11.440	2,7		10.828	-1,5	
1997	11.312	-1,1		11.385	4,9	
1998	11.334	0,2		11.362	-0,2	
1999	10.602	-6,9		11.045	-2,9	
2000	10.317	-2,8		10.538	-4,8	
2001	9.400	-9,8	-26,2	9.902	-6,4	-22,4

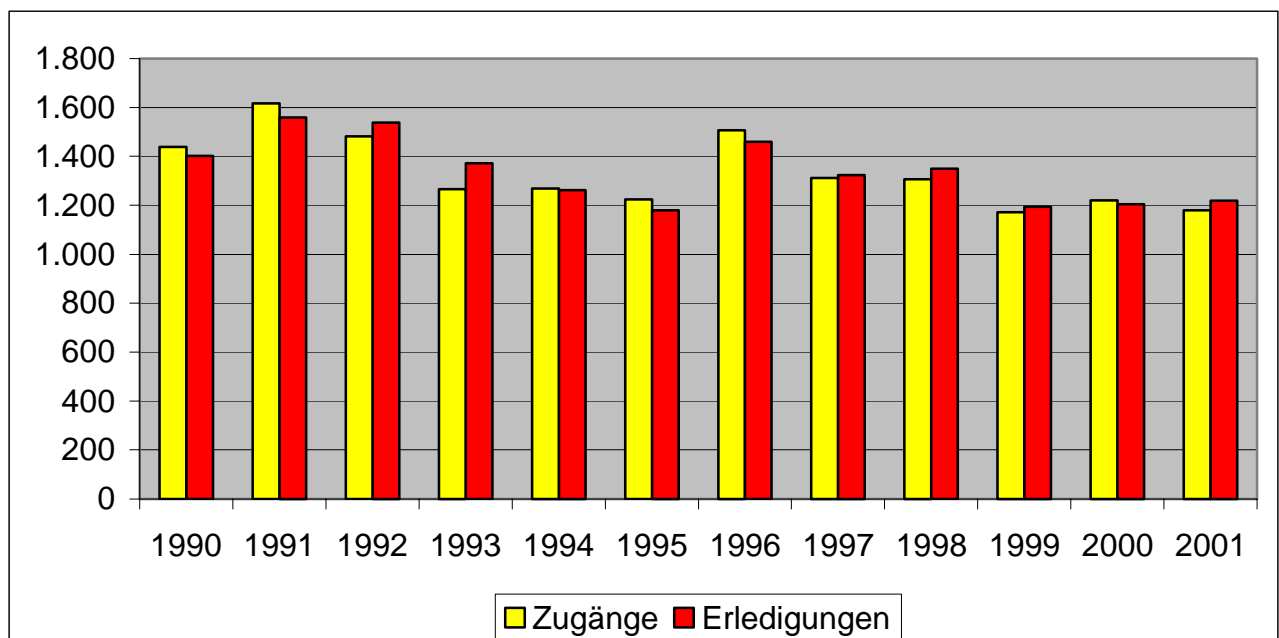


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Landgerichte

Strafsachen I. Instanz

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	1.439			1.402		
1991	1.617	11,0		1.559	10,1	
1992	1.482	-9,1		1.538	-1,4	
1993	1.265	-17,2		1.371	-12,2	
1994	1.268	0,2		1.261	-8,7	
1995	1.223	-3,7		1.179	-7,0	
1996	1.506	18,8		1.460	19,2	
1997	1.312	-14,8		1.323	-10,4	
1998	1.306	-0,5		1.349	1,9	
1999	1.171	-11,5		1.193	-13,1	
2000	1.219	3,9		1.204	0,9	
2001	1.179	-3,4	-22,1	1.218	1,1	-15,1

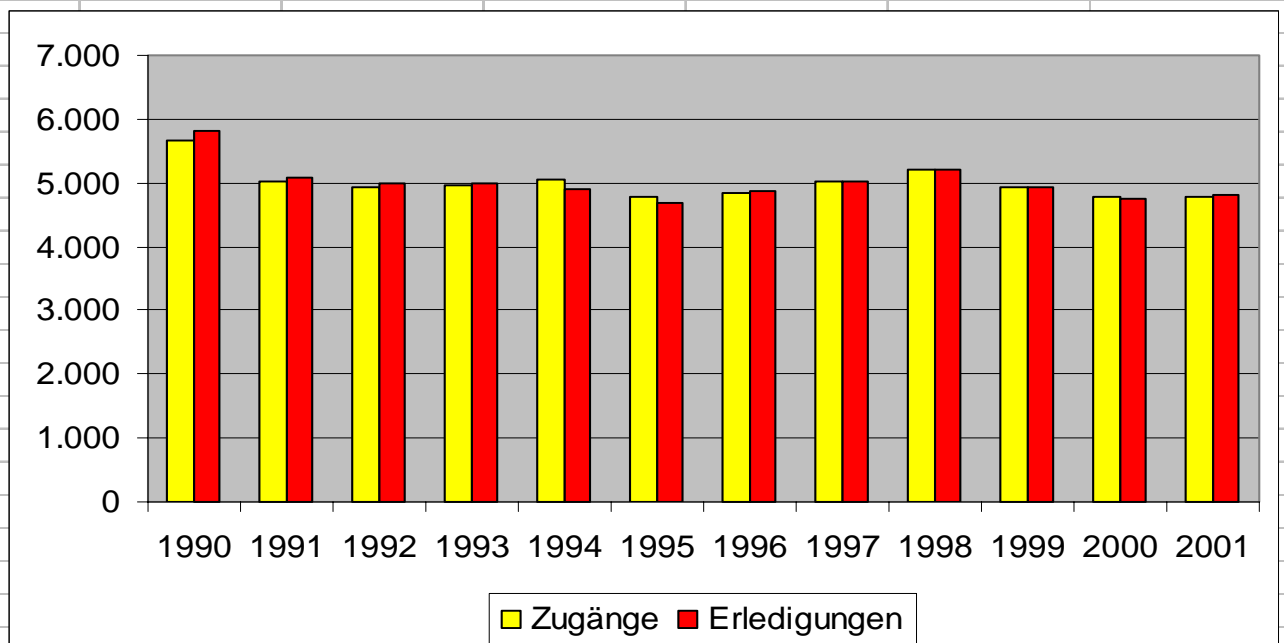


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Landgerichte

Strafsachen Berufungen

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	5.650			5.809		
1991	5.019	-12,6		5.082	-14,3	
1992	4.931	-1,8		4.988	-1,9	
1993	4.949	0,4		5.000	0,2	
1994	5.037	1,7		4.913	-1,8	
1995	4.789	-5,2		4.689	-4,8	
1996	4.841	1,1		4.871	3,7	
1997	5.030	3,8		5.008	2,7	
1998	5.214	3,5		5.207	3,8	
1999	4.917	-6,0		4.920	-5,8	
2000	4.764	-3,2		4.733	-4,0	
2001	4.789	0,5	-18,0	4.813	1,7	-20,7

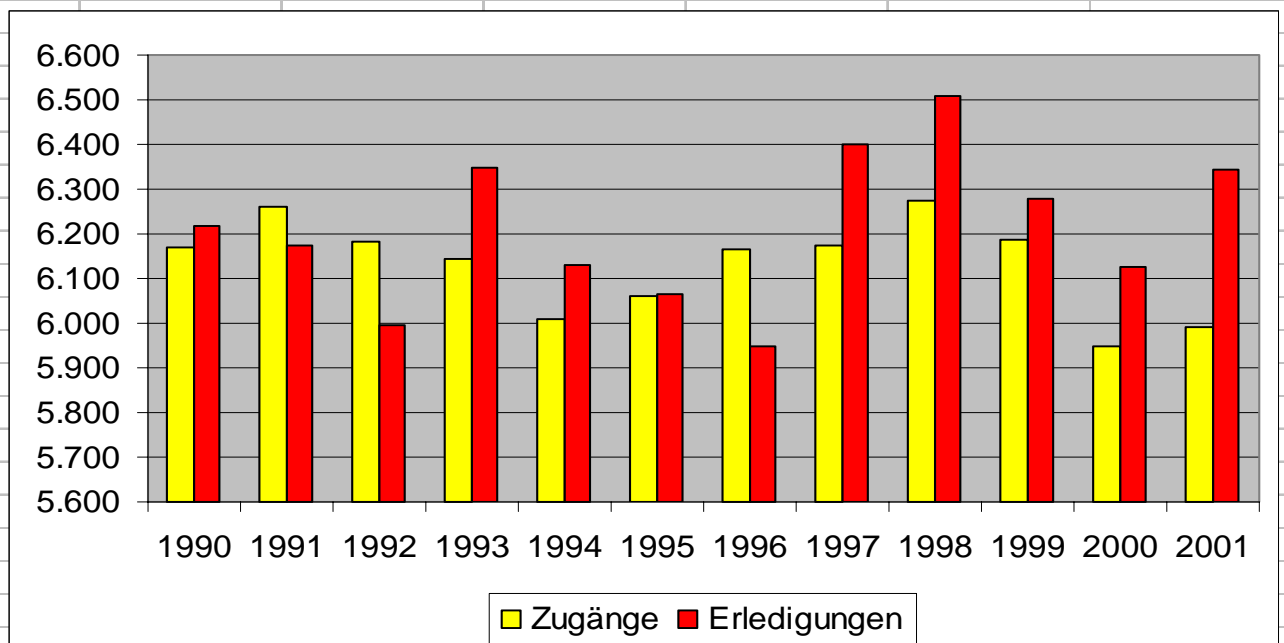


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Oberlandesgerichte

Zivilsachen Berufungen

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	6.171			6.219		
1991	6.259	1,4		6.173	-0,7	
1992	6.183	-1,2		5.997	-2,9	
1993	6.143	-0,7		6.348	5,5	
1994	6.007	-2,3		6.129	-3,6	
1995	6.059	0,9		6.067	-1,0	
1996	6.166	1,7		5.949	-2,0	
1997	6.172	0,1		6.398	7,0	
1998	6.272	1,6		6.510	1,7	
1999	6.185	-1,4		6.277	-3,7	
2000	5.946	-4,0		6.124	-2,5	
2001	5.990	0,7	-3,0	6.344	3,5	2,0

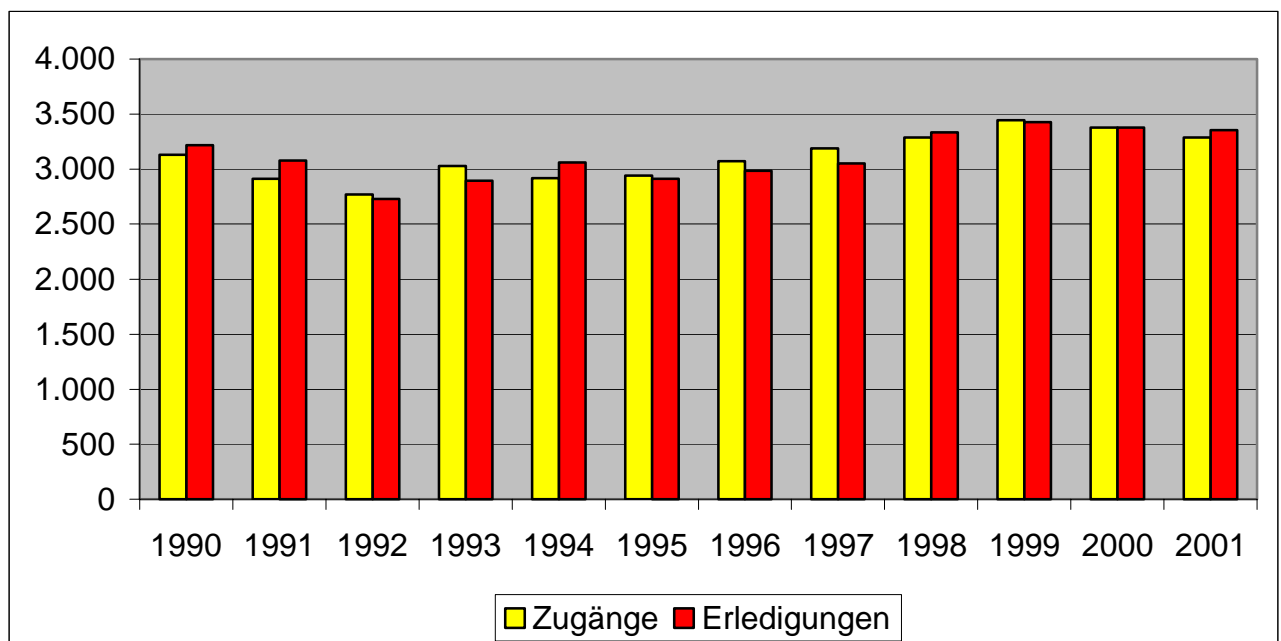


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Oberlandesgerichte

Familiensachen in der Rechtsmittelinstanz - Berufungsverf. u. Beschwerden gegen Endentscheidungen -

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	3.131			3.216		
1991	2.911	-7,6		3.078	-4,5	
1992	2.769	-5,1		2.727	-12,9	
1993	3.028	8,6		2.894	5,8	
1994	2.917	-3,8		3.060	5,4	
1995	2.940	0,8		2.912	-5,1	
1996	3.070	4,2		2.985	2,4	
1997	3.188	3,7		3.050	2,1	
1998	3.287	3,0		3.332	8,5	
1999	3.445	4,6		3.427	2,8	
2000	3.377	-2,0		3.378	-1,5	
2001	3.286	-2,8	4,7	3.355	-0,7	4,1

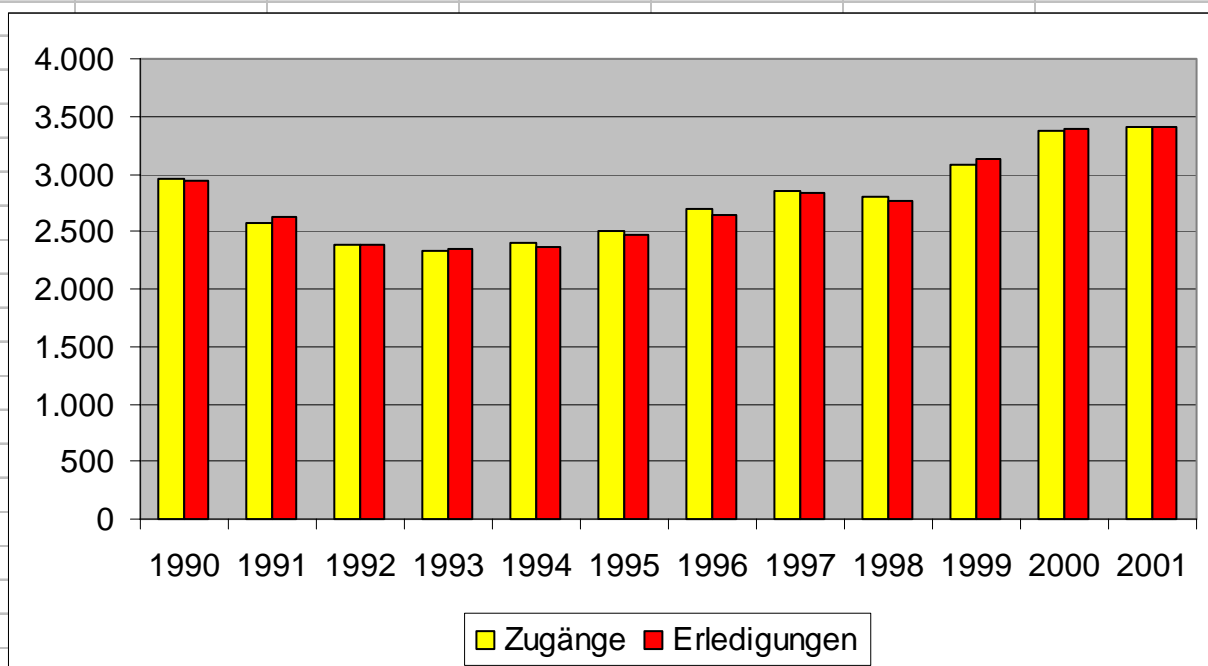


**Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften
in Niedersachsen**

Oberlandesgerichte

**Familien­sachen in der Rechtsmittelinstanz
- sonstige Beschwerden -**

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	2.958			2.945		
1991	2.577	-14,8		2.634	-11,8	
1992	2.390	-7,8		2.375	-10,9	
1993	2.328	-2,7		2.354	-0,9	
1994	2.404	3,2		2.373	0,8	
1995	2.508	4,1		2.470	3,9	
1996	2.696	7,0		2.636	6,3	
1997	2.857	5,6		2.830	6,9	
1998	2.793	-2,3		2.770	-2,2	
1999	3.078	9,3		3.126	11,4	
2000	3.375	8,8		3.386	7,7	
2001	3.417	1,2	13,4	3.401	0,4	13,4

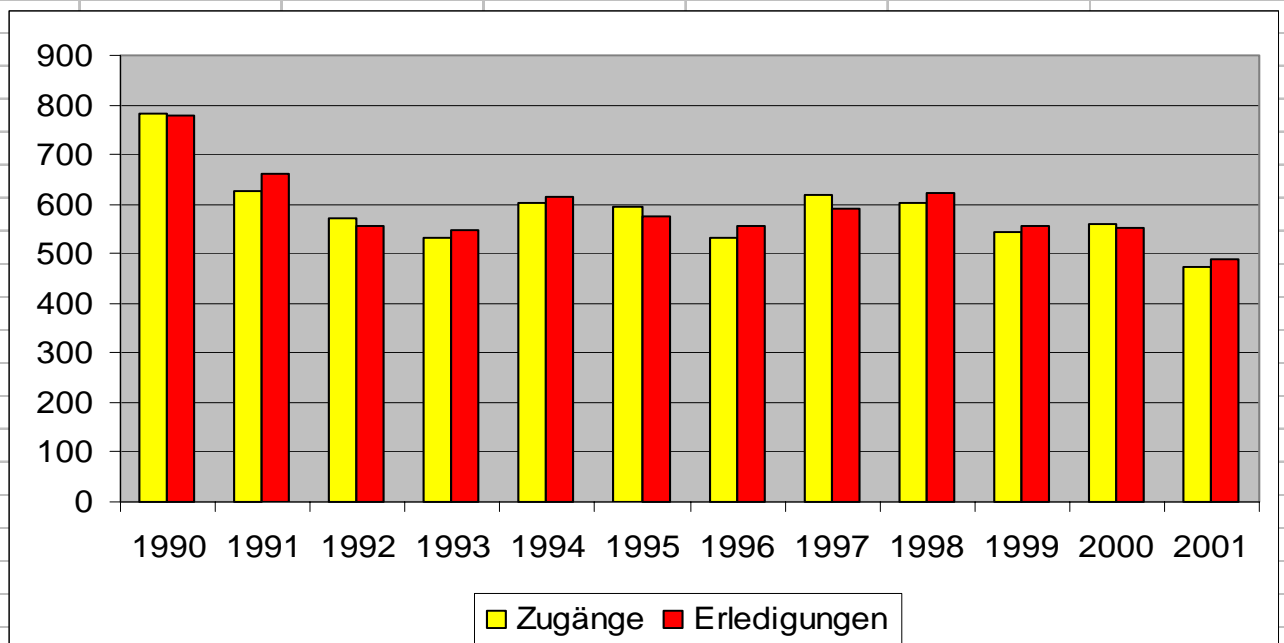


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Oberlandesgerichte

Strafsachen - Revisionen -

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	782			777		
1991	627	-24,7		661	-17,5	
1992	572	-9,6		554	-19,3	
1993	534	-7,1		546	-1,5	
1994	603	11,4		613	10,9	
1995	595	-1,3		575	-6,6	
1996	534	-11,4		555	-3,6	
1997	619	13,7		591	6,1	
1998	603	-2,7		621	4,8	
1999	542	-11,3		555	-11,9	
2000	558	2,9		553	-0,4	
2001	475	-17,5	-64,6	491	-12,6	-58,2



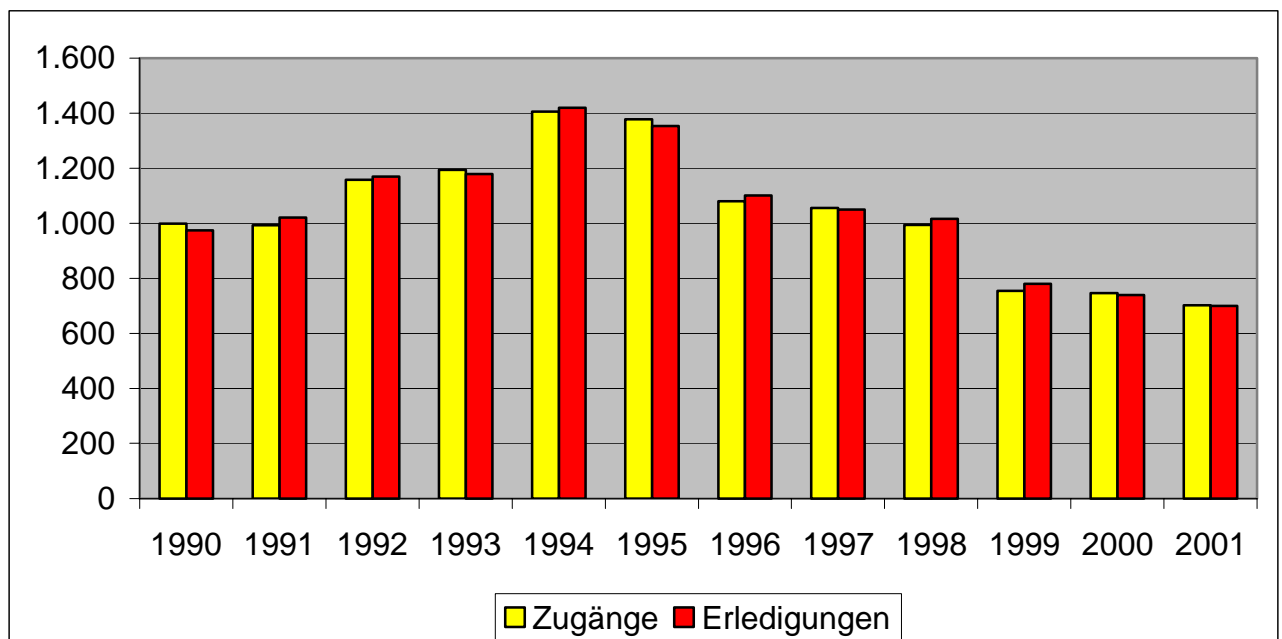
Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Oberlandesgerichte

Bußgeldsachen

- Rechtsbeschwerden u. Antr. auf Zul. der Rechtsbeschwerden -

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	999			975		
1991	993	-0,6		1.021	4,5	
1992	1.158	14,2		1.169	12,7	
1993	1.194	3,0		1.178	0,8	
1994	1.406	15,1		1.419	17,0	
1995	1.378	-2,0		1.353	-4,9	
1996	1.081	-27,5		1.100	-23,0	
1997	1.056	-2,4		1.050	-4,8	
1998	995	-6,1		1.017	-3,2	
1999	755	-31,8		780	-30,4	
2000	746	-1,2		740	-5,4	
2001	702	-6,3	-42,3	700	-5,7	-39,3

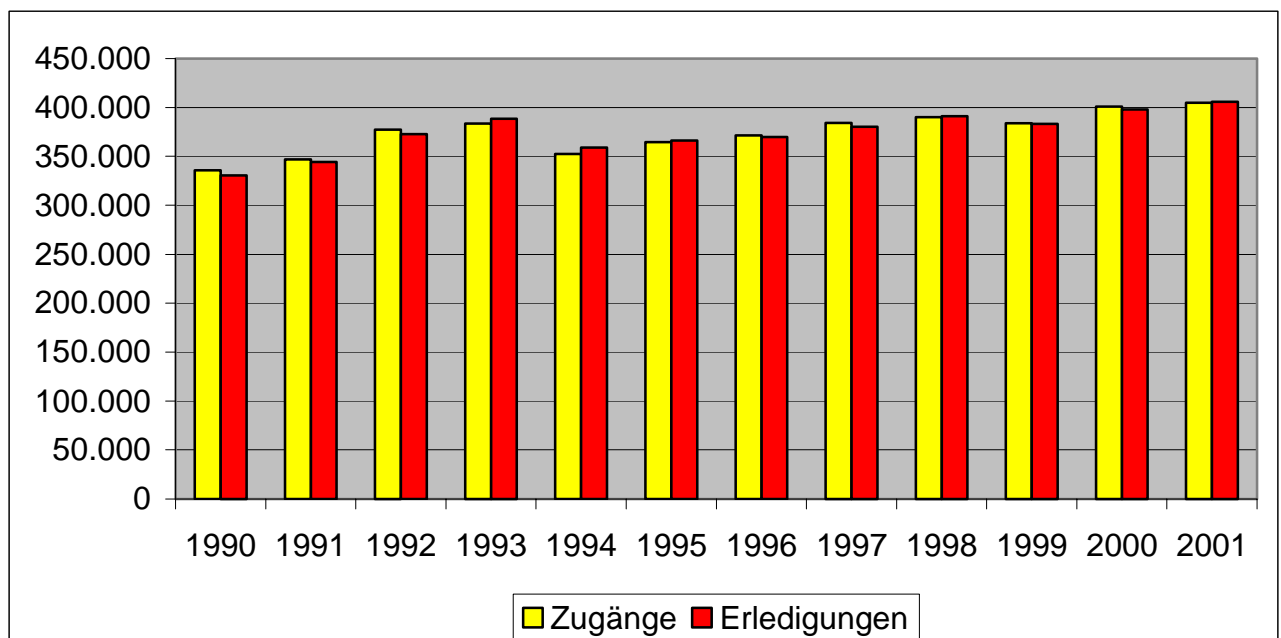


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Staatsanwaltschaften

Ermittlungsverfahren gegen bekannte Täter

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	335.632			330.566		
1991	346.901	3,2		344.355	4,0	
1992	377.251	8,0		372.742	7,6	
1993	383.659	1,7		388.542	4,1	
1994	352.252	-8,9		358.998	-8,2	
1995	364.411	3,3		366.087	1,9	
1996	371.277	1,8		369.794	1,0	
1997	384.144	3,3		380.402	2,8	
1998	390.072	1,5		390.939	2,7	
1999	383.759	-1,6		383.059	-2,1	
2000	400.851	4,3		397.879	3,7	
2001	404.720	1,0	17,1	405.819	2,0	18,5

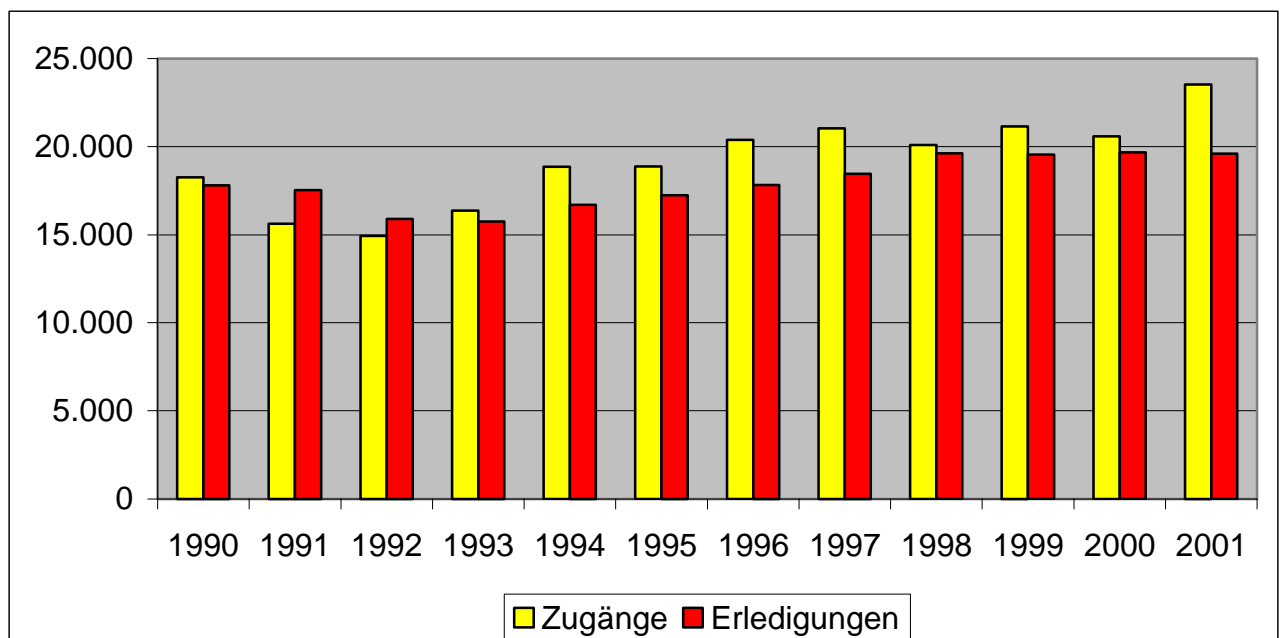


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Sozialgerichte

Klagen

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	18.241			17.792		
1991	15.603	-16,9		17.522	-1,5	
1992	14.945	-4,4		15.884	-10,3	
1993	16.361	8,7		15.747	-0,9	
1994	18.846	13,2		16.688	5,6	
1995	18.869	0,1		17.226	3,1	
1996	20.381	7,4		17.818	3,3	
1997	21.028	3,1		18.453	3,4	
1998	20.083	-4,7		19.609	5,9	
1999	21.140	5,0		19.537	-0,4	
2000	20.585	-2,7		19.661	0,6	
2001	23.533	12,5	22,5	19.605	-0,3	9,2

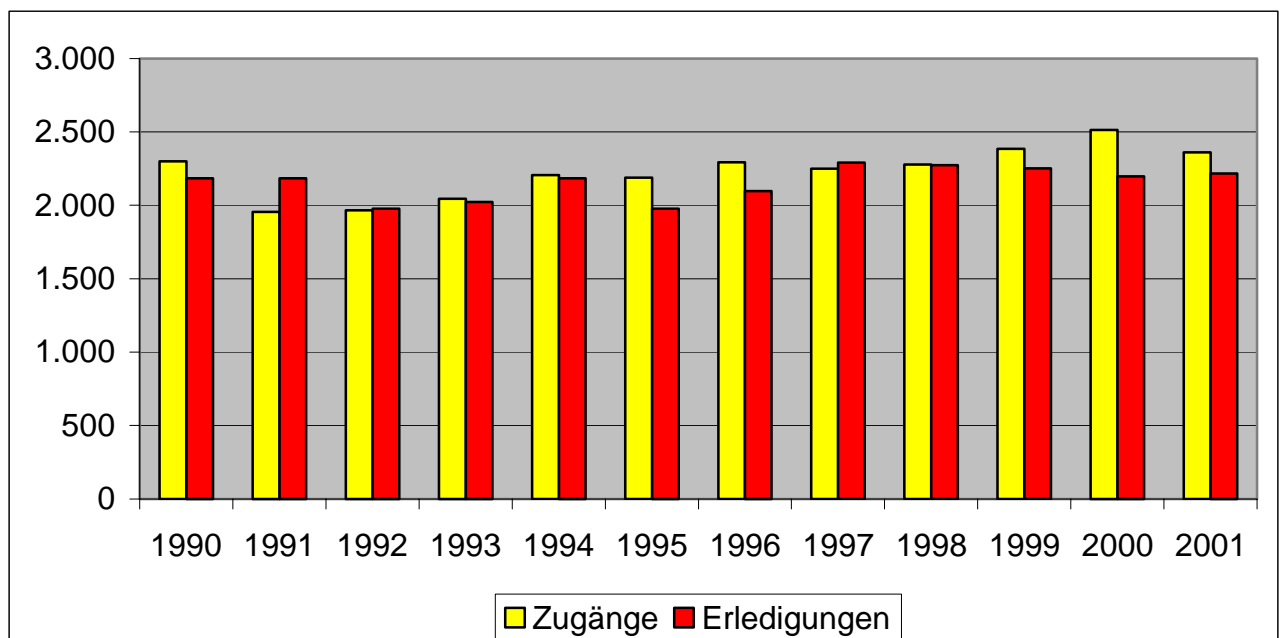


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Landessozialgericht

Berufungen

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	2.300			2.183		
1991	1.954	-17,7		2.183	0,0	
1992	1.964	0,5		1.977	-10,4	
1993	2.043	3,9		2.022	2,2	
1994	2.205	7,3		2.183	7,4	
1995	2.187	-0,8		1.976	-10,5	
1996	2.293	4,6		2.095	5,7	
1997	2.250	-1,9		2.290	8,5	
1998	2.277	1,2		2.273	-0,7	
1999	2.385	4,5		2.251	-1,0	
2000	2.514	5,1		2.197	-2,5	
2001	2.361	-6,5	2,6	2.216	0,9	1,5

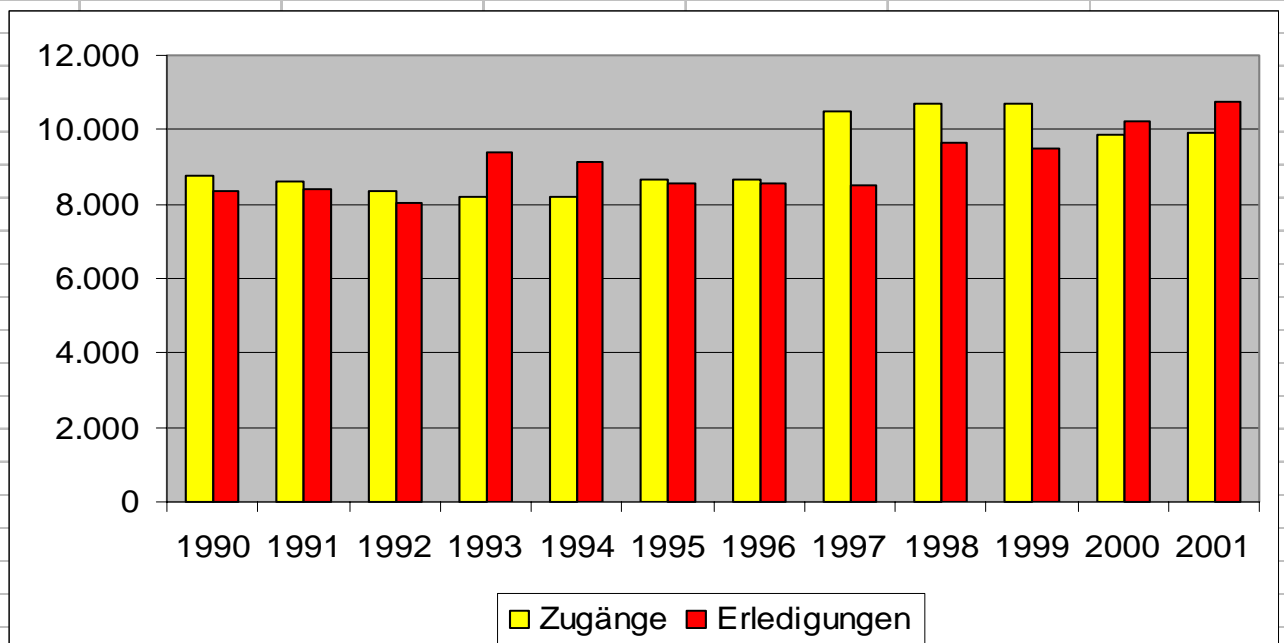


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Finanzgericht

Klagen

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	8.760			8.324		
1991	8.608	-1,8		8.396	0,9	
1992	8.346	-3,1		8.046	-4,3	
1993	8.167	-2,2		9.385	14,3	
1994	8.193	0,3		9.125	-2,8	
1995	8.644	5,2		8.543	-6,8	
1996	8.636	-0,1		8.546	0,0	
1997	10.492	17,7		8.516	-0,4	
1998	10.709	2,0		9.664	11,9	
1999	10.691	-0,2		9.471	-2,0	
2000	9.879	-8,2		10.222	7,3	
2001	9.890	0,1	11,4	10.757	5,0	22,6

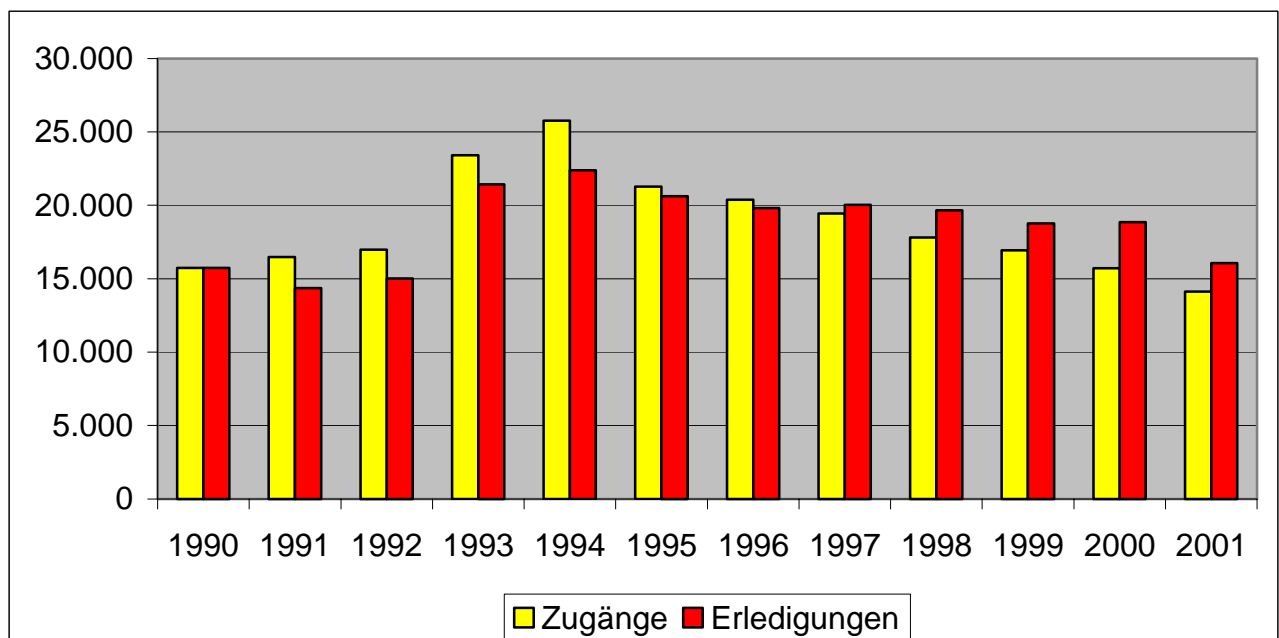


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Verwaltungsgerichte

Hauptverfahren

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	15.744			15.735		
1991	16.475	4,4		14.356	-9,6	
1992	16.982	3,0		15.018	4,4	
1993	23.402	27,4		21.417	29,9	
1994	25.770	9,2		22.388	4,3	
1995	21.266	-21,2		20.620	-8,6	
1996	20.365	-4,4		19.813	-4,1	
1997	19.432	-4,8		20.011	1,0	
1998	17.806	-9,1		19.647	-1,9	
1999	16.953	-5,0		18.746	-4,8	
2000	15.724	-7,8		18.843	0,5	
2001	14.129	-11,3	-11,4	16.076	-17,2	2,1

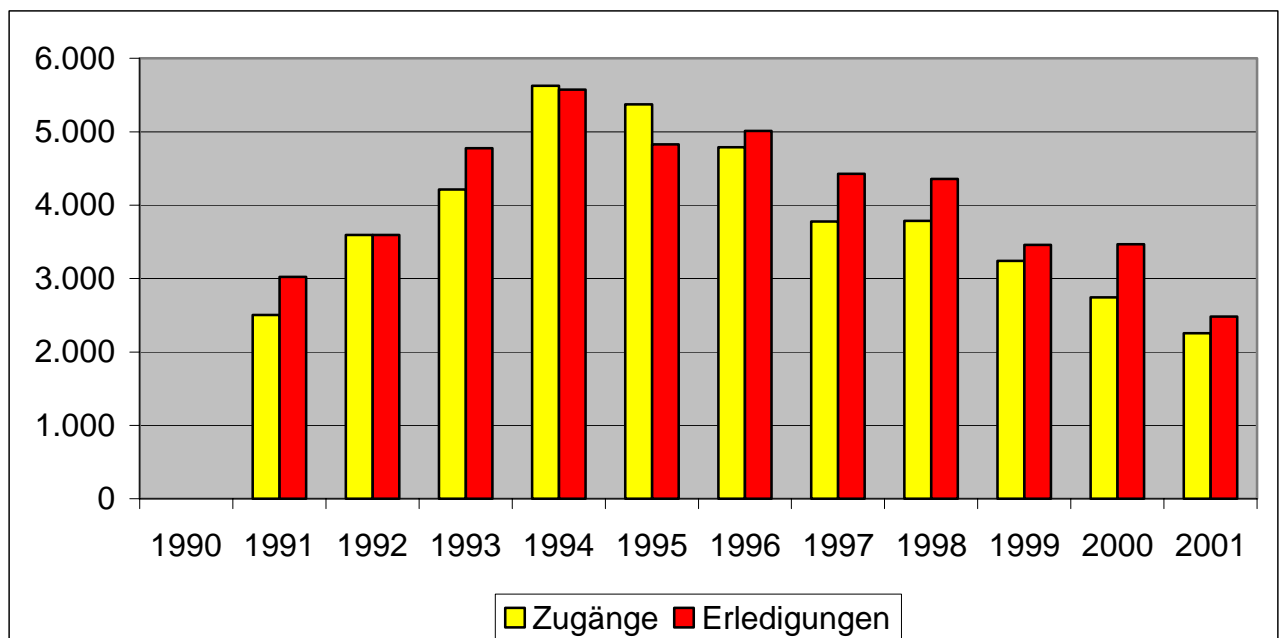


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Oberverwaltungsgericht

Berufungen/Beschwerden

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1991 zu 2001		zum Vorjahr	1991 zu 2001
1990	*			*		
1991	2.501			3.024		
1992	3.594	30,4		3.596	15,9	
1993	4.216	14,8		4.776	24,7	
1994	5.624	25,0		5.572	14,3	
1995	5.371	-4,7		4.829	-15,4	
1996	4.791	-12,1		5.011	3,6	
1997	3.779	-26,8		4.429	-13,1	
1998	3.785	0,2		4.359	-1,6	
1999	3.239	-16,9		3.459	-26,0	
2000	2.742	-18,1		3.469	0,3	
2001	2.253	-21,7	-11,0	2.479	-39,9	-22,0



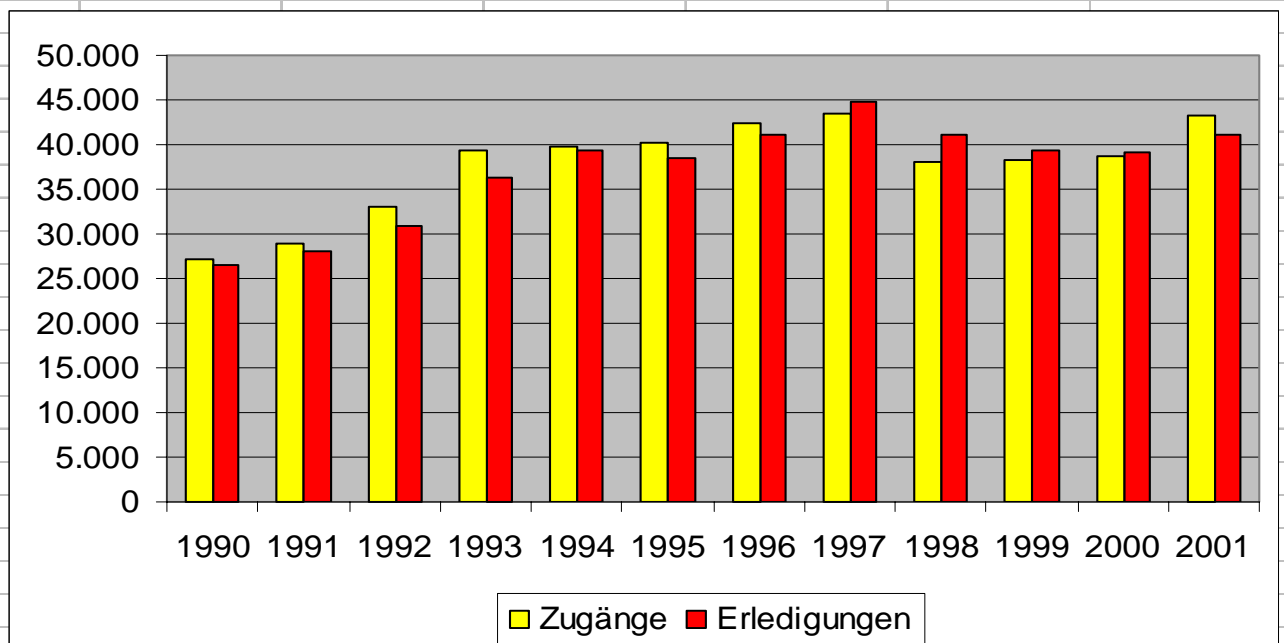
*) Das gemeinsame OVG mit dem Lande Schleswig-Holstein ist zum 01.04.1991 aufgelöst worden. Die für die Zeit vor 1991 festgestellten Ergebnisse sind nicht vollständig vergleichbar.

Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Arbeitsgerichte

Klagen

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	27.066			26.537		
1991	28.844	6,2		27.941	5,0	
1992	32.939	12,4		30.947	9,7	
1993	39.377	16,3		36.376	14,9	
1994	39.843	1,2		39.404	7,7	
1995	40.225	0,9		38.575	-2,1	
1996	42.382	5,1		41.107	6,2	
1997	43.431	2,4		44.810	8,3	
1998	37.975	-14,4		41.146	-8,9	
1999	38.279	0,8		39.282	-4,7	
2000	38.648	1,0		39.070	-0,5	
2001	43.209	10,6	37,4	41.174	5,1	35,5

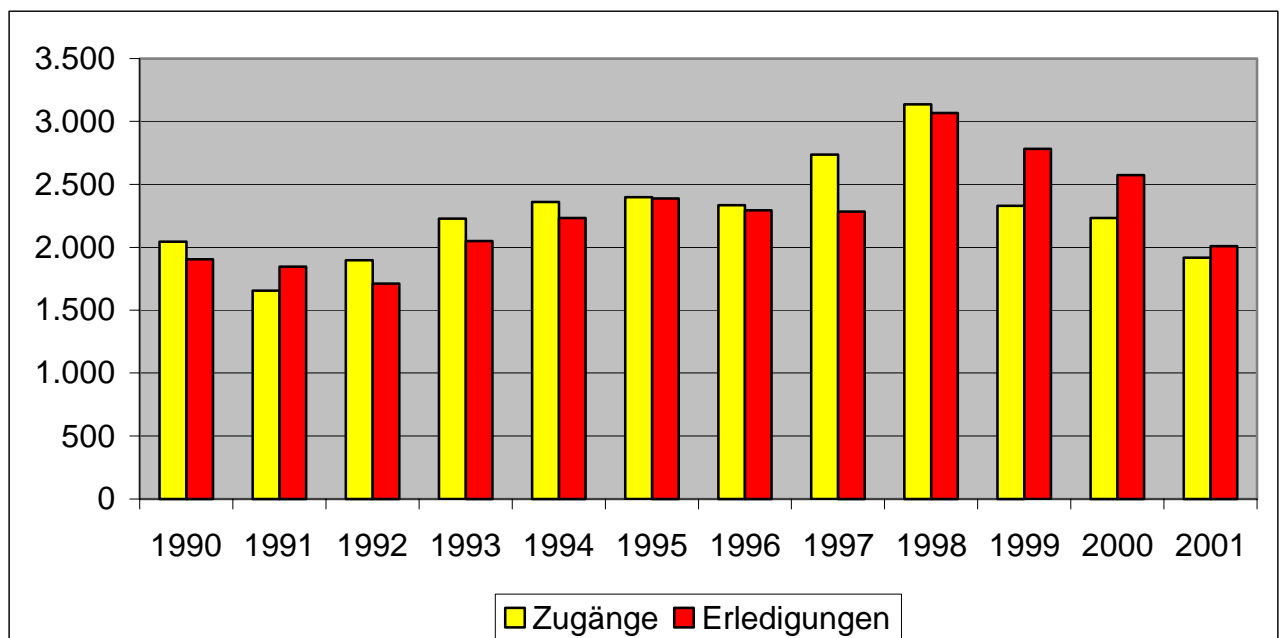


Verfahrenszahlen der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Landesarbeitsgericht

Berufungen

Jahr	Zugänge	Veränderungen in %		Erledigungen	Veränderungen in %	
		zum Vorjahr	1990 zu 2001		zum Vorjahr	1990 zu 2001
1990	2.046			1.906		
1991	1.656	-23,6		1.847	-3,2	
1992	1.899	12,8		1.711	-7,9	
1993	2.228	14,8		2.051	16,6	
1994	2.361	5,6		2.235	8,2	
1995	2.400	1,6		2.390	6,5	
1996	2.337	-2,7		2.295	-4,1	
1997	2.735	14,6		2.286	-0,4	
1998	3.136	12,8		3.066	25,4	
1999	2.332	-34,5		2.781	-10,2	
2000	2.233	-4,4		2.572	-8,1	
2001	1.917	-16,5	-6,7	2.009	-28,0	5,1



Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften													
		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
Amtsgerichte													
Zivilsachen													
	insgesamt	125.305	123.963	123.327	137.070	144.646	143.396	143.262	142.378	139.314	129.765	126.303	123.374
erledigt durch	streitiges Urteil	43.197	43.441	43.904	48.892	51.078	52.325	52.489	52.273	51.681	47.235	45.186	42.025
	Versäumnis-, Anerkenntnis- oder Verzichtsurteile	29.827	28.412	27.567	31.104	34.997	34.768	34.881	35.325	34.638	33.084	32.165	32.605
	Vergleich	9.493	9.663	9.746	10.465	10.720	10.084	10.114	10.865	11.395	11.188	10.283	10.435
	Beschluss	6.450	6.833	7.222	7.822	8.322	8.201	8.444	8.426	8.132	7.308	7.304	7.147
	sonstige Erledigung	36.338	35.614	34.888	38.787	39.529	38.018	37.334	35.489	33.468	30.950	31.365	31.162
Strafverfahren													
	insgesamt	73.274	71.521	71.593	73.303	69.042	68.046	68.556	72.734	74.192	72.150	71.902	75.278
erledigt durch	Urteil	37.477	35.865	35.064	35.172	33.487	33.162	33.236	35.035	36.234	35.407	35.307	35.999
	Einstellung gemäß												
	§ 153a StPO	8.022	7.540	6.465	6.295	5.706	5.373	5.065	4.768	4.727	5.291	5.109	5.215
	§ 37 II und § 38 II i.V.m. § 37 II BtMG	14	22	18	26	48	34	17	22	25	41	30	26
	§ 47 JGG	3.436	3.398	3.246	3.441	3.406	3.563	3.599	3.862	3.844	3.415	3.544	3.867
	§ 153 II StPO	3.924	3.805	3.823	3.726	3.483	3.514	3.490	3.720	3.727	3.634	3.553	3.700
	§ 154 II StPO	2.201	2.091	2.297	2.542	2.433	2.342	2.511	2.643	2.690	2.616	2.438	2.947
	§ 154b IV StPO	103	79	100	250	255	131	98	140	123	96	106	76
	§ 205 StPO	1.091	1.025	1.205	2.318	2.424	1.370	1.011	1.017	857	1.398	1.408	1.530
	§ 206a StPO	140	117	131	181	154	151	192	186	237	206	178	178
	§ 206b StPO	2	1	1	2	2	4	3	2	3	2	2	5
	sonstige Einstellung	129	142	94	88	76	66	49	41	48	53	49	47
	sonstige Erledigung	16.735	17.436	19.149	19.262	17.568	18.336	19.285	21.298	21.677	19.991	20.178	21.688

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften													
		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
Amtsgerichte													
Bußgeldverfahren													
	insgesamt	40.137	37.998	37.046	35.756	36.808	34.247	32.787	32.647	32.578	29.186	30.804	29.490
erledigt durch	Urteil	12.527	12.097	11.550	11.228	11.896	9.892	9.159	8.966	9.143	7.690	7.957	7.762
	Beschluss nach § 72 OWiG	2.002	2.071	1.815	1.558	1.361	1.412	1.450	1.529	1.511	1.388	1.516	1.501
	Beschluss nach § 70 I OWiG	28	26	33	34	31	43	26	25	44	42	33	20
	Einstellung nach § 47 II 1 OwiG	9.971	8.571	8.021	7.559	6.978	6.253	6.101	5.569	5.455	5.299	5.476	5.295
	§ 205 S. 1 StPO, § 46 I OWiG	48	52	56	36	36	28	42	45	57	56	114	52
	Zurücknahme des Einspruchs	14.451	14.196	14.521	14.155	15.516	15.649	14.994	15.445	15.276	13.608	14.609	13.787
	sonstige Erledigung	1.110	985	1.050	1.186	990	970	1.015	1.068	1.092	1.103	1.099	1.073

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften													
		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
Landgerichte													
Zivilsachen I. Instanz													
	insgesamt	31.046	31.162	31.619	31.244	28.924	29.029	29.506	30.032	29.727	28.509	29.255	31.548
erledigt durch	streitiges Urteil	11.540	11.479	11.396	11.218	10.678	10.569	10.419	10.696	10.910	10.402	10.251	10.346
	Versäumnis-, Anerkenntnis- oder Verzichtsurteile	5.284	5.398	5.754	5.787	5.649	5.738	5.831	5.825	5.673	5.219	5.481	6.156
	Vergleich	3.701	3.765	3.696	3.509	3.221	3.401	3.491	3.621	3.680	3.729	4.025	4.490
	Beschluss	1.712	1.830	1.902	1.774	1.673	1.570	1.885	1.881	1.802	1.796	1.859	2.015
	sonstige Erledigung	8.809	8.690	8.871	8.956	7.703	7.751	7.880	8.009	7.662	7.363	7.639	8.541
Zivilsachen Berufungsinstanz													
	insgesamt	12.119	11.232	9.846	9.759	10.333	10.988	10.828	11.385	11.362	11.045	10.538	9.902
erledigt durch	streitiges Urteil	7.508	6.954	5.953	5.724	6.083	6.695	6.452	6.974	7.102	6.923	6.373	5.829
	Versäumnis-, Anerkenntnis- oder Verzichtsurteile	131	117	109	113	133	143	92	109	127	158	138	120
	Vergleich	1.102	961	821	727	782	794	834	845	819	834	925	947
	Beschluss	714	637	663	716	701	694	682	661	697	608	597	558
	sonstige Erledigung	2.664	2.563	2.300	2.479	2.634	2.662	2.768	2.796	2.617	2.522	2.505	2.448

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften													
		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Landgerichte													
Strafverfahren I. Instanz													
	insgesamt	1.402	1.559	1.538	1.371	1.261	1.179	1.460	1.323	1.349	1.193	1.204	1.218
erledigt durch	Urteil	970	1.095	1.076	951	934	888	989	946	947	864	890	925
	Einstellung gemäß												
	§ 153a StPO	20	21	31	14	18	16	9	13	15	10	11	11
	§ 37 II und § 38 II i.V.m. § 37 II BtMG	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
	§ 47 JGG	1	0	0	2	1	0	0	3	3	0	0	1
	§ 153 II StPO	16	13	19	18	9	8	15	10	11	14	7	6
	§ 154 II StPO	23	34	31	32	21	17	28	20	25	23	29	21
	§ 154b IV StPO	6	0	0	0	3	1	2	2	1	0	2	0
	§ 205 StPO	13	14	21	26	18	16	9	18	16	20	12	4
	§ 206a StPO	4	5	6	4	2	9	4	2	1	0	9	4
	§ 206b StPO	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0
	sonstige Einstellung	4	2	0	0	0	0	1	1	2	1	0	1
	sonstige Erledigung	345	375	354	324	254	223	402	308	328	260	244	245

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften													
		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
Landgerichte													
Strafverfahren Berufungsinstanz													
	insgesamt	5.809	5.082	4.988	5.000	4.913	4.689	4.871	5.008	5.207	4.920	4.733	4.813
erledigt durch	Urteil	3.292	2.886	2.846	2.810	2.811	2.731	2.759	2.946	2.886	2.707	2.569	2.583
	Verwerfungsbeschluss gemäß § 322 I StPO	27	18	18	62	32	39	40	40	53	42	33	27
	Einstellung gemäß												
	§ 153a StPO	442	376	382	343	330	267	238	224	231	266	266	236
	§ 37 II und § 38 II i.V.m. § 37 II BtMG	0	0	3	0	0	1	0	0	0	0	0	0
	§ 47 JGG	15	6	23	4	5	11	7	11	8	10	12	16
	§ 153 II StPO	127	93	96	103	96	68	92	97	93	81	96	111
	§ 154 II StPO	62	64	52	58	51	51	52	57	60	59	58	64
	§ 154b IV StPO	4	4	2	6	12	5	2	8	6	6	4	0
	§ 205 StPO	20	12	9	20	15	19	17	23	15	24	11	14
	§ 206a StPO	7	3	5	5	6	6	10	10	11	8	9	9
	§ 206b StPO	0	1	2	0	1	0	0	0	1	1	0	0
	sonstige Einstellung	5	9	4	10	2	1	2	1	1	5	2	4
	sonstige Erledigung	1.808	1.610	1.546	1.579	1.552	1.490	1.652	1.591	1.842	1.711	1.673	1.749

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001

Oberlandesgerichte

Zivilsachen Berufungsinstanz													
erledigt durch	insgesamt	6.219	6.173	5.997	6.348	6.129	6.067	5.949	6.398	6.510	6.277	6.124	6.344
	streitiges Urteil	3.571	3.521	3.420	3.552	3.357	3.416	3.241	3.460	3.497	3.351	3.250	3.211
	Versäumnis-, Aner- kenntnis- oder Ver- zichtsurteile	151	134	164	164	186	169	168	222	200	167	176	179
	Vergleich	527	542	500	593	542	538	600	613	687	686	718	688
	Beschluss	197	204	224	202	219	236	181	220	241	223	223	246
	sonstige Erledigung	1.773	1.772	1.689	1.837	1.825	1.708	1.759	1.883	1.885	1.850	1.757	2.020
Strafverfahren Revisionsinstanz													
erledigt durch	insgesamt	777	661	554	546	613	575	555	591	621	555	553	491
	Urteil	72	58	41	53	64	90	74	59	46	46	48	46
	Beschluss nach												
	§ 349 StPO	656	572	474	461	512	443	451	479	535	462	478	412
	Einstellung gemäß												
	§ 153a StPO	1	3	1	0	0	2	0	2	1	0	0	0
	§ 47 JGG	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0
	§ 153 II StPO	2	0	7	4	0	1	1	7	2	1	3	3
	§ 154 II StPO	1	0	2	3	1	0	1	0	0	1	0	1
	§ 154b IV StPO	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	§ 206a StPO	0	0	1	0	2	1	1	0	1	2	1	1
	§ 206b StPO	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	sonstige Erledigung	45	28	28	25	34	37	27	43	36	43	23	28

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften													
		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
Staatsanwaltschaften													
<u>Ermittlungsverfahren</u>													
	insgesamt	330.566	344.355	372.742	388.542	358.998	366.087	369.794	380.402	390.939	383.059	397.879	405.819
erledigt durch	Anklage	52.981	52.800	53.263	53.676	49.228	50.606	50.832	52.135	49.783	50.243	51.618	53.307
	Strafbefehlsantrag	50.439	56.624	60.389	64.480	57.437	54.263	53.868	56.479	56.328	53.487	53.946	52.662
	Einstellung												
	mit Auflage	26.590	26.348	24.703	24.821	26.092	24.643	24.514	24.382	22.497	23.775	24.479	24.768
	ohne Auflage	44.711	46.356	54.822	66.655	67.340	74.076	79.756	80.713	81.869	80.757	86.212	88.075
	Zurückweisung oder Einstellung gemäß § 170 II StPO	87.449	91.712	102.680	97.067	85.732	88.325	90.410	92.342	93.896	91.908	95.809	97.034
	vorläufige Einstellung	12.592	14.536	19.124	23.812	17.148	14.398	12.542	11.456	10.663	9.203	9.332	10.013
	sonstige Erledigung	55.804	55.979	57.761	58.031	56.021	59.776	57.872	62.895	75.903	73.686	76.483	79.960

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Sozialgerichte

		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
Klagen													
erledigt durch	insgesamt	17.792	17.522	15.884	15.747	16.688	17.226	17.818	18.453	19.609	19.537	19.661	19.605
	Entscheidung	5.245	5.055	4.810	4.618	4.827	5.024	5.093	5.221	5.313	5.380	5.514	5.095
	gerichtlicher Vergleich	1.242	1.142	1.082	1.179	944	1.098	1.063	1.057	1.145	1.408	1.325	1.164
	Rücknahme	5.590	5.697	5.082	5.298	5.739	5.583	6.252	6.440	7.306	6.443	6.485	6.633
	sonstige Erledigung	5.715	5.628	4.910	4.652	5.178	5.521	5.410	5.735	5.845	6.306	6.337	6.713

Landessozialgericht

		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
Berufungen													
erledigt durch	insgesamt	2.183	2.183	1.977	2.022	2.183	1.976	2.095	2.290	2.273	2.251	2.197	2.216
	Entscheidung	1.071	1.086	967	1.061	1.152	1.045	1.118	1.136	1.098	1.062	1.080	936
	gerichtlicher Vergleich	153	148	154	160	199	163	182	214	179	161	151	169
	Rücknahme	575	616	561	566	547	511	540	637	685	676	598	690
	sonstige Erledigung	384	333	295	235	285	257	255	303	311	352	368	421

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Verwaltungsgerichte

Hauptverfahren		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
erledigt durch	insgesamt	15.735	14.356	15.018	21.417	22.388	20.620	19.813	20.011	19.647	18.746	18.843	16.076
	Urteil	5.400	4.698	5.540	8.302	9.074	8.537	8.455	9.299	9.320	8.408	8.537	7.045
	Gerichtsbescheid	1.115	1.403	1.523	2.448	3.083	2.273	1.914	735	624	707	462	360
	Beschluss	7.915	7.020	6.429	9.031	8.702	8.650	8.170	8.633	8.440	8.449	8.594	7.316
	Vergleich	625	672	661	689	655	546	577	695	710	764	287	672
	sonstige Erledigung	680	563	865	947	874	614	697	649	553	418	963	683

Oberverwaltungsgericht

Berufungen													
erledigt durch	insgesamt	-	3.024	3.596	4.776	5.572	4.829	5.011	4.429	4.359	3.459	3.469	2.479
	Urteil	-	779	951	963	1.104	934	1.131	880	622	403	235	191
	Beschluss	-	2.119	2.507	3.675	4.309	3.717	3.780	3.456	3.674	3.012	3.211	2.262
	Vergleich	-	60	85	86	104	126	77	12	33	27	16	10
	sonstige Erledigung	-	66	53	52	55	52	23	81	30	17	7	16

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Finanzgericht

		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
Klagen													
erledigt durch	insgesamt	8.324	8.396	8.046	9.385	9.125	8.543	8.546	8.516	9.664	9.471	10.222	10.757
	Urteil	1.856	1.722	1.631	1.507	1.338	1.300	1.264	1.092	1.185	1.184	1.210	1.155
	Vorbescheid/ ab 1994												
	Gerichtsbescheid	346	480	468	553	793	583	682	583	676	675	671	701
	Beschluss (§ 138 FGO)	2.295	2.366	2.280	2.732	2.204	2.218	1.896	1.824	2.028	1.841	2.087	2.124
	Einstellung (§ 72 FGO)	3.543	3.600	3.521	4.408	4.535	4.180	4.445	4.610	5.334	5.390	5.950	6.458
	sonstige Erledigung	284	228	146	185	255	262	259	407	441	381	304	319

Art der Erledigungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Arbeitsgerichte

Klagen		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
erledigt durch	insgesamt	26.537	27.941	30.947	36.376	39.404	38.575	41.107	44.810	41.146	39.282	39.070	41.174
	Urteil	3.802	3.585	3.881	4.581	4.555	4.380	4.476	5.243	5.096	4.461	4.090	3.680
	sonstiges Urteil	2.587	2.506	2.471	2.852	3.634	3.678	3.920	4.097	4.099	4.272	4.011	4.105
	Vergleich	11.413	12.270	14.019	16.398	16.452	16.467	17.719	18.998	18.082	17.626	18.359	20.121
	sonstige Erledigung	8.735	9.580	10.576	12.545	14.763	14.050	14.992	16.472	13.869	12.923	12.610	13.268

Landesarbeitsgericht

Berufungen		<u>1990</u>	<u>1991</u>	<u>1992</u>	<u>1993</u>	<u>1994</u>	<u>1995</u>	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>
erledigt durch	insgesamt	1.906	1.847	1.711	2.051	2.235	2.390	2.295	2.286	3.066	2.781	2.572	2.009
	Urteil	580	568	480	595	696	672	656	593	624	637	669	508
	sonstiges Urteil	20	12	18	17	30	31	30	23	37	27	32	24
	Beschluss (§ 519b ZPO)	44	47	43	56	50	97	54	69	97	52	76	38
	Vergleich	627	631	637	706	691	855	741	877	998	1.022	968	799
	sonstige Erledigung	635	589	533	677	768	735	814	724	1.310	1.043	827	640

Personalstärke (Ist-Stärke)												
bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen												
(Stichtag jeweils der 31.12. des Jahres)												
Gericht/Staatsanwaltschaft	Personalbestand (Arbeitskraftanteile)											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Richterinnen und Richter												
Amtsgerichte	702,6	695,2	705,5	764,7	768,4	755,7	737,2	732,7	736,9	749,0	760,2	749,5
Landgerichte	518,2	525,0	518,7	488,1	469,8	462,2	454,3	458,9	456,9	451,3	453,9	442,0
Oberlandesgerichte	178,0	174,5	186,0	180,0	182,5	177,5	170,8	170,1	172,5	171,9	170,9	168,5
Verwaltungsgerichte	138,0	152,0	166,2	173,6	171,5	165,2	162,8	157,0	163,8	156,0	149,3	143,8
Oberverwaltungsgericht	57,4	45,5	47,5	48,0	49,5	47,5	48,0	50,5	44,0	46,0	42,5	39,3
Sozialgerichte	59,0	67,0	58,0	59,8	63,0	65,0	60,5	58,5	62,0	61,5	62,0	64,0
Landessozialgericht	33,0	31,0	31,0	30,0	34,0	30,0	32,0	33,0	32,0	33,0	31,5	31,5
Finanzgericht	51,1	53,0	53,0	54,0	54,0	52,0	50,0	50,0	53,0	53,0	54,0	57,0
Arbeitsgerichte												
Landesarbeitsgericht												
Gesamt	1.737,3	1.743,2	1.765,9	1.798,2	1.792,7	1.755,1	1.715,6	1.710,7	1.721,1	1.721,7	1.724,3	1.695,6
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte												
Staatsanwaltschaften	367,7	367,8	375,4	369,2	386,1	397,7	401,0	396,8	402,3	408,3	433,5	435,0
Generalstaatsanwaltschaften	29,0	29,0	30,6	31,1	31,6	30,1	31,6	32,0	33,5	32,0	33,3	33,7
Gesamt	396,7	396,8	406,0	400,3	417,7	427,8	432,6	428,8	435,8	440,3	466,8	468,7
Amts-anwältinnen und Amts-anwälte												
Staatsanwaltschaften	111,0	100,8	106,0	106,6	107,9	109,5	108,0	107,8	105,8	104,8	103,0	104,3
Generalstaatsanwaltschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	111,0	100,8	106,0	106,6	107,9	109,5	108,0	107,8	105,8	104,8	103,0	104,3

Personalstärke (Ist-Stärke)												
bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen												
(Stichtag jeweils der 31.12. des Jahres)												
Gericht/Staatsanwaltschaft	Personalbestand (Arbeitskraftanteile)											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger												
Amtsgerichte	933,5	880,6	837,6	854,6	881,9	924,9	943,3	963,8	988,5	962,2	937,3	919,6
Landgerichte	115,6	105,6	101,4	97,4	92,9	93,6	93,6	96,9	98,1	96,1	99,2	103,7
Oberlandesgerichte	78,5	74,3	91,5	88,0	89,3	93,1	91,3	87,7	92,8	96,2	89,6	108,2
Staatsanwaltschaften	141,3	131,3	135,9	138,1	141,3	141,9	143,6	144,7	137,1	136,8	137,5	134,8
Generalstaatsanwaltschaften	9,5	10,5	11,0	11,0	12,2	14,2	13,7	15,0	16,0	16,3	15,3	17,5
Verwaltungsgerichte	24,5	22,0	23,0	20,0	19,5	20,0	18,5	22,0	20,5	20,8	22,0	20,6
Oberverwaltungsgericht	9,0	7,0	8,0	8,0	9,0	8,0	8,0	9,0	11,0	11,0	10,0	10,0
Sozialgerichte	20,0	19,4	19,0	20,0	19,0	20,0	19,0	19,0	17,8	19,0	18,0	17,5
Landessozialgericht	8,5	8,4	8,0	9,0	8,0	7,0	7,0	7,5	7,0	7,8	7,8	6,3
Finanzgericht	7,0	6,5	7,0	6,5	8,0	7,0	6,8	6,5	6,8	7,0	7,0	7,0
Gesamt	1.347,4	1.265,6	1.242,4	1.252,6	1.281,1	1.329,7	1.344,8	1.372,1	1.395,6	1.373,2	1.343,7	1.345,2
Nichtrichterliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgerichte *)												
Arbeitsgerichte	122,0	117,5	116,9	119,5	126,7	127,5	126,5	135,6	134,3	137,8	140,4	138,2
Landesarbeitsgericht	29,0	28,1	28,1	29,0	29,6	29,6	29,3	30,0	30,4	31,4	31,9	34,4
Gesamt	151,0	145,6	145,0	148,5	156,3	157,1	155,8	165,6	164,7	169,2	172,3	172,6
Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher												
Amtsgerichte	405,0	400,0	400,4	397,2	407,4	405,4	407,5	400,8	398,5	403,4	411,0	429,8
*) Bemerkung: In der Statistik der Arbeitsgerichtsbarkeit werden die Ist-Stellen für das nichtrichterliche Personal (Beamte und Angestellte im mittleren und gehobenen Dienst) nur insgesamt erhoben; eine weitere Unterteilung des nichtrichterlichen Personals erfolgt nicht.												

Personalstärke (Ist-Stärke)												
bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen												
(Stichtag jeweils der 31.12. des Jahres)												
Gericht/Staatsanwaltschaft	Personalbestand (Arbeitskraftanteile)											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer- und Schreibdienst												
Amtsgerichte	2.906,2	2.856,7	2.824,3	2.861,2	2.902,9	2.861,8	2.818,4	2.781,0	2.759,5	2.778,5	2.737,9	2.727,0
Landgerichte	533,7	530,8	534,2	523,3	516,1	511,8	502,2	500,1	502,7	514,8	504,9	501,3
Oberlandesgerichte	175,3	173,6	187,4	188,4	188,9	182,9	189,7	171,4	176,6	184,4	192,7	222,2
Staatsanwaltschaften	752,4	759,6	781,4	778,7	805,0	799,0	812,5	782,3	768,5	766,5	794,2	789,8
Generalstaatsanwaltschaften	30,8	32,0	34,0	34,0	34,0	31,5	31,0	32,0	31,0	34,0	33,9	34,2
Verwaltungsgerichte	126,7	123,0	138,0	145,5	145,9	144,0	142,7	137,8	136,2	129,0	117,9	110,7
Oberverwaltungsgericht	43,0	38,5	37,0	36,3	35,4	35,4	34,1	35,6	32,3	32,6	32,5	28,8
Sozialgerichte	116,6	116,3	115,9	119,6	118,6	116,6	113,6	108,9	110,8	105,7	108,2	111,5
Landessozialgericht	41,8	44,5	42,3	43,8	42,0	43,5	41,4	40,5	40,3	40,4	41,1	40,6
Finanzgericht	42,0	41,3	40,0	44,0	44,0	44,7	43,5	40,5	42,5	41,6	45,6	46,3
Gesamt	4.768,5	4.716,3	4.734,5	4.774,8	4.832,8	4.771,2	4.729,1	4.630,1	4.600,4	4.627,5	4.608,9	4.612,4
Einfacher Dienst												
Amtsgerichte	389,4	392,5	401,1	406,8	407,4	398,9	395,1	395,3	397,3	398,6	415,1	407,8
Landgerichte	141,3	144,7	147,1	147,1	149,8	147,6	144,8	144,8	145,3	143,6	141,6	139,3
Oberlandesgerichte	33,4	35,0	37,0	39,0	38,0	36,0	29,5	30,3	31,8	30,3	29,8	29,8
Staatsanwaltschaften	111,0	113,0	111,8	110,8	109,8	114,0	112,0	109,0	107,0	106,3	106,8	108,4
Generalstaatsanwaltschaften	8,0	6,3	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
Verwaltungsgerichte	20,0	21,0	25,0	25,0	27,5	27,5	28,5	25,5	26,5	26,5	26,0	25,0
Oberverwaltungsgericht	8,6	7,0	9,0	9,0	8,5	7,5	7,5	8,5	6,5	6,5	5,5	5,5
Sozialgerichte	19,0	19,0	19,0	20,0	18,8	17,8	19,0	20,0	20,0	20,0	19,0	20,0
Landessozialgericht	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	5,0	5,0	5,0
Finanzgericht	6,0	4,0	4,0	5,0	5,0	5,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Gesamt	742,7	748,5	768,0	776,7	778,8	768,3	753,4	750,4	751,4	747,8	759,8	751,8

Durchschnittliche Belastung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit												
Gericht / Staatsanwaltschaft	(Personalbedarf / Stellen)											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Richterinnen und Richter	1,26	1,26	1,34	1,31	1,28	1,31	1,35	1,39	1,40	1,37	1,37	1,41
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte	1,26	1,29	1,47	1,43	1,36	1,40	1,45	1,48	1,51	1,42	1,46	1,43
Amtsanhwältinnen und Amtsanwält	1,22	1,21	1,43	1,35	1,29	1,31	1,32	1,35	1,34	1,31	1,32	1,33
Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger												
ordentliche Gerichte	1,04	1,06	1,37	1,26	1,32	1,36	1,37	1,33	1,25	1,30	1,30	1,37
Staatsanwaltschaften	1,14	1,15	1,34	1,29	1,30	1,24	1,25	1,26	1,28	1,24	1,21	1,27
Mittlerer und Schreibdienst												
ordentliche Gerichte	1,11	1,11	1,26	1,23	1,27	1,27	1,29	1,30	1,23	1,27	1,29	1,33
Staatsanwaltschaften	1,24	1,24	1,46	1,35	1,30	1,34	1,39	1,43	1,47	1,45	1,42	1,43

Durchschnittliche Belastung der Richterinnen und Richter in den Fachgerichtsbarkeiten *)

Verwaltungsgerichte	1,03	1,06	0,90	1,25	1,16	1,01	0,96	1,02	0,93	0,90	0,86	0,83
Oberverwaltungsgericht **)	-	1,61	1,55	1,42	1,46	1,48	1,40	1,25	1,42	1,43	1,43	1,38
Sozialgerichte	1,23	1,04	0,99	1,08	1,24	1,24	1,36	1,41	1,35	1,42	1,38	1,54
Landesozialgericht	1,50	1,29	1,29	1,33	1,45	1,50	1,56	1,59	1,57	1,66	1,79	1,66
Arbeitsgerichte	1,14	1,09	1,18	1,40	1,48	1,56	1,64	1,55	1,36	1,37	1,33	1,54
Landesarbeitsgericht	1,52	1,30	1,33	1,48	1,70	1,71	1,69	1,91	2,19	1,85	1,64	1,42

*) Für die Finanzgerichte und für das nichtrichterliche Personal der übrigen Fachgerichte existiert keine bundeseinheitliche Personalbedarfsberechnung.

***) Für das Oberverwaltungsgericht kann für das Jahr 1990 keine vergleichbare Belastung ermittelt werden.

Durchschnittliche Verfahrensdauer der Gerichte in Niedersachsen

Amtsgerichte

Zivilsachen (o. Mahnsachen)

Jahr	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten	
	Land Nieders.	alle Länder
1990	3,8	4,1
1991	3,9	4,1
1992	4,0	4,1
1993	4,2	4,2
1994	4,2	4,3
1995	4,3	4,5
1996	4,3	4,6
1997	4,3	4,6
1998	4,3	4,6
1999	4,1	4,5
2000	4,0	4,3
2001	4,0	*)

Familien­sachen

Durchschnittliche Dauer der Eheverfahren in Monaten	
Land Nieders.	alle Länder
9,3	8,8
8,9	8,9
9,3	9,3
10,0	10,0
10,3	10,2
10,4	10,4
10,4	10,7
10,5	10,8
10,4	10,6
10,0	12,0
10,2	9,7
9,9	*)

Strafsachen

Jahr	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten	
	Land Nieders.	alle Länder
1990	3,7	3,7
1991	3,7	3,8
1992	3,8	3,9
1993	4,0	4,0
1994	4,1	4,3
1995	4,0	4,4
1996	3,9	4,4
1997	3,9	4,4
1998	4,0	4,3
1999	4,0	4,2
2000	3,9	4,0
2001	3,9	4,0

Bußgeldsachen

Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten	
Land Nieders.	alle Länder
2,3	2,4
2,2	*)
2,4	*)
2,5	*)
2,5	*)
2,5	2,8
2,6	2,9
2,6	2,8
2,7	2,7
2,6	2,6
2,6	2,5
2,6	2,7

*) Liegt nicht vor.

Durchschnittliche Verfahrensdauer der Gerichte in Niedersachsen

Landgerichte

Zivilsachen - I. Instanz -

Jahr	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten	
	Land Nieders.	alle Länder
1990	5,3	5,9
1991	5,6	6,0
1992	5,7	6,1
1993	6,1	6,1
1994	6,4	6,2
1995	6,6	6,3
1996	6,6	6,5
1997	6,7	6,6
1998	6,9	6,7
1999	7,1	7,1
2000	6,9	6,9
2001	6,9	*)

Zivilsachen - Berufungen -

Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in der Instanz	
Land Nieders.	alle Länder
4,8	5,4
4,7	5,5
4,6	5,1
4,5	4,9
4,8	4,9
5,0	5,1
5,2	5,3
5,5	5,4
5,5	5,4
5,5	5,5
5,4	5,5
5,2	*)

Strafsachen - I. Instanz -

Jahr	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten	
	Land Nieders.	alle Länder
1990	5,3	6,2
1991	5,3	6,0
1992	5,8	6,3
1993	5,8	6,5
1994	5,7	6,4
1995	5,6	6,3
1996	5,1	6,1
1997	5,3	6,2
1998	5,8	6,1
1999	6,3	6,1
2000	5,5	6,2
2001	6,5	*)

Strafsachen - Berufungen -

Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in der Instanz	
Land Nieders.	alle Länder
2,9	3,5
3,1	3,6
3,2	3,4
2,9	3,5
2,9	3,3
3,1	3,5
3,3	3,6
3,6	3,8
3,1	3,8
3,2	3,8
3,4	3,8
3,8	*)

*) Liegt nicht vor.

Durchschnittliche Verfahrensdauer der Gerichte in Niedersachsen

Oberlandesgerichte

Zivilsachen - Berufungen -

Jahr	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in der Instanz	
	Land Nieders.	alle Länder
1990	8,2	9,1
1991	8,6	9,0
1992	8,7	8,8
1993	8,8	8,7
1994	8,7	8,6
1995	8,4	8,5
1996	8,5	8,7
1997	8,3	8,5
1998	8,1	8,0
1999	7,8	8,0
2000	7,3	8,4
2001	7,0	*)

Familien­sachen - Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen -

	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in der Instanz	
	Land Nieders.	alle Länder
	4,6	6,0
	4,6	5,9
	4,4	5,8
	4,5	5,7
	4,7	5,4
	4,4	5,3
	4,3	5,4
	4,6	5,4
	4,8	5,4
	4,5	5,4
	4,5	5,5
	4,4	*)

Strafsachen - Revisionen -

Jahr	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in der Instanz	
	Land Nieders.	alle Länder
1990	0,9	1,3
1991	1,3	1,4
1992	1,0	1,2
1993	1,1	1,0
1994	1,0	1,3
1995	1,1	1,4
1996	1,2	1,3
1997	1,1	1,2
1998	1,0	1,1
1999	1,1	1,2
2000	0,9	1,2
2001	0,9	*)

*) Liegt nicht vor.

Durchschnittliche Verfahrensdauer der Gerichte in Niedersachsen

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Verwaltungsgerichte - Hauptverfahren -

Jahr	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten	
	Land Nieders.	alle Länder
1990	10,6	11,5
1991	10,5	12,0
1992	10,4	13,6
1993	10,5	12,0
1994	9,6	10,8
1995	10,9	13,0
1996	12,8	15,2
1997	13,5	16,4
1998	14,3	16,8
1999	14,7	18,1
2000	13,7	18,7
2001	14,1	*)

Oberverwaltungsgerichte - Berufungen -

	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in der Instanz	
	Land Nieders.	alle Länder
	18,2	14,2
	17,4	14,5
	11,3	12,2
	12,6	12,3
	7,4	8,5
	6,6	7,5
	7,5	8,4
	8,1	8,4
	8,2	8,7
	7,6	9,3
	9,3	9,1
	6,9	*)

Finanzgerichtsbarkeit

Finanzgericht - Klagen -

Jahr	Durchschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in der Instanz	
	Land Nieders.	alle Länder
1990	18,7	23,9
1991	19,0	23,1
1992	19,3	23,1
1993	19,9	22,4
1994	18,5	21,2
1995	21,0	20,9
1996	18,9	19,5
1997	19,3	16,9
1998	18,5	15,7
1999	18,7	16,7
2000	19,7	17,0
2001	20,7	*)

*) Liegt nicht vor.

Durchschnittliche Verfahrensdauer der Gerichte in Niedersachsen

Sozialgerichtsbarkeit

Sozialgerichte - Klagen -			Landessozialgerichte - Berufungen -	
Jahr	Durschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten		Durschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in der Instanz	
	Land Nieders.	alle Länder	Land Nieders.	alle Länder
1990	12,3	12,4	11,3	13,6
1991	13,4	13,0	11,9	15,1
1992	13,3	13,2	11,4	14,1
1993	13,1	12,5	11,6	13,6
1994	12,5	11,9	11,3	12,4
1995	13,2	12,0	10,3	12,3
1996	13,2	12,5	11,3	12,7
1997	13,7	12,7	11,8	12,8
1998	14,4	13,1	11,6	12,8
1999	15,2	13,8	11,1	13,3
2000	15,4	14,1	11,9	13,7
2001	15,1	14,0	12,6	13,6

Arbeitsgerichtsbarkeit

Arbeitsgerichte - Klagen -			Landesarbeitsgerichte - Berufungen -	
Jahr	Durschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten		Durschnittliche Dauer der Verfahren in Monaten in der Instanz	
	Land Nieders.	alle Länder *)	Land Nieders.	alle Länder *)
1990	3,3		6,5	
1991	3,5		6,9	
1992	3,9		6,6	
1993	3,7		6,6	
1994	4,1		6,7	
1995	4,2		6,9	
1996	4,5		7,1	
1997	4,8		7,2	
1998	4,6		7,3	
1999	3,9		8,2	
2000	3,7		7,8	
2001	3,4	3,4	7,0	6,1

*) Für die Arbeitsgerichtsbarkeit sind Verfahrensdauern auf Bundesebene erstmals für 2001 ermittelt worden.

**Anklagen der Staatsanwaltschaften, Zahl der Hauptverhandlungen und der Hauptverhandlungstage der Amts- und Landgerichte
sowie erledigte Strafverfahren der Amts- und Landgerichte in Niedersachsen**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	01.10.2001 bis 30.09.2002
Anklagen der Staatsanwaltschaft	52.981	52.800	53.263	53.676	49.228	50.606	50.832	52.135	49.783	50.243	51.618	53.307	54.537
Zahl der Hauptverhandlungen													
Amtsgerichte	64.823	62.722	61.476	62.212	58.888	58.055	58.256	60.567	62.394	60.932	60.213	62.120	63.281
Landgerichte - 1. Instanz	1.105	1.236	1.273	1.202	1.100	1.012	1.178	1.074	1.102	999	1.011	1.053	1.045
Landgerichte - Berufungsinstanz	4.725	4.170	4.310	3.998	3.968	3.787	3.858	4.053	4.080	3.926	3.707	3.726	3.697
Zahl der Hauptverhandlungstage													
Amtsgerichte	66.494	64.056	62.495	63.142	59.914	59.139	59.648	61.921	63.667	62.312	61.483	63.331	64.237
Landgerichte - 1. Instanz	3.239	2.862	3.131	3.228	3.124	3.205	3.463	3.686	3.679	3.646	3.372	3.376	3.244
Landgerichte - Berufungsinstanz	5.239	4.555	4.661	4.373	4.411	4.142	4.284	4.502	4.485	4.450	4.108	4.105	4.020
Erledigte Strafverfahren													
Amtsgerichte	73.274	71.521	71.593	73.303	69.042	68.046	68.556	72.734	74.192	72.150	71.902	75.278	76.362
Landgerichte - 1. Instanz	1.402	1.559	1.538	1.371	1.261	1.179	1.460	1.323	1.349	1.193	1.204	1.218	1.188
Landgerichte - Berufungsinstanz	5.809	5.082	4.988	5.000	4.913	4.689	4.871	5.008	5.207	4.920	4.733	4.813	4.710

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Otterndorf	3,0	3,0	3,0	4,0	4,0	3,5	3,5	3,5	3,0	3,5	3,5	3,5
Stade	8,7	9,2	8,7	9,2	9,7	9,2	9,7	8,7	9,7	9,7	10,0	9,7
Tostedt	7,5	7,5	7,5	9,0	8,0	8,5	8,5	8,0	8,0	8,5	8,5	8,5
Zeven	3,0	3,0	3,0	3,5	3,0	3,0	3,0	3,5	3,5	3,5	3,5	3,0
Landgerichtsbezirk Stade	42,7	42,7	42,2	47,2	45,7	44,7	45,2	43,7	45,5	47,2	46,5	45,7
Achim	6,0	5,5	5,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,0	6,0	6,0
Diepholz	4,0	4,0	3,5	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,0	4,0	4,0	4,0
Nienburg (Weser)	7,0	6,5	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	6,0	7,0	8,0	6,0
Osterholz-Scharmbeck	7,5	7,0	7,5	9,0	9,0	8,0	8,5	8,0	8,0	8,0	8,0	7,5
Rotenburg (Wümme)	5,5	5,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,5	6,5	6,5
Stolzenau	3,0	3,0	3,0	4,0	4,0	3,5	3,5	3,5	4,0	3,0	3,5	3,5
Sulingen	3,0	2,5	2,5	3,0	3,0	3,0	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Syke	9,0	9,0	9,0	10,0	9,5	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Verden (Aller)	6,0	6,0	6,0	6,5	6,0	6,0	5,5	6,0	6,0	7,0	6,5	6,5
Walsrode	6,0	6,0	6,0	6,0	6,5	6,0	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	6,0
Landgerichtsbezirk Verden	57,0	54,5	56,0	62,0	61,5	60,0	58,5	59,5	58,0	60,0	61,0	59,0
Aurich	7,0	7,0	7,0	8,0	8,0	7,5	7,5	7,5	7,5	8,5	8,5	8,5
Emden	6,8	6,5	7,5	6,5	8,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
Leer (Ostrf.)	10,0	11,0	11,0	12,0	12,0	11,5	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0
Norden	5,0	5,5	5,5	5,5	5,0	5,0	5,5	5,5	6,5	6,5	6,0	6,0
Wittmund	3,8	3,8	4,0	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Landgerichtsbezirk Aurich	32,6	33,8	35,0	36,5	37,5	35,5	35,5	35,5	36,5	37,5	37,0	37,0
Brake (Unterweser)	4,0	4,0	4,0	4,0	4,5	4,0	4,0	4,0	4,0	3,5	4,0	4,0
Cloppenburg	9,0	8,0	9,0	9,5	10,0	10,5	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Delmenhorst	12,0	11,0	11,0	12,0	11,5	11,5	10,5	10,0	10,0	10,0	10,0	9,5
Jever	5,0	5,0	4,5	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Nordenham	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,5	4,0	4,0	4,0
Oldenburg (Oldenburg)	22,0	20,0	22,0	22,0	22,0	21,5	21,0	20,2	20,2	20,7	21,0	20,5
Varel	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Vechta	10,0	10,0	10,0	11,0	11,5	11,5	11,3	11,3	12,3	11,8	13,0	13,0
Westerstede	7,5	7,5	7,5	7,5	8,5	7,5	7,5	7,5	8,5	7,5	8,0	8,0
Wildeshausen (errichtet 01.04.1991)		3,0	4,0	4,0	5,0	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,8	4,8
Wilhelmshaven	11,0	11,0	11,0	12,0	11,0	11,0	11,5	11,5	11,0	11,0	11,0	11,0
Landgerichtsbezirk Oldenburg	88,5	87,5	91,0	95,0	97,0	95,0	93,3	92,0	93,0	92,0	94,8	93,8
Bersenbrück	7,0	6,8	7,3	8,3	8,5	8,5	8,8	9,5	8,5	8,8	8,5	8,5
Bad Iburg	6,0	6,5	6,8	6,8	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,8
Lingen (Ems)	11,0	11,0	11,0	12,0	12,0	12,0	12,0	11,7	11,2	11,7	11,7	10,7
Meppen	7,5	7,5	7,5	8,5	8,0	8,5	7,5	8,0	8,5	9,0	9,5	9,5
Nordhorn	9,0	9,0	9,0	10,0	10,0	10,0	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	10,0
Osnabrück	30,0	31,0	31,0	33,8	34,5	36,0	36,5	33,6	36,2	35,2	36,1	33,5
Papenburg	6,0	5,5	5,5	6,0	6,5	6,0	6,0	6,5	6,0	6,0	6,3	5,8
Landgerichtsbezirk Osnabrück	76,5	77,3	78,1	85,4	86,5	88,0	88,3	86,8	87,9	88,2	89,6	85,8
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	86,0	82,5	84,1	90,0	92,1	92,1	91,1	88,1	130,9	134,8	134,7	136,5
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	419,0	414,1	417,3	457,8	455,3	445,1	429,0	430,3	388,6	396,5	404,1	396,4
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	197,6	198,6	204,1	216,9	221,0	218,5	217,1	214,3	217,4	217,7	221,4	216,6
Amtsgerichte in Niedersachsen	702,6	695,2	705,5	764,7	768,4	755,7	737,2	732,7	736,9	749,0	760,2	749,5

*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Richter an Landgerichten												
Braunschweig	60,0	60,5	54,0	51,0	52,5	50,5	49,0	50,5	49,9	50,4	52,5	49,5
Göttingen	34,0	35,5	33,0	31,5	28,0	31,0	29,8	32,1	32,0	29,0	28,8	29,0
Bückeburg	10,0	10,0	10,5	9,0	10,0	11,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,5	9,5
Hannover	99,5	105,5	105,5	98,8	93,0	89,5	85,5	88,8	87,1	84,8	89,8	87,5
Hildesheim	53,0	52,5	54,0	52,0	52,0	51,0	52,0	50,0	49,5	50,5	49,5	49,0
Lüneburg	37,5	37,5	39,0	37,2	36,2	38,7	35,2	33,7	35,2	34,2	33,2	33,7
Stade	32,7	33,2	32,7	31,8	29,7	29,2	28,3	29,8	29,2	29,0	29,2	27,8
Verden	36,0	36,0	36,5	34,0	33,3	32,0	32,5	34,5	33,5	32,0	32,0	31,0
Aurich	24,5	25,5	27,0	23,0	21,5	21,5	20,5	19,5	20,0	20,5	20,0	20,5
Oldenburg (Oldenburg)	65,5	64,0	63,5	58,5	54,3	50,0	55,0	55,5	57,0	55,9	56,9	55,5
Osnabrück	65,5	64,8	63,0	61,3	59,3	57,8	56,5	54,5	53,5	55,0	51,5	49,0
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	60,0	60,5	54,0	51,0	52,5	50,5	49,0	50,5	81,9	79,4	81,3	78,5
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	302,7	310,2	311,2	294,3	282,2	282,4	273,3	278,9	244,5	240,5	244,2	238,5
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	155,5	154,3	153,5	142,8	135,1	129,3	132,0	129,5	130,5	131,4	128,4	125,0
Landgerichte in Niedersachsen	518,2	525,0	518,7	488,1	469,8	462,2	454,3	458,9	456,9	451,3	453,9	442,0
*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.												
Richter an Oberlandesgerichten												
Braunschweig	21,0	21,0	20,0	21,0	20,0	19,0	20,0	20,0	26,0	28,0	28,0	26,0
Celle	102,5	99,0	110,5	105,5	108,5	104,0	98,5	97,3	93,5	91,5	89,0	89,5
Oldenburg	54,5	54,5	55,5	53,5	54,0	54,5	52,3	52,8	53,0	52,4	53,9	53,0
Oberlandesgerichte in Niedersachsen	178,0	174,5	186,0	180,0	182,5	177,5	170,8	170,1	172,5	171,9	170,9	168,5
Richter an Verwaltungsgerichten												
Braunschweig	28,5	31,5	28,5	27,0	25,3	27,5	27,5	24,5	27,0	25,3	23,8	21,2
Göttingen (errichtet zum 01.01.1992)			9,0	10,0	11,0	11,5	10,8	10,0	10,6	11,1	10,0	11,3
Hannover	31,5	40,0	35,2	37,0	39,0	36,9	36,4	33,2	42,9	39,8	35,7	36,3
Hannover, auswärtige Kammern in Hildesheim *)	9,0	10,0	10,0	9,5	10,8	10,0	8,0	8,0				
Lüneburg	15,0	16,5	23,5	23,0	22,3	22,3	19,8	18,8	19,3	17,7	19,0	18,0
Oldenburg (Oldenburg)	21,0	22,0	26,0	29,6	28,6	30,0	30,8	29,0	30,5	29,1	29,8	27,5
Osnabrück	15,0	16,0	16,5	18,0	17,0	17,0	18,0	17,5	17,5	17,0	17,0	16,5
Stade	18,0	16,0	17,5	19,5	17,5	10,0	11,5	16,0	16,0	16,0	14,0	13,0
Verwaltungsgerichte in Niedersachsen	138,0	152,0	166,2	173,6	171,5	165,2	162,8	157,0	163,8	156,0	149,3	143,8
*) Die Kammern Hildesheim des Verwaltungsgerichts Hannover sind zum 31.03.1998 aufgelöst worden												
Die Verwaltungsgerichte Lüneburg und Osnabrück waren bis zum Jahre 1992 auswärtige Kammern der Verwaltungsgerichte Stade und Oldenburg												
Richter am Oberverwaltungsgericht												
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	*)	45,5	47,5	48,0	49,5	47,5	48,0	50,5	44,0	46,0	42,5	39,3
*) Nicht vergleichbar, da gemeinsames OVG mit Schleswig-Holstein.												

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Richter an Sozialgerichten												
Aurich	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Braunschweig	5,0	8,0	6,0	7,0	7,0	7,0	6,5	7,5	7,0	7,0	7,5	6,0
Hannover	16,0	19,0	18,0	17,0	19,0	20,0	17,0	17,0	18,0	17,5	17,0	21,0
Hildesheim	6,0	6,0	5,0	5,0	6,0	6,0	5,0	5,0	6,0	6,0	6,0	6,0
Lüneburg	7,0	7,0	6,0	5,8	7,0	7,0	7,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
Oldenburg (Oldenburg)	8,0	9,0	7,0	8,0	7,0	8,0	8,0	7,0	8,0	8,0	8,0	7,5
Osnabrück	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	7,5
Stade	5,0	6,0	4,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	6,0	6,0
Sozialgerichte in Niedersachsen	59,0	67,0	58,0	59,8	63,0	65,0	60,5	58,5	62,0	61,5	62,0	64,0
Richter am Landessozialgericht												
Landessozialgericht Niedersachsen	33,0	31,0	31,0	30,0	34,0	30,0	32,0	33,0	32,0	33,0	31,5	31,5
Richter am Finanzgericht												
Niedersächsisches Finanzgericht	51,1	53,0	53,0	54,0	54,0	52,0	50,0	50,0	53,0	53,0	54,0	57,0
Staatsanwälte an Staatsanwaltschaften												
Braunschweig	49,5	49,5	53,0	52,5	53,0	54,5	53,5	54,0	55,0	55,5	58,0	55,8
Göttingen	27,0	27,0	28,0	29,1	31,5	33,0	32,0	30,5	31,5	28,0	29,0	32,0
Bückeburg	8,0	8,0	8,6	7,0	8,0	8,0	7,0	8,0	8,0	8,0	9,0	8,0
Hannover	78,0	78,5	77,8	76,6	81,3	82,0	87,0	85,3	84,3	87,5	95,5	94,8
Hildesheim	26,0	27,4	28,0	26,0	28,0	29,0	28,0	29,5	27,5	28,5	30,5	30,5
Lüneburg	37,0	37,0	35,9	37,6	37,9	38,5	37,5	38,5	40,5	40,5	41,5	44,0
Stade	23,9	24,9	23,9	23,4	24,9	24,5	24,5	23,0	24,5	24,5	26,5	26,5
Verden	24,5	24,0	27,0	24,5	26,5	26,5	26,0	26,0	26,0	27,0	28,0	30,3
Aurich	15,0	15,0	14,0	14,0	15,0	16,0	15,0	16,0	15,5	15,0	18,0	18,5
Oldenburg (Oldenburg)	46,0	45,0	45,7	46,4	45,2	47,5	51,0	48,0	49,5	50,8	52,5	50,1
Osnabrück	32,8	31,5	33,5	32,1	34,8	38,2	39,5	38,0	40,0	43,0	45,0	44,5
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	49,5	49,5	53,0	52,5	53,0	54,5	53,5	54,0	86,5	83,5	87,0	87,8
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	224,4	226,8	229,2	224,2	238,1	241,5	242,0	240,8	210,8	216,0	231,0	234,1
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	93,8	91,5	93,2	92,5	95,0	101,7	105,5	102,0	105,0	108,8	115,5	113,1
Staatsanwaltschaften in Niedersachsen	367,7	367,8	375,4	369,2	386,1	397,7	401,0	396,8	402,3	408,3	433,5	435,0
*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.												
Staatsanwälte an Generalstaatsanwaltschaften												
Braunschweig	4,5	5,0	5,0	4,5	5,0	3,0	4,0	4,0	5,0	6,0	5,0	6,0
Celle	15,5	16,0	17,0	19,0	19,0	19,0	20,0	19,0	19,5	17,0	19,0	19,0
Oldenburg	9,0	8,0	8,6	7,6	7,6	8,1	7,6	9,0	9,0	9,0	9,3	8,7
Generalstaatsanwaltschaften in Niedersachsen	29,0	29,0	30,6	31,1	31,6	30,1	31,6	32,0	33,5	32,0	33,3	33,7

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Rechtspfleger an Amtsgerichten												
Bad Gandersheim	3,0	2,5	2,5	2,3	2,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,0	2,5
Braunschweig	42,0	37,5	32,0	34,0	33,0	35,8	34,5	36,1	38,3	37,3	35,5	35,0
Goslar	12,0	10,5	10,5	10,0	11,2	11,0	11,0	11,0	13,0	12,0	11,0	14,2
Helmstedt	11,0	11,0	8,0	8,0	9,5	11,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Salzgitter	12,0	11,0	11,0	11,0	11,0	12,5	12,5	13,6	13,0	12,5	11,5	9,3
Seesen	4,5	4,0	3,0	3,7	4,5	5,0	5,0	6,0	5,0	4,4	4,0	4,8
Wolfenbüttel	11,5	12,0	11,5	10,5	11,5	14,0	12,2	12,9	11,8	10,4	8,5	8,8
Clausthal-Zellerfeld	4,5	2,5	4,0	4,5	4,5	4,5	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,4
Wolfsburg	13,0	14,5	12,3	12,5	11,5	13,8	13,8	13,8	15,2	13,7	13,7	14,7
Landgerichtsbezirk Braunschweig	113,5	105,5	94,8	96,5	99,2	110,6	105,5	109,9	112,8	106,8	100,2	103,7
Duderstadt	4,5	4,0	4,0	4,0	4,5	4,4	5,0	5,0	4,5	4,0	4,0	4,0
Einbeck	4,5	3,9	3,9	3,9	3,8	4,1	4,1	3,9	5,5	4,0	4,0	4,0
Göttingen	18,5	19,2	15,9	18,0	22,5	21,8	21,0	17,8	19,8	20,3	21,0	23,8
Hann. Münden	6,5	5,5	5,0	4,5	5,5	5,0	5,5	6,0	5,5	6,0	6,0	5,5
Herzberg am Harz	5,5	6,0	5,4	5,3	5,8	5,9	6,3	6,3	5,8	6,3	5,3	5,0
Northeim	9,0	8,0	8,3	7,3	8,8	9,0	9,3	9,3	9,3	8,5	8,5	9,3
Osterode am Harz	5,3	4,8	4,3	4,5	4,0	4,5	4,5	4,5	4,5	4,8	4,8	4,3
Landgerichtsbezirk Göttingen	53,8	51,4	46,8	47,5	54,9	54,7	55,7	52,8	54,9	53,9	53,6	55,9
Bückeburg	9,0	9,0	8,0	8,0	8,5	9,5	8,5	10,5	11,8	10,8	10,0	9,5
Rinteln	4,0	4,5	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,5	3,5	3,5	3,7	3,5
Stadthagen	8,8	8,8	7,8	8,3	8,4	9,5	9,8	10,8	9,5	9,0	8,9	8,8
Landgerichtsbezirk Bückeburg	21,8	22,3	19,8	20,3	20,9	23,0	22,3	25,8	24,8	23,3	22,6	21,8
Burgwedel	8,1	6,8	8,9	7,5	7,5	9,0	8,0	9,0	10,0	9,8	9,0	8,3
Hameln	19,0	17,0	16,8	17,5	19,3	20,0	19,5	21,5	23,7	22,0	22,5	22,0
Hannover	108,5	101,5	93,8	94,0	97,0	91,8	102,8	106,3	103,8	98,8	95,8	89,3
Neustadt/Rbge.	15,5	14,5	14,0	14,8	15,5	16,0	16,0	17,0	17,0	18,0	16,0	15,0
Springe	4,5	4,3	4,3	4,0	4,0	4,0	4,5	4,5	4,5	5,0	5,0	5,0
Wennigsen (Deister)	10,0	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	10,5	10,5	10,5	9,5	9,3	8,8
Landgerichtsbezirk Hannover	165,6	153,6	147,3	147,3	152,8	150,3	161,3	168,8	169,5	163,1	157,6	148,4
Alfeld (Leine)	5,5	4,9	5,5	4,7	4,7	5,3	5,3	5,3	5,8	5,3	4,9	4,7
Burgdorf	5,0	4,5	4,5	5,0	5,5	5,3	6,0	6,5	6,0	5,5	5,5	4,5
Elze	5,0	4,5	4,1	4,5	5,0	4,5	4,5	4,5	4,3	4,3	4,3	3,9
Gifhorn	13,0	13,5	12,0	13,0	12,3	15,0	14,8	14,6	18,0	18,3	16,0	16,3
Hildesheim	25,3	23,5	23,5	23,5	24,0	26,3	26,8	28,3	24,8	25,3	24,0	24,1
Holzminden	9,0	9,0	8,5	8,5	8,3	8,5	9,5	9,8	9,5	9,3	8,2	8,8
Lehrte	7,5	6,4	6,4	6,4	7,3	8,0	8,0	8,0	7,5	7,0	6,5	6,5
Peine	11,0	9,5	8,9	10,3	10,5	12,3	13,0	13,1	13,0	12,0	14,5	12,5
Landgerichtsbezirk Hildesheim	81,3	75,8	73,4	75,9	77,6	85,2	87,9	90,1	88,9	87,0	83,9	81,3
Celle	24,8	22,8	19,0	19,8	21,0	22,0	22,3	21,3	23,3	23,3	24,5	23,8
Dannenberg (Elbe)	8,5	7,0	8,0	7,0	8,5	8,5	8,5	10,0	9,0	9,8	9,3	9,8
Lüneburg	16,5	17,0	15,0	16,3	19,8	20,3	21,3	20,5	24,0	23,5	21,3	20,5
Soltau	6,5	6,5	6,0	6,0	7,0	8,0	8,0	9,0	9,0	8,0	8,0	7,5
Uelzen	11,0	11,6	10,0	11,0	10,8	13,0	12,0	14,0	14,0	15,0	13,2	10,2
Winsen (Luhe)	13,0	12,0	11,0	12,0	12,0	13,8	13,8	12,8	12,0	12,5	12,0	12,3
Landgerichtsbezirk Lüneburg	80,3	76,9	69,0	72,1	79,1	85,6	85,9	87,6	91,3	92,1	88,3	84,1
Bremervörde	5,0	4,5	4,5	4,0	4,5	4,8	5,0	5,0	5,5	4,5	4,5	4,4
Buxtehude	9,8	9,3	8,0	7,5	8,3	8,5	8,8	9,1	9,8	9,3	8,0	8,0
Cuxhaven	8,5	7,5	8,0	7,0	8,0	7,5	8,0	8,0	8,0	7,0	6,5	6,5
Langen	10,0	9,7	8,9	9,2	8,7	10,4	9,9	11,8	10,3	10,8	10,8	10,0

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Otterndorf	5,5	5,3	4,9	5,0	5,0	5,5	6,0	6,0	6,0	5,5	5,5	5,5
Stade	13,8	12,8	12,3	11,3	12,8	13,8	13,8	13,8	14,3	15,3	14,5	13,5
Tostedt	13,0	12,4	11,0	10,0	11,0	11,0	11,0	12,5	14,5	14,5	14,5	13,5
Zeven	4,3	3,5	4,0	5,0	4,3	4,5	5,0	5,0	5,5	5,0	5,0	5,0
Landgerichtsbezirk Stade	69,9	65,0	61,6	59,0	62,6	66,0	67,5	71,2	73,9	71,9	69,3	66,4
Achim	7,8	7,5	7,8	7,5	8,5	7,8	8,0	8,0	7,5	7,3	7,8	6,8
Diepholz	4,6	4,6	4,5	5,0	4,6	5,5	5,5	5,5	5,0	5,0	4,9	5,0
Nienburg (Weser)	8,0	7,0	7,0	7,8	6,8	7,8	9,8	9,8	8,3	8,3	8,3	10,0
Osterholz-Scharmbeck	10,8	9,8	9,0	10,0	10,8	11,8	10,8	11,8	10,8	10,3	9,8	10,3
Rotenburg (Wümme)	7,8	7,8	8,3	7,8	8,3	8,3	9,5	10,0	10,0	10,0	10,3	10,0
Stolzenau	4,5	4,5	4,5	4,0	4,5	5,0	5,0	5,5	5,5	5,5	5,2	5,5
Sulingen	3,4	3,4	3,0	3,0	3,4	3,5	4,0	4,0	4,0	4,0	3,5	3,6
Syke	12,5	11,5	12,5	12,0	13,3	14,3	13,8	13,8	16,3	14,3	14,8	15,3
Verden (Aller)	6,5	6,0	6,3	6,8	6,8	7,0	7,0	7,0	8,6	8,8	8,8	8,4
Walsrode	8,5	7,3	6,3	6,8	7,0	7,5	8,0	7,5	8,5	7,5	7,5	8,0
Landgerichtsbezirk Verden	74,4	69,4	69,2	70,7	74,0	78,5	81,4	82,9	84,5	81,0	80,9	82,9
Aurich	9,5	9,8	9,8	8,8	9,8	9,0	9,5	10,5	12,5	11,3	10,5	10,5
Emden	11,0	10,0	11,0	10,0	8,0	11,5	10,0	10,0	10,0	9,5	9,5	9,5
Leer (Ostfr.)	15,0	15,0	15,0	16,0	16,0	14,5	16,5	16,0	15,5	16,5	17,8	16,0
Norden	9,5	9,5	9,5	8,5	8,5	9,5	9,3	9,2	10,3	9,3	9,3	8,3
Wittmund	7,8	7,8	7,5	7,5	6,5	7,0	7,0	7,0	7,5	7,0	7,0	8,5
Landgerichtsbezirk Aurich	52,8	52,1	52,8	50,8	48,8	51,5	52,3	52,7	55,8	53,6	54,1	52,8
Brake (Unterweser)	7,5	7,1	6,6	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
Cloppenburg	14,0	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	15,0	14,5	14,5	13,5	13,0
Delmenhorst	18,0	15,0	11,0	13,0	12,0	13,0	13,5	13,0	15,0	13,5	13,5	13,0
Jever	6,3	5,3	5,8	7,0	7,0	7,5	7,5	7,0	7,0	7,0	7,0	7,5
Nordenham	6,5	6,5	6,0	6,0	5,0	6,1	7,0	7,0	8,0	8,0	7,0	6,0
Oldenburg (Oldenburg)	28,8	24,6	25,6	26,0	26,8	28,3	29,3	27,1	27,8	28,3	29,7	26,3
Varel	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,5	5,5	5,5	5,6	5,1	5,6	5,6
Vechta	12,8	11,3	11,3	11,5	11,5	12,0	12,0	12,0	13,5	11,5	12,5	12,5
Westerstede	10,5	10,5	10,5	10,5	10,0	10,8	10,8	11,5	10,8	10,5	11,8	11,5
Wildeshausen (errichtet 01.04.1991)		5,0	4,5	5,5	6,0	6,5	7,3	7,3	6,8	7,0	6,0	6,0
Wilhelmshaven	11,0	11,0	10,0	11,0	11,0	10,0	10,0	10,0	11,0	12,5	10,0	11,5
Landgerichtsbezirk Oldenburg	120,4	114,8	109,8	116,0	114,8	120,2	123,4	122,4	127,0	124,9	123,6	119,9
Bersenbrück	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	10,0	10,0	11,0	11,0	11,0	11,0	10,0
Bad Iburg	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,5	10,0	10,0	10,0	10,0	10,3
Lingen (Ems)	10,7	9,7	10,7	9,7	9,7	11,7	10,7	10,7	11,7	11,7	12,0	11,5
Meppen	12,5	12,5	12,5	12,5	12,5	13,0	13,0	12,5	12,5	12,5	12,5	13,5
Nordhorn	13,0	12,4	13,0	13,5	13,0	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	14,5
Osnabrück	36,5	32,7	31,0	36,8	35,0	33,1	33,9	32,9	37,4	36,9	35,7	34,6
Papenburg	9,0	8,5	7,9	8,0	9,0	9,0	9,5	9,0	9,0	9,0	8,5	8,0
Landgerichtsbezirk Osnabrück	99,7	93,8	93,1	98,5	97,2	99,3	100,1	99,6	105,1	104,6	103,2	102,4
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	113,5	105,5	94,8	96,5	99,2	110,6	105,5	109,9	167,7	160,7	153,8	159,6
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	547,1	514,4	487,1	492,8	521,9	543,3	562,0	579,2	532,9	518,4	502,6	484,9
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	272,9	260,7	255,7	265,3	260,8	271,0	275,8	274,7	287,9	283,1	280,9	275,1
Amtsgerichte in Niedersachsen	933,5	880,6	837,6	854,6	881,9	924,9	943,3	963,8	988,5	962,2	937,3	919,6

*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Rechtspfleger an Landgerichten												
Braunschweig	11,5	11,5	10,0	9,5	9,5	9,5	9,5	10,2	9,4	9,3	8,8	10,0
Göttingen	8,5	7,0	7,5	7,0	6,5	6,5	6,5	6,5	7,5	6,5	7,3	7,8
Bückeburg	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Hannover	17,0	15,5	16,0	14,3	15,0	15,0	14,5	15,5	15,0	15,5	15,8	15,0
Hildesheim	10,0	8,4	8,0	7,5	7,5	7,5	8,0	8,0	8,0	7,0	7,0	8,0
Lüneburg	10,0	9,0	8,0	9,0	8,0	8,0	8,0	9,0	10,0	10,2	9,5	10,8
Stade	9,3	7,8	7,8	7,3	7,3	6,5	6,5	6,5	7,0	6,8	7,0	7,4
Verden	9,0	9,0	8,0	7,3	7,8	8,8	7,8	9,0	9,5	9,5	9,5	11,4
Aurich	7,8	7,0	7,0	7,0	6,0	5,5	6,0	6,0	5,5	6,0	5,5	6,0
Oldenburg (Oldenburg)	16,5	15,0	14,6	13,5	12,3	12,3	12,8	12,2	12,2	9,8	13,3	12,3
Osnabrück	13,0	12,4	11,5	12,0	10,0	11,0	11,0	11,0	11,0	12,5	12,5	12,0
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	11,5	11,5	10,0	9,5	9,5	9,5	9,5	10,2	16,9	15,8	16,1	17,8
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	66,8	59,7	58,3	55,4	55,1	55,3	54,3	57,5	52,5	52,0	51,8	55,6
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	37,3	34,4	33,1	32,5	28,3	28,8	29,8	29,2	28,7	28,3	31,3	30,3
Landgerichte in Niedersachsen	115,6	105,6	101,4	97,4	92,9	93,6	93,6	96,9	98,1	96,1	99,2	103,7

*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.

Rechtspfleger an Oberlandesgerichten

Braunschweig	9,5	9,5	12,5	12,5	12,5	13,3	14,3	15,7	15,5	16,4	16,0	20,8
Celle	50,0	47,0	55,0	51,0	50,8	53,8	55,0	50,5	52,8	51,7	48,6	57,1
Oldenburg	19,0	17,8	24,0	24,5	26,0	26,0	22,0	21,5	24,5	28,1	25,0	30,3
Oberlandesgerichte in Niedersachsen	78,5	74,3	91,5	88,0	89,3	93,1	91,3	87,7	92,8	96,2	89,6	108,2

Rechtspfleger an Verwaltungsgerichten

Braunschweig	4,0	4,0	4,0	3,0	2,0	3,5	2,5	3,5	3,0	3,0	4,0	3,0
Göttingen (errichtet zum 01.01.1992)			0,0	1,0	1,0	2,0	1,5	2,0	1,0	2,0	2,0	2,0
Hannover	6,5	4,5	5,5	3,5	3,5	3,5	3,5	4,0	6,0	6,0	6,0	6,0
Hannover, auswärtige Kammern in Hildesheim *)	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0				
Lüneburg	3,0	3,0	3,0	2,0	2,5	2,5	2,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Oldenburg (Oldenburg)	5,5	4,5	4,5	4,5	4,5	2,5	3,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Osnabrück	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Stade	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,3	1,5	1,1
Verwaltungsgerichte in Niedersachsen	24,5	22,0	23,0	20,0	19,5	20,0	18,5	22,0	20,5	20,8	22,0	20,6

*) Die Kammern Hildesheim des Verwaltungsgerichts Hannover sind zum 31.03.1998 aufgelöst worden

Die Verwaltungsgerichte Lüneburg und Osnabrück waren bis zum Jahre 1992 auswärtige Kammern der Verwaltungsgerichte Stade und Oldenb

Rechtspfleger am Oberverwaltungsgericht

Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	*)	7,0	8,0	8,0	9,0	8,0	8,0	9,0	11,0	11,0	10,0	10,0
--	----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	------	------	------	------

*) Nicht vergleichbar, da gemeinsames OVG mit Schleswig-Holstein.

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Rechtspfleger an Sozialgerichten												
Aurich	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Braunschweig	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	3,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Hannover	6,0	6,0	5,0	6,0	6,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,0	4,0
Hildesheim	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Lüneburg	2,0	1,4	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,8	2,0	2,0	2,0
Oldenburg (Oldenburg)	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	2,0	3,0	3,0	2,5
Osnabrück	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Stade	2,0	2,0	2,0	2,0	1,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Sozialgerichte in Niedersachsen	20,0	19,4	19,0	20,0	19,0	20,0	19,0	19,0	17,8	19,0	18,0	17,5
Rechtspfleger am Landessozialgericht												
Landessozialgericht Niedersachsen	8,5	8,4	8,0	9,0	8,0	7,0	7,0	7,5	7,0	7,8	7,8	6,3
Rechtspfleger am Finanzgericht												
Niedersächsisches Finanzgericht	7,0	6,5	7,0	6,5	8,0	7,0	6,8	6,5	6,8	7,0	7,0	7,0
Rechtspfleger an Staatsanwaltschaften												
Braunschweig	18,0	17,0	18,3	18,3	18,3	18,3	19,3	19,0	18,5	18,5	17,8	18,8
Göttingen	8,8	9,0	8,0	8,0	7,8	8,3	7,5	7,8	8,0	8,0	8,0	8,0
Bückeburg	2,3	2,3	2,3	2,3	2,5	2,3	2,5	2,6	2,3	2,5	2,5	2,5
Hannover	28,3	28,0	28,0	31,5	32,5	31,3	33,3	33,3	31,8	32,3	33,8	32,3
Hildesheim	13,0	11,9	12,5	12,0	12,0	12,0	13,0	11,0	12,0	11,0	12,0	12,0
Lüneburg	15,0	13,6	14,0	14,0	14,0	14,5	14,8	15,8	13,5	12,0	12,8	11,8
Stade	7,6	6,0	6,8	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	6,0	7,0	7,0	7,0
Verden	11,0	10,0	11,0	10,0	10,4	10,4	10,2	10,2	10,0	10,0	9,5	9,5
Aurich	6,8	6,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	6,8	6,8
Oldenburg (Oldenburg)	16,5	14,5	14,7	14,7	15,5	16,5	16,0	15,0	15,0	14,5	15,3	14,0
Osnabrück	14,0	13,0	13,3	13,3	14,3	14,3	14,0	14,0	14,0	13,0	13,0	12,1
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	18,0	17,0	18,3	18,3	18,3	18,3	19,3	19,0	26,5	26,5	25,8	26,8
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	86,0	80,8	82,6	84,8	86,2	85,8	87,3	89,7	74,6	75,8	76,6	75,1
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	37,3	33,5	35,0	35,0	36,8	37,8	37,0	36,0	36,0	34,5	35,1	32,9
Staatsanwaltschaften in Niedersachsen	141,3	131,3	135,9	138,1	141,3	141,9	143,6	144,7	137,1	136,8	137,5	134,8
*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.												
Rechtspfleger an Generalstaatsanwaltschaften												
Braunschweig	2,0	1,0	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Celle	6,0	7,0	7,0	7,0	8,0	10,0	9,0	10,0	11,0	11,0	10,0	12,0
Oldenburg	1,5	2,5	2,3	2,3	2,5	2,5	3,0	3,0	2,0	2,3	2,3	2,5
Generalstaatsanwaltschaften in Niedersachsen	9,5	10,5	11,0	11,0	12,2	14,2	13,7	15,0	16,0	16,3	15,3	17,5

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Sozialdienst an Landgerichten												
Braunschweig	43,6	43,6	41,6	41,9	42,9	41,9	39,7	38,7	38,7	39,4	37,8	39,0
Göttingen	19,0	18,0	17,5	18,3	18,3	16,3	17,3	17,8	17,0	15,8	15,3	16,3
Bückeburg	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,5	4,0	4,0	3,5	4,5
Hannover	49,5	51,5	48,0	49,0	49,1	50,3	49,3	48,3	47,5	47,5	43,5	46,3
Hildesheim	25,5	25,5	25,0	25,0	25,0	25,0	24,0	24,5	22,5	23,0	23,0	23,5
Lüneburg	19,0	19,8	19,0	19,0	20,5	19,0	17,5	18,0	15,8	17,8	17,0	16,5
Stade	9,0	9,0	9,0	8,7	8,8	8,8	8,0	8,0	8,0	9,0	8,0	9,0
Verden	15,0	15,0	15,8	16,0	16,0	16,0	15,0	16,0	16,0	18,0	17,0	16,0
Aurich	12,0	13,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Oldenburg (Oldenburg)	32,0	32,0	34,0	34,0	33,0	32,0	30,0	29,0	29,0	29,0	31,0	31,0
Osnabrück	29,0	28,0	31,0	29,0	28,8	28,8	28,3	26,3	28,8	28,0	28,8	30,0
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	43,6	43,6	41,6	41,9	42,9	41,9	39,7	38,7	55,7	55,2	53,1	55,3
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	141,0	142,8	138,3	140,0	141,7	139,4	135,1	136,1	113,8	119,3	112,0	115,8
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	73,0	73,0	79,0	77,0	75,8	74,8	72,3	69,3	71,8	71,0	73,8	75,0
Landgerichte in Niedersachsen	257,6	259,4	258,9	258,9	260,4	256,1	247,1	244,1	241,3	245,5	238,9	246,1
*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.												
Sozialdienst an Staatsanwaltschaften												
Braunschweig	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	5,0
Göttingen	1,0	2,0	2,0	1,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,8	2,0
Bückeburg	1,0	1,0	1,0	2,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Hannover	5,0	5,0	4,0	4,5	5,0	5,0	5,0	4,5	4,5	4,5	4,0	7,0
Hildesheim	3,0	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Lüneburg	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Stade	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Verden	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	3,0
Aurich	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Oldenburg (Oldenburg)	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Osnabrück	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	3,0	3,0	3,0
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	6,0	6,0	5,8	7,0
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	17,0	17,0	17,0	17,5	18,0	18,0	18,0	17,5	15,5	15,5	15,0	19,0
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	6,0	6,0	7,0	7,0	7,0
Staatsanwaltschaften in Niedersachsen	28,0	28,0	28,0	28,5	29,0	29,0	29,0	27,5	27,5	28,5	27,8	33,0
*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.												

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften

(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst an Amtsgerichten												
Bad Gandersheim	7,5	7,5	7,7	8,0	8,0	8,0	7,8	7,3	7,3	7,3	6,3	6,3
Braunschweig	109,0	112,3	110,5	105,5	97,5	95,6	106,8	105,5	100,3	101,5	95,5	104,3
Goslar	38,3	38,2	38,4	39,4	37,7	36,5	36,4	34,2	35,0	35,2	34,9	34,8
Helmstedt	37,8	35,6	34,5	33,8	32,8	34,5	33,0	33,0	32,0	32,0	31,5	32,0
Salzgitter	42,5	41,7	40,0	40,7	40,2	39,5	38,7	36,7	38,9	37,2	37,8	35,7
Seesen	15,4	14,5	14,7	14,7	15,6	15,5	14,7	13,7	14,7	12,7	13,6	12,3
Wolfenbüttel	36,2	34,5	37,0	37,0	36,0	36,0	35,2	34,6	34,5	34,5	33,0	32,6
Clausthal-Zellerfeld	13,8	13,0	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2	13,2	12,7	12,2	11,2
Wolfsburg	43,8	45,6	42,3	44,3	42,3	43,3	42,3	42,1	41,7	43,0	42,9	42,7
Landgerichtsbezirk Braunschweig	344,3	342,9	338,3	336,6	323,3	322,1	328,1	320,3	317,6	316,1	307,7	311,9
Duderstadt	12,0	12,0	11,5	12,5	13,5	13,5	14,5	14,5	14,5	14,5	14,5	14,0
Einbeck	14,5	13,0	12,5	12,0	12,3	12,0	12,3	12,0	11,0	12,5	12,0	12,0
Göttingen	62,9	64,6	61,3	61,6	66,8	63,6	61,1	59,9	59,8	64,8	62,8	63,3
Hann. Münden	17,5	17,5	18,5	17,5	17,0	16,0	16,5	16,0	16,0	18,2	17,5	17,3
Herzberg am Harz	16,5	17,3	17,3	18,3	18,3	17,3	16,7	16,7	17,1	16,3	15,8	15,3
Northeim	30,0	29,5	28,0	28,5	28,0	27,0	26,8	26,8	27,3	25,8	27,3	25,3
Osterode am Harz	15,8	15,8	15,3	15,3	14,8	14,8	14,5	14,5	15,5	16,5	15,5	15,5
Landgerichtsbezirk Göttingen	169,2	169,7	164,4	165,7	170,7	164,2	162,4	160,4	161,2	168,6	165,4	162,7
Bückeburg	23,5	22,0	25,0	24,5	24,0	25,5	22,5	24,5	27,8	25,5	25,0	23,0
Rinteln	13,0	13,0	13,0	12,5	12,5	13,0	12,0	12,0	11,5	11,5	11,5	11,5
Stadthagen	26,3	25,8	25,0	26,5	26,5	27,5	25,8	27,1	26,5	25,8	24,8	26,5
Landgerichtsbezirk Bückeburg	62,8	60,8	63,0	63,5	63,0	66,0	60,3	63,6	65,8	62,8	61,3	61,0
Burgwedel	26,3	25,3	26,3	25,3	26,5	27,5	24,5	25,3	25,3	26,0	25,5	21,8
Hamel	63,3	63,4	63,1	64,4	64,3	65,8	64,1	63,6	64,0	69,8	66,5	66,3
Hannover	359,8	336,3	331,3	349,5	381,8	357,8	347,8	329,6	330,2	335,3	327,6	319,0
Neustadt/Rbge.	49,6	49,6	47,5	48,3	47,5	48,6	48,1	49,5	48,1	46,4	46,9	45,8
Springe	13,8	13,3	13,3	13,3	13,3	13,3	13,3	12,8	12,4	11,9	12,4	12,3
Wennigsen (Deister)	30,6	29,3	29,0	29,0	29,6	29,1	29,3	28,8	29,3	27,8	27,3	27,9
Landgerichtsbezirk Hannover	543,4	517,2	510,5	529,8	563,0	542,1	527,1	509,6	509,3	517,2	506,2	493,1
Alfeld (Leine)	16,1	14,5	15,5	14,5	14,5	14,5	14,5	15,0	14,5	14,0	14,0	15,5
Burgdorf	18,0	17,0	16,0	17,0	17,0	16,0	16,6	17,5	16,5	15,5	14,0	14,8
Elze	13,8	13,8	13,8	13,3	13,3	13,0	13,0	13,5	13,5	11,0	12,0	12,0
Gifhorn	42,6	41,1	40,3	40,3	42,5	41,5	41,5	44,3	45,0	47,5	48,5	49,5
Hildesheim	84,0	84,6	84,3	78,8	77,5	80,3	78,8	73,8	74,1	76,1	72,8	72,4
Holz Minden	26,0	25,5	25,5	25,5	26,0	25,5	24,5	24,5	24,5	27,0	24,5	25,5
Lehrte	22,0	22,8	23,5	25,0	25,3	24,8	22,5	22,0	22,3	21,6	20,5	21,9
Peine	33,0	32,3	32,8	34,8	36,3	36,1	35,3	41,7	37,8	34,3	35,8	34,9
Landgerichtsbezirk Hildesheim	255,5	251,6	251,7	249,2	252,4	251,7	246,7	252,3	248,2	247,0	242,1	246,5
Celle	68,8	69,5	70,6	72,3	71,1	71,4	69,9	69,1	67,8	68,6	67,8	66,3
Dannenberg (Elbe)	21,0	20,5	19,5	20,5	21,0	20,5	23,0	23,0	22,3	23,6	22,2	26,0
Lüneburg	63,0	60,3	58,5	62,6	64,5	63,1	59,6	60,2	61,8	62,1	60,1	58,8
Soltau	23,3	23,5	20,7	23,1	23,6	25,8	24,6	26,1	24,1	23,6	23,5	23,6
Uelzen	35,6	35,5	34,0	36,5	37,5	36,8	36,1	36,6	36,6	37,3	36,6	35,2
Winsen (Luhe)	41,2	38,8	40,3	40,0	40,8	40,3	39,9	38,8	37,0	36,3	35,8	35,0
Landgerichtsbezirk Lüneburg	252,9	248,1	243,6	255,0	258,5	257,9	253,1	253,8	249,6	251,5	246,0	244,9
Bremervörde	13,5	13,0	13,0	13,0	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	14,0	14,0
Buxtehude	28,6	29,3	28,1	27,1	25,6	25,6	25,5	25,8	25,4	24,3	24,2	24,5
Cuxhaven	23,0	23,0	22,5	22,5	22,5	21,5	21,5	20,5	23,0	22,5	22,0	22,5
Langen	27,5	25,1	25,8	25,8	26,3	26,3	26,6	25,6	24,8	24,8	24,8	26,6

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Otterndorf	15,8	16,8	16,8	15,3	15,8	15,8	15,8	15,8	15,3	14,8	14,8	15,1
Stade	41,3	38,9	39,9	37,5	39,0	39,0	36,0	35,5	37,5	40,1	37,1	37,6
Tostedt	35,1	32,5	35,4	34,9	35,0	34,5	34,0	33,0	33,5	35,3	34,5	35,8
Zeven	12,8	11,8	12,3	12,8	12,8	12,8	13,3	13,3	13,6	13,6	13,1	13,1
Landgerichtsbezirk Stade	197,6	190,4	193,8	188,9	190,5	189,0	186,2	183,0	186,6	188,9	184,5	189,2
Achim	23,6	23,1	23,3	25,8	26,8	24,8	24,8	24,8	24,3	22,0	21,5	22,6
Diepholz	15,0	15,0	15,0	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5	15,3	15,5	15,0	16,0
Nienburg (Weser)	25,5	25,0	25,0	26,0	28,0	27,5	28,0	25,5	23,5	24,1	23,6	23,8
Osterholz-Scharmbeck	34,0	32,5	31,8	32,8	34,8	32,8	31,8	32,8	30,5	30,3	30,8	32,3
Rotenburg (Wümme)	23,5	23,1	23,5	23,5	23,5	24,5	25,5	24,8	24,8	23,8	25,5	24,6
Stolzenau	13,6	13,5	13,5	14,1	14,6	14,0	14,5	14,5	15,0	14,5	15,5	15,1
Sulingen	11,3	11,1	10,6	11,0	11,1	10,1	10,0	10,1	10,1	10,3	10,1	9,8
Syke	38,0	38,6	37,3	39,0	41,0	39,8	39,0	38,5	37,5	41,3	40,8	41,0
Verden (Aller)	24,0	23,8	24,0	24,0	24,0	22,0	22,3	22,3	22,0	23,3	22,3	24,0
Walsrode	25,3	24,3	24,3	24,3	24,3	22,8	22,1	21,1	21,1	23,8	22,1	22,5
Landgerichtsbezirk Verden	233,8	230,0	228,3	236,0	243,6	233,8	233,5	229,9	224,1	228,9	227,2	231,7
Aurich	31,0	30,8	31,8	34,8	31,8	32,8	32,8	32,5	33,8	34,0	32,3	32,6
Emden	34,0	34,0	32,0	32,5	31,0	30,5	30,5	29,0	29,5	28,0	28,1	27,3
Leer (Ostfr.)	49,5	48,5	48,0	51,5	52,0	49,8	49,0	48,3	47,8	49,3	48,3	48,8
Norden	26,5	27,5	25,0	25,0	25,0	26,0	26,0	26,0	26,5	26,0	26,0	24,0
Wittmund	21,3	21,3	19,8	21,8	21,8	19,8	19,8	19,8	19,0	19,0	19,0	18,1
Landgerichtsbezirk Aurich	162,3	162,1	156,6	165,6	161,6	158,9	158,1	155,6	156,6	156,3	153,7	150,8
Brake (Unterweser)	20,5	22,5	20,3	19,0	22,0	21,0	21,5	21,0	21,0	19,5	21,5	20,0
Cloppenburg	42,5	40,5	39,5	40,3	40,6	40,5	41,0	41,5	40,1	41,4	40,1	40,4
Delmenhorst	48,0	48,0	46,3	45,0	42,6	43,8	44,5	43,1	39,6	40,8	39,8	38,4
Jever	22,0	20,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	18,5	18,3	18,8	19,5	19,3
Nordenham	18,0	17,0	16,5	15,5	16,0	15,8	15,6	15,6	15,1	16,6	15,6	14,1
Oldenburg (Oldenburg)	93,4	86,1	84,6	82,4	84,7	83,2	78,9	77,4	77,1	78,2	76,0	75,5
Varel	16,8	16,8	16,8	16,8	15,8	16,3	15,3	14,8	14,8	15,0	14,3	14,8
Vechta	37,5	36,0	36,0	36,0	37,0	37,0	35,0	36,8	36,0	35,8	37,5	38,6
Westerstede	34,5	34,5	35,8	32,8	33,0	33,3	32,1	32,1	32,8	32,1	33,5	30,0
Wildeshausen (errichtet 01.04.1991)		15,3	15,6	17,6	18,8	19,8	17,8	18,3	18,5	18,6	18,1	17,1
Wilhelmshaven	41,5	41,5	42,5	40,5	37,5	37,0	37,0	36,0	34,0	36,1	33,1	30,8
Landgerichtsbezirk Oldenburg	374,7	378,2	372,9	364,9	367,0	366,7	357,7	355,1	347,3	352,9	349,0	339,0
Bersenbrück	31,0	31,5	30,0	30,0	29,8	29,5	32,0	32,5	32,3	32,6	31,8	31,3
Bad Iburg	25,5	27,5	28,5	26,5	26,5	27,0	25,0	25,5	26,5	25,5	26,5	26,3
Lingen (Ems)	36,5	35,0	34,5	34,0	34,5	36,5	35,5	35,0	33,0	33,0	34,5	33,5
Meppen	35,3	35,8	32,3	35,3	34,3	33,8	35,0	33,3	33,3	32,0	33,5	32,8
Nordhorn	41,0	39,0	39,0	39,0	40,0	41,5	39,5	38,8	36,3	37,9	39,0	39,3
Osnabrück	113,9	110,4	111,4	115,6	117,2	114,0	110,7	106,3	105,5	102,6	105,1	106,1
Papenburg	26,5	26,5	25,5	25,5	27,0	27,0	27,5	26,0	26,3	24,6	24,6	26,8
Landgerichtsbezirk Osnabrück	309,7	305,7	301,2	305,9	309,3	309,3	305,2	297,4	293,2	288,2	295,0	296,1
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	344,3	342,9	338,3	336,6	323,3	322,1	328,1	320,3	478,8	484,7	473,1	474,6
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	1.715,2	1.667,8	1.655,3	1.688,1	1.741,7	1.704,7	1.669,3	1.652,6	1.483,6	1.496,3	1.467,3	1.466,4
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	846,7	846,0	830,7	836,4	837,9	834,9	821,0	808,1	797,1	797,4	797,7	785,9
Amtsgerichte in Niedersachsen	2.906,2	2.856,7	2.824,3	2.861,1	2.902,9	2.861,7	2.818,4	2.781,0	2.759,5	2.778,4	2.738,1	2.726,9

*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst an Landgerichten												
Braunschweig	60,5	59,5	59,0	57,2	34,7	57,2	55,0	56,7	53,9	56,7	53,7	54,9
Göttingen	37,4	35,8	35,5	33,0	19,0	32,0	33,0	33,0	33,0	34,5	35,2	37,8
Bückeburg	11,5	11,5	11,5	11,5	5,0	11,5	12,0	11,1	11,5	13,5	13,5	13,6
Hannover	100,1	95,8	101,6	104,0	41,5	99,0	99,3	98,3	101,5	99,4	99,8	97,8
Hildesheim	51,3	52,2	52,5	53,0	24,3	52,3	48,3	49,3	48,5	50,0	49,0	49,6
Lüneburg	42,3	44,3	43,8	41,8	20,8	44,3	43,3	41,5	40,2	43,5	43,1	42,0
Stade	35,9	36,0	36,1	33,6	15,8	32,3	32,3	32,3	33,3	33,3	33,5	32,5
Verden	38,0	38,3	38,5	37,6	17,5	37,8	38,3	37,5	39,6	41,1	38,8	38,1
Aurich	26,6	26,8	26,8	25,3	11,5	24,3	24,3	24,0	23,8	23,0	23,6	23,1
Oldenburg (Oldenburg)	64,8	65,5	65,3	63,0	27,3	53,5	57,3	56,3	59,0	59,9	56,8	55,0
Osnabrück	65,3	65,1	63,6	63,3	27,0	67,6	59,1	60,1	58,4	59,9	57,9	56,9
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	60,5	59,5	59,0	57,2	34,7	57,2	55,0	56,7	86,9	91,2	88,9	92,7
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	316,5	313,9	319,5	314,5	143,9	309,2	306,5	303,0	274,6	280,8	277,7	273,6
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	156,7	157,4	155,7	151,6	65,8	145,4	140,7	140,4	141,2	142,8	138,3	135,0
Landgerichte in Niedersachsen	533,7	530,8	534,2	523,3	244,4	511,8	502,2	500,1	502,7	514,8	504,9	501,3
*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.												
Mittlerer und Schreibdienst an Oberlandesgerichten												
Braunschweig	19,3	19,3	18,0	19,8	20,3	20,0	20,8	20,0	23,8	30,3	32,3	33,0
Celle	109,5	107,8	122,9	118,6	119,3	116,1	117,8	105,3	106,5	105,3	105,6	128,9
Oldenburg	46,5	46,5	46,5	50,0	49,3	46,8	51,1	46,1	46,3	48,8	54,8	60,3
Oberlandesgerichte in Niedersachsen	175,3	173,6	187,4	188,4	188,9	182,9	189,7	171,4	176,6	184,4	192,7	222,2
Mittlerer und Schreibdienst an Verwaltungsgerichten												
Braunschweig	24,7	23,5	23,0	22,5	22,5	21,0	18,5	19,3	18,3	19,1	18,1	16,6
Göttingen (errichtet zum 01.01.1992)			5,5	8,0	8,6	9,1	9,1	8,1	9,1	8,1	7,8	7,3
Hannover	28,0	28,0	27,0	31,5	31,5	32,8	33,5	32,8	38,5	33,0	28,3	26,8
Hannover, auswärtige Kammern in Hildesheim *)	10,0	9,0	10,0	9,5	9,8	9,8	9,8	9,3				
Lüneburg	14,0	15,5	19,0	19,0	19,0	18,3	17,8	15,8	17,0	15,0	12,1	13,3
Oldenburg (Oldenburg)	20,5	19,5	23,5	24,5	24,5	25,5	25,5	25,5	26,0	26,5	26,1	24,0
Osnabrück	13,0	13,0	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5	15,0	14,8	15,3	14,3	11,5
Stade	16,5	14,5	14,5	15,0	14,5	12,0	13,0	12,0	12,5	12,0	11,3	11,2
Verwaltungsgerichte in Niedersachsen	126,7	123,0	138,0	145,5	145,9	144,0	142,7	137,8	136,2	129,0	118,0	110,7
*) Die Kammern Hildesheim des Verwaltungsgerichts Hannover sind zum 31.03.1998 aufgelöst worden Die Verwaltungsgerichte Lüneburg und Osnabrück waren bis zum Jahre 1992 auswärtige Kammern der Verwaltungsgerichte Stade und Oldenburg												
Mittlerer und Schreibdienst am Oberverwaltungsgericht												
Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	*)	38,5	37,0	36,3	35,4	35,4	34,1	35,6	32,3	32,6	32,5	28,8
*) Nicht vergleichbar, da gemeinsames OVG mit Schleswig-Holstein.												

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst an Sozialgerichten												
Aurich	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0
Braunschweig	13,0	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	12,5	12,5	12,5	10,0	11,0
Hannover	26,3	28,3	28,3	28,5	28,5	28,5	28,5	27,1	28,5	25,5	29,3	31,5
Hildesheim	12,0	11,2	12,0	11,8	11,8	11,3	10,5	10,5	11,0	9,7	11,0	10,8
Lüneburg	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0	12,0	11,0	10,9	10,9	10,4	10,5
Oldenburg (Oldenburg)	17,0	14,5	13,3	15,0	15,0	15,0	14,8	13,5	13,6	13,8	14,3	14,3
Osnabrück	14,3	14,8	14,8	15,8	14,8	14,8	14,8	14,8	14,8	13,8	13,8	13,9
Stade	11,0	11,0	11,0	12,0	12,0	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5	10,5
Sozialgerichte in Niedersachsen	116,6	116,3	115,9	119,6	118,6	116,6	113,6	108,9	110,8	105,7	108,3	111,5
Mittlerer und Schreibdienst am Landessozialgericht												
Landessozialgericht Niedersachsen	41,8	44,5	42,3	43,8	42,0	43,5	41,4	40,5	40,3	40,4	41,1	40,6
Mittlerer und Schreibdienst am Finanzgericht												
Niedersächsisches Finanzgericht	42,0	41,3	40,0	44,0	44,0	44,7	43,5	40,5	42,5	41,5	45,5	46,3
Mittlerer und Schreibdienst an Staatsanwaltschaften												
Braunschweig	108,8	115,0	118,1	117,8	119,1	119,8	119,4	116,3	119,3	117,0	116,1	115,6
Göttingen	49,3	48,8	50,0	50,8	51,8	51,3	51,6	50,5	45,5	48,5	49,0	50,0
Bückeburg	14,0	14,3	14,6	14,6	17,1	14,1	15,1	14,1	14,1	14,3	15,1	15,3
Hannover	150,0	148,3	156,3	153,0	163,0	165,8	189,3	166,5	166,0	161,3	175,5	164,1
Hildesheim	62,5	63,0	64,5	62,5	64,8	63,3	62,8	61,7	59,5	61,1	61,1	60,9
Lüneburg	70,8	72,3	72,8	73,1	74,6	72,9	72,4	72,6	71,3	72,3	73,3	72,7
Stade	41,4	41,3	43,0	47,0	47,0	45,0	43,8	42,5	39,3	38,6	41,9	42,8
Verden	57,0	56,5	57,8	56,3	56,3	57,3	55,3	55,8	54,3	56,0	55,1	53,5
Aurich	37,5	39,0	40,3	41,0	39,3	41,5	40,8	38,0	37,8	38,7	39,3	40,8
Oldenburg (Oldenburg)	92,3	93,3	96,0	96,8	102,3	98,0	92,0	94,0	90,3	86,8	90,0	95,7
Osnabrück	68,8	67,8	68,0	65,8	69,8	70,0	70,0	70,3	71,1	71,9	77,8	78,4
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	108,8	115,0	118,1	117,8	119,1	119,8	119,4	116,3	164,8	165,5	165,1	165,6
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	445,0	444,5	459,0	457,3	474,6	469,7	490,3	463,7	404,5	403,6	422,0	409,3
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	198,6	200,1	204,3	203,6	211,4	209,5	202,8	202,3	199,2	197,4	207,1	214,9
Staatsanwaltschaften in Niedersachsen	752,4	759,6	781,4	778,7	805,1	799,0	812,5	782,3	768,5	766,5	794,2	789,8
*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.												
Mittlerer und Schreibdienst an Generalstaatsanwaltschaften												
Braunschweig	10,5	10,5	12,0	12,0	12,0	8,5	8,5	8,5	8,0	8,0	8,1	8,1
Celle	12,5	13,5	14,0	14,0	14,0	15,0	15,0	16,0	15,5	18,0	18,5	18,8
Oldenburg	7,8	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	7,5	7,5	7,5	8,0	7,3	7,3
Generalstaatsanwaltschaften in Niedersachsen	30,8	32,0	34,0	34,0	34,0	31,5	31,0	32,0	31,0	34,0	33,9	34,2

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften												
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Otterndorf	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Stade	5,7	5,0	5,7	5,0	5,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,5	4,5	3,5
Tostedt	3,0	3,0	3,0	3,0	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	4,3	4,3	4,3
Zeven	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Landgerichtsbezirk Stade	26,1	25,6	26,3	25,6	26,1	25,1	25,4	25,6	25,6	26,9	26,9	25,9
Achim	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Diepholz	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Nienburg (Weser)	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Osterholz-Scharmbeck	4,7	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	3,8	4,3	4,3	4,3	4,3
Rotenburg (Wümme)	3,2	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3	4,3	3,3	3,3	3,3
Stolzenau	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	2,0
Sulingen	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Syke	3,0	3,0	4,0	4,0	4,0	4,0	5,0	5,0	5,0	5,5	5,5	5,5
Verden (Aller)	3,7	3,7	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	4,3	4,3	4,3
Walsrode	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,7	3,7	3,7
Landgerichtsbezirk Verden	30,5	30,8	31,9	31,9	31,9	31,9	32,9	31,9	33,4	33,9	33,9	34,1
Aurich	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	5,0	5,0	5,0
Emden	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Leer (Ostfr.)	5,0	6,0	6,0	6,0	5,0	6,0	6,0	5,0	5,5	5,5	5,5	5,5
Norden	3,5	3,5	3,5	4,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Wittmund	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Landgerichtsbezirk Aurich	19,0	20,0	20,0	21,0	19,0	20,0	20,0	19,0	19,5	20,5	20,5	20,5
Brake (Unterweser)	2,7	1,0	2,0	2,0	2,0	2,0	3,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Cloppenburg	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Delmenhorst	6,0	5,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	8,0	6,0	6,0	6,0	6,0
Jever	2,7	2,7	2,7	3,0	3,0	2,7	2,0	2,0	2,5	2,5	2,5	2,5
Nordenham	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Oldenburg (Oldenburg)	11,0	12,0	13,0	12,0	12,0	12,0	12,0	11,0	11,0	12,0	12,5	12,5
Varel	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8
Vechta	4,8	4,8	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,5	5,0	5,0	5,0
Westerstede	3,7	5,0	5,0	5,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Wildeshausen (errichtet 01.04.1991)	2,0	2,0	2,0	2,5	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Wilhelmshaven	5,0	4,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Landgerichtsbezirk Oldenburg	44,9	45,5	49,5	49,5	48,0	47,7	47,0	48,0	45,8	47,3	47,8	47,8
Bersenbrück	3,7	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	5,0	5,0	5,0
Bad Iburg	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	4,0	4,0	4,0	3,0
Lingen (Ems)	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	5,0	5,0	5,0
Meppen	4,0	4,0	4,0	6,0	6,0	5,0	4,0	4,0	4,0	5,0	4,5	5,0
Nordhorn	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	5,0	5,0	5,0
Osnabrück	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	13,0	12,0	14,0	14,0	14,0	15,0
Papenburg	3,0	4,0	3,0	3,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Landgerichtsbezirk Osnabrück	36,4	37,7	36,7	38,7	39,7	38,7	36,7	35,7	37,7	41,0	40,5	41,0
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	49,7	48,0	48,0	49,0	51,0	50,0	47,0	50,0	79,3	80,5	81,2	79,0
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	239,4	241,3	246,9	248,6	249,7	242,5	244,4	242,6	215,0	209,3	225,1	219,5
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	100,3	103,2	106,2	109,2	106,7	106,4	103,7	102,7	103,0	108,8	108,8	109,3
Amtsgerichte in Niedersachsen	389,4	392,5	401,1	406,8	407,4	398,9	395,1	395,3	397,3	398,6	415,1	407,8

*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.

Personalstärke (Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen) der niedersächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Einfacher Dienst an Landgerichten												
Braunschweig	16,7	17,0	17,8	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	17,0	16,2
Göttingen	10,5	10,5	11,0	11,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Bückeburg	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Hannover	31,0	32,0	32,5	32,5	34,0	35,0	33,0	33,0	33,0	31,0	33,0	31,5
Hildesheim	14,7	14,8	15,0	15,0	15,0	15,0	14,0	15,0	14,0	15,0	15,0	15,0
Lüneburg	13,7	14,7	14,0	14,8	16,0	13,8	14,0	14,0	14,8	14,8	13,8	14,3
Stade	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
Verden	7,7	8,7	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	8,5	7,8	6,8	6,8
Aurich	6,0	6,0	6,0	5,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
Oldenburg (Oldenburg)	15,0	16,0	16,0	16,0	16,0	15,0	15,0	14,0	15,0	15,0	14,0	14,5
Osnabrück	16,0	15,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	15,0
Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig *)	16,7	17,0	17,8	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	28,0	28,0	27,0	26,2
Oberlandesgerichtsbezirk Celle *)	87,6	90,7	91,3	92,1	93,8	92,6	89,8	90,8	80,3	78,6	78,6	77,6
Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg	37,0	37,0	38,0	37,0	38,0	37,0	37,0	36,0	37,0	37,0	36,0	35,5
Landgerichte in Niedersachsen	141,3	144,7	147,1	147,1	149,8	147,6	144,8	144,8	145,3	143,6	141,6	139,3
*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.												
Einfacher Dienst an Oberlandesgerichten												
Braunschweig	5,0	6,0	6,0	6,0	6,0	5,0	3,0	4,0	4,3	4,3	4,3	4,3
Celle	18,4	19,0	21,0	21,0	20,0	19,0	18,0	18,0	17,0	17,0	16,0	16,0
Oldenburg	10,0	10,0	10,0	12,0	12,0	12,0	8,5	8,3	10,5	9,0	9,5	9,5
Oberlandesgerichte in Niedersachsen	33,4	35,0	37,0	39,0	38,0	36,0	29,5	30,3	31,8	30,3	29,8	29,8
Einfacher Dienst an Verwaltungsgerichten												
Braunschweig	3,0	4,0	4,0	3,0	4,0	4,0	5,0	4,0	5,0	4,0	4,0	4,0
Göttingen (errichtet zum 01.01.1992)			2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Hannover	5,0	5,0	5,0	5,0	6,0	6,0	6,0	4,0	5,0	7,0	7,0	6,0
Hannover, auswärtige Kammern in Hildesheim *)	1,0	1,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0				
Lüneburg	3,0	3,0	3,0	3,0	3,5	3,5	3,5	3,5	4,5	3,5	3,0	3,0
Oldenburg (Oldenburg)	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
Osnabrück	2,0	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Stade	2,0	2,0	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Verwaltungsgerichte in Niedersachsen	20,0	21,0	25,0	25,0	27,5	27,5	28,5	25,5	26,5	26,5	26,0	25,0
*) Die Kammern Hildesheim des Verwaltungsgerichts Hannover sind zum 31.03.1998 aufgelöst worden Die Verwaltungsgerichte Lüneburg und Osnabrück waren bis zum Jahre 1992 auswärtige Kammern der Verwaltungsgerichte Stade und Oldenburg												
Einfacher Dienst am Obergerverwaltungsgericht												
Niedersächsisches Obergerverwaltungsgericht	*)	7,0	9,0	9,0	8,5	7,5	7,5	8,5	6,5	6,5	5,5	5,5
*) Nicht vergleichbar, da gemeinsames OVG mit Schleswig-Holstein.												

**Zahl der nach den Haushaltsplänen vorgesehenen Stellen
(1990 bis 2002)**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Ordentliche Gerichtsbarkeit													
Richterinnen / Richter *	1.417	1.431	1.443	1.451	1.458	1.437	1.433	1.409	1.389	1.387	1.398	1.418	1.397
Staatsanwältinnen / Staatsanwälte *	412	416	416	419	431	441	442	441	440	442	475	485	496
Sonstiger Höherer Dienst	1	1	1	3	3	3	3	3	3	5	5	5	5
Amtsanwältinnen / Amtsanwälte	112	112	112	110	110	110	109	109	108	108	108	108	108
Rechtspflegerinnen / Rechtspfleger	1.356	1.343	1.319	1.289	1.290	1.310	1.302	1.302	1.317	1.380	1.375	1.382	1.344
Sozialarbeiterinnen / Sozialarbeiter	249	260	266	267	267	268	268	265	265	259	259	268	284
Gerichtsvollzieherinnen / Gerichtsvollzieher	410	408	408	405	405	406	405	398	394	394	394	413	431
Mittlerer Dienst und Schreibdienst	4.479	4.458	4.470	4.471	4.478	4.484	4.444	4.402	4.332	4.408	4.400	4.402	4.360
Einfacher Dienst **	601	602	605	606	606	608	606	604	604	622	629	629	614
Insgesamt	9.037	9.031	9.040	9.021	9.048	9.067	9.012	8.933	8.852	9.005	9.043	9.109	9.038
Verwaltungsgerichtsbarkeit													
Richterinnen / Richter *	211	211	209	244	244	243	243	236	236	228	224	222	214
Staatsanwältinnen / Staatsanwälte *													
Sonstiger Höherer Dienst													1
Amtsanwältinnen / Amtsanwälte													
Rechtspflegerinnen / Rechtspfleger	32	32	33	33	32	32	32	32	32	30	30	31	30
Sozialarbeiterinnen / Sozialarbeiter													
Gerichtsvollzieherinnen / Gerichtsvollzieher													
Mittlerer Dienst und Schreibdienst	172	178	197	193	191	190	190	189	189	181	181	174	169
Einfacher Dienst **	30	32	36	38	37	36	36	36	36	36	36	35	33
Insgesamt	445,0	453,0	475,0	508,0	504,0	501,0	501,0	493,0	493,0	475,0	471,0	462,0	447,0
*) ohne richterliche Hilfskräfte													
**) einschließlich Arbeiterinnen und Arbeiter													

**Zahl der nach den Haushaltsplänen vorgesehenen Stellen
(1990 bis 2002)**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Sozialgerichtsbarkeit													
Richterinnen / Richter *	95	97	98	98	98	98	98	97	97	97	97	97	98
Staatsanwältinnen / Staatsanwälte *													
Sonstiger Höherer Dienst													
Amtsanwältinnen / Amtsanwälte													
Rechtspflegerinnen / Rechtspfleger	28	28	28	29	28	28	28	27	27	26	26	26	26
Sozialarbeiterinnen / Sozialarbeiter													
Gerichtsvollzieherinnen / Gerichtsvollzieher													
Mittlerer Dienst und Schreibdienst	163	166	166	166	166	166	166	165	165	159	159	157	158
Einfacher Dienst **	27	27	28	28	27	27	27	27	27	26	26	27	26
Insgesamt	313,0	318,0	320,0	321,0	319,0	319,0	319,0	316,0	316,0	308,0	308,0	307,0	308,0
Finanzgerichtsbarkeit													
Richterinnen / Richter *	55	56	57	59	57	56	56	54	54	54	54	59	59
Staatsanwältinnen / Staatsanwälte *													
Sonstiger Höherer Dienst													
Amtsanwältinnen / Amtsanwälte													
Rechtspflegerinnen / Rechtspfleger	6	6	6	6	7	7	7	7	7	7	7	8	8
Sozialarbeiterinnen / Sozialarbeiter													
Gerichtsvollzieherinnen / Gerichtsvollzieher													
Mittlerer Dienst und Schreibdienst	43	43	43	445	45	45	45	43	43	43	43	49	50
Einfacher Dienst **	6	6	5	6	6	6	6	5	5	4	4	4	5
Insgesamt	110,0	111,0	111,0	516,0	115,0	114,0	114,0	109,0	109,0	108,0	108,0	120,0	122,0
*) ohne richterliche Hilfskräfte													
**) einschließlich Arbeiterinnen und Arbeiter													

**Zahl der nach den Haushaltsplänen vorgesehenen Stellen
(1990 bis 2002)**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Arbeitsgerichtsbarkeit													
Richterinnen / Richter *	62	66	72	72	69	67	67	71	71	71	73	71	73
Staatsanwältinnen / Staatsanwälte *													
Sonstiger Höherer Dienst													
Amtsanwältinnen / Amtsanwälte													
Rechtspflegerinnen / Rechtspfleger	25	25	28	28	25	24	24	25	25	26	26	26	26
Sozialarbeiterinnen / Sozialarbeiter													
Gerichtsvollzieherinnen / Gerichtsvollzieher													
Mittlerer Dienst und Schreibdienst	120	121	122	124	127	127	127	137	137	140	144	144	146
Einfacher Dienst **	12	12	12	11	11	11	12	12	12	12	12	12	12
Insgesamt	219,0	224,0	234,0	235,0	232,0	229,0	230,0	245,0	245,0	249,0	255,0	253,0	257,0
*) ohne richterliche Hilfskräfte													
***) einschließlich Arbeiterinnen und Arbeiter													

Verteilung der Planstellen auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften

Amtsgerichte	Richterinnen / Richter	sonstiger höherer Dienst	gehobener Justizdienst	Gerichtsvoll- zieherdienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiterinnen / Arbeiter
Bad Gandersheim	2,00		2,50	1,00	2,75	1,00	3,50	0,47
Clausthal-Zellerfeld	3,00		4,00	2,00	3,00	2,00	9,25	
Goslar	10,50		14,50	5,00	15,75	4,00	20,00	1,00
Helmstedt	9,00		10,00	4,00	12,50	5,00	18,00	
Salzgitter	11,00		10,00	6,00	14,75	5,00	21,25	
Seesen	4,00		5,50	2,00	5,25	2,00	6,75	
Wolfenbüttel	9,00		8,25	6,00	11,75	4,00	21,00	1,00
Wolfsburg	12,50		14,75	6,00	14,00	3,50	27,50	3,00
Duderstadt	3,50		5,00	2,00	5,50	2,00	8,00	
Einbeck	3,50		4,00	2,00	5,50	2,00	5,50	
Göttingen	19,50		22,75	8,00	30,00	11,50	33,50	
Hannoversch-Münden	5,00		6,00	2,00	8,50	2,50	9,00	0,75
Herzberg am Harz	4,00		7,00	2,00	5,75	3,00	10,00	0,63
Northeim	7,50		8,50	5,00	8,25	4,00	16,50	
Osterode am Harz	4,00		4,75	2,00	5,50	2,50	7,50	2,75
Braunschweig	32,50		39,00	17,00	36,00	18,00	68,25	2,25
Bückeburg	6,00		10,00	3,00	9,00	3,00	14,00	0,50
Rinteln	3,50		4,00	2,00	3,00	2,00	7,00	
Stadthagen	7,00		9,00	3,00	9,00	3,00	14,00	1,17
Burgwedel	7,00		10,00	4,00	11,00	3,00	13,50	0,75
Hameln	19,00		22,00	8,00	27,00	8,00	41,25	
Neustadt am Rübenberge	13,50		16,00	9,00	20,00	6,00	25,75	0,75
Springe	3,00		5,00	2,00	5,00	2,00	6,50	1,00
Wennigsen	7,50		9,00	4,00	13,00	3,00	16,25	3,75
Alfeld (Leine)	4,00	1,00	5,00	2,00	4,00	2,00	10,00	
Burgdorf	4,00		6,00	2,00	6,00	2,00	7,75	0,75
Elze	3,00		6,00	2,00	5,00	1,00	5,50	1,00
Gifhorn	12,50		16,00	6,00	17,00	6,00	29,50	1,75
Hildesheim	22,00		25,00	11,00	25,00	10,00	48,00	1,75
Holz Minden	7,00		8,00	4,00	9,00	5,00	16,50	
Lehrte	6,00		6,00	4,00	10,00	2,00	11,00	2,83
Peine	9,50		13,00	6,00	17,00	3,00	20,25	2,00
Celle	19,00		24,00	11,00	23,00	8,00	45,00	4,25
Dannenberg	6,00		8,00	3,00	11,00	3,00	10,00	3,25
Lüneburg	16,00		24,00	9,00	25,00	8,00	33,00	
Soltau	6,00		8,00	5,00	8,00	4,00	13,00	
Uelzen	9,00		14,00	6,00	16,00	4,50	19,75	0,75
Winsen	9,00		12,00	5,00	12,00	5,00	20,00	
Bremervörde	3,00		5,00	3,00	5,00	2,00	7,00	0,25
Buxtehude	6,00		8,00	4,00	9,00	2,00	14,00	1,92
Cuxhaven	6,00		7,00	3,00	8,00	2,00	13,50	1,75
Langen	6,00		11,00	5,00	11,00	3,00	14,25	1,75
Otterndorf	3,50		5,00	3,00	9,00	2,00	6,75	
Stade	10,00		15,00	6,00	17,00	3,50	21,75	1,00
Tostedt	9,00		13,00	6,00	15,00	3,75	21,50	0,50
Zeven	3,00		5,00	2,00	6,00	2,00	7,25	
Achim	6,00		6,00	3,00	8,00	3,00	12,00	
Diepholz	4,00		5,00	3,00	6,00	1,00	8,50	1,00
Nienburg	6,50		9,00	4,00	10,00	4,00	12,50	
Osterholz-Scharmbeck	8,00		11,00	5,00	13,00	3,50	16,75	0,75
Rotenburg	6,50		12,00	4,00	9,00	2,00	13,00	1,25
Stolzenau	3,50		6,00	2,00	6,00	1,00	8,50	0,75
Sulingen	3,00		5,00	1,00	6,00	2,00	4,00	
Syke	10,00		15,00	5,00	13,00	4,50	27,00	1,04
Verden	6,50		9,00	4,00	7,00	3,00	14,25	0,75
Walsrode	6,00		8,00	4,00	10,00	2,50	13,25	1,74
Hannover	99,50	1,00	101,00	42,00	128,50	46,00	196,00	6,00
Aurich	8,50		12,00	6,00	16,50	5,00	18,50	
Emden	7,00		11,00	4,00	8,00	2,00	20,50	2,00
Leer	12,00		16,00	9,00	16,00	5,00	30,25	0,86
Norden	5,00		9,00	4,00	6,00	1,00	17,50	3,02
Wittmund	4,00		8,00	3,00	6,00	2,00	11,75	0,89
Brake	4,00		6,00	2,00	5,50	2,00	11,00	0,57
Cloppenburg	10,50		14,00	6,00	17,00	5,00	25,00	

Verteilung der Planstellen auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften

Amtsgerichte	Richterinnen / Richter	sonstiger höherer Dienst	gehobener Justizdienst	Gerichtsvoll- zieherdienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiterinnen / Arbeiter
Delmenhorst	11,00		16,00	8,00	11,00	6,00	27,50	
Jever	5,00		9,00	3,00	7,00	2,00	12,50	0,50
Nordenham	4,50		8,00	2,00	5,00	2,00	9,75	
Oldenburg	22,00		31,50	12,00	24,50	12,00	49,00	
Varel	4,00		6,00	3,00	6,00	2,00	9,75	0,29
Vechta	12,00		13,00	6,00	17,00	5,00	22,00	0,79
Westerstede	8,00		13,00	6,00	12,00	3,00	22,50	1,00
Wildeshausen	5,00		7,00	3,00	7,00	2,00	10,75	
Wilhelmshaven	11,50		12,00	6,00	11,00	4,00	24,50	1,97
Bad Iburg	7,00		10,00	4,00	12,00	4,00	15,00	
Bersenbrück	9,50		10,00	5,00	14,00	5,00	17,50	
Lingen	12,50		11,00	4,00	13,50	5,00	22,50	
Meppen	9,00		14,00	5,00	14,50	3,50	18,75	1,00
Nordhorn	11,00		15,00	5,00	17,00	4,00	25,00	1,00
Osnabrück	36,00		39,00	15,00	35,50	14,00	69,75	
Papenburg	6,00		6,00	4,00	7,50	2,00	15,00	1,29
Summe Amtsgerichte	771,00	2,00	979,00	417,00	1.055,75	355,75	1.651,00	73,73

Landgerichte	Richterinnen / Richter	sonstiger höherer Dienst	gehobener Justizdienst	Gerichtsvoll- zieherdienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiterinnen / Arbeiter
Braunschweig	49,00		47,25		19,00	16,00	41,00	2,00
Göttingen	29,00		24,25		12,75	10,00	26,50	0,27
Bückeburg	9,00		6,00		5,00	2,00	8,00	1,00
Hannover	90,00		61,00		31,00	21,00	71,50	12,00
Hildesheim	49,00	1,00	31,00		17,00	11,00	35,75	4,89
Lüneburg	38,00		27,00		16,00	13,00	27,75	1,46
Stade	29,00	1,00	15,00		12,00	7,00	20,00	1,83
Verden	31,00		23,75		12,00	8,00	27,50	2,01
Aurich	20,00		21,00		9,00	4,00	10,75	2,16
Oldenburg	53,50		42,00		24,00	15,00	37,00	0,09
Osnabrück	54,00		41,00		22,50	13,00	40,25	2,00
Summe Landgerichte	451,50	2,00	339,25		180,25	120,00	346,00	29,71

Oberlandeslandesgerichte	Richterinnen / Richter	sonstiger höherer Dienst	gehobener Justizdienst	Gerichtsvoll- zieherdienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiterinnen / Arbeiter
Braunschweig	27,00	1,00	19,25		10,50	4,00	31,25	1,00
Celle	92,00	2,00	52,00		46,00	14,00	70,50	3,00
Oldenburg	55,00	1,00	25,00		22,00	10,00	41,00	0,77
Summe Oberlandesgerichte	174,00	4,00	96,25		78,50	28,00	142,75	4,77

Verteilung der Planstellen auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften

Staatsanwaltschaften	Staatsanwältinnen / Staatsanwälte	sonstiger höherer Dienst	Amtsanwältinnen / Amtsanwälte	gehobener Justizdienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiterinnen / Arbeiter
Braunschweig	62,00		15,00	24,00	55,50	14,00	68,50	2,50
Göttingen	34,00		6,00	13,00	26,00	8,00	28,00	
Bückeburg	8,50		2,00	3,50	5,00	3,00	10,25	
Hannover	98,00	1,00	22,00	40,00	92,00	18,00	98,75	3,00
Hildesheim	32,00		9,00	15,50	30,00	9,00	35,00	1,00
Lüneburg	33,00		6,00	15,50	28,50	7,00	28,75	2,00
Zweigstelle Celle	11,50		2,00	4,00	8,00	1,00	9,75	1,00
Stade	28,00		6,00	10,50	19,50	7,00	29,00	
Verden	31,50		9,00	13,50	29,50	7,00	32,00	0,50
Aurich	20,00		5,00	10,00	19,25	4,00	23,00	1,00
Oldenburg	54,50		15,00	20,50	63,25	13,00	59,50	
Osnabrück	48,50		11,00	19,50	34,75	11,00	52,00	
Summe Staatsanwaltschaften	461,50	1,00	108,00	189,50	411,25	102,00	474,50	11,00
Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig	5,00			3,00	3,00	2,00	5,00	
Generalstaatsanwaltschaft Celle	19,50	1,00		12,00	12,00	3,00	10,50	
Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg	9,00			3,00	3,00	3,00	4,50	
Summe Generalstaatsanwaltschaften	33,50	1,00	0,00	18,00	18,00	8,00	20,00	0,00
Gesamtsumme	495,00	2,00	108,00	207,50	429,25	110,00	494,50	11,00

Verteilung der Planstellen auf die Fachgerichtsbarkeiten

Arbeitsgerichte	Richterinnen / Richter	sonstiger höherer Dienst	gehobener Justizdienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiterinnen / Arbeiter
Braunschweig	7,00		2,00	2,00		13,75	1,00
Celle	2,00		1,00			4,50	1,00
Emden	2,00		1,00			5,50	
Göttingen	4,00		1,00	1,00		7,00	
Hameln	2,50		1,00			5,50	0,50
Hannover	12,00		3,00	3,50		23,25	
Hildesheim	2,00		1,00	1,00		4,00	0,50
Lingen	3,00		1,00	1,00		4,75	
Lüneburg	4,00		1,00			8,25	
Nienburg	2,00		1,00			4,00	
Oldenburg	6,00		2,00	1,50		12,25	
Osnabrück	4,50		1,00	2,00		6,25	
Stade	2,00		1,00			4,00	1,00
Verden	2,00		1,00			4,50	
Wilhelmshaven	2,00		1,00			4,00	
Summe Arbeitsgerichte	57,00		19,00	12,00		111,50	4,00
Landesarbeitsgericht	16,00		7,00	2,00		27,50	1,00
Gesamtsumme	73,00		26,00	14,00		139,00	5,00

Sozialgerichte	Richterinnen / Richter	sonstiger höherer Dienst	gehobener Justizdienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiterinnen / Arbeiter
Aurich	4,00		1,00	2,00	2,00	7,00	
Braunschweig	7,00		2,00	3,00	2,00	10,00	
Hannover	21,00		5,00	6,00	3,00	28,00	2,00
Hildesheim	6,00		2,00	1,00	2,00	10,00	
Lüneburg	6,00		2,00	1,00	3,00	9,00	
Oldenburg	8,00		2,00	3,00	2,00	12,50	
Osnabrück	8,00		2,00	1,00	3,00	13,00	
Stade	6,00		2,00	1,00	1,00	9,50	
Summe Sozialgerichte	66,00	0,00	18,00	18,00	18,00	99,00	2,00
Landessozialgericht	34,00		8,00	7,00	5,00	36,00	1,00
Gesamtsumme	100,00	0,00	26,00	25,00	23,00	135,00	3,00

Verwaltungsgerichte	Richterinnen / Richter	sonstiger höherer Dienst	gehobener Justizdienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiterinnen / Arbeiter
Braunschweig	28,50		4,00	3,00	2,00	14,50	2,00
Göttingen	13,00		3,00	2,50	2,00	5,50	
Hannover	45,00		6,00	6,50	4,00	25,00	
Lüneburg	20,00		3,00	6,50	3,00	9,50	1,00
Oldenburg	33,00		2,00	6,00	4,00	20,00	1,00
Osnabrück	18,00		2,00	3,00		10,50	3,00
Stade	15,50		2,00	6,00	3,00	9,00	
Summe Verwaltungsgerichte	173,00	0,00	22,00	33,50	18,00	94,00	7,00
Oberverwaltungsgericht	42,00	1,00	8,00	10,50	4,00	29,00	4,00
Gesamtsumme	215,00	1,00	30,00	44,00	22,00	123,00	11,00

Finanzgericht	Richterinnen / Richter	sonstiger höherer Dienst	gehobener Justizdienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Angestellte	Arbeiterinnen / Arbeiter
Finanzgericht	59,00		8,00	7,00	3,00	43,00	2,00

Personalbedarf an Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Richter und Staatsanwälte												
Rechtsprechungsaufgaben (Rechtssachen)												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	1.508,19	1.518,60	1.554,49	1.610,66	1.584,09	1.597,46	1.638,59	1.661,78	1.667,30	1.634,65	1.664,28	1.689,82
Staatsanwaltschaften	423,12	429,40	463,84	499,81	476,43	496,99	522,71	536,59	552,55	550,40	571,25	573,60
Verwaltungsgerichtsbarkeit *)		212,98	214,96	286,06	264,06	241,80	229,01	227,56	205,52	197,22	189,38	174,87
Sozialgerichtsbarkeit	114,69	98,10	95,23	102,45	116,08	117,52	125,69	129,25	124,59	131,66	133,08	140,47
Finanzgericht **)												
Arbeitsgerichtsbarkeit	72,29	72,10	82,05	96,74	99,82	100,81	104,62	109,70	103,72	99,07	96,61	101,64
Verwaltungsarbeit												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	88,64	88,73	90,09	91,98	91,60	93,22	92,18	94,08	92,21	94,63	98,08	98,04
Staatsanwaltschaften	33,48	33,91	35,05	35,88	35,88	36,11	35,49	35,19	35,23	35,30	35,34	35,80
Verwaltungsgerichtsbarkeit *)		7,07	7,47	7,55	7,70	7,49	7,41	7,23	8,46	8,30	7,36	7,81
Sozialgerichtsbarkeit	4,98	5,01	5,00	5,00	5,01	5,01	4,99	4,99	4,81	4,92	4,99	5,03
Finanzgericht **)												
Arbeitsgerichtsbarkeit	2,90	2,90	2,90	2,90	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00
Referendarausbildung												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	100,79	99,24	103,60	102,74	66,41	79,12	64,61	60,60	63,23	63,54	65,29	61,19
Staatsanwaltschaften	31,03	33,75	32,52	37,19	32,97	29,88	32,48	28,24	28,92	29,01	29,77	30,62
Verwaltungsgerichtsbarkeit *)		5,28	6,75	5,80	8,30	5,47	3,69	2,63	2,20	2,52	2,85	2,96
Sozialgerichtsbarkeit	0,00	0,00	0,02	0,25	0,43	0,22	0,32	0,31	0,29	0,09	0,14	0,14
Finanzgericht **)												
Arbeitsgerichtsbarkeit	0,00	0,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
*) 1990 wegen des gemeinsamen OVG mit Schleswig-Holstein keine Ausweisung.												
**) Beim Finanzgericht wird eine Personalbedarfsberechnung nicht durchgeführt												

Personalbedarf an Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Einarbeitung neuer Richter (und Staatsanwälte)												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	4,88	12,75	12,00	11,50	5,94	5,19	3,68	6,06	6,38	7,13	9,25	5,88
Staatsanwaltschaften	5,50	9,38	13,50	10,38	23,13	19,38	13,38	13,25	12,25	18,00	25,25	24,75
Verwaltungsgerichtsbarkeit *)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sozialgerichtsbarkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzgericht **)												
Arbeitsgerichtsbarkeit	0,60	1,00	0,60	0,20	0,40	0,40	0,50	1,00	0,00	0,50	0,50	0,20
Ausfallzeiten												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	67,90	68,26	69,93	72,21	69,68	70,79	71,82	72,66	72,91	71,71	73,11	73,96
Staatsanwaltschaften	19,51	19,88	21,25	22,92	21,81	22,52	23,62	24,00	24,67	24,59	25,46	25,60
Verwaltungsgerichtsbarkeit *)		9,01	9,17	11,98	11,20	10,19	9,60	9,50	8,65	8,32	7,98	7,43
Sozialgerichtsbarkeit	4,79	4,12	4,01	4,31	4,86	4,91	5,24	5,38	5,18	5,47	5,53	5,83
Finanzgericht **)												
Arbeitsgerichtsbarkeit	1,15	1,25	1,25	1,90	0,95	0,45	0,60	1,65	1,55	0,85	1,25	0,75
Fortbildung												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	11,94	9,44	10,69	11,46	12,36	12,52	9,82	10,10	12,43	15,96	16,63	15,17
Staatsanwaltschaften	5,11	4,43	3,82	3,80	5,06	4,94	5,18	4,53	5,59	9,37	8,94	8,46
Verwaltungsgerichtsbarkeit *)		2,89	3,01	3,33	3,93	2,88	3,83	3,54	5,31	5,77	3,82	3,40
Sozialgerichtsbarkeit	2,10	1,18	1,19	1,00	0,72	0,79	0,78	1,22	1,51	1,50	1,75	1,72
Finanzgericht **)												
Arbeitsgerichtsbarkeit	0,55	0,65	0,85	1,00	0,60	0,65	0,35	0,95	0,75	0,40	0,55	0,45
mehr als zehntägige Hauptverhandlungen												
Landgerichte	21,98	30,29	23,07	23,17	20,96	29,60	36,43	36,50	39,57	40,59	28,97	30,72

*) 1990 wegen des gemeinsamen OVG mit Schleswig-Holstein keine Ausweisung.

***) Beim Finanzgericht wird eine Personalbedarfsberechnung nicht durchgeführt

Personalbedarf an Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<u>Amtsanwälte</u>												
Rechtsprechnungsaufg. (Rechtssachen)	129,64	128,32	132,58	139,29	133,00	133,18	135,19	135,82	135,69	131,82	132,39	132,23
Verwaltungsarbeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausbildung	0,00	0,14	0,41	0,26	0,45	0,18	0,14	0,31	0,25	0,96	0,56	0,56
Einarbeitung neuer Amtsanwälte	0,00	0,00	0,75	1,25	1,00	1,00	0,25	1,00	0,75	0,75	1,00	1,50
Ausfallzeiten	5,19	5,14	5,32	5,58	5,34	5,36	5,41	5,45	5,44	5,31	5,32	5,31
Fortbildung	0,60	0,33	0,50	0,30	0,30	0,42	0,28	0,35	0,29	1,29	1,17	1,71
<u>Rechtspfleger ***)</u>												
Rechtsprechnungsaufgaben (Rechtssachen)												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	852,76	841,69	962,70	1.002,89	1.083,64	1.095,18	1.112,47	1.091,84	1.057,66	1.091,41	1.104,08	1.135,86
Staatsanwaltschaften	126,60	128,16	133,52	141,71	143,43	133,88	136,38	140,75	141,56	137,28	135,27	138,76
Verwaltungsarbeit												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	224,55	219,22	206,09	211,60	202,80	207,48	202,62	199,80	202,52	209,29	217,32	219,50
Staatsanwaltschaften	27,84	29,01	30,42	31,32	30,42	30,92	29,99	29,54	29,60	29,87	29,99	30,75
Ausbildung												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	7,12	6,89	17,57	19,45	20,83	21,32	19,72	15,86	13,44	11,77	10,34	11,47
Staatsanwaltschaften	0,28	0,40	6,18	2,49	2,26	2,48	2,07	1,62	1,07	0,57	1,09	2,33
Einarbeitung neuer Rechtspfleger												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	5,75	2,50	1,25	4,50	9,00	17,63	17,38	18,88	7,48	10,26	6,75	7,75
Staatsanwaltschaften	1,25	0,25	0,25	2,00	2,50	3,38	1,00	1,00	1,25	1,50	0,63	1,75

***) Eine Personalbedarfsberechnung für die Rechtspfleger findet in den Fachgerichtsbarkeiten nicht statt. Weiter wird sie nicht bei den Oberlandesgerichten und den Generalstaatsanwaltschaften durchgeführt.

Personalbedarf an Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Ausfallzeiten												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	43,38	42,71	47,45	49,36	52,29	52,96	53,39	52,30	50,94	52,50	53,27	54,68
Staatsanwaltschaften	6,19	6,30	6,80	7,02	7,04	6,69	6,74	6,88	6,89	6,71	6,65	6,87
Fortbildung												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	4,96	4,62	7,72	6,82	7,52	9,00	8,37	9,87	15,12	29,07	27,65	27,32
Staatsanwaltschaften	0,36	0,70	0,65	0,54	0,68	0,88	0,81	1,13	1,32	3,20	2,31	3,20
Mittlerer und Schreibdienst ****)												
Rechtsprechungsaufgaben (Rechtssachen)												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	3.266,38	3.273,06	3.521,46	3.607,64	3.711,28	3.718,24	3.773,05	3.753,06	3.627,64	3.644,88	3.660,92	3.716,55
Staatsanwaltschaften	858,43	874,38	942,52	964,39	937,58	948,22	981,43	1.003,27	1.032,47	1.024,49	1.047,54	1.061,41
Verwaltungsarbeit												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	433,32	435,36	443,13	457,63	469,29	455,19	448,10	437,82	390,48	409,60	430,46	436,31
Staatsanwaltschaften	40,96	42,24	44,09	45,28	44,08	49,74	48,50	47,90	47,63	48,04	48,45	50,07

****) Eine Personalbedarfsberechnung für den Mittleren und Schreibdienst findet in den Fachgerichtsbarkeiten nicht statt. Weiter wird sie nicht bei den Generalstaatsanwaltschaften durchgeführt.

Personalbedarf an Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Ausbildung												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	65,92	79,72	109,27	120,22	124,45	104,97	87,70	73,31	74,00	74,05	73,58	80,43
Staatsanwaltschaften	8,58	12,89	18,44	20,41	17,19	13,17	10,73	9,77	9,42	8,25	11,46	8,14
Einarbeitung neuer Kräfte (wird nicht bewertet)												
Ausfallzeiten												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	225,94	227,31	244,52	251,43	258,57	257,05	259,00	256,61	245,62	247,80	250,05	256,11
Staatsanwaltschaften	54,48	55,77	60,30	61,80	59,93	60,67	62,44	63,66	65,37	64,85	66,45	67,18
Fortbildung												
Ordentliche Gerichtsbarkeit	6,92	5,83	13,58	14,27	16,61	19,67	18,73	23,35	31,48	74,31	76,27	60,47
Staatsanwaltschaften	1,90	2,27	3,81	2,42	5,26	2,96	4,13	2,77	3,95	11,35	10,40	16,18

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
--	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

ordentliche Gerichtsbarkeit

Richterlicher Dienst

Vollbeschäftigte	1.355	1.346	1.347	1.379	1.364	1.332	1.288	1.280	1.280	1.289	1.287	1.268
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	84	95	122	104	110	123	143	150	157	153	180	171
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	43,8	48,7	63,2	53,8	56,7	63,4	74,3	81,7	86,3	83,2	98,0	92,0
Gesamtzahl Richter nach Kopfzahl	1.439	1.441	1.469	1.483	1.474	1.455	1.431	1.430	1.437	1.442	1.467	1.439
Gesamtzahl Richter nach Arbeitskraftanteilen	1.398,8	1.394,7	1.410,2	1.432,8	1.420,7	1.395,4	1.362,3	1.361,7	1.366,3	1.372,2	1.385,0	1.360,0
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Kopfzahl	6%	7%	9%	8%	8%	9%	11%	12%	12%	12%	14%	13%
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Arbeitskraftanteilen	3%	3%	4%	4%	4%	5%	5%	6%	6%	6%	7%	7%

Rechtspfleger

Vollbeschäftigte	1.038	950	910	932	938	976	990	982	1.015	997	963	965
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	166	195	203	178	209	232	232	266	264	256	275	286
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	89,6	110,5	120,5	108,0	126,1	135,6	138,2	166,4	164,4	157,5	163,1	166,5
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Kopfzahl	1.204	1.145	1.113	1.110	1.147	1.208	1.222	1.248	1.279	1.253	1.238	1.251
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	1.127,6	1.060,5	1.030,5	1.040,0	1.064,1	1.111,6	1.128,2	1.148,4	1.179,4	1.154,5	1.126,1	1.131,5
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Kopfzahl	16%	21%	22%	19%	22%	24%	23%	27%	26%	26%	29%	30%
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	8%	10%	12%	10%	12%	12%	12%	14%	14%	14%	14%	15%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Gehobener Sozialdienst												
Vollbeschäftigte	244	246	245	241	239	238	229	224	221	224	223	229
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	23	23	23	29	34	29	30	33	32	34	25	29
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	13,6	13,4	13,9	17,9	21,4	18,1	18,1	20,1	20,3	21,5	15,9	17,1
Gesamtzahl gehobener Sozialdienst nach Kopfzahl	267	269	268	270	273	267	259	257	253	258	248	258
Gesamtzahl gehobener Sozialdienst nach Arbeitskraftanteilen	257,6	259,4	258,9	258,9	260,4	256,1	247,1	244,1	241,3	245,5	238,9	246,1
Anteil teilzeitbeschäftigter gehobener Sozialdienst nach Kopfzahl	9%	9%	9%	12%	14%	12%	13%	15%	14%	15%	11%	13%
Anteil teilzeitbeschäftigter gehobener Sozialdienst nach Arbeitskraftanteilen	5%	5%	5%	7%	8%	7%	7%	8%	8%	9%	7%	7%
Gerichtsvollzieher												
Vollbeschäftigte	405	400	398	394	407	404	406	397	390	400	409	426
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	0	0	5	5	1	3	3	7	16	8	4	7
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	0,0	0,0	2,4	3,2	0,4	1,4	1,5	3,8	8,5	3,4	2,0	3,8
Gesamtzahl Gerichtsvollzieher nach Kopfzahl	405	400	403	399	408	407	409	404	406	408	413	433
Gesamtzahl Gerichtsvollzieher nach Arbeitskraftanteilen	405,0	400,0	400,4	397,2	407,4	405,4	407,5	400,8	398,5	403,4	411,0	429,8
Anteil teilzeitbeschäftigte Gerichtsvollzieher nach Kopfzahl	0%	0%	1%	1%	0%	1%	1%	2%	4%	2%	1%	2%
Anteil teilzeitbeschäftigte Gerichtsvollzieher nach Arbeitskraftanteilen	0%	0%	1%	1%	0%	0%	0%	1%	2%	1%	0%	1%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst												
Vollbeschäftigte	2.881	2.804	2.752	2.757	2.779	2.703	2.622	2.551	2.524	2.551	2.507	2.505
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	1.313	1.349	1.425	1.447	1.476	1.561	1.563	1.579	1.612	1.608	1.607	1.629
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	734,2	757,1	793,9	815,9	828,9	853,5	888,3	901,5	914,8	926,7	928,5	945,5
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	4.194	4.153	4.177	4.204	4.255	4.264	4.185	4.130	4.136	4.159	4.114	4.134
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	3.615,2	3.561,1	3.545,9	3.572,9	3.607,9	3.556,5	3.510,3	3.452,5	3.438,8	3.477,7	3.435,5	3.450,5
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	46%	48%	52%	52%	53%	58%	60%	62%	64%	63%	64%	65%
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	20%	21%	22%	23%	23%	24%	25%	26%	27%	27%	27%	27%
Einfacher Dienst												
Vollbeschäftigte	535	544	558	568	573	555	543	543	540	531	541	532
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	44	43	41	36	33	42	41	43	54	67	75	74
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	29,1	28,2	27,2	24,9	22,2	27,5	26,4	27,4	34,4	41,5	45,5	44,9
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Kopfzahl	579	587	599	604	606	597	584	586	594	598	616	606
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	564,1	572,2	585,2	592,9	595,2	582,5	569,4	570,4	574,4	572,5	586,5	576,9
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Kopfzahl	8%	8%	7%	6%	6%	8%	8%	8%	10%	13%	14%	14%
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	5%	5%	5%	4%	4%	5%	5%	5%	6%	7%	8%	8%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Staatsanwaltschaften												
Staatsanwälte												
Vollbeschäftigte	387	388	384	368	389	413	419	418	421	426	452	451
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	18	17	33	48	45	25	25	21	28	26	27	32
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	9,7	8,8	22,0	32,3	28,7	14,8	13,6	10,8	14,8	14,3	14,8	17,7
Gesamtzahl Staatsanwälte nach Kopfzahl	405	405	417	416	434	438	444	439	449	452	479	483
Gesamtzahl Staatsanwälte nach Arbeitskraftanteilen	396,7	396,8	406,0	400,3	417,7	427,8	432,6	428,8	435,8	440,3	466,8	468,7
Anteil teilzeitbeschäftigte Staatsanwälte nach Kopfzahl	5%	4%	9%	13%	12%	6%	6%	5%	7%	6%	6%	7%
Anteil teilzeitbeschäftigte Staatsanwälte nach Arbeitskraftanteilen	2%	2%	5%	8%	7%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	4%
Amtsanwälte												
Vollbeschäftigte	110	100	106	103	105	109	108	107	105	104	102	103
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	2	1	0	5	4	1	0	1	1	1	2	2
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	1,0	0,8	0,0	3,6	2,9	0,5	0,0	0,8	0,8	0,8	1,0	1,3
Gesamtzahl Amtsanwälte nach Kopfzahl	112	101	106	108	109	110	108	108	106	105	104	105
Gesamtzahl Amtsanwälte nach Arbeitskraftanteilen	111,0	100,8	106,0	106,6	107,9	109,5	108,0	107,8	105,8	104,8	103,0	104,3
Anteil teilzeitbeschäftigter Amtsanwälte nach Kopfzahl	2%	1%	0%	5%	4%	1%	0%	1%	1%	1%	2%	2%
Anteil teilzeitbeschäftigter Amtsanwälte nach Arbeitskraftanteilen	1%	1%	0%	3%	3%	0%	0%	1%	1%	1%	1%	1%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Rechtspfleger												
Vollbeschäftigte	136	127	135	137	140	141	142	145	139	143	143	142
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	26	24	21	21	24	24	24	24	23	17	17	17
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	14,8	14,8	11,9	12,1	13,5	15,1	15,3	14,7	14,1	10,1	9,8	10,3
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Kopfzahl	162	151	156	158	164	165	166	169	162	160	160	159
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	150,8	141,8	146,9	149,1	153,5	156,1	157,3	159,7	153,1	153,1	152,8	152,3
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Kopfzahl	19%	19%	16%	15%	17%	17%	17%	17%	17%	12%	12%	12%
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	10%	10%	8%	8%	9%	10%	10%	9%	9%	7%	6%	7%
Gehobener Sozialdienst												
Vollbeschäftigte	24	25	27	25	26	26	26	24	25	25	25	28
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	8	6	2	6	5	5	5	6	5	7	5	9
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	4	3	1	3,5	3	3	3	3,5	2,5	3,5	2,8	5
Gesamtzahl gehobener Sozialdienst nach Kopfzahl	32	31	29	31	31	31	31	30	30	32	30	37
Gesamtzahl gehobener Sozialdienst nach Arbeitskraftanteilen	28,0	28,0	28,0	28,5	29,0	29,0	29,0	27,5	27,5	28,5	27,8	33,0
Anteil teilzeitbeschäftigter gehobener Sozialdienst nach Kopfzahl	33%	24%	7%	24%	19%	19%	19%	25%	20%	28%	20%	32%
Anteil teilzeitbeschäftigter gehobener Sozialdienst nach Arbeitskraftanteilen	14%	11%	4%	12%	10%	10%	10%	13%	9%	12%	10%	15%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst												
Vollbeschäftigte	695	697	718	707	732	719	726	692	674	672	689	676
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	156	166	173	184	188	196	204	213	215	227	233	245
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	88,2	94,6	97,4	105,7	107,0	111,5	117,5	122,3	125,5	128,5	139,1	148,0
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	851	863	891	891	920	915	930	905	889	899	922	921
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	783,2	791,6	815,4	812,7	839,0	830,5	843,5	814,3	799,5	800,5	828,1	824,0
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	22%	24%	24%	26%	26%	27%	28%	31%	32%	34%	34%	36%
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	11%	12%	12%	13%	13%	13%	14%	15%	16%	16%	17%	18%
Einfacher Dienst												
Vollbeschäftigte	119	119	119	118	117	122	120	116	114	112	114	114
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	0	1	1	1	1	0	0	2	2	4	1	3
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	0,0	0,3	0,8	0,8	0,8	0,0	0,0	1,0	1,0	2,3	0,8	2,4
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Kopfzahl	119	120	120	119	118	122	120	118	116	116	115	117
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	119,0	119,3	119,8	118,8	117,8	122,0	120,0	117,0	115,0	114,3	114,8	116,4
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Kopfzahl	0%	1%	1%	1%	1%	0%	0%	2%	2%	4%	1%	3%
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	0%	0%	1%	1%	1%	0%	0%	1%	1%	2%	1%	2%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<u>Verwaltungsgerichtsbarkeit</u>												
<u>Richterlicher Dienst</u>												
Vollbeschäftigte	192	194	208	216	215	208	204	202	200	193	183	173
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	10	8	12	11	10	8	11	10	14	16	15	17
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	3,4	3,5	5,7	5,6	6,0	4,7	6,8	5,5	7,8	9,0	8,8	10,1
Gesamtzahl Richter nach Kopfzahl	202	202	220	227	225	216	215	212	214	209	198	190
Gesamtzahl Richter nach Arbeitskraftanteilen	195,4	197,5	213,7	221,6	221,0	212,7	210,8	207,5	207,8	202,0	191,8	183,1
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Kopfzahl	5%	4%	6%	5%	5%	4%	5%	5%	7%	8%	8%	10%
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Arbeitskraftanteilen	2%	2%	3%	3%	3%	2%	3%	3%	4%	4%	5%	6%
<u>Rechtspfleger</u>												
Vollbeschäftigte	32	27	29	26	26	24	23	28	29	29	29	28
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	3	4	4	4	5	8	7	6	5	5	5	5
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	1,5	2,0	2,0	2,0	2,5	4,0	3,5	3,0	2,5	2,8	3,0	2,6
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Kopfzahl	35	31	33	30	31	32	30	34	34	34	34	33
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	33,5	29,0	31,0	28,0	28,5	28,0	26,5	31,0	31,5	31,8	32,0	30,6
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Kopfzahl	9%	15%	14%	15%	19%	33%	30%	21%	17%	17%	17%	18%
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	4%	7%	6%	7%	9%	14%	13%	10%	8%	9%	9%	8%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst												
Vollbeschäftigte	140	130	141	146	145	139	136	135	134	125	112	100
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	59	63	60	64	63	72	69	66	59	61	65	65
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	29,7	31,5	34,0	35,8	36,3	40,4	40,8	38,4	34,5	36,6	38,4	39,5
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	199	193	201	210	208	211	205	201	193	186	177	165
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	169,7	161,5	175,0	181,8	181,3	179,4	176,8	173,4	168,5	161,6	150,4	139,5
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	42%	48%	43%	44%	43%	52%	51%	49%	44%	49%	58%	65%
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	18%	20%	19%	20%	20%	23%	23%	22%	20%	23%	26%	28%
Einfacher Dienst												
Vollbeschäftigte	28	27	33	33	35	34	35	33	32	32	31	30
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1	1
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	0,6	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,5	0,5
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Kopfzahl	29	29	35	35	37	36	37	35	34	34	32	31
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	28,6	28,0	34,0	34,0	36,0	35,0	36,0	34,0	33,0	33,0	31,5	30,5
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Kopfzahl	4%	7%	6%	6%	6%	6%	6%	6%	6%	6%	3%	3%
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	2%	4%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	2%	2%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Sozialgerichtsbarkeit												
Richterlicher Dienst												
Vollbeschäftigte	92	98	89	89	97	95	92	91	93	93	92	92
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	0	0	0	1	0	0	1	1	2	3	3	7
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	0,0	0,0	0,0	0,8	0,0	0,0	0,5	0,5	1,0	1,5	1,5	3,5
Gesamtzahl Richter nach Kopfzahl	92	98	89	90	97	95	93	92	95	96	95	99
Gesamtzahl Richter nach Arbeitskraftanteilen	92,0	98,0	89,0	89,8	97,0	95,0	92,5	91,5	94,0	94,5	93,5	95,5
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Kopfzahl	0%	0%	0%	1%	0%	0%	1%	1%	2%	3%	3%	8%
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Arbeitskraftanteilen	0%	0%	0%	1%	0%	0%	1%	1%	1%	2%	2%	4%
Rechtspfleger												
Vollbeschäftigte	27	27	27	29	27	27	26	25	23	26	25	22
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	2	2	0	0	0	0	0	2	3	1	1	8
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	1,5	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5	1,8	0,8	0,8	1,8
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Kopfzahl	29	29	27	29	27	27	26	27	26	27	26	30
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	28,5	27,8	27,0	29,0	27,0	27,0	26,0	26,5	24,8	26,8	25,8	23,8
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Kopfzahl	7%	7%	0%	0%	0%	0%	0%	8%	13%	4%	4%	36%
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	5%	3%	0%	0%	0%	0%	0%	6%	7%	3%	3%	8%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst												
Vollbeschäftigte	135	134	132	135	130	129	123	117	120	117	117	118
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	36	43	43	47	50	51	55	56	52	49	54	57
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	23,4	26,8	26,2	28,4	30,6	31,1	32,0	32,4	31,1	29,1	32,3	34,1
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	171	177	175	182	180	180	178	173	172	166	171	175
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	158,4	160,8	158,2	163,4	160,6	160,1	155,0	149,4	151,1	146,1	149,3	152,1
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	27%	32%	33%	35%	38%	40%	45%	48%	43%	42%	46%	48%
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	15%	17%	17%	17%	19%	19%	21%	22%	21%	20%	22%	22%
Einfacher Dienst												
Vollbeschäftigte	25	25	25	26	24	23	25	26	26	25	24	25
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Kopfzahl	25	25	25	26	25	24	25	26	26	25	24	25
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	25,0	25,0	25,0	26,0	24,8	23,8	25,0	26,0	26,0	25,0	24,0	25,0
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Kopfzahl	0%	0%	0%	0%	4%	4%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	0%	0%	0%	0%	3%	3%	0%	0%	0%	0%	0%	0%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Finanzgericht												
Richterlicher Dienst												
Vollbeschäftigte	51	53	53	54	54	52	50	50	53	53	54	57
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtzahl Richter nach Kopfzahl	52	53	53	54	54	52	50	50	53	53	54	57
Gesamtzahl Richter nach Arbeitskraftanteilen	51,1	53,0	53,0	54,0	54,0	52,0	50,0	50,0	53,0	53,0	54,0	57,0
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Kopfzahl	2%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Arbeitskraftanteilen	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Rechtspfleger												
Vollbeschäftigte	6	6	6	6	7	6	5	5	6	7	7	6
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	2	1	2	1	2	2	3	2	1	0	0	2
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	1,0	0,5	1,0	0,5	1,0	1,0	1,8	1,5	0,8	0,0	0,0	1,0
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Kopfzahl	8	7	8	7	9	8	8	7	7	7	7	8
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	7,0	6,5	7,0	6,5	8,0	7,0	6,8	6,5	6,8	7,0	7,0	7,0
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Kopfzahl	33%	17%	33%	17%	29%	33%	60%	40%	17%	0%	0%	33%
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	14%	8%	14%	8%	13%	14%	26%	23%	12%	0%	0%	14%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst												
Vollbeschäftigte	35	33	34	37	37	37	35	32	34	34	36	36
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	11	14	10	11	11	12	13	13	13	12	15	16
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	7,0	8,3	6,0	7,0	7,0	7,7	8,5	8,5	8,5	7,6	9,6	10,3
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	46	47	44	48	48	49	48	45	47	46	51	52
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	42,0	41,3	40,0	44,0	44,0	44,7	43,5	40,5	42,5	41,6	45,6	46,3
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	31%	42%	29%	30%	30%	32%	37%	41%	38%	35%	42%	44%
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	17%	20%	15%	16%	16%	17%	20%	21%	20%	18%	21%	22%
Einfacher Dienst												
Vollbeschäftigte	6	4	4	5	5	5	3	3	3	3	3	3
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Kopfzahl	6	4	4	5	5	5	3	3	3	3	3	3
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	6,0	4,0	4,0	5,0	5,0	5,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Kopfzahl	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<u>Arbeitsgerichtsbarkeit *)</u>												
<u>Richterlicher Dienst</u>												
Vollbeschäftigte									70	69	69	67
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl									3	5	5	7
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil									1,5	2,5	2,5	3,5
Gesamtzahl Richter nach Kopfzahl									73	74	74	74
Gesamtzahl Richter nach Arbeitskraftanteilen									71,5	71,5	71,5	70,5
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Kopfzahl									4%	7%	7%	10%
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Arbeitskraftanteilen									2%	3%	3%	5%
<u>Rechtspfleger</u>												
Vollbeschäftigte									22	23	24	23
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl									5	4	3	3
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil									3,2	1,9	1,5	1,6
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Kopfzahl									27	27	27	26
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen									25,2	24,9	25,5	24,6
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Kopfzahl									23%	17%	13%	13%
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen									13%	8%	6%	7%
* Bis 1997 wurden in der Arbeitsgerichtsbarkeit keine Erhebungen über Teilzeitbeschäftigte durchgeführt.												

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst												
Vollbeschäftigte									94	94	100	95
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl									82	86	77	83
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil									46,8	50,0	44,5	48,6
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl									176	180	177	178
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen									140,8	144,0	144,5	143,6
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl									87%	91%	77%	87%
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen									33%	35%	31%	34%
Einfacher Dienst												
Vollbeschäftigte									2	2	2	2
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl									8	8	10	10
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil									3,9	3,9	4,9	5,1
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Kopfzahl									10	10	12	12
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen									5,9	5,9	6,9	7,1
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Kopfzahl									400%	400%	500%	500%
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen									66%	66%	71%	72%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
--	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

ordentliche Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaft und Fachgerichtsbarkeiten zusammen **)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Richterlicher Dienst												
Vollbeschäftigte	1.690	1.691	1.697	1.738	1.730	1.687	1.634	1.623	1.696	1.697	1.685	1.657
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	95	103	134	116	120	131	155	161	176	177	203	202
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	47,3	52,2	68,9	60,2	62,7	68,1	81,6	87,7	96,6	96,2	110,8	109,1
Gesamtzahl Richter nach Kopfzahl	1.785	1.794	1.831	1.854	1.850	1.818	1.789	1.784	1.872	1.874	1.888	1.859
Gesamtzahl Richter nach Arbeitskraftanteilen	1.737,3	1.743,2	1.765,9	1.798,2	1.792,7	1.755,1	1.715,6	1.710,7	1.792,6	1.793,2	1.795,8	1.766,1
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Kopfzahl	6%	6%	8%	7%	7%	8%	9%	10%	10%	10%	12%	12%
Anteil teilzeitbeschäftigte Richter nach Arbeitskraftanteilen	3%	3%	4%	3%	3%	4%	5%	5%	5%	5%	6%	6%
Staatsanwälte												
Vollbeschäftigte	387	388	384	368	389	413	419	418	421	426	452	451
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	18	17	33	48	45	25	25	21	28	26	27	32
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	9,7	8,8	22,0	32,3	28,7	14,8	13,6	10,8	14,8	14,3	14,8	17,7
Gesamtzahl Staatsanwälte nach Kopfzahl	405	405	417	416	434	438	444	439	449	452	479	483
Gesamtzahl Staatsanwälte nach Arbeitskraftanteilen	396,7	396,8	406,0	400,3	417,7	427,8	432,6	428,8	435,8	440,3	466,8	468,7
Anteil teilzeitbeschäftigte Staatsanwälte nach Kopfzahl	5%	4%	9%	13%	12%	6%	6%	5%	7%	6%	6%	7%
Anteil teilzeitbeschäftigte Staatsanwälte nach Arbeitskraftanteilen	2%	2%	5%	8%	7%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	4%
**) Bis 1997 ohne Arbeitsgerichtsbarkeit.												

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Amtsanwälte												
Vollbeschäftigte	110	100	106	103	105	109	108	107	105	104	102	103
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	2	1	0	5	4	1	0	1	1	1	2	2
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	1,0	0,8	0,0	3,6	2,9	0,5	0,0	0,8	0,8	0,8	1,0	1,3
Gesamtzahl Amtsanwälte nach Kopfzahl	112	101	106	108	109	110	108	108	106	105	104	105
Gesamtzahl Amtsanwälte nach Arbeitskraftanteilen	111,0	100,8	106,0	106,6	107,9	109,5	108,0	107,8	105,8	104,8	103,0	104,3
Anteil teilzeitbeschäftigter Amtsanwälte nach Kopfzahl	2%	1%	0%	5%	4%	1%	0%	1%	1%	1%	2%	2%
Anteil teilzeitbeschäftigter Amtsanwälte nach Arbeitskraftanteilen	1%	1%	0%	3%	3%	0%	0%	1%	1%	1%	1%	1%
Rechtspfleger												
Vollbeschäftigte	1.239	1.137	1.107	1.130	1.138	1.174	1.186	1.185	1.234	1.225	1.191	1.186
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	199	226	230	204	240	266	266	300	301	283	301	321
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	108,4	128,6	135,4	122,6	143,1	155,7	158,8	187,1	186,8	173,1	178,2	183,8
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Kopfzahl	1.438	1.363	1.337	1.334	1.378	1.440	1.452	1.485	1.535	1.508	1.492	1.507
Gesamtzahl Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	1.347,4	1.265,6	1.242,4	1.252,6	1.281,1	1.329,7	1.344,8	1.372,1	1.420,8	1.398,1	1.369,2	1.369,8
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Kopfzahl	16%	20%	21%	18%	21%	23%	22%	25%	24%	23%	25%	27%
Anteil teilzeitbeschäftigte Rechtspfleger nach Arbeitskraftanteilen	8%	10%	11%	10%	11%	12%	12%	14%	13%	12%	13%	13%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Gehobener Sozialdienst												
Vollbeschäftigte	268	271	272	266	265	264	255	248	246	249	248	257
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	31	29	25	35	39	34	35	39	37	41	30	38
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	17,6	16,4	14,9	21,4	24,4	21,1	21,1	23,6	22,8	25,0	18,7	22,1
Gesamtzahl gehobener Sozialdienst nach Kopfzahl	299	300	297	301	304	298	290	287	283	290	278	295
Gesamtzahl gehobener Sozialdienst nach Arbeitskraftanteilen	285,6	287,4	286,9	287,4	289,4	285,1	276,1	271,6	268,8	274,0	266,7	279,1
Anteil teilzeitbeschäftigter gehobener Sozialdienst nach Kopfzahl	12%	11%	9%	13%	15%	13%	14%	16%	15%	16%	12%	15%
Anteil teilzeitbeschäftigter gehobener Sozialdienst nach Arbeitskraftanteilen	6%	6%	5%	7%	8%	7%	8%	9%	8%	9%	7%	8%
Gerichtsvollzieher												
Vollbeschäftigte	405	400	398	394	407	404	406	397	390	400	409	426
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	0	0	5	5	1	3	3	7	16	8	4	7
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	0,0	0,0	2,4	3,2	0,4	1,4	1,5	3,8	8,5	3,4	2,0	3,8
Gesamtzahl Gerichtsvollzieher nach Kopfzahl	405	400	403	399	408	407	409	404	406	408	413	433
Gesamtzahl Gerichtsvollzieher nach Arbeitskraftanteilen	405,0	400,0	400,4	397,2	407,4	405,4	407,5	400,8	398,5	403,4	411,0	429,8
Anteil teilzeitbeschäftigte Gerichtsvollzieher nach Kopfzahl	0%	0%	1%	1%	0%	1%	1%	2%	4%	2%	1%	2%
Anteil teilzeitbeschäftigte Gerichtsvollzieher nach Arbeitskraftanteilen	0%	0%	1%	1%	0%	0%	0%	1%	2%	1%	0%	1%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Mittlerer und Schreibdienst												
Vollbeschäftigte	3.886	3.798	3.777	3.782	3.823	3.727	3.642	3.527	3.580	3.593	3.561	3.530
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	1.575	1.635	1.711	1.753	1.788	1.892	1.904	1.927	2.033	2.043	2.051	2.095
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	882,5	918,3	957,5	992,8	1.009,8	1.044,2	1.087,1	1.103,1	1.161,2	1.178,5	1.192,4	1.226,0
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	5.461	5.433	5.488	5.535	5.611	5.619	5.546	5.454	5.613	5.636	5.612	5.625
Gesamtzahl mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	4.768,5	4.716,3	4.734,5	4.774,8	4.832,8	4.771,2	4.729,1	4.630,1	4.741,2	4.771,5	4.753,4	4.756,0
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Kopfzahl	41%	43%	45%	46%	47%	51%	52%	55%	57%	57%	58%	59%
Anteil teilzeitbeschäftigter mittlerer und Schreibdienst nach Arbeitskraftanteilen	19%	19%	20%	21%	21%	22%	23%	24%	24%	25%	25%	26%
Einfacher Dienst												
Vollbeschäftigte	713	719	739	750	754	739	726	721	717	705	715	706
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	45	46	44	39	37	45	43	47	69	81	87	88
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	29,7	29,5	29,0	26,7	24,8	29,3	27,4	29,4	41,8	48,7	51,7	52,9
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Kopfzahl	758	765	783	789	791	784	769	768	786	786	802	794
Gesamtzahl einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	742,7	748,5	768,0	776,7	778,8	768,3	753,4	750,4	758,8	753,7	766,7	758,9
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Kopfzahl	6%	6%	6%	5%	5%	6%	6%	7%	10%	11%	12%	12%
Anteil teilzeitbeschäftigte einfacher Dienst nach Arbeitskraftanteilen	4%	4%	4%	3%	3%	4%	4%	4%	6%	6%	7%	7%

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen

Personalbestand zum Stichtag 31.12. jeden Jahres

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Personal der Gerichte und Staatsanwaltschaften zusammen **)												
Vollbeschäftigte	8.698	8.504	8.480	8.531	8.611	8.517	8.376	8.226	8.389	8.399	8.363	8.316
Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	1.965	2.057	2.182	2.205	2.274	2.397	2.431	2.503	2.661	2.660	2.705	2.785
Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteil	1.096,2	1.154,6	1.230,1	1.262,8	1.296,8	1.335,1	1.391,1	1.446,3	1.533,3	1.540,0	1.569,6	1.616,7
Gesamtzahl nach Kopfzahl	10.663	10.561	10.662	10.736	10.885	10.914	10.807	10.729	11.050	11.059	11.068	11.101
Gesamtzahl nach Arbeitskraftanteilen	9.794,2	9.658,6	9.710,1	9.793,8	9.907,8	9.852,1	9.767,1	9.672,3	9.922,3	9.939,0	9.932,6	9.932,7
Anteil Teilzeitbeschäftigte nach Kopfzahl	23%	24%	26%	26%	26%	28%	29%	30%	32%	32%	32%	33%
Anteil Teilzeitbeschäftigte nach Arbeitskraftanteilen	11%	12%	13%	13%	13%	14%	14%	15%	15%	15%	16%	16%
**) Bis 1997 ohne Arbeitsgerichtsbarkeit.												

Besoldungsstruktur von Richterschaft und Staatsanwaltschaft (1990 - 2002) *
ordentliche Gerichtsbarkeit

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
R 8	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
R 6	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1			
R 5	7	7	7	7	8	8	8	7	7	8	8	8	8
R 4	6	6	6	6	5	5	5	6	6	6	6	6	6
R 3	48	48	51	50	51	51	49	48	48	48	48	48	49
R 2	382	392	409	405	438	436	429	422	422	421	423	424	422
R 1	940	941	982	968	933	928	928	909	909	929	929	917	894
Summe	1.387	1.398	1.459	1.440	1.439	1.432	1.423	1.396	1.396	1.415	1.417	1.406	1.382

Staatsanwaltschaften

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
R 8													
R 6	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
R 5	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
R 4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
R 3	11	11	11	11	11	12	11	11	11	11	11	12	12
R 2	79	83	98	97	107	108	108	106	107	107	107	106	107
R 1	303	305	322	316	288	289	289	286	286	286	291	292	309
Summe	399	405	437	430	412	415	414	409	410	410	415	416	434

Sozialgerichtsbarkeit

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
R 8													1
R 6	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
R 5													
R 4													1
R 3	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	8
R 2	32	34	35	34	36	36	36	36	36	36	36	36	36
R 1	53	56	56	55	52	52	52	52	52	51	51	51	51
Summe	95	100	101	99	98	98	98	98	98	97	97	97	97

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
R 8	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
R 6													
R 5													
R 4	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
R 3	17	17	14	17	17	17	17	17	17	16	16	16	15
R 2	85	91	88	81	83	82	82	82	82	80	80	76	72
R 1	109	123	149	141	138	138	138	138	138	131	131	127	125
Summe	214	234	254	242	241	240	240	240	240	230	230	222	215

Finanzgerichtsbarkeit

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
R 8													
R 6	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
R 5													
R 4													
R 3	14	14	14	15	14	14	14	14	14	14	14	15	15
R 2	40	41	42	43	41	41	41	39	39	39	39	43	43
R 1													
Summe	55	56	57	59	56	56	56	54	54	54	54	59	59

Arbeitsgerichtsbarkeit

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
R 8													
R 6	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
R 5													
R 4													
R 3	14	14	16	16	15	15	15	15	15	15	15	15	15
R 2	3	3	3	3	4	4	4	5	5	6	6	6	7
R 1	44	48	52	52	49	47	47	50	50	49	51	49	50
Summe	62	66	72	72	69	67	67	71	71	71	73	71	73

* ohne richterliche Hilfskräfte

Besoldungsstruktur gehobener, mittlerer und einfacher Dienst (1990 - 2002) *

ordentliche Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
A 15	1	1	1	2	2	2	2	2	2	3	3	3	4
A 14	3	3	3	6	6	6	6	6	6	7	7	7	6
A 13+Z		5	8	11	11	11	11	11	11	11	11	12	13
A 13+Z (OAA)		5	8	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
A 13	60	56	53	49	54	54	54	54	54	58	58	58	57
A 13 geh. Soz.D.	1	1	1	2	2	3	3	3	3	3	3	4	5
A 13 (OAA)	58	55	57	53	53	51	51	51	51	51	51	51	51
A 12	206	214	219	228	230	230	230	230	230	243	243	247	248
A 12 geh. Soz.D.	22	23	22	22	24	25	25	25	25	25	25	25	28
A 12 (AA)	56	52	52	49	49	49	49	48	48	47	47	47	47
A 11	440	445	448	442	443	442	442	442	442	460	460	465	455
A 11 geh. Soz.D.	69	74	74	74	70	70	70	70	70	70	70	74	79
A 10	416	438	431	424	413	401	401	389	389	374	375	376	374
A 10 geh. Soz.D.	89	94	101	101	102	112	112	120	120	126	126	126	133
A 9 geh.D.	212	161	145	120	122	174	174	170	170	204	200	185	185
A 9 geh. Soz.D.	68	68	68	68	68	58	58	47	47	35	35	39	39
A 9+Z	100	107	113	127	144	143	143	143	141	133	132	130	130
A 9+Z (OGV)	65	68	72	79	85	85	85	85	85	83	83	83	83
A 9 m.D.	320	326	330	330	333	332	332	331	330	332	328	330	337
A 9 (OGV)	180	183	188	194	199	199	199	198	198	194	194	194	194
A 8	398	401	409	414	424	422	422	423	422	432	432	426	486
A 8 (GV)	168	157	148	133	121	122	122	122	122	117	117	143	154
A 7	430	449	455	475	471	470	470	466	464	475	475	471	434
A 6 m.D.	271	271	253	212	185	265	265	279	269	183	273	316	319
A 6 einf. D. **	61	61	61	121	121	121	121	121	121	125	125	125	123
A 5 m.D. ***	134	87	86	83	77								
A 5 einf. D.	467	464	456	405	405	404	404	400	400	414	421	422	408
A 4	50	54	56	57	57	60	58	61	61	61	61	60	60
A 3	23	23	23	23	23	23	23	22	22	22	22	22	23
Summe	4.364	4.342	4.337	4.306	4.296	4.336	4.334	4.321	4.305	4.288	4.377	4.441	4.475
* ohne beamtete Hilfskräfte													
** bis einschließlich 1992: A 5+Z													
*** ab 1995: Anhebung des Eingangsamtes mittlerer Justizdienst von A 5 nach A 6													

Besoldungsstruktur gehobener, mittlerer und einfacher Dienst (1990 - 2002) *

Sozialgerichtsbarkeit

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
A 13+Z													
A 13	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
A 12	8	8	8	9	8	8	8	8	8	8	8	8	8
A 11	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
A 10	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
A 9 geh.D.	4	4	4	4	4	4	4	3	3	2	2	2	2
A 9+Z	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2
A 9 m.D.	3	3	3	3	3	2	2	2	2	2	2	4	4
A 8	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	6	7
A 7	1	4	6	10	10	10	10	10	10	10	10	7	7
A 6 m.D.	5	5	6	2	2	5	5	5	5	5	5	5	5
A 6 einf. D. **				3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
A 5 m.D. ***	3	3	3	3	3								
A 5 einf.D.	5	9	9	6	6	8	8	11	11	13	13	16	15
A 4	4		4	8	10	8	8	5	5	2	2	1	1
A 3	14	14	10	6	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Summe	69	72	75	76	75	75	75	74	74	72	72	74	74

* ohne beamtete Hilfskräfte

** bis einschließlich 1992: A 5+Z

*** ab 1995: Anhebung des Eingangsamtes mittlerer Justizdienst von A 5 nach A 6

Besoldungsstruktur gehobener, mittlerer und einfacher Dienst (1990 - 2002) *

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
A 13+Z													
A 13	2	2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	2
A 12	5	5	5	5	4	4	4	4	4	4	4	5	5
A 11	9	9	9	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
A 10	10	10	11	10	12	11	11	11	11	11	11	11	11
A 9 geh.D.	6	6	5	5	3	4	4	4	4	2	2	2	2
A 9+Z	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
A 9 m.D.	2	2	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	8
A 8	7	10	15	15	16	16	16	16	16	16	16	16	12
A 7	8	12	15	21	20	20	20	20	19	19	19	19	19
A 6 m.D.	13	10	11	6	6	7	7	7	6	6	6	3	2
A 6 einf. D. **	2	2	2	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
A 5 m.D. ***	4	4	4	3	1								
A 5 einf.D.	12	12	13	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
A 4	4	4	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
A 3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Summe	87	91	106	107	104	104	104	104	102	100	100	98	95

* ohne beamtete Hilfskräfte

** bis einschließlich 1992: A 5+Z

*** ab 1995: Anhebung des Eingangsamtes mittlerer Justizdienst von A 5 nach A 6

Besoldungsstruktur gehobener, mittlerer und einfacher Dienst (1990 - 2002) *

Finanzgerichtsbarkeit

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
A 13+Z													
A 13	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
A 12					1	1	1	1	1	1	1	1	1
A 11	2	2	2	2	3	3	3	3	3	3	3	4	4
A 10	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1
A 9 geh.D.													
A 9+Z	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
A 9 m.D.	2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4	4
A 8	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
A 7	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
A 6 m.D.	1												
A 6 einf. D. **				1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
A 5 m.D. ***													
A 5 einf. D.	2	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
A 4	1	1	1	1	1	1	1	1	1				
A 3													
Summe	16	16	15	15	16	16	16	16	16	15	15	17	18

* ohne beamtete Hilfskräfte

** bis einschließlich 1992: A 5+Z

*** ab 1995: Anhebung des Eingangsamtes mittlerer Justizdienst von A 5 nach A 6

Besoldungsstruktur gehobener, mittlerer und einfacher Dienst (1990 - 2002) *

Arbeitsgerichtsbarkeit

Besoldungsgruppe	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
A 13+Z													
A 13	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
A 12	3	3	3	3	4	4	4	5	5	6	6	7	7
A 11	15	15	19	19	15	14	14	14	14	14	14	14	14
A 10	2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
A 9 geh.D.	4	3	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1	1
A 9+Z													
A 9 m.D.			1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
A 8	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
A 7	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
A 6 m.D.	5	5	5	5	5	5	5	5	5	1	1	1	1
A 6 einf. D. **													
A 5 m.D. ***													
A 5 einf.D.													
A 4													
A 3													
Summe	42	42	46	46	43	42	42	43	43	40	40	40	40

* ohne beamtete Hilfskräfte

** bis einschließlich 1992: A 5+Z

*** ab 1995: Anhebung des Eingangsamtes mittlerer Justizdienst von A 5 nach A 6

I. Künftige Einsparungen im Justizbereich (ohne Arbeitsgerichtsbarkeit)

(Quellen: HP 2002/2003, MiPla 2002-2006 und Zielvereinbarung zum Stellenabbau)

I. 2004 (Stelleneinsparungen spätestens mit Ablauf des 31.12.2003)

Kapitel	Anzahl	Bes./ VergGr.	Anlass	Betrag (€)
1104	Einsparungen gemäß Zielvereinbarung			
	2	A13	InsO	100.020
	6	A12	InsO	266.040
	1	A12	Verlagerung von MI	44.340
	6	A9 m.D.	InsO	196.860
	6	A8	InsO	176.640
	1	A7	1. Stufe Mahnverfahren	26.300
	35	IXb-VII	SolumSTAR	1.111.390
	19	VIb	InsO	731.633
	1	IXb-VII	1. Stufe Mahnverfahren	31.754
	7 (davon 4 entsprechend dem Projektfortschritt bereits im Laufe des Jahres)	Unbestimmt *)	2. Stufe Mahnverfahren	276.094 (ein Stellenabbau vor dem 31.12. ist dabei nicht berücksichtigt)
	Sonstige Einsparungen			
	2	A 12	Auflösung Bezügestellen	88.680
	2	A 11	Auflösung Bezügestellen	81.120
	4	V c	Auflösung Bezügestellen	160.384
	4	VI b	Auflösung Bezügestellen	154.028
	1	VIII	Auflösung Bezügestellen	30.922
	1	IXb-VII	Auflösung Bezügestellen	31.754
Summe	98			3.507.959
1110	Einsparungen gemäß Zielvereinbarung			
	1	R2 (RiOVG)	Abbaukonzept	67.760
	1	R2 (VRiVG)	Abbaukonzept	67.760
	1	R1	Abbaukonzept	54.620
	1	A7	Abbaukonzept	26.300
	2	IXb-VII	Abbaukonzept	63.508
	1	VIb	VG Hannover (Auflösung ausw. Kammer)	38.507
Summe	7			318.455

II. 2005 (Stelleneinsparungen mit Ablauf des 31.12.2004)

Kapitel	Anzahl	Bes./ VergGr.	Anlass	Betrag (€)
1104	Einsparungen gemäß Zielvereinbarung			
	35	IXb-VII	SolumSTAR	1.111.390
	6	Unbestimmt *)	2. Stufe Mahnverfahren	236.652
Summe	41			1.348.042
1110	3	Unbestimmt *)	Abbaukonzept	145.701
Summe	3			145.701

III. 2006 (Stelleneinsparungen spätestens mit Ablauf des 31.12.2005)

Kapitel	Anzahl	Bes./ VergGr.	Anlass	Betrag (€)
1104	Einsparungen gemäß Zielvereinbarung			
	5	IXb-VII	SolumSTAR	158.770
	7	Unbestimmt *)	2. Stufe Mahnverfahren	276.094
	7	IXb-VII	GUZ; Verlagerung von 08 20	222.278
	1	VIb	GUZ; Verlagerung von 03 05	38.507
	2 (1,75 besetzbar)	VII	GUZ; Verlagerung von 03 05	60.419
	1	A6 (OAM)	GUZ; Verlagerung von 03 05	26.830
	Sonstige Einsparungen			
	1	R 2 – OStA -	Einziehung u. Verfall	67.760
	5	R 1 – StA -	Einziehung u. Verfall	273.100
	2	A 9 – geh.D. -	Einziehung u. Verfall	62.480
	1 (kw 30.06.05)	R 2 – RiAG – WAR -	Solum STAR	67.760
	1 (kw 30.06.05)	A 13	Solum STAR	50.010
	1 (kw 30.06.05)	A 12	Solum STAR	44.340
	2 (kw 30.06.05)	A 11	Solum STAR	81.120
	2	A 9 geh.D.	Aussteigerprojekt	62.480
	1 (kw 30.06.05)	IV b	Solum STAR	49.266
	31	IX b - VII	Solum STAR -ohne ZV -	984.374
	2	Ri / StA a.Pr.	Einziehung u. Verfall	109.240
	3	VI b	Einziehung u. Verfall	115.521
	1	IV b	(Nr. 8 Allg.Best.)	49.266
Summe	76 (75,75)			2.799.615
1108	Sonstige Einsparungen			
	1	R 3	Befristete Stellenzulegung	76.820
	2	R 2	- wie vor -	135.520
	1	A 11	- wie vor -	40.560
	1	A 9 m.D.	- wie vor -	32.810
	1	A 5	- wie vor -	25.650

	1	VI b	- wie vor -	38.507
Summe	7			349.867
1110				
Einsparungen gemäß Zielvereinbarung				
	4	Unbestimmt *)	Abbaukonzept	194.268
Summe	4			194.268

IV. ab 2007

Kapitel	Anzahl	Bes./ VergGr.	Anlass	Betrag (€)
1110				
Einsparungen gemäß Zielvereinbarung				
	6 (31.12.2006)	Unbestimmt *)	Abbaukonzept	291.402
	6 (31.12.2007)	Unbestimmt *)	Abbaukonzept	291.402
	12(31.12.2008)	Unbestimmt *)	Abbaukonzept	582.804
Sonstige Einsparungen				
	9 (31.12.2009)	Unbestimmt *)	Abbaukonzept	437.103

*) Die monetären Auswirkungen sind unter Zugrundelegung des kapitelspezifischen Durchschnittsatzes errechnet worden

	höherer Dienst								Lehrer		gehob. Dienst		mittlerer Dienst				Sons tige Dienste								
	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002	1990	2002			
Justizvollzugs-einrichtung																									
JVA Braunschweig	1	1			1	1			1	1	6	9	85	103,5	2	1,5	2	2					98,0	119,0	
JVA Bückeburg											3	4	26	28	0,5	0,5							29,5	32,5	
JVA Burgdorf	1									2	6	10,5	45	46	1	1			1	1			54,0	60,5	
JVA Celle	2		3	1		2		1	1	2	11	12	222	195	3	3		7	7	2	4		253,0	225,0	
B.Gandersheim					3	4	2	1			4	4	18	23	2	2							29,0	34,0	
JVA Göttingen											5	5,5	49	54	1	1							55,0	60,5	
JA GÖ.-Leineberg		1			2	1	2	1	6	5	10	7,5	57	59	3	2	11	4	1		1		93,0	80,5	
JA Hameln	3	1	3	2	6	8,5	3	2	9	7	35	44	232	246	6	5	3	2		2	5		305,0	319,5	
JVA Hannover	4	7	4	7,5	7	13	2	2	6	6	30	43	345	470	8,5	12	5	10			3	6	2	417,5	575,5
JVA Hildesheim											3	7	32	40	0,5	0,5							35,5	47,5	
JVA Lingen	2	4	5	9,5	2	7	1	1	3	5	19	26	240	285	6	6	2	6	2	1	2	4	284,0	354,5	
Damaschke	1	1			1	1			1	1	7	10	57	62	1,5	1,5	1	1			1	1	70,5	78,5	
JVA Meppen	2	2	1	2	1	4		1	2	2	11	22	154	204	2	2					2,5		175,5	239,0	
JVA Oldenburg	2	2		3	1	2			1	2	12	20	98	208	2,5	3	1	1		1	0,5		118,0	242,0	
JVA Rosdorf *														138									0,0	138,0	
JVA Salinenmoor	1	4		1	1	5			2	3	8	10	114	118	2	4	4	4			2	1	133,0	151,0	
JVA Sehnde *														260									0,0	260,0	
JVA Uelzen	2	1	1	1	1	3	1	3	2	2	17	25	158	190	4,5	4,5			3	3	3	3	192,5	235,5	
JVA Vechta	3	1	1	1	4	6			6	4	26	22	164	190,5	3,5	2,5	5	4			3	5	1	217,5	235,0
JVA für Frauen		2		1		1,5				2		13	52	80		1						1	52,0	101,5	
JVA Wolfenbüttel	2	2	2	2	2	4			2	2	14	18	145	197	2,5	1,5	4	3		1	3		176,5	230,5	
JAA Neustadt											1	1	6	9					1				7,0	11,0	
Bildungsinstitut	1	3			1	1		1	1	4	1	7	2	6,5	1	1,5		5					7,0	29,0	
(JA Falkenrott)**	1								3		5		38		0,5								47,5	0,0	
(Justizvollzugsamt)**	7		1								21	14		5,5			3				1		52,5	0,0	
(JAA Bersenbrück)**											3	13											16,0	0,0	
nicht zugewiesen																							34,0	14,0	
Summe	35	32	21	31	33	64	11	13	46	50	258	320,5	2366	3213	59	56	41	53	14	20	35	8	2953,0	3874,0	
* im Bau																									
** aufgelöst																									

Staatsanwaltschaft	Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen bei dem Sozialdienst der Staatsanwaltschaften Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres												
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	
Braunschweig	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	
Göttingen	1,0	2,0	2,0	1,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,8	2,0
Bückeburg	1,0	1,0	1,0	2,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Hannover	5,0	5,0	4,0	4,5	5,0	5,0	5,0	4,5	4,5	4,5	4,0	4,0	4,0
Hildesheim	3,0	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Lüneburg	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Stade	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Verden	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	3,0
Aurich	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Oldenburg	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Osnabrück	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Niedersachsen insgesamt	28,0	28,0	28,0	28,5	29,0	29,0	29,0	27,5	27,5	28,5	27,8	29,0	

Staatsanwaltschaft	Anzahl der Beauftragungen der Gerichtshilfe im Laufe des jeweiligen Jahres (ohne Vermittlung in gemeinnützige Arbeit)											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Braunschweig	337	283	237	445	386	263	273	242	202	198	219	243
Göttingen	191	211	230	299	207	282	195	337	217	240	239	250
Bückeburg	29	129	91	158	120	144	135	86	141	153	109	119
Hannover	414	309	378	547	541	448	505	494	393	235	341	331
Hildesheim	272	244	188	185	223	221	197	198	181	172	161	214
Lüneburg	355	285	322	498	465	456	462	553	560	469	540	484
Stade	241	214	202	220	186	205	235	267	234	271	355	327
Verden	355	460	518	549	554	630	747	657	745	683	718	732
Aurich	110	135	159	195	202	173	191	212	219	212	333	229
Oldenburg	456	452	504	588	624	630	742	585	555	556	557	546
Osnabrück	85	155	166	227	223	207	207	196	169	222	352	505
Niedersachsen insgesamt	2845	2877	2995	3911	3731	3659	3889	3827	3616	3411	3924	3980

Staatsanwaltschaft	Anzahl der Beauftragungen der Gerichtshilfe zur Vermittlung in gemeinnützige Arbeit im Laufe des jeweiligen Jahres											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Braunschweig	523	515	577	698	1028	988	1105	1266	1064	1132	963	1067
Göttingen		184	196	184	291	230	270	326	361	351	294	293
Bückeburg		48	89	98	104	124	149	254	116	98	102	107
Hannover		316	293	412	568	681	792	761	803	657	555	811
Hildesheim		322	365	423	505	513	684	605	593	600	537	607
Lüneburg		126	116	132	149	158	257	352	354	333	336	337
Stade		147	175	171	197	212	276	286	301	233	252	270
Verden		82	64	74	93	76	166	199	106	89	74	85
Aurich	63	52	109	134	189	182	225	251	265	205	178	235
Oldenburg	290	296	286	375	554	673	652	755	794	667	678	681
Osnabrück	347	301	380	587	474	419	607	781	741	734	578	720
Niedersachsen insgesamt	1223	2389	2650	3288	4152	4256	5183	5836	5498	5099	4547	5213

Landgerichte	Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen bei der Bewährungshilfe der Landgerichte (Sozialdienst abzüglich der Stellen für Führungsaufsicht) Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Braunschweig	41,6	41,6	39,6	39,9	40,9	39,9	37,7	36,7	36,7	37,4	35,8	37,3
Göttingen*	17,7	16,7	16,2	17,0	17,0	15,0	16,0	16,5	15,7	14,5	14,0	15,1
OLG Braunschweig	41,6	41,6	39,6	39,9	40,9	39,9	37,7	36,7	52,4	51,9	49,8	52,4
Bückeburg	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,3	3,8	3,8	3,3	4,3
Hannover	47,8	49,8	46,3	47,3	47,4	48,6	47,6	46,6	45,8	45,8	41,8	44,6
Hildesheim	24,5	24,5	24,0	24,0	24,0	24,0	23,0	23,5	21,5	22,0	22,0	22,5
Lüneburg	18,4	19,2	18,4	18,4	19,9	18,4	16,9	17,4	15,2	17,2	16,4	15,9
Stade	8,6	8,6	8,6	8,3	8,4	8,4	7,6	7,6	7,6	8,6	7,6	8,6
Verden	14,4	14,4	15,2	15,4	15,4	15,4	14,4	15,4	15,4	17,4	16,4	15,4
OLG Celle	136,5	138,3	133,8	135,5	137,2	134,9	130,6	131,6	109,3	114,8	107,5	111,3
Aurich	11,5	12,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5	13,5
Oldenburg	31,1	31,1	33,1	33,1	32,1	31,1	29,1	28,1	28,1	28,1	30,1	30,1
Osnabrück	28,0	27,0	30,0	28,0	27,8	27,8	27,3	25,3	27,8	27,0	27,8	29,0
OLG Oldenburg	70,6	70,6	76,6	74,6	73,4	72,4	69,9	66,9	69,4	68,6	71,4	72,6
OLG Braunschweig	41,6	41,6	39,6	39,9	40,9	39,9	37,7	36,7	52,4	51,9	49,8	52,4
OLG Celle	136,5	138,3	133,8	135,5	137,2	134,9	130,6	131,6	109,3	114,8	107,5	111,3
OLG Oldenburg	70,6	70,6	76,6	74,6	73,4	72,4	69,9	66,9	69,4	68,6	71,4	72,6
Niedersachsen insgesamt	248,7	250,5	250,0	250,0	251,5	247,2	238,2	235,2	231,1	235,3	228,7	236,3

*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.

Landgerichte	Anzahl der Probanden der Bewährungshilfe Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Braunschweig	2.349	2.396	2.349	2.607	2.469	2.472	2.282	2.283	2.343	2.298	2.348	2.441
Göttingen*	830	864	934	1.058	912	1.004	802	778	830	885	944	1.078
OLG Braunschweig	2.349	2.396	2.349	2.607	2.469	2.472	2.282	2.283	3.173	3.183	3.292	3.519
Bückeburg	218	196	214	242	246	263	248	229	248	262	291	304
Hannover	2.854	2.879	2.767	2.986	2.676	2.851	2.727	2.700	2.743	2.709	2.884	2.933
Hildesheim	1.340	1.374	1.303	1.403	1.242	1.382	1.307	1.335	1.282	1.329	1.384	1.466
Lüneburg	1.119	1.122	1.006	1.102	980	1.092	954	1.049	1.062	1.097	1.035	1.096
Stade	513	537	520	561	487	542	536	468	539	551	591	575
Verden	883	886	910	1.011	930	1.024	1.077	903	966	999	975	991
OLG Celle	7.757	7.858	7.654	8.363	7.473	8.158	7.651	7.462	6.840	6.947	7.160	7.365
Aurich	751	741	819	887	779	853	872	920	840	837	880	920
Oldenburg	1.933	1.846	1.853	2.031	1.844	2.087	1.896	1.989	2.127	2.152	2.130	2.288
Osnabrück	1.656	1.557	1.524	1.780	1.607	1.830	1.682	1.853	1.914	2.001	2.090	2.200
OLG Oldenburg	4.340	4.144	4.196	4.698	4.230	4.770	4.450	4.762	4.881	4.990	5.100	5.408
OLG Braunschweig	2.349	2.396	2.349	2.607	2.469	2.472	2.282	2.283	3.173	3.183	3.292	3.519
OLG Celle	7.757	7.858	7.654	8.363	7.473	8.158	7.651	7.462	6.840	6.947	7.160	7.365
OLG Oldenburg	4.340	4.144	4.196	4.698	4.230	4.770	4.450	4.762	4.881	4.990	5.100	5.408
Niedersachsen insgesamt	14.446	14.398	14.199	15.668	14.172	15.400	14.383	14.507	14.894	15.120	15.552	16.292
*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgliedert worden.												

Landgerichte	Belastung nach der Anzahl der Probanden der Bewährungshilfe und Personalbestand nach Arbeitskraftanteilen bei der Bewährungshilfe der Landgerichte Stichtagserhebung zum 31.12. jeden Jahres											
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Braunschweig	56,5	57,6	59,3	65,3	60,4	62,0	60,5	62,2	63,8	61,4	65,6	65,5
Göttingen*	46,9	51,7	57,7	62,2	53,6	66,9	50,1	47,2	52,9	61,0	67,4	71,4
OLG Braunschweig	56,5	57,6	59,3	65,3	60,4	62,0	60,5	62,2	60,6	61,3	66,1	67,2
Bückeburg	57,4	51,6	56,3	63,7	64,7	69,2	65,3	69,4	65,3	68,9	88,2	70,7
Hannover	59,7	57,8	59,7	63,1	56,4	58,6	57,3	57,9	59,9	59,1	68,9	65,8
Hildesheim	54,7	56,1	54,3	58,5	51,8	57,6	56,8	56,8	59,6	60,4	62,9	65,2
Lüneburg	60,8	58,4	54,7	59,9	49,2	59,3	56,4	60,3	69,9	63,8	63,1	68,9
Stade	59,7	62,4	60,5	67,6	58,0	64,5	70,5	61,6	70,9	64,1	77,8	66,9
Verden	61,3	61,5	59,9	65,6	60,4	66,5	74,8	58,6	62,7	57,4	59,5	64,4
OLG Celle	56,8	56,8	57,2	61,7	54,5	60,5	58,6	56,7	62,6	60,5	66,6	66,2
Aurich	65,3	59,3	60,7	65,7	57,7	63,2	64,6	68,1	62,2	62,0	65,2	68,1
Oldenburg	62,2	59,4	56,0	61,4	57,4	67,1	65,2	70,8	75,7	76,6	70,8	76,0
Osnabrück	59,1	57,7	50,8	63,6	57,8	65,8	61,6	73,2	68,8	74,1	75,2	75,9
OLG Oldenburg	61,5	58,7	54,8	63,0	57,6	65,9	63,7	71,2	70,3	72,7	71,4	74,5
OLG Braunschweig	56,5	57,6	59,3	65,3	60,4	62,0	60,5	62,2	60,6	61,3	66,1	67,2
OLG Celle	56,8	56,8	57,2	61,7	54,5	60,5	58,6	56,7	62,6	60,5	66,6	66,2
OLG Oldenburg	61,5	58,7	54,8	63,0	57,6	65,9	63,7	71,2	70,3	72,7	71,4	74,5
Niedersachsen insgesamt	58,1	57,5	56,8	62,7	56,3	62,3	60,4	61,7	64,4	64,3	68,0	69,0

*) Der LG-Bezirk Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle zum OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.

Einkünfte der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Niedersachsen													
		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
I.	Berechnungsgrundlagen												
A.	durchschnittliche Belastung	1,17	1,14	1,16	1,21	1,29	1,30	1,31	1,39	1,36	1,72	1,58	1,59
B.	durchschnittliche Einnahmen:												
1.	Gebühren	34.432	34.206	35.307	37.299	42.947	49.663	52.025	57.579	53.322	72.530	72.530	85.918
2.	Schreibauslagen	9.493	9.752	9.157	9.360	8.914	9.142	9.583	9.752	9.980	10.549	10.549	8.986
C.	Jahreskostenbetrag bei 100%	30.600	32.100	34.200	35.600	36.400	37.300	37.700	38.000	38.390	47.131	47.653	47.653
	Jahreskostenbetrag - bereinigt	34.241	35.920	37.552	39.588	41.751	44.872	45.617	46.246	48.870	70.885	71.670	66.667
D.	Gebührenanteil in %	72	77	81	82	77	72	70	64	73	83,2	84,3	67,13
E.	Höchstbetrag	24.800	26.200	28.400	30.300	32.900	35.800	36.100	36.500	38.900	60.400	61.200	67.680
II.	Einkünfte												
A.	Vollstreckungsvergütung 15%	5.165	5.131	5.296	5.595	6.442	7.449	7.804	8.637	7.998	10.880	10.880	12.888
B.	Bürokostenentschädigung												
1.	Gebührenanteil	24.791	26.339	28.599	30.585	33.069	35.757	36.418	36.851	38.925	60.345	61.143	57.677
2.	Anteil am Mehrbetrag (bis 1997 - 40%, ab 1998 - 50%)	0	55	79	114	68	0	127	140	13	0	0	0
C.	Schreibauslagen	9.493	9.752	9.157	9360	8914,4	9142	9583	9752	9980	10549	10549	8986
III.													
	Summe	39.449	41.277	43.131	45.654	48.494	52.349	53.931	55.380	56.916	81.773	82.571	79.550
	(Vollstreckungsvergütung + Bürokostenentschädigung + Schreibauslagen)												
	Bei den Angaben handelt es sich um Angaben in Deutsche Mark.												
	Die Berechnungen sind für einen durchschnittlichen Gerichtsvollzieher durchgeführt worden.												

Geschäftstätigkeit und Einnahmen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Niedersachsen														
		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	
A.	Geschäftszahlen													
1.	Zustellungen													
	a) vom Gerichtsvollzieher persönlich bewirkt	173.382	160.126	158.250	150.613	155.895	165.940	176.789	196.236	193.000	204.099	202.475	205.758	
	b) unter Mitwirkung der Post	297.048	286.881	255.453	183.486	190.190	200.784	210.877	230.497	215.142	218.702	216.692	218.868	
2.	Protestaufträge	419	341	321	363	611	535	438	484	400	513	778	162	
3.	Zwangsvollstreckungs- und sonstige Aufträge	799.949	772.812	798.222	850.281	905.472	922.562	947.197	1.032.820	964.892	923.317	846.410	861.468	
4.	Vollstreckungsaufträge der Justizbehörden	88.007	80.986	79.257	85.738	87.348	77.779	76.598	82.380	75.454	76.409	31.284	24.488	
5.	Aufträge zur Abnahme der EV										364.921	364.888	391.053	
6.	Abgenommene EV										84.740	84.680	89.867	
7.	Eingegangene Gebühren (DM)	13.682.396	13.946.179	14.695.839	15.642.312	18.120.760	20.758.138	23.319.661	21.168.964	21.293.196	28.939.490	28.727.639	35.226.225	
8.	Wegegelder (DM) (KV Nr. 711 zu § 9 GVKostG)	5.701.337	5.552.937	5.750.451	6.071.106	6.409.887	6.719.547	6.897.106	7.037.572	7.240.664	6.572.661	6.356.676	7.208.215	
	davon													
	gem. § 37 Abs. 3 GVKostG	1.636.785	1.553.324	1.530.317	1.608.187	1.685.327	1.725.640	1.747.407	1.777.947	1.812.849	1.720.030	1.586.395		
	gem. § 37 Abs. 4, 5 GVKostG	4.064.551	3.999.613	4.220.134	4.462.919	4.724.560	4.993.907	5.149.699	5.259.625	5.427.815	4.852.631	4.770.281		
9.	durchschnittlich je GV erledigte Aufträge	3.397	3.294	3.278	3.200	3.391	3.428	3.486	3.885	3.640	4.481	4.136	4.151	
B.	Zahl der im Gerichtsvollzieherdienst eingesetzten Beamtinnen/Beamten	400	395	394	397	395	399	405	397	398	399	402	410	
C.	Belastung													
1.	Gesamtbedarf aller nds. Gerichtsvollzieher/-innen	467	449	459	480	509	517	531	550	542	687	635,76	653,05	
2.	Durchschnittliche Belastung je GV - bezogen auf B. -	1,17	1,14	1,16	1,21	1,29	1,30	1,31	1,39	1,36	1,72	1,58	1,59	
D.	Einnahmen im Monatsdurchschnitt (in DM rd.)													
1.	Gebührenanteile (Vergütung)	481	494	392	402	487	532	530	531	536	716	670	758	
	Gebührenanteile (Entschädigung)	1.953	2.015	2.354	2.509	2.756	2.957	2.899	2.744	3.091	4.616	5.073	5.554	
	Schreibauslagen	811	763	780	743	763	798	812	831	854	878	869	751	
	Zwischensumme:	3.245	3.272	3.526	3.654	4.006	4.287	4.241	4.106	4.481	6.210	6.612	7.063	
2.	Wegegelder	1.186	1.171	1.216	1.275	1.354	1.402	1.418	1.476	1.516	1.372	1.318	1.469	
3.	Sonstige bare Auslagen (ohne die Erstattungen zu 4.)	2.072	2.030	2.148	2.310	2.463	2.651	2.736	2.903	2.891	2.730	2.844	3.223	
4.	Kontoführungsgebührenerstattungen (2001 aufgehoben)							125	125	114	43	14	-	
5.	Bezüge (A9 + Z, Endstufe)													
	a) Grundgehalt												4.642	2.373
	b) allgemeine Stellenzulage												117	60
	c) Amtszulage												417	213
													13.709	7.009
													<i>(ohne sonstige Auslagen, da diese nur durchlaufende Gelder sind.)</i>	

Durchschnittlicher Personaleinsatz im Richterlichen Dienst für die Leitung von Arbeitsgemeinschaften und anderen Ausbildungsgruppen bei den Landgerichten in Niedersachsen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Landgerichte												
Braunschweig	1,87	1,63	1,50	1,13	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,96	1,00	0,54
Göttingen	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	0,50	0,50	0,04
Bückeburg	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Hannover	2,00	2,00	2,63	2,13	2,00	1,63	1,00	0,87	1,00	1,00	1,00	1,50
Hildesheim	1,00	0,70	0,50	0,60	0,75	1,00	1,15	1,00	1,00	1,00	0,75	1,00
Lüneburg	1,50	1,50	1,38	1,38	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Stade	0,88	1,07	1,21	0,88	0,71	1,00	0,79	0,75	1,00	1,00	1,00	1,00
Verden	1,00	0,75	1,38	1,00	0,25	0,88	0,73	0,88	1,00	1,00	1,00	1,00
Aurich	0,50	0,13	0,25	0,37	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Oldenburg	2,50	2,00	2,12	1,88	1,12	2,00	1,13	0,75	1,00	1,00	0,88	0,94
Osnabrück	3,12	2,75	2,38	2,95	1,46	1,50	1,33	1,49	1,88	1,30	1,00	0,63
OLG-Bezirk Braunschweig	1,87	1,63	1,50	1,13	0,50	0,50	0,50	0,50	1,50	1,46	1,50	0,58
OLG-Bezirk Celle	7,38	7,02	8,10	6,99	5,71	6,51	5,67	5,50	5,00	5,00	4,75	5,50
OLG-Bezirk Oldenburg	6,12	4,88	4,75	5,20	2,58	3,50	2,46	2,24	2,88	2,30	1,88	1,57
Niedersachsen insgesamt	15,37	13,53	14,35	13,32	8,79	10,51	8,63	8,24	9,38	8,76	8,13	7,65

Das LG Göttingen ist zum 01.01.1998 vom OLG-Bezirk Celle in den OLG-Bezirk Braunschweig umgegliedert worden.

Die Zahl der ausgebildeten Referendare sowie die Ausbildung am Arbeitsplatz sind nicht erfasst worden.